Jugend, Soziales, Information und Sport

Amt für Jugend und Familie

Auf der Basis von Organisationsstudien des Kommunalwissenschaftlichen Dokumentationszentrums (1995, 1997) kam es zu einer organisatorischen Reform. Die MAG ELF - Zentrale erhielt mit 17. Februar eine neue Dezernats- und Referatseinteilung. Eine klarere Strukturierung führte zu erhöhten Leitungskompetenzen. Es erfolgte eine klare Trennung zwischen den Organisationseinheiten mit Leistungsaufgaben gegenüber der Bevölkerung (Dezernate I bis VI) und Organisationseinheiten mit Stabsfunktion (Gruppe Rechtsangelegenheiten, Gruppe Personalangelegenheiten, Gruppe Finanz-, Wirtschafts- und allgemeine Verwaltung, GÖS - Grundlagenforschung - Öffentlichkeitsarbeit - Servicestelle, Kanzlei). Das ursprüngliche Dezernat II - Jugendwohlfahrt wurde auf den Kernbereich der Jugendwohlfahrt konzentriert, während im neuen Dezernat V die „Unterstützungs- und Beratungsangebote, Hilfen für Kinder, Jugendliche und Familien" und im Dezernat III die Kinderbetreuung einschließlich Tageseltern zusammengefasst wurden.

Der Erhöhung der Leitungskompetenz diente weiters der 1997 begonnene Führungskräftelehrgang „Sozialmanagement" für leitende MitarbeiterInnen der MAG ELF, der erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Der Lehrgang hatte das Ziel, die Qualifikationen der TeilnehmerInnen zur Wahrung von Führungsaufgaben zu erhöhen, Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten aus Managementlehre und Sozialmanagement zu vermitteln und die interprofessionelle Kooperation sowie die Ausformung einer gemeinsamen Identität zu fördern. Im Rahmen des Führungskräftelehrganges arbeiteten vier Projektgruppen zu folgenden Themen: Interne Info-Systeme, Tagesbetreuung von Kindern von 0 bis 6 Jahren, Pro und Kontra Leitbild der MAG ELF, Julius-Tandler-Familienzentrum neu.

Mittelfristige Zielsetzungen liegen darin, die Planungs- und Leitungskompetenz für die Fachbereiche im Sinne eines modernen Managements zu erhöhen, um die Servicefunktionen für die Bevölkerung zu verstärken und die Aktivitäten und Maßnahmen im Sinne der gestellten Aufgaben möglichst effizient zu gestalten.

Konkrete Durchführungsschritte waren neben der Umstrukturierung Verbesserungen der Information innerhalb der Organisation und nach außen (Einrichtung einer Servicestelle, Einrichtung einer Homepage zur raschen Information der Mitarbeiter, Überarbeitung der Dokumentation und Statistik, wissenschaftliche Evaluation einzelner Bereiche, Vorbereitung einer Leitbildentwicklung).

Die Zentrale der MAG ELF übesiedelte mit Jahresbeginn in ein neues Bürohaus mit entsprechender technischer und räumlicher Ausstattung in Wien 3, Rüdengasse 11, womit es nunmehr möglich war, alle zentralen Steuerungseinheiten in einem Haus zu integrieren, was für Koordination und Teamarbeit wesentliche Vorteile mit sich brachte.

Am 4. Juni veranstaltete die MAG ELF einen „Tag der offenen Tür", den Vizebürgermeisterin Grete Laska und der Bezirksvorsteher des 3. Bezirkes Erich Hohenberger eröffneten. Zahlreiche Besucher aus der Bevölkerung und von kooperierenden Institutionen nahmen die Gelegenheit wahr, um sich ein Bild von einem Querschnitt der Angebote der MAG ELF zu machen.

MAG ELF Kampagne: Erziehungsfragen sind ganz natürlich!

Die Bedürfnisse der „Kleinen" und die Anforderungen an die „Großen" standen im Mittelpunkt einer neuen Medienkampagne der MAG ELF. Ziel war es, Schwellenängste von Eltern abzubauen, bei Erziehungsproblemen professionelle Hilfe in Anspruch zu nehmen. Die Kampagne machte deutlich, dass Erziehungsfragen ganz etwas Natürliches sind und niemand ein Problem haben muss, sich an erfahrene Fachkräfte zu wenden. Die Kampagne umfasste Plakate in ganz Wien, Citylights, Inserate in verschiedenen Tageszeitungen und Fachzeitschriften, Hauswandzeitungen in allen Genossenschafts- und städtischen Wohnhäusern, Auflage einer Postkartenserie und Poster, die an Einrichtungen verteilt wurden, die von jungen Eltern aufgesucht werden. Bei der Aktion „Die MAG ELF kommt zu Ihnen" informierten SozialarbeiterInnen mehrerer Ämter für Jugend und Familie im Mobilbüro der MA 55 auf verschiedenen stark frequentierten Plätzen in der Stadt.

Bei einem Journalistinnentag zur Thematik „Kinderbedürfnisse und Berufstätigkeit von Müttern bzw. Eltern" diskutierten Journalistinnen als „Mütter in Stressberufen" mit Frau Vizebürgermeisterin Grete Laska, der Abteilungsleiterin und Mitarbeiterinnen der MAG ELF im Wiener Rathaus.

Nach dem Vorbild amerikanischer „Grass-Roots-Activities" brachte die Aktion „Mütter fragen Mütter" die Angebote der MAG ELF im wahrsten Sinne des Wortes „ins Gespräch". Im ersten Schritt sprachen mobile Sozialpädagoginnen der MAG ELF in Eltern-Kind-Zentren Mütter an, die sie als kommunikativ einschätzten. Die meisten der Angesprochenen stellten sich als ehrenamtliche Interviewerinnen zur Verfügung und erhielten eine Einschulung durch FachpsychologInnen der MAG ELF.

Primäres Ziel war, die Sorgen von Müttern und die Angebote der MAG ELF ins Gespräch zu bringen. 40 Mütter führten rund 300 Gespräche mit anderen Müttern. Die Umfrage brachte interessante Ergebnisse. Offensichtlich sind danach viele junge Väter besser als ihr Ruf. Die Hälfte der Väter weicht in dieser Stichprobe dem häuslichen Stress nach Einschätzung ihrer Partnerinnen nicht aus. Trotzdem bleibt ein Problem, unter dem die meisten Mütter leiden: 80 Prozent fanden das Statement „Arbeit rund um die Uhr, keine Zeit für mich" für sie als zutreffend. An der Spitze der Wünsche nach mehr Unterstützung standen die Wünsche nach fallweiser Kinderbetreuung und/oder finanzieller

Hilfe, gefolgt vom Wunsch nach Hilfe bei der Hausarbeit. Wer große Erziehungsprobleme hat, nennt auch den größten Unterstützungsbedarf.

Die wichtigste Quelle für Ratschläge und Tipps zum Leben mit kleinen Kindern sind für die Befragten Mütter gleichaltriger Kinder. Ratgeberliteratur gilt den Befragten als zweitwichtigste Informationsquelle.

Gerade die Gruppe von Müttern mit größeren Problemen bei der Kindererziehung ließ auch eine gewisse Scheu erkennen, Hilfe von Außenstehenden in Anspruch zu nehmen. Diese Scheu kann aber auch durch positive Erfahrung überwunden werden, was die Bedeutung von niederschwelligen Kontaktangeboten und Öffentlichkeitsarbeit zeigt.

Erster Wiener Jugendwohlfahrtsbericht

Vizebürgermeisterin Grete Laska präsentierte am 18. November im Rahmen einer Pressekonferenz den ersten Wiener Jugendwohlfahrtsbericht. Wie dieser Bericht darstellt, liegt der Schwerpunkt der Jugendwohlfahrt heute auf der subsidiären Unterstützung. In erster Linie sollen Familien befähigt werden, Probleme selbst bewältigen zu können. Durch Information, Beratung und Ressourcenvermittlung sollen neue Wege zur Problemlösung möglich werden.

Statt Dauerbetreuungen und behördlichen Maßnahmen stehen heute vielmehr Krisenhilfe, Hilfe zur Selbsthilfe und präventive Serviceangebote im Mittelpunkt. Problemschwerpunkte sind der Schutz von Kindern vor Gewalt und vor Suchtgefährdung, aber auch Hilfen zur Sicherstellung des Lebensunterhaltes und der Wohnung.

Während vor 20 Jahren noch über 5.000 Kinder in Heimen oder Pflegefamilien erzogen werden mussten, so liegt diese Zahl heute bei rund 2.500, also der Hälfte. Durch die Reform „Heim 2000" werden überregionale Großheime durch regionale sozialpädagogische Angebote, vor allem Wohngemeinschaften abgelöst.

Durch verstärkte Regionalisierung und Vernetzung der verschiedenen professionellen Angebote der Jugendwohlfahrt wie Sozialarbeit, Rechtsfürsorge, sozialpädagogische und psychologische Hilfen sowie durch Forschung und Evaluierung sollen die professionelle Effektivität und die Qualitätsstandards der Hilfen weiter verbessert werden.

Rechtsangelegenheiten

Die mit der neuen Dezernats- und Referatseinteilung eingerichtete Gruppe Rechtsangelegenheiten (GR) bearbeitet allgemeine und grundsätzliche Rechtsangelegenheiten, insbesondere im Bereich der Jugendwohlfahrt und des Jugendschutzes. Außerdem nimmt sie die rechtliche Beratung für MitarbeiterInnen der Ämter und Einrichtungen der MAG ELF wahr. In Akutsituationen werden telefonische Auskünfte erteilt und aufgrund von schriftlichen Anfragen Stellungnahmen bzw. Rechtsgutachten abgegeben.

Im Zusammenhang mit der Europäischen Union gab die GR 8 Stellungnahmen ab, z.B. zur Empfehlung des Rates der Europäischen Union über die Annäherung der Ziele und Politiken im Bereich des sozialen Schutzes (92/442/EWG).

Im Rahmen von Begutachtungen von Gesetzen und Verordnungen erfolgten 73 Stellungnahmen.

In mehreren Arbeitssitzungen im Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie konnte aus der Sicht des Landes Wien Einvernehmen über den erforderlichen Regelungsbedarf für eine Novellierung des Bundes-Jugendwohlfahrtsgesetzes mit Vertretern des Bundes und der Bundesländer erzielt werden. So konnte die Aufnahme einer Bestimmung angeregt werden, wonach Soziale Dienste insbesondere dann zu gewähren sind, wenn sie zielführender und erfolgversprechender sind als Hilfen zur Erziehung. Diese Bestimmung ist für die Schaffung von niederschwelligen Einrichtungen (Kindernotschlafstellen) von besonderer Bedeutung. Die gesetzlich vorgesehene Verpflichtung des Jugendwohlfahrtsträgers zur Ergreifung von Maßnahmen im Sinne von Voller Erziehung (Erziehung in einer Einrichtung oder Pflegefamilie) hat oft wenig Aussicht auf Erfolg, wenn Minderjährige keine Bereitschaft und Akzeptanz für diese Erziehungsmaßnahmen zeigen. Durch niederschwellige Angebote können auf der Basis von Freiwilligkeit und Anonymität nach Meinung von ExpertInnen wesentlich bessere Ergebnisse erzielt werden.

Seitens des Landes Wien wurde bei der Begutachtung zum Ärztegesetz darauf hingewiesen, dass es zweckmäßig wäre, die Ärzte zu verpflichten, im Falle einer Meldung ihrer Wahrnehmungen, insbesondere Indizien für Misshandlung, genau zu dokumentieren, da die Tätigkeit des öffentlichen Jugendwohlfahrtsträgers ohne konkrete Darlegung eines begründeten Verdachtes durch den untersuchenden und meldepflichtigen Arzt in der Praxis sehr erschwert würde.

Vertreter der Gruppe Rechtsangelegenheiten wirkten an einem Arbeitskreis mit, der im Auftrag von Frau Vizebürgermeisterin Grete Laska unter Moderation der Kinder- und Jugendanwälte zwecks Erhebung des Reformbedarfes zum Wiener Jugendschutzgesetz 1985 eingerichtet wurde. Ergebnisse des Arbeitskreises waren die Feststellung des Bedarfes nach Anpassungen der im Gesetz festgelegten Altersgrenzen an gesellschaftliche Entwicklungen, die Verstärkung der Unternehmerpflichten für den Jugendschutz und Verschärfung der diesbezüglichen Strafbedingungen sowie die Erweiterung der pädagogischen Maßnahmen für Jugendliche.

Ein Arbeitskreis unter der Leitung der GR begann, ein Wiener Landesgesetz betreffend Tageskinderbetreuung auszuarbeiten. Durch dieses Gesetz soll eine gesetzliche Grundlage für Tagesmütter/-väter und Kindergruppen geschaffen werden. Weiters sollen im Rahmen einer Tagesbetreuungs-Verordnung Richtlinien zur Qualitäts-

sicherung auf dem Gebiet der Tagesbetreuung aufgestellt werden.

Betreffend der beabsichtigten Änderung des Kindschaftsrechtes wurden seitens der Gruppe Rechtsangelegenheiten Verbesserungsvorschläge zum Arbeitspapier des Bundesministeriums für Justiz unterbreitet.

Im Frühjahr wurde von der Wiener Landesregierung die von der MAG ELF erarbeitete Fassung einer Pflegegeldverordnung für die Unterbringung von Kindern in Pflegefamilien beschlossen.

Der § 6 des Wiener Jugendwohlfahrtsgesetzes 1990 wurde in Bezug auf die fachliche Ausrichtung von Sozialarbeitern und Sozialpädagogen an die Richtlinien der Europäischen Union angepasst.

4 Einrichtungen der freien Jugendwohlfahrt erhielten von der Wiener Landesregierung die Eignungsfeststellung gemäß § 8 des Wiener Jugendwohlfahrtsgesetzes: Eltern-Kind-Zentrum Gilgegasse, Gemeinnütziger Verein „Kind und Kegel", Unabhängiger Verein für psychisch, physisch oder sexuell misshandelte Kinder, Verein für sozialpädagogische therapeutische Betreuung - August-Aichhorn-Haus. Insgesamt bestanden zum Jahresende 13 anerkannte Einrichtungen der freien Jugendwohlfahrt.

Weiters nahm die GR Vertretungen der Stadt Wien vor dem Unabhängigen Verwaltungssenat wahr und erstattete Gegenschriften zu Beschwerden beim Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof, z.B. zur Frage der Zulässigkeit der Aufnahme des Begriffes „Tagesväter" in das Wiener Jugendwohlfahrtsgesetz 1990.

Bei der Tagung der Arbeitsgemeinschaft Jugendwohlfahrt und Sozialhilfe, Sektion Jugendwohlfahrt, vom 21. bis 23. Oktober konnten aktuelle Fragen aus der Jugendwohlfahrt mit dem Bundesministerium für Justiz und dem Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie sowie den VertreterInnen der anderen Bundesländer erörtert werden.

Zur Kontaktpflege zu Gerichten, insbesondere zum JGH - Wien, fand im Frühjahr ein Arbeitsgespräch mit der Richterschaft und MitarbeiterInnen der Jugendgerichtshilfe des JGH Wien anlässlich einer Einladung in das neue Bürohaus der MAG ELF statt, wobei aktuelle Rechtsprobleme sowohl aus der Sicht des JGH als auch der Jugendwohlfahrt konstruktiv erörtert werden konnten. Weitere Kontakte bestanden zu maßgeblichen Stellen im Bundesministerium für Justiz und im Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie.

Ein weiterer Schwerpunkt bestand darin, MitarbeiterInnen über Neuregelungen (z.B. über die Novellen des ASVG betreffend freie Dienstverträge/Werkverträge) zu informieren. Über diese Novellen des ASVG fanden auch Schulungen statt.

Familienpolitische Aktivitäten

Die MAG ELF nimmt auch Agenden wahr, die in anderen Bundesländern von eigenen Verwaltungseinheiten durchgeführt werden, für die die Bezeichnung „Familienreferate" gebräuchlich ist. Zu diesen Aufgaben gehört insbesondere die Vorbereitung und Teilnahme an den Landesfamilienreferentenkonferenzen.

Die diesjährige Landesfamilienreferentenkonferenz fand am 24. und 25. September in Kärnten statt. Auf Antrag Wiens appellierte die Landesfamilienreferentenkonferenz an das Bundesministerium für Justiz, die rechtliche Normierung von Lebensgemeinschaften insbesondere in Bezug auf Trennung und Todesfall unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen auf davon betroffene Kinder zu prüfen. In der Stellungnahme dazu führte das Bundesministerium für Justiz aus, dass die in letzter Zeit vermehrt geäußerten Wünsche und Anregungen zu nicht ehelichen Lebensgemeinschaften vor allem in der nächsten Legislaturperiode zum Anlass genommen werden sollen, eine vertiefende rechtspolitische Diskussion zu dieser bedeutsamen gesellschaftlichen Erscheinung einzuleiten. Dabei soll vor allem die Frage behandelt werden, in welchen Teilbereichen punktuelle gesetzliche Regelungen für diese Erscheinungsform des Zusammenlebens sinnvoll wären und wie solche Bestimmungen ausgestaltet sein sollten. Das Meinungsspektrum zu dieser Thematik sei sehr weit gestreut. Dem Standpunkt der Landesfamilienreferentenkonferenz werde in dieser Diskussion ein großer Stellenwert zukommen.

Weitere wichtige Themen waren „Familie und Arbeit", „Kinderbetreuungseinrichtungen - neue Richtlinien des Bundes für die Förderung", „Finanzierung des Österreichischen Institutes für Familienforschung", „Kinderbetreuungsscheck", „Österreichisches Familienpaket/weitere Maßnahmen", „Familienbericht des Bundes" u.a.

Unter der Leitung von Vizebürgermeisterin Grete Laska fand am 27. November eine Sitzung des Wiener Familienforums statt. Das Wiener Familienforum tritt auf Einladung der für Familienfragen zuständigen Stadträtin zusammen; es gehören ihm VertreterInnen der Wiener Familienorganisationen, der Interessensvertretungen, der im für Familienfragen zuständigen Gemeinderatsausschuss vertretenen Parteien und die Abteilungsleiterin des Amtes für Jugend und Familie der Stadt Wien an. Bei der Sitzung wurde der Wiener Jugendwohlfahrtsbericht vorgestellt, über die Medienkampagne „Erziehungsfragen sind ganz natürlich" und die Verbesserungen beim Wiener Familienzuschuss informiert. Der erste Wiener Jugendwohlfahrtsbericht wurde von den TeilnehmerInnen begrüßt. Die Medienkampagne fand Zustimmung. Die Verbesserungen beim Familienzuschuss wurden als positiv bezeichnet. Unter „Allfälliges" standen Auswirkungen einer möglichen Öko-Steuer in Diskussion.

Zu allgemeinen familienpolitischen Fragen erfolgten insgesamt 33 schriftliche Stellungnahmen. Themen waren Landesfamilienleistungen, Gewalt in Familien, Kinder- und Familienfreundlichkeit, Medienfragen, Bundesleistungen für Familien, Projektvorschläge u.a.

Weiters werden die Kontakte mit dem Österreichischen Institut für Familienforschung (ÖIF) wahrgenommen. Nach dem Konzept des ÖIF sollen neben dem Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie auch die Länder einen Finanzierungsanteil des Institutes tragen. Da bisher eine definitive Ländereinigung über den

Finanzierungsbeitrag noch nicht erfolgte, übernahm die MAG ELF wie bereits 1996 und 1997 als Förderung für das Institut den auf die Stadt Wien entfallenden Kostenanteil für die Versendung des Informationsdienstes beziehungsweise an in Wien mit Familienfragen befasste Personen.

Grundlagenforschung

Die Aufgaben und Arbeitsschwerpunkte der Grundlagenforschung sind derzeit die Evaluation von Projekten und speziellen Arbeitskonzepten, Hilfestellung bei der Methodenentwicklung sowie bei der Einführung von Qualitätssicherung. Darüber hinaus liegt ein spezielles Forschungsinteresse darin, theoretische Konzepte (z.B. die Theorie nicht-linearer dynamischer Systeme) auf ihre Praxisrelevanz zu erproben.

Ein fertig gestellter Forschungsbericht bezog sich auf die Evaluation des Modells Amt für Jugend und Familie für den 16. Bezirk (AJF 16). Das AJF 16 organisiert sich in diesem Modell im Bereich der Sozialarbeit seit zwei Jahren in arbeitsteiligen Fachteams. Gruppendiskussionen mit diesen Fachteams dienten als erster Teilschritt einer Standortbestimmung bezüglich der Erfahrungen mit dem Modell. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamtes haben in den zwei Projektjahren große Kompetenz innerhalb der veränderten Organisationsform und ein hohes Maß an Eigenverantwortlichkeit entwickelt. Die Grundstimmung ist getragen von Motiviertheit, Engagement und kritischer Reflexion. Diese Grundhaltungen schlagen sich äußerst positiv in der geleisteten Arbeit nieder. Die genannten positiven Entwicklungen im AJF 16 gehen zu einem großen Teil auf die Möglichkeit zur Selbstorganisation der Arbeitstätigkeit zurück.

Der zweite Teilschritt bestand in der Evaluation der Arbeit des Teams 2, das mit Langzeitbetreuungsfällen betraut ist, die es von den Teams 1 (Clearing, Kurz- und Krisenintervention, Information und Beratung) und 3 (Clearing mit Jugendlichen, Fremdunterbringung und Ressourcen) überwiesen bekommt. Befragt man die überweisenden Teams nach der Kooperation mit dem Team 2, so finden sich durchwegs gute Einschätzungen. Das Übergabemodell und die Unterteilung in Teams soll dazu dienen, dass längerfristige Betreuungen hinterfragt werden und in jedem Fall erst als notwendig begründet werden müssen. Die fachliche Qualität der durch das Team 2 geleisteten Arbeit wurde im Hinblick auf den Fallverlauf erhoben. Es wurde erfasst, ob es im Verlauf der Betreuung zu Veränderungen kam und welcher Art diese waren.

Im Rahmen der Befragung zu Anstößen und Ereignissen, die zu Veränderungen im Betreuungsverlauf führten, wurde zwischen äußeren und inneren Einflüssen unterschieden. Insgesamt kamen 59 Prozent der Veränderungen durch äußere Anstöße zustande. Sie gingen in der Hälfte aller Fälle aus der Planung der Betreuer hervor. Zieht man zudem noch die unvorhergesehenen äußeren Anstöße ab, so gehen sogar 62,5 Prozent aller äußeren Anstöße auf die Planung der Betreuer zurück. Auch dort, wo die resultierenden Veränderungen in der Mehrzahl von außen angestoßen wurden, nämlich in den Änderungen der Ressourcen und in den Zieldefinitionen gingen diese Veränderungen letztlich auf das planvolle und vorausschauende Engagement der Betreuer zurück.

Ergänzend zu den bisher diskutierten Daten über die Kooperation der Teams untereinander und der fachlichen Qualität des Teams 2 wurde als dritter Schritt eine Zufriedenheitsbefragung unter den Klienten und Klientinnen durchgeführt. Die dabei benutzten Fragen schätzten die Freundlichkeit der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, deren fachliche Kompetenz, ihr Bemühen um die Problemlösung usw. ein. Die Klientinnen und Klienten waren im Durchschnitt sehr zufrieden mit der Betreuung (gemittelter Gesamtpunktwert des Fragebogens). Die Ergebnisse waren für Klientinnen signifikant positiver als für Klienten.

Bei der Evaluation des Krisenzentrums Nußdorf wurden im ersten Teilschritt die grundsätzlichen Erwartungen der „internen Kunden" (Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter) anhand von Fragen erhoben. Parallel dazu wurden die Selbstdefinition des Krisenzentrums sowie die Erwartungen an die Evaluation abgefragt. Diese Befragung wurde dann im Team präsentiert und in Hinblick auf mögliche Handlungskonsequenzen oder weitere zu formulierende Fragen diskutiert. Die Fragestellungen für die zweite Befragungswelle sollte sich nunmehr an Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, die jugendliche Mädchen im Krisenzentrum Nußdorf untergebracht haben, wenden. Parallel dazu begann eine Kundenbefragung, die sich an anderen im Rahmen der Ämter für Jugend und Familie eingesetzten Kundenbefragungen orientierte. Darüber hinaus wurden Fragestellungen entwickelt, die in Form von Einzelinterviews an Mädchen gestellt wurden, die im Krisenzentrum Nußdorf untergebracht waren.

Beide Untersuchungsansätze (Fragebögen, Interviews) ergänzten sich bezüglich der Ergebnisse: Die Mädchen zeigen in den Fragebögen eine hohe Zufriedenheit mit dem Krisenzentrum und äußern sich in den Interviews positiv bezüglich des erarbeiteten Lösungswegs (Inhalt, Einschätzung der Umsetzbarkeit, Initiatoren, Akzeptanz, etwaige Umstellungen bezüglich ihrer vorherigen Pläne) und der gemachten Erfahrungen im Krisenzentrum. Bezüglich des Prozesses des Erarbeitens und Realisierens von Lösungsideen wird seitens der Mädchen ihre Eigeninitiative bzw. ihre Eigenverantwortung verbalisiert. Das Krisenzentrum übernimmt eine wichtige Funktion der Begleitung und Stützung eines Emanzipationsprozesses. Die Ergebnisse aus den beiden Befragungen der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter zeigen, dass das Krisenzentrum Nußdorf positiv und als wesentliche Ressource beschrieben wird.

Die Evaluation des Psychologisch Pädagogischen Zentrums (PPZ) (Zwischenbericht) umfasst zwei Teilschritte: die Evaluation des Outcome und die Kundenzufriedenheit.

Das PPZ versteht sich als Hilfseinrichtung mit einem psychologisch-sozialpädagogischen Behandlungsmodell für schwer traumatisierte Kinder und deren Familien. Zielgruppe sind Kinder im Alter von 6 bis 15 Jahren. Insgesamt können im PPZ maximal 8 Kinder gleichzeitig betreut werden. Als durchschnittliche Aufenthaltsdauer wurden 6 Monate veranschlagt.

Mit der in der Evaluationsforschung recht häufig vertretenen Outcome-Forschung ist die Überprüfung der Zielerreichung eines Konzeptes gemeint. Die Ergebnisse sprechen für eine insgesamt erfolgreiche Arbeit des PPZ. Zur Absicherung dieses Erfolges wurden Signifikanztests durchgeführt. Die Steigerung des Erfolges ist statistisch signifikant und damit stärker ausgeprägt als individuelle Rückschläge oder Schwankungen. Der Erfolg der Arbeit des PPZ ist damit hinreichend gut belegt. Es kann eine signifikante Steigerung beobachtet werden, die Aspekte wie Problembesserung, Aktivierung der Kinder/Familien zu aktiver Mitarbeit, das Finden eines passenden Zuganges zu den Klientinnen und Klienten, Sicherheit in der Behandlungs-/Betreuungsplanung, Umgang mit abwehrendem Verhalten der Klientinnen und Klienten u.a. umfasst.

Mittels eines in der MAG ELF bereits in anderen Bereichen eingesetzten Zufriedenheits-Fragebogens wurden auch die zuweisenden SozialarbeiterInnen befragt. Die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, die das PPZ beurteilen, sind damit sehr hoch zufrieden.

Servicestelle und Kindertelefon

Die MAG ELF Servicestelle - 4000/8011 wurde im Oktober 1997 als „Hotline" im Rahmen der Kampagne „Gewaltfreier Umgang mit Kindern" eingerichtet. Seit Jänner ist die Servicestelle mit einem breit gefächerten Serviceangebot als „Sozialer Dienst" im Sinne des Jugendwohlfahrtsgesetzes tätig. Sie hat den Auftrag zu verstärkter Kundenorientierung und zur Förderung der Kontakte zwischen den Familien und den möglichen Ressourcensystemen. Die Servicestelle ist damit auch präventiv tätig, weil Informationsvermittlung und Beratung niederschwellig und anonym angeboten werden. Darüber hinaus sollen Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit und Imagepflege wahrgenommen werden.

Im Detail hat die Servicestelle folgende Aufgaben:

- Auskünfte und Informationen, Kurzberatungen in Familien- und Erziehungsfragen
- Beratung bei Familienkonflikten und Krisensituationen
- Unterstützung von Eltern und Erziehungspersonen bei der gewaltfreien Bewältigung ihrer Erziehungsaufgaben
- Service als Wegweiser durch das vielfältige Leistungsangebot der MAG ELF
- Vermittlung weiterführender Beratungs- und Betreuungsangebote
- Kurzberatung in Paar- und Trennungskonflikten (Terminanmeldungen für die Ehe- und Familienberatungsstellen der MAG ELF)
- Mitgestaltung der Öffentlichkeitsarbeit: Darstellung der Zielsetzungen und Aufgabenstellungen der öffentlichen Jugendwohlfahrt, Bekanntmachung der Serviceangebote und Leistungen der MAG ELF, Medienkontakte
- Tätigkeit als zentrale Ansprechnummer im Rahmen von Image- und Informationskampagnen

Es erfolgten insgesamt 11.277 Beratungskontakte (rund 90 Prozent am Telefon, 10 Prozent persönlich). Die überwiegenden Anfragethemen waren: 40 Prozent allgemeine Auskünfte (Informationen, Clearing, wienweite Wegweiserfunktion), 40 Prozent finanzielle und rechtliche Auskünfte/Beratungen (finanzielle Beihilfen, Besuchsrechts- und Obsorgefragen, Unterhaltsfragen, Rechte und Pflichten von Eltern/Kindern, Paarkonflikte, Scheidungsfolgen), 12 - 15 Prozent Beratungen bei Erziehungsproblemen und 5 - 6 Prozent Gespräche/Meldungen über Gewalt an Kindern.

MitarbeiterInnen der MAG ELF wurden von Medien 26-mal als InterviewpartnerInnen bzw. ExpertInnen zu verschiedenen Sachthemen angefragt (exklusive Kindertagesheimbereich). Es handelte sich um 15 Interviews (wiederholt Live-Sendungen) für TV/Radio. Infolge der Aktualität des Falles „Natascha Kampusch" war das Thema „Spurloses Verschwinden von Kindern" oder „Abgängige Kinder" vorherrschend, außerdem beim Fall des „Findelkindes Barbara" das Thema „Kindesweglegung".

Für Printmedien wurden 11 Interviews gegeben, insbesondere zum Thema „Kindesweglegung", außerdem bestand starkes Interesse für die Thematik „Gewalt gegen Kinder".

Der Servicestelle wurden der Empfang und die fachliche Betreuung von insgesamt 35 Besuchergruppen aus dem Ausland gemeldet, die Einrichtungen der MAG ELF besuchten. Teilweise organisierte die Servicestelle selbst einige Besuche. Die Besuchergruppen kamen aus folgenden Ländern: BRD 13, Schweiz 4, Finnland 3, Tschechische Republik 2, Griechenland 2, Japan 2, Russland 2, USA 2, Polen 1, afrikanischer Staat 1, Schweden 1, Ungarn 1, Bulgarien 1. Folgende Fachbereiche waren befasst: Sozialpädagogen 10, Psychologen 9, Akademie für Sozialarbeit 8, Sozialarbeiter 5, Kindergartenpädagogen 3.

Das Kindertelefon ist seit Jänner Teil der Verwaltungseinheit GÖS - Grundlagenforschung, Öffentlichkeitsarbeit, Servicestelle. Das Kindertelefon arbeitet fachlich autonom, ist aber organisatorisch eng mit der Servicestelle verbunden. Das Kindertelefon mit der Nummer 319 66 66 ist an Wochentagen zwischen 10 und 20 Uhr besetzt.

Das Kindertelefon fungiert als Notruftelefon und als niederschwellige Einrichtung der Prävention mit breit gefächertem Angebot. Es ist Mitglied des Forums „Netzwerk gegen sexuelle Gewalt an Mädchen, Buben und Jugendlichen", in die Aktivitäten des Wiener Ferienspiels eingebunden und eine wichtige „Hotline" für Wiener SchülerInnen.

Am Kindertelefon finden Kinder und Jugendliche, aber auch Eltern oder interessierte Erwachsene die Möglichkeit für vertiefte und therapeutisch orientierte Gespräche oder Beratung in Krisensituationen - es werden auch persönliche Beratungen angeboten.

Das Kindertelefon wurde 5.209-mal telefonisch kontaktiert, 31 Personen kamen zur persönlichen Beratung bzw. in akuten Krisensituationen. 121 Kontakte waren als Notrufe zu bewerten, wobei 28-mal Kinder/Jugendliche, 40-mal Eltern und 53-mal andere Personen aus dem Umfeld der Betroffenen, die Beratung in der Krisensituation suchten. 57 Prozent der Anrufe kamen von Erwachsenen, 43 Prozent von Kindern/Jugendlichen. 65 Prozent der Anrufenden waren Mädchen/Frauen, 35 Prozent Buben/Männer.

Kinderbetreuung

3 neue Städtische Kindertagesheime konnten in Betrieb genommen werden, und zwar in 14, Meiselstraße 67 (nach Generalrenovierung), 2 Gruppen, in 19, Pantzergasse 25, 2 Gruppen, und in 22, Grosserweg 8, 5 Gruppen. In 25 Kindertagesheimen erfolgten Gruppenvermehrungen um insgesamt 29 Gruppen.

Zum Jahresende standen 369 Städtische Kindertagesheime mit insgesamt 37.333 Plätzen zur Verfügung.

Plätze in Städtischen Kindertagesheimen

Stand am	Kleinkinderkrippen	Kindergarten	Hort	zusammen
31.12.1997...	5.030	21.715	10.356	37.101
31.12.1998...	5.238	21.736	10.359	37.333
Zunahme.....	+208	+21	+3	+232

Besonderes Augenmerk war auf die Erweiterung des Platzangebotes in Krippen zu legen, um Eltern, insbesondere Müttern, den Einstieg in den Beruf nach der Karenzzeit zu ermöglichen.

In privaten bzw. gemeinnützigen Kindertagesheimen standen zum Jahresende 34.794 Plätze zur Verfügung (4.632 in Kleinkinderkrippen, 22.000 in Kindergärten und 8.162 in Horten).

Gemeinnützige Betreiber von Kindertagesheimen erhielten Kostenzuschüsse in der Gesamthöhe von rund 378,5 Millionen Schilling, womit 1.125 Gruppen gefördert wurden (145 in Krippen, 614 in Kindergärten ganztags, 89 in Kindergärten halbtags, 277 in Horten).

Die Bundesregierung legte im Koalitionsübereinkommen 1996 fest, zur Unterstützung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf einen Impuls zum Ausbau der Kinderbetreuung zu setzen. Der Anteil an dieser Förderung („Kinderbetreuungsmilliarde") betrug für das Land Wien 158,640.000 S. Damit konnten Projekte gefördert werden, die den dazu erlassenen Richtlinien entsprachen und für die das Land einen Zuschuss von zumindest derselben Höhe zur Verfügung stellte.

Mit städtischen Projekten konnten 1997 und 1998 1.718 zusätzliche Plätze geschaffen werden, mit privaten Projekten 1.004. Für die Jahre 1999/2000 gibt es eine zweite Tranche von Zuschüssen aus Bundesmittel in der gleichen Höhe.

1998 wurden insgesamt einmalige finanzielle Zuschüsse in der Höhe von 44,3 Millionen Schilling für die Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen an private Institutionen geleistet (einschließlich der Zuschüsse im Rahmen der „Kindergartenmilliarde").

Die Versorgungsquote (Stand 7/98) mit Kindertagesheimplätzen (städtische und private bzw. gemeinnützige) betrug für Kinder von 1 1/2 bis 3 Jahren 41,18 Prozent, für Kinder von 3 bis 6 Jahren 88,16 Prozent.

Im Arbeitsjahr 1998/99 konnten die Integrationsgruppen von 86 auf 99 erweitert werden (5 Kindergartengruppen, 8 Hortgruppen). Es konnte damit weiteren 52 behinderten Kindern die Aufnahme in ein Kindertagesheim ermöglicht werden.

Mit Gemeinderatsbeschluss vom 24. Juni wurden die Elternbeiträge für städtische Kindertagesheime neu geregelt. Neben einer Anhebung des Höchstbeitrages und der Einführung von drei weiteren Beitragsstufen wurde die Gewährung von Gutschriften auf wenige Ausnahmen eingeschränkt. Das Ziel dieser Regelung war, die Beitragsgestaltung gegenüber privaten Anbietern zu harmonisieren, um so eine bessere Nutzung aller Platzressourcen zu ermöglichen.

Der Anteil der in voller Höhe bezahlten Besuchsbeiträge in den städtischen Kindertagesheimen betrug in Krippen 27 Prozent, in Kindergärten 31 Prozent, in Kindergärten (halbtags) 26 Prozent, in Horten 27 Prozent. Gänzlich befreit von der Zahlung eines Besuchsbeitrages waren in Krippen 3 Prozent, in Kindergärten 15 Prozent, in Kindergärten (halbtags) 5 Prozent, in Horten 23 Prozent.

Die Gewährung von Ermäßigungen für Kindertagesheimplätze privater Träger analog zu den Ermäßigungen bei städtischen Kindertagesheimen konnte auf rund 3.500 Plätze ausgebaut werden. Für diesen Leistungszukauf wurden insgesamt S 41,782.450 aufgewandt.

Für die Essensversorgung in den Kindertagesheimen lieferte die Firma Gustana 4,450.823 Essensportionen. Außerdem stellten Kindertagesheime mit Kleinkinderkrippen 698.585 Essensportionen selbst her. Im Rahmen des Kinder- und Schüleressens erhielten 283 Schüler insgesamt 50.940 Fertig-Menüs.

Mit der Strukturänderung in der MAG ELF wurden alle Belange der Kinderbetreuung in Wien im Dezernat „Kindertagesheime, Kindergruppen, Tageseltern" zusammengefasst. In dem neu geschaffenen Referat „Kindergruppen und Tageseltern" sind nun neben der Referentin 4 Sozialarbeiterinnen (2 Teilzeit) tätig. Die Erstellung von Tagespflegebescheiden für Tagesmütter/Tagesväter sowie für KindergruppenbetreuerInnen und die gesetzlich vorgeschriebene Pflegeaufsicht werden von diesem zentralen Referat aus durchgeführt.

Um der gestiegenen Nachfrage nach Betreuungsplätzen bei Tageseltern und dem damit verbundenen zunehmenden Interesse an der Tätigkeit als Tagesmutter/Tagesvater gerecht zu werden, wurde neben einer ausführlichen schriftlichen Erstinformation ein persönliches Informationsgespräch für InteressentInnen für die Tätigkeit als Tagesmutter/Tagesvater bzw. KindergruppenbetreuerIn eingeführt. Das Bescheidverfahren konnte durch einen ausführlichen Erhebungsbogen gestrafft werden. Zur Qualitätssicherung wurden Mindestkriterien der Eignung zur Tagesbetreuung festgelegt.

Die Kommunikation mit den Vereinen, die Tagesmütter/Tagesväter anstellen, sowie mit den Dachverbänden für Kindergruppen konnte intensiviert und der Erfahrungsaustausch für Verbesserungen genutzt werden.

Tagesbetreuung in Wien

Bezeichnung	Anzahl	bewilligte Betreuungsplätze
freiberufliche Tagesmütter	443	1.273
angestellte Tagesmütter	165	648
Kindergruppen organisiert im Dachverband der Wiener Kindergruppen	37	412
Forum der Wiener Kinderkreise	6	72
nicht organisierte Kindergruppen	60	720
Kindergruppen-BetreuerInnen	227	1.204

Eine/Ein Tagesmutter/Tagesvater betreute im Durchschnitt 3 Kinder. In den Kindergruppen wird zumeist die Maximalzahl von 12 Kindern erreicht. Vor allem Eltern junger Kinder schätzen die flexiblen Zeitangebote der Tagesmütter, die individuell auf die Bedürfnisse der Familien abgestimmt werden.

Zur Förderung der Anstellung von Tagesmüttern wurde ein Betrag von rund 13,6 Millionen Schilling aufgewandt (darunter auch Ersatzförderungen für den Ausfall von AMS-Förderungen). Zum Jahresende bestanden 119 von Organisationen (4) angestellte geförderte Tageseltern.

Die Anzahl der Kindergruppen hat sich vergrößert. Es ist ein Interesse an professionell geführten Kinderbetreuungseinrichtungen dieser Art mit maximal 12 Kindern pro Gruppe und speziellen pädagogischen Schwerpunkten zu bemerken.

Die Betreuung von Kindern aus ganztägig geführten Schulen, Lern- und Freizeitclubs und offenen Schulen in der Zeit von Ferien nahmen 176 in den Semesterferien, 167 in den Osterferien und 510 in den Hauptferien in Anspruch. Eine jeweils viel größere Anzahl hatte sich jedoch für die Betreuung angemeldet.

Rund 25 Millionen Schilling mussten als Landesanteil für die Gewährung von Sondernotstandshilfen durch das AMS übernommen werden (1997: 27 Millionen Schilling).

Rechtsfürsorge

Die Ausstattung der Rechtsfürsorge mit der Hardware zur Umstellung der Aktenbearbeitung auf elektronische Datenverarbeitung konnte abgeschlossen werden. Da die Mündelgeldverrechnung auf ein neues System umgestellt wird, erfolgten umfangreiche Tests und Schulungen.

Der Spezialistenpool zur Vertretung unbegleiteter minderjähriger Asylwerber erfuhr eine Erweiterung von 8 auf 9 Personen. Die Mitglieder des Spezialistenpools bilden sich für ihre engagierte Tätigkeit laufend weiter und erhalten entsprechendes Informationsmaterial, insbesondere über Gesetzesänderungen und die aktuelle Rechtsprechung. Sie vertraten im Laufe des Jahres 46 (1997: 13) minderjährige Fremde gemäß § 71 Abs. 3 Fremdengesetz und 239 (1997: 147) minderjährige unbegleitete Asylwerber gemäß § 25 Asylgesetz

Um das für die Vertretung der jugendlichen Fremden wichtige Know-how zentral zu sammeln und weiterzuentwickeln, wurde das abteilungsinterne Kompetenzzentrum für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge geschaffen, das vom fachlichen Leiter des SpezialistInnenpools betreut wird. Die Poolmitglieder arbeiten als SpezialistInnen für das Asyl- und Fremdenrecht zusätzlich zu ihrer sonstigen Tätigkeit in der Rechtsfürsorge.

Eventuell notwendige Aufenthaltsbewilligungen für Kinder und Jugendliche, die sich in voller Erziehung befinden, werden von den SachbearbeiterInnen der Rechtsfürsorge beantragt, falls die gesetzlichen Vertreter der Minderjährigen dies verabsäumen.

Eine wesentliche Verbesserung trat bei den Anspruchsvoraussetzungen für den Wiener Familienzuschuss ein, da ab 1. Juli der Kinderabsetzbetrag nicht mehr in die Bemessungsgrundlage einbezogen wird. Dadurch erhöhte sich die Zahl der Familien, die zum Jahresende einen Wiener Familienzuschuss in der Höhe von S 700 bis S 2.100 pro Monat bezogen, auf 3.364 (1997: 2.976). Die Zahl der im Laufe des Jahres gestellten Anträge betrug 4.148 (1997: 3.635). Die Gesamtsumme der Auszahlungen betrug rund S 76,2 Millionen Schilling (1997: S 66,5 Millionen Schilling).

Die Rechtsfürsorge führte bei gleichem Personalstand (95 volle Posten) 29.003 Betreuungsfälle (1997: 28.767). Diese setzten sich zusammen aus 285 Übertragungen der Obsorge gemäß § 176a ABGB, 275 gesetzlichen und 311 bestellten Vormundschaften, 24.710 Sachwalterschaften, 119 Amtshilfefällen für Jugendwohlfahrtsträger

außerhalb Wiens, 3.203 Fällen der Einbringung von Kostenersatz für die Unterbringung von Kindern in Pflegefamilien, Heimen und sonstigen Einrichtungen der Stadt Wien. Die Gesamtsumme der hereingebrachten Unterhaltsbeträge erreichte eine Summe von S 572,172.344,98, was einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 1,04 Prozent entspricht. 10.275 Minderjährige erhielten unter Mitwirkung der Rechtsfürsorge Unterhaltsvorschüsse.

Die Fortbildung der SachbearbeiterInnen der Rechtsfürsorge bezog sich auf folgende Themen: Asylgesetz und verwandte Rechtsgebiete, Spezialistenpool, Konkurs - Ausgleich - Privatkonkurs, Auslandsunterhaltsgesetz, Einführung in die Mediation, Kommunikation und Gesprächsführung. Um eine praxisnahe Schulung zu gewährleisten, führten diese vor allem MitarbeiterInnen der MAG ELF bzw. auch der Rechtsfürsorge durch.

Die Fortbildungsveranstaltung für die LeiterInnen der Ämter für Jugend und Familie behandelte die geplanten Novellen zum Jugendwohlfahrtsgesetz und zum Kindschaftsrechtsänderungsgesetz.

Jugendwohlfahrt

Durch die Neuorganisation der MAG ELF - Zentrale kam es im Dezernat II - Jugendwohlfahrt zu umfassenden strukturellen und personellen Veränderungen. Durch eine neue fachliche Leitung des Dezernates konnte auf die Funktion der „Fachaufsicht" als einer Zwischenhierarchie verzichtet werden. Die fachliche Aufsicht über die SozialarbeiterInnen in den Ämtern für Jugend und Familie wurde auf die jeweiligen Leitenden SozialarbeiterInnen übertragen.

Bisherige zusätzliche Arbeitsbereiche der „Fachaufsichten" übernahm das neue Referat „Fachentwicklung und Organisation", das auch den Interventionsbereich und den Verbindungsdienst zum Jugendgerichtshof Wien abdeckt. Das Referat „Wirtschaftliche Hilfen" und das Wohnungsreferat wurden zum neuen Referat „Materielle Grundsicherung" zusammengelegt, das auch zentrale Agenden für die Fachstelle für Wohnungssicherung (FAWOS), soweit sie die MAG ELF betreffen, und der Schuldnerberatung wahrnimmt.

Zum Jahresende erfolgte weiters die Zusammenlegung der Adoptionsstelle mit dem Pflegestellenreferat. Dieses neue Referat ist räumlich im Julius-Tandler-Familienzentrum situiert, organisatorisch aber dem Dezernat II - Jugendwohlfahrt zugehörig.

Durch die Änderung der zentralen Struktur begann ein entsprechender Anpassungsprozess in den Ämtern für Jugend und Familie, der noch nicht abgeschlossen ist. Neben der neu übernommenen Fachaufsicht durch die Leitenden SozialarbeiterInnen begann auch eine Regionalisierung der Delogierungsprävention und der Administration der wirtschaftlichen Hilfen. Zu diesem Zweck wurden die Ämter für Jugend und Familie zusätzlich mit einem PC für die SozialarbeiterInnen ausgestattet. Die Übernahme dieser zusätzlichen Arbeitsbereiche brachte für die Leitenden SozialarbeiterInnen und für die SprengelsozialarbeiterInnen eine vermehrte Arbeitsbelastung mit sich.

Die im Vorjahr erprobte Dokumentationsform für die Tätigkeit der SozialarbeiterInnen hat sich bewährt und wurde nach entsprechender Evaluierung und Adaptierung endgültig eingeführt.

Auf der Basis dieser Dokumentationsform bestanden zum Jahresende 3.646 Hilfen zur Erziehung, die auf einer Vereinbarung mit den Erziehungsberechtigten beruhen. 41.781 Personen nahmen während des Jahres Soziale Dienste in Anspruch. Die Sozialen Dienste umfassen ein breites Spektrum von Hilfen, die der Entwicklung und Förderung der Familie dienen, wie z.B. allgemeine und besondere Beratungsangebote, Service- und Informationsdienste, Hilfe bei finanziellen- und Wohnungsproblemen, Hilfe bei Erziehungsproblemen und bei Gewalt in der Familie und bei Schulproblemen.

Hilfen zur Erziehung aufgrund einer gerichtlichen Verfügung bestanden zum Jahresende 1.349 (1997: 1.277).

In den Ämtern für Jugend und Familie, der Zentrale (Dezernat II) und dem Julius-Tandler-Zentrum waren 242 SozialarbeiterInnen ganztägig und 69 SozialarbeiterInnen teilbeschäftigt tätig. Der hohe Zuwachs bei den teilbeschäftigten SozialarbeiterInnen ist vor allem auf die neue Regelung über die Teilzeitbeschäftigung für BeamtInnen zurückzuführen, die mit 1. Mai wirksam wurde. Die damit ermöglichte flexiblere Handhabung der Arbeitszeit kommt gleichermassen den DienstnehmerInnen und der MAG ELF zugute. Allerdings sind einem zusätzlichen Anstieg vor allem räumliche und organisatorische Grenzen gesetzt.

Es kam zu insgesamt 178.590 Kontakten mit KlientInnen in den Ämtern für Jugend und Familie (1997: 118.990).

Die Zahl der Stellungnahmen in pflegschaftsbehördlichen und strafgerichtlichen Verfahren betrug 4.274 (1997: 4.265) und ist damit konstant geblieben.

Es fanden 13.684 Informationsgespräche gemäß § 212 Abs. 1 ABGB über die elterlichen Rechte und Pflichten und die möglichen Hilfestellungen der Jugendwohlfahrt statt (1997: 11.966).

Die SozialarbeiterInnen stellten insgesamt 19.075 Anträge auf Aushilfen für Familien nach dem Wiener Sozialhilfegesetz (1997: 19.226), darüber hinaus vermittelten sie 7.890 weitere finanzielle Hilfen, wie z.B. wirtschaftliche Krisenhilfen u.a. (1997: 7.366).

Die Zahl der Meldungen über Maßnahmen bei Gewaltanwendung in Familien ist gegenüber dem Vorjahr (319) auf 347 angestiegen. In 288 Fällen waren die Ämter für Jugend und Familie mit Misshandlung bzw. Vernachlässigung, in 59 Fällen mit sexuellem Missbrauch konfrontiert.

Besuchscafés zur Besuchsbegleitung bei schwierigen Scheidungs-, Obsorge- und Besuchsrechtsfragen haben sich als Angebot bewährt, um möglichst konfliktfreie und kinderorientierte Besuchskontakte mit Unterstützung durch SozialarbeiterInnen aufzubauen. In den Ämtern für Jugend und Familie 3., 10., 11., 12., 13./14., 16., 21., 22. und 23. Bezirk waren die jeweiligen Standorte stets ausgelastet, neue Standorte im 12. und 17. Bezirk wurden eröffnet, ein Besuchscafé im 2. Bezirk steht vor der Eröffnung.

Im Rahmen der Sozialen Gruppenarbeit wurden 22 Gruppen für Kinder und Jugendliche bzw. Aktivitäten für Eltern oder Familien und Kinder geführt.

Das Referat Fachentwicklung und Organisation, in dem eine Mitarbeiterin ganztags und eine teilbeschäftigte Mitarbeiterin tätig sind, ist vorrangig mit den Bereichen Personal, Fortbildung, Organisation, Statistik, Verbindungsdienst zum Jugendgerichtshof Wien und der Bearbeitung von Interventionen befasst.

Im Bereich Personal langten 81 Bewerbungen für einen Sozialarbeiterdienstposten ein, mit 55 der BewerberInnen wurde ein ausführliches persönliches Bewerbungsgespräch geführt, bei 17 der BewerberInnen konnte das Aufnahmeverfahren eingeleitet werden, wobei von den neu aufgenommenen SozialarbeiterInnen 12 ihre Ausbildung an der Akademie für Sozialarbeit der Stadt Wien absolviert haben. Es ist auch Aufgabe des Referates, die Platzierung von Karenzrückkehrerinnen zu organisieren und den Einsatz der „SpringerInnen" zu koordinieren. Es wurden vorerst zwei Springer- bzw. Ausbildungsposten geschaffen, die in der Zentrale angesiedelt sind, um die durch personelle Engpässe (Langzeitkrankenstände, Einschulungen) verursachten Belastungsspitzen in den Ämtern für Jugend und Familie auszugleichen.

In den Bereichen Fortbildung, Organisation ist das Referat u.a. mit der Organisation und Moderation der Informationswoche für BerufsanfängerInnen beschäftigt, die für neu aufgenommene Sozialarbeiterinnen zweimal jährlich stattfindet. Weiters werden Spezialfortbildungsveranstaltungen und Arbeitsgruppen organisiert, evaluiert und bei der Erstellung des Fortbildungsprogrammes für SozialarbeiterInnen im Rahmen des Fortbildungsbeirates mitgewirkt.

Im Bereich Interventionen wurden vom Referat in Kooperation mit den Ämtern für Jugend und Familie und auf der Grundlage der dort erstellten Antwortentwürfe 191 schriftliche Eingaben bearbeitet. Weiters wurde die Statistik der Jugendwohlfahrt anhand der von den Ämtern für Jugend und Familie gelieferten Daten erstellt. Im Bereich Verbindungsdienst zum Jugendgerichtshof Wien wurden aufgrund geänderter organisatorischer und fachlicher Strukturen große Abstriche gemacht, sodass letztlich nur die Weiterleitung von Verständigungen des Jugendgerichtshofes über die Inhaftierung von Jugendlichen an die Ämter für Jugend und Familie durchgeführt wurde. Alle anderen bisherigen Tätigkeitsfelder wie Aktenbearbeitung erfolgen nun ausschließlich durch die Ämter.

Die Adoptionsstelle wurde mit November mit dem Pflegefamilienreferat zusammengelegt und hat nun ihren Sitz im Julius-Tandler-Familienzentrum. Gleichzeitig wurden die SozialarbeiterInnen des Pflegefamilienreferates organisatorisch und fachlich an die MAG ELF - Zentrale, Dezernat II angebunden.

Im Bereich Adoptionen waren mit Jahresende 200 Paare für eine Adoptionsvermittlung vorgemerkt. Dieser großen Zahl an BewerberInnen standen 30 Kinder gegenüber (20 Knaben und 10 Mädchen), die an adoptionswillige Paare vermittelt werden konnten. Es handelte sich dabei ausschließlich um Säuglinge, wobei 27 Kinder direkt aus Geburts- bzw. Kinderkliniken von Adoptiveltern übernommen werden konnten, 3 Kinder waren kurzfristig bei passageren Pflegeeltern untergebracht. Es haben 39 Mütter/Eltern die Freigabe ihres Kindes sehr konkret überlegt, jedoch kam es in 8 Fällen dann doch zu keiner Vermittlung.

Breiten Raum nahm die Arbeit mit jugendlichen und erwachsenen Adoptierten ein, die Hilfe bei der Suche nach leiblichen Angehörigen wollten, sowie mit Adoptiveltern, die Beratung und Information bei der Aufklärung ihrer Kinder über die Adoption wollten. Die Adoptionsstelle führte auch weiterhin die Fachaufsicht über die Adoptionsvermittlungstätigkeiten des Vereines Initiative Pflegefamilien durch.

Zum Jahresende lebten insgesamt 1.222 Wiener Kinder in 962 Pflegefamilien. In Wien standen 458 Pflegeplätze zur Verfügung, auf denen 580 Kinder untergebracht waren. In den Bundesländern standen 504 Pflegeplätze für 642 Kinder bereit. Gerade diese Pflegeplätze in den Bundesländern stellen eine große Ressource bei der Unterbringung von Geschwistern dar.

Auch 1998 ist die Zahl der Vermittlungen in Pflegefamilien durch das Pflegefamilienreferat auf 204 (1997: 189) weiter angestiegen. Davon wurden 140 Kinder in Langzeitpflegefamilien und 64 Kinder in Kurzzeitpflegefamilien untergebracht. 110 Kinder kamen in Pflegefamilien in Wien, 94 Kinder zu Pflegefamilien in anderen Bundesländern. 64 Kinder fanden Aufnahme in passageren Pflegefamilien, davon 51 Kinder in Wien und 13 Kinder in anderen Bundesländern. Dies bedeutet eine Steigerung der Unterbringung in passageren Pflegefamilien gegenüber dem Vorjahr um rund 10 Prozent. Die passageren Pflegefamilien stellen eine wichtige Ressource bei der Unterbringung von Kindern aus ungeklärten Problemsituationen dar; sie verstehen ihre Tätigkeit als Hilfe für eine Familie in Krisensituationen und sind daher auch zu intensiven Elternkontakten und enger Zusammenarbeit mit den Fachleuten der Jugendwohlfahrt bereit. Aufgrund der hohen psychischen Belastung, die passagere Pflegeverhältnisse mit sich bringen (z.B. wiederholte Trennungserlebnisse) braucht gerade diese Gruppe von Pflegeeltern besondere fachliche Begleitung und Beratung in Form von Hausbesuchen, Begleitung und Vereinbarung von Besuchskontakten sowie psychologischer Beratung.

Die Gesamtzahl der Kinder bzw. Jugendlichen in Gemeindepflege (Volle Erziehung) ging wie schon im Vorjahr leicht zurück und betrug zum Jahresende 2.594 (1997: 2.619, 1996: 2.634), wovon 304 nicht die österreichische Staatsbürgerschaft hatten (1997: 262). Der Anteil der Kinder und Jugendlichen in Pflegefamilien blieb wie schon seit 1996 bei 47 Prozent. In Wiener Pflegefamilien befanden sich 580 (1997: 596), in Pflegefamilien anderer Bundesländer 645 (1997: 628).

Die Zahl der Neuaufnahmen in Wohngemeinschaften bzw. Heime und Pflegefamilien sank auf 609 (1997: 644). An der Spitze der Unterbringungsgründe standen Erziehungsprobleme (25 %), gefolgt von Gefährdung (22 %), Unvermögen der Pflegeperson (15 %), Wunsch des/der Minderjährigen (13 %), Ausfall der Pflegeperson (11 %), Misshandlung und Wohnungsprobleme (je 3 %) u.a.

In der Altersverteilung der aufgenommenen Kinder bzw. Jugendlichen blieb der Anteil der unter 6-jährigen mit 30 Prozent relativ konstant (1997: 31 %). Der Anteil der Kinder im Pflichtschulalter sank auf 43 Prozent (1997: 47 %), über 15 Jahre alt waren 27 Prozent (1997: 22 %).

Das Referat Materielle Grundsicherung führte die im Herbst 1997 begonnenen Vorbereitungen des Wiener Delogierungspräventionsmodells das ganze Jahr über intensiv fort. Unter anderem erstellte das Referat in Zusammenarbeit mit der Fachstelle für Wohnungssicherung FAWOS eine Arbeitsunterlage, die als Grundlage für dreitägige Einschulungen für 100 SozialarbeiterInnen der Magistratsabteilungen 11 und 12 diente.

392 Gemeindewohnungen konnten in Zusammenarbeit mit der MA 17 aus sozialen Gründen zugewiesen werden, 126 davon entfielen auf zu verselbständigende Jugendliche, 26 auf den Bereich der Obdachlosigkeit (Familienherbergen der städtischen Wohnhäuserverwaltung und Kriseneinrichtungen der MAG ELF) und 240 zur Verhinderung von Obdachlosigkeit oder Gesundheitsschädigungen von Kindern in gefährdeten Wohnverhältnissen. 41 Zuweisungen konnten von den KlientInnen aus unterschiedlichsten Gründen nicht angenommen werden.

Der Expertenkreis, der soziale Aspekte bei Ansuchen auf Gemeindewohnungen zu beurteilen hat, entschied in 24 Besprechungen über 1.498 Anträge auf Gemeindewohnungen, wobei in vielen Fällen Erhebungen in Zusammenarbeit mit den Ämtern für Jugend und Familie notwendig waren, wenn es sich um Anträge von Familien mit Minderjährigen handelte. 549 der bearbeiteten Wohnungsansuchen konnten positiv erledigt werden.

Die Fachstelle für Wohnungssicherung FAWOS weitete mit Beginn des Jahres ihren Wirkungsbereich auf ganz Wien aus; allerdings reduzierte sich deren Zuständigkeit nun auf den Bereich der Privat- und Genossenschaftswohnungen. Die Prävention für den Bereich der Gemeindewohnungen übernahmen das Amt für Jugend und Familie und das Sozialamt. An der FAWOS arbeitet ein Sozialarbeiter der MAG ELF mit.

Die Schuldnerberatung war mit 2.939 Haushalten neu befasst, das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 15 Prozent. Noch dramatischer ist die Steigerung bei den betreuten Fällen. Diese stiegen von 765 auf 1.016 Haushalte, d.h. um 32,8 Prozent! Weiterhin stand die Unterstützung bei der Durchführung von Privatkonkursen im Mittelpunkt der Tätigkeit der Schuldnerberatung.

Anlässlich des 10-jährigen Bestehens der Schuldnerberatung fand am 2. November im Wiener Rathaus ein Expertengespräch zum Thema „Privatverschuldung" statt, an dem Vizebürgermeisterin Grete Laska, FinanzexpertInnen, VertreterInnen der Wirtschaft, der Sozialpartner sowie des Bundesministeriums für Justiz und SchuldnerberaterInnen teilnahmen.

Für die Wirtschaftliche Krisenhilfe für Familien, Schwangere und AlleinerzieherInnen in Krisensituationen standen S 14,500.000 zur Verfügung. Insgesamt 1.150 Ansuchen sind im Laufe des Jahres bearbeitet worden. Davon konnten 918 positiv erledigt werden, 95 wurden abgelehnt und 56 hinterlegt. 81 Ansuchen konnten aufgrund noch ausstehender Überprüfungen bzw. Änderungen im Vergabemodus (Regionalisierung) nicht abgeschlossen werden. Die Unterstützungen dienten der Anschaffung von Möbeln und Hausrat (32 %), der Wohnraumbeschaffung (35 %), der Sicherung der Strom- und Gas- und Heizversorgung (13 %), der Abdeckung privater Mietzinsrückstände (6 %) und Sonstigem (14 %).

An Stiftungsgeldern konnten als Hilfen für Familien bzw. Jugendliche folgende Summen ausbezahlt werden: Eisner-Odescalchi-Stiftung S 141.450 (direkt über die Ämter für Jugend und Familie), Geiter-Goos-Stiftung S 30.000, Leopold Thaller-Hilfe S 50.000.

Das von der Stadt Wien geförderte Unabhängige Kinderschutzzentrum in 7, Kandlgasse 37, wies 1.952 KlientInnenkontakte (Beratungen und Psychotherapien mit direkt Betroffenen) sowie 462 HelferInnenkontakte (Supervisionen, Fallbesprechungen usw.) auf. Die Zahl der Fälle betrug 498. 38 Prozent betrafen sexuelle Misshandlung, 16 Prozent körperliche Misshandlung, 11 Prozent psychische Misshandlung, 21 Prozent multiple Misshandlungen, 5 Prozent Vernachlässigung, 9 Prozent andere Probleme.

Unterstützungs- und Beratungsangebote

Im neuen Dezernat V zusammengefasst sind nunmehr Planung, Organisation und Koordination von sozialen Beratungs- und Betreuungsdiensten, Unterstützungsangeboten und Hilfen für Kinder, Jugendliche und Familien. Dazu zählen insbesondere die vom Referat Eltern, Säuglinge und Kleinkinder angebotenen Dienste inklusive der Verbindungsdienste zu Spitälern, weiters Jugendberufshilfe, Intensivbetreuungen, Verbindungsdienste zu Instituten (Institute für Erziehungshilfe, Institut für Ehe- und Familientherapie), die Organisation von Dolmetschdiensten für die MAG ELF sowie der Ehe- und Familienberatungsstellen.

Im Zuge der Neuorganisation wurde besonderes Augenmerk darauf gelegt, jene MitarbeiterInnen, die disloziert Verbindungsdienste wahrnehmen, verstärkt mit der Zentrale zu vernetzen. Das Dolmetschmanagement, das nun von der MAG ELF selbst durchgeführt wird, stellt eine wichtige Ressource dar. Neu ist weiters das Kompetenzzentrum „Jugendwohlfahrt und berufliche Integration". Den Arbeitsschwerpunkten entsprechend erfolgt eine enge Vernetzung und Abstimmung mit dem Dezernat II-Jugendwohlfahrt.

Im Referat Eltern, Säuglinge, Kleinkinder ging es darum, Schwerpunkte zu setzen. Im Klinikverbindungsdienst war dies neben der Beratungs- und Informationstätigkeit über die Service- und Unterstützungsangebote der Stadt Wien der Bereich Gewalt bzw. Verdacht auf Gewaltanwendung am Kind. Die Sozialarbeiterinnen engagieren sich vermehrt in den Kinderschutzgruppen, die bisher in drei Kinderspitälern eingerichtet wurden. Die Mitglieder der Kinderschutzgruppe treffen sich in regelmäßigen Abständen zum Themenschwerpunkt Gewalt. Diese Treffen zielen auf Kompetenzsteigerung, Sensibilisierung und eine differenziertere Betrachtungsweise. Darüber hinaus wird jeder Verdachtsfall von einem interdisziplinären Team beraten, wobei die fachlichen Aspekte der Sozialarbeit und der Psychologie ebenso einfließen wie die Einschätzungen, Beobachtungen und Wahrnehmungen des medizinischen und pflegerischen Personals. Die Sozialarbeiterinnen ergänzen dieses Beratungssetting um das Spektrum der Lebenswelt und der sozialen Situation des Kindes. Behandlungs- und Betreuungskonzepte werden in Kooperation mit den regional zuständigen SozialarbeiterInnen des Amtes für Jugend und Familie weitestgehend auf die familiären Kapazitäten und Umsetzungsmöglichkeiten abgestimmt, um das Kind möglichst gut vor einer neuerlichen Gewaltanwendung schützen zu können.

Aus der Fachaufsichtsfunktion bei den anerkannten freien Trägern im Bereich privater Eltern-Kind-Zentren resultierten zahlreiche administrative und organisatorische Tätigkeiten. Bei zwei privaten Eltern-Kind-Zentren wurde das Anerkennungsverfahren als freier Träger der Jugendwohlfahrt abgeschlossen.

Die Zahl der erstmals in den Elternberatungen vorgestellten Kinder betrug 9.908 Kinder, was einer Steigerung von 60 Prozent entspricht, wobei ein hoher Prozentsatz dieser Kinder nur zum Impfen gekommen ist. Insgesamt fanden 85.979 Konsultationen an 3.725 Beratungstagen statt. Der Durchschnittsbesuch lag bei 23 Säuglingen und Kleinkindern. 7.401-mal begleiteten Väter ihre Kinder.

Die Beratung von Müttern, Vätern, Eltern hinsichtlich der Ernährung und der Pflege des Säuglings bzw. Kleinkindes war bis Herbst wegen der außerordentlich hohen Anzahl von Impfungen nur eingeschränkt möglich. Seit Oktober ist es nun möglich, die Kinder auch bei den niedergelassenen Kinderfachärzten kostenlos impfen zu lassen. In den Bezirken mit einer hohen Dichte an Kinderfachärzten wird dieses Angebot sicher zu einem Rückgang der Frequenz führen. Es ist daher zu erwarten, dass mit der sinkenden Frequenz wieder vermehrt die Qualität der Beratung zum Tragen kommt und das interdisziplinäre Team genügend Zeit findet, um jungen, unerfahrenen, unsicheren Müttern mit Säuglingen und Kleinkindern Information und Begleitung bzw. Hilfestellung bei aktuell auftretenden Problemlagen anbieten zu können.

Nach wie vor ist die Dolmetschtätigkeit der sieben muttersprachlichen MitarbeiterInnen in den Sprachen Türkisch, Bosnisch, Serbisch und Kroatisch eine große Hilfe, um bei der Elternberatung die Lebensumstände mancher ausländischer Familien zu erfahren und medizinische Interventionen auf die soziale Lage der Familien abzustimmen.

Zur Zeit können sich werdende Eltern an vier bis sieben Kursabenden an 15 Standorten der Elternschule auf die Geburt des Kindes vorbereiten und Kompetenz und Sicherheit im Umgang mit dem Kind bzw. für das Alltagsleben mit dem Säugling erwerben. Die Elternschule für Adoptivelternwerber stellt einen besonderen inhaltlichen Schwerpunkt dar.

Die Elternschulen verzeichneten an 467 Kursabenden 3.976 BesucherInnen, was einer Frequenz von rund 9 TeilnehmerInnen pro Abend entspricht. Besonders gerne nehmen die werdenden Eltern die Elternschulen der Eltern-Kind-Zentren in Anspruch (mehr als zwei Drittel), wobei die Eltern-Kind-Zentren 10, 16, 21 und 22 allein 2.019 KursteilnehmerInnen aufwiesen.

Die Eltern-Kind-Zentren verzeichneten 63.222 BesucherInnen. 22.537 Mütter, Väter und Kinder nahmen die Aktivitäten der Sozialpädagoginnen in Anspruch, 2.146 Mütter und Väter kamen in die Sprechstunde der SozialarbeiterInnen. 1.749 Schwangere informierten sich über Babypflege und Ernährung. 7.784 erkundigten sich ausführlich telefonisch nach Pflegetipps und Ernährungshinweisen.

Ein besonderer Kommunikationstreffpunkt sind die Mütter- und Elterncafés; diese verzeichneten 8.724 BesucherInnen. In den Stillgruppen steht der Austausch der Mütter über das Stillen, die fachliche Hilfestellung durch die Sozialpädagoginnen und die Ermutigung und Unterstützung der Frauen im Vordergrund. Die Stillgruppen verzeichneten 8.043 Teilnahmen. Dieser Erfahrungsaustausch über das Stillen findet besonderen Anklang. Weitere Angebote waren kreative Vormittage, Spielgruppen, Beratungsangebote der Familienhebammen und das Schwangerenturnen im Eltern-Kind-Zentrum 21, Freytaggasse 32.

Die muttersprachliche Beratung für türkische Familien sowie der Deutschkurs für türkische Frauen (239 Teilnahmen) stellte im Eltern-Kind-Zentrum 10, Quellenplatz 4, einen wichtigen Fixpunkt dar. Neben dem Spracherwerb spielt auch die Informationsweitergabe über die verschiedenen Beratungseinrichtungen und der Austausch unter den Frauen eine wesentliche Rolle. Die Nachfrage nach den Zwillingstreffen ist rückläufig (444 Teilnahmen).

Die Scheidungsberatungen in den Eltern-Kind-Zentren 21 und 22 sowie die Konfliktberatung im Eltern-Kind-Zentrum 10 verzeichneten 504 Ratsuchende, in die Sprechstunde der PsychologInnen kamen 643 Mütter und Väter.

Die Sozialarbeiterinnen im Klinikverbindungsdienst informierten 15.529 Wöchnerinnen über die Service- und Beratungsangebote des Amtes für Jugend und Familie, 4.087 Frauen erhielten nachträglich im Spital das Wäschepaket ausgefolgt. 700 Schwangere und 1.777 Wöchnerinnen befanden sich in einer problematischen Lebenssituation, die Sozialarbeiterinnen initiierten in 511 Fällen nachgehende Betreuung durch das regional zuständige Amt für Jugend und Familie, in 352 Fällen anderweitige Hilfestellungen. Von diesen 2.477 Fällen waren nur 339 Frauen dem Amt für Jugend und Familie des Wohnbezirkes bekannt bzw. bei diesem in Betreuung, für 72 Frauen wurden von den Ämtern für Jugend und Familie um Betreuung ersucht. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass

389 Frauen von sich aus den Kontakt zu den Sozialarbeiterinnen suchten, 796 wurden vom Spitalspersonal zugewiesen, bei 531 Frauen resultierten die sozialarbeiterischen Interventionen aus den eigenen Wahrnehmungen der Mitarbeiterinnen. Zu den am häufigsten genannten Problemstellungen zählen soziale Auffälligkeiten, Sorgen der Frauen mit ihrem AlleinerzieherInnenstatus, wirtschaftliche Probleme sowie Probleme aus dem AusländerInnenstatus. Von den 1.777 Wöchnerinnen waren 317 noch minderjährig.

In den Kinderspitälern waren die Sozialarbeiterinnen mit 2.067 Fällen 6.627-mal befasst. Sie führten 2.445 persönliche Gespräche mit den Kindern bzw. mit den Eltern, 8.389 Gespräche mit dem Spitalspersonal und 6.961 Gespräche mit MitarbeiterInnen der Ämter für Jugend und Familie und anderer Einrichtungen. In 105 Fällen wurden soziale Dienste initiiert, in 424 Fällen nachgehende Betreuung durch das regional zuständige Amt für Jugend und Familie. Von den 2.067 Fällen waren 433 Kinder den Ämtern bereits bekannt. Auffallend bei den Problemlagen ist die steigende Zahl von Misshandlungs- oder Missbrauchsfällen bzw. der Verdacht auf Misshandlung oder Missbrauch (261 Kinder). In 117 Fällen war der Zuweisungsgrund Drogen- oder Alkoholkonsum der Mütter oder der Kinder oder der Jugendlichen selbst. In der Krankenanstalt Rudolfstiftung kristallisierte sich durch die Kindergynäkologie ein neuer Schwerpunkt heraus.

Eine Sondersituation stellt der Arbeitsbereich der Mitarbeiterin in der Heilpädagogischen Station der Universitätsklinik für Kinder- und Jugendheilkunde sowie der beiden Mitarbeiterinnen in der Abteilung für Neuropsychiatrie des Kindes- und Jugendalters dar. Alle drei werden bei stationären Aufnahmen mit jedem Kind befasst, sind Mitglieder des interdisziplinären Teams und für die psychosoziale Familiendiagnostik zuständig.

Das unter Mitbeteiligung von Verbindungssozialarbeiterinnen 1997 begonnene und 1998 erfolgreich abgeschlossene Curriculum über Methoden und Inhalte der Sozialarbeit in der Hebammenakademie der Semmelweis-Frauenklinik fand derart großen Anklang, dass bereits der Wunsch nach einer Fortsetzung im nächsten Ausbildungsblock geäußert wurde. Die Verbindungsdienstsozialarbeiterin zur Kinderklinik im AKH wirkte weiters in der innerbetrieblichen Fortbildung des Krankenpflegepersonals mit.

Durch die Informations- und Beratungstätigkeit einer Mitarbeiterin im Geburtshaus Nußdorf gestaltet sich die Zusammenarbeit sehr erfreulich. Die Überweisung von Frauen in einer problematischen Lebenssituation funktioniert ausgezeichnet.

Den Ämtern für Jugend und Familie waren 27 Sozialpädagoginnen zugeteilt. Sie arbeiten schwerpunktmäßig in den Eltern-Kind-Zentren bzw. in den Ämtern für Jugend und Familie mit, wo sie einerseits in den Elternberatungen tätig sind, andererseits aber auch den Eltern oder Müttern von Säuglingen und Kleinkindern im Rahmen von Hausbesuchen pflegerische Tipps und Ernährungshinweise geben. In den Eltern-Kind-Zentren gestalten sie eine Fülle von Gruppenaktivitäten, wie z.B. die Stillgruppen, die kreativen Vormittage, die Spielgruppen. Die Sozialpädagoginnen führten insgesamt 2.802 Hausbesuche durch. Sie arbeiten auch in den Elternschulen mit.

Die Elternrunden stehen an vier Standorten zur Verfügung und werden von den Eltern sehr geschätzt. 947 Mütter und Väter mit 1.060 Kindern nützten die Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch, zur Reflexion ihres Erziehungsverhaltens und zum Kennenlernen von Erziehungsmodellen und von Konfliktlösungsmöglichkeiten.

In den geburtshilflichen Abteilungen wurden 7.357 Säuglingsausstattungen und 4.583 Kleinkinderausstattungen ausgegeben, 3.577 davon mit nachträglicher Anmeldung im Spital. Die Ämter für Jugend und Familie gaben 1.340 Säuglingswäschepakete und 1.252 Kleinkinderausstattungen aus.

Das Team der Jugendintensivbetreuung, bestehend aus sechs SozialarbeiterInnen, betreut Kinder und Jugendliche zwischen 10 und 18 Jahren auf Ersuchen der zuständigen Ämter für Jugend und Familie. Die Einzelbetreuung ist auf langfristige Begleitung und dichte Betreuungsfrequenz ausgerichtet. Sie bezog sich auf 69 Jugendliche, davon 55 Prozent Burschen. Bei 19 Jugendlichen war die Betreuung initiiert worden, um eine Fremdunterbringung zu verhindern. 22 Betreuungen wurden im Berichtsjahr neu begonnen, 29 konnten abgeschlossen werden.

Hauptprobleme lagen wie im Vorjahr im Schul- und Erziehungsbereich, gefolgt von aggressivem Verhalten, Missbrauch und Misshandlung sowie Verselbständigung. Ein besonderer Anstieg war bei Schwierigkeiten hinsichtlich der Arbeitssuche sowie bei Essstörungen zu erkennen.

Damit Jugendliche Gruppenerfahrung sammeln können, wurden diverse Aktivitäten gesetzt (Ausflüge, Sport, Turniere für Billard und Darts) sowie eine Volleyballgruppe geführt.

8 BetreuerInnen begleiteten 9 Kinder und Jugendliche im Alter von 3 bis 19 Jahren im Rahmen der nebenberuflichen Intensivbetreuung.

Die 1997 begonnene Umstrukturierung der Familienintensivbetreuung in drei regionalisierte Teams fand heuer ihren erfolgreichen Abschluss. Derzeit arbeiten 17 MitarbeiterInnen an drei Stützpunkten, von denen einer im 22. Bezirk neu eröffnet wurde. Die Umstrukturierung führte zu klaren regionalen Zuordnungen, geringeren Wegzeiten und verbesserter regionaler Kooperation.

Die Familienintensivbetreuung war mit 156 Familien befasst. 73 Betreuungen konnten abgeschlossen werden. Für 83 Familien begann eine neue Betreuung.

Der Schwerpunkt des Referates Jugendberufshilfe war die Betreuung arbeitssuchender Jugendlicher; 36 konnten in Fördermaßnahmen des AMS oder auf Lehrstellen untergebracht werden.

Für einmalige und monatliche Lehrlingsbeihilfen standen S 650.000,– zur Verfügung. Im Jahresdurchschnitt erhielten 48 Lehrlinge eine monatliche Beihilfe von S 600,–. 93 Anträge von SozialarbeiterInnen der Ämter für Jugend und Familie auf Gewährung einer einmaligen Lehrlingsbeihilfe im Ausmaß bis zu S 4.000,– für Jugendliche in besonderen Notsituationen wurden positiv erledigt.

In Zusammenarbeit mit den Antragstellern, den Arbeitsinspektoraten, der Arbeiterkammer, den Schulen und Bezirksgesundheitsämtern wurden 71 Verwendungsgenehmigungen für Kinder nach dem Bundesgesetz über die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen bearbeitet. Außerdem konnten an Jugendliche vor allem im Zusammenhang mit der Lehrstellensuche Einzelfahrscheine und Streifenfahrscheine der Wiener Verkehrsbetriebe zur Verfügung gestellt werden.

Seit Juni besteht das abteilungsinterne Kompetenzzentrum (KPZ) „Jugendwohlfahrt und berufliche Integration". Das KPZ hat folgende Aufgaben: Sammlung und Weitergabe aktueller Informationen über Projekte und Fördermaßnahmen für die berufliche Integration von Jugendlichen, regelmäßige Kontakte zum Arbeitsmarktservice/Jugendliche, Koordination mit AMS-BeraterInnen und Projekten, Service für die Einrichtungen der MAG ELF hinsichtlich der Berufsintegration Jugendlicher. Das KPZ bietet Hilfestellung bei der Beratung und Betreuung von arbeitssuchenden Jugendlichen und ebnet Wege zu entsprechenden Ressourcen. Eine abteilungsinterne Erhebung ergab, dass 176 betreute Jugendliche Schwierigkeiten bei der Arbeitssuche hatten. Als Hauptgründe für Arbeitslosigkeit nannten die BetreuerInnen mangelnde Arbeitshaltungen, zu wenig Förderangebote bzw. fehlende soziale Kompetenzen.

Die zwei MitarbeiterInnen des Kompetenzzentrums führten Fachberatungen durch und informierten über verbesserte Vermittlungsmöglichkeiten. Zu den Ausbildungsmaßnahmen von AMS/J, Jugend am Werk, WIFI, Volkshilfe/Jobfabrik und Flex-Work (WAFF) wurde Kontakt aufgenommen. Es gelang, einige der betreuten Jugendlichen in Berufsförderungsmaßnahmen unterzubringen.

Die fünf Institute für Erziehungshilfe betreuten im Jahresverlauf insgesamt 933 KlientInnen, davon 209 durch Kindertherapie bei gleichzeitiger Betreuung der Eltern, 155 durch Elternarbeit ohne Kindertherapie und 13 durch Familientherapie. Die Zahl der Neuvorstellungen betrug 556.

Die Kindertherapien fanden in der Mehrzahl einmal wöchentlich statt (154), zum Teil zweimal in der Woche (51) bzw. seltener (13). Die Elternarbeit (ohne Kindertherapie) erfolgte wöchentlich (65), 14-tägig (44) bzw. einmal monatlich oder fallweise (46). Die therapiebegleitende Elternarbeit bestand in wöchentlichen Gesprächen (103), 14-tägigen (50) bzw. monatlichen oder fallweisen (20).

Aufgrund des Bedarfes in der Jugendwohlfahrt vereinbarte die MAG ELF mit den Instituten, Kindern bzw. Familien, die von den Ämtern für Jugend und Familie im Rahmen der Hilfen zur Erziehung überwiesen werden, absolute Priorität einzuräumen, um damit die MAG ELF in ihrem Bestreben zu unterstützen, die Zahl der Fremdunterbringungen von Kindern möglichst gering bzw. möglichst kurz zu halten.

Der Schwerpunkt im Übersetzungs- und Dolmetschmanagement liegt bei der Vermittlung von Dolmetscheinsätzen, der Anteil schriftlicher Übersetzungsaufträge ist gering. Der Bedarf nach Dolmetschern besteht in erster Linie bei den SozialarbeiterInnen der Ämter für Jugend und Familie, aber auch beim Klinikverbindungsdienst sowie der Rechtsfürsorge. Ist die Aufnahme von Kindern in Krisensituationen in einem der regionalen Krisenzentren erforderlich, sind immer wieder Dolmetscher notwendig, sodass eine rasche Vermittlung von großer Bedeutung ist.

In Bezirken mit hohem Ausländeranteil sind teilweise muttersprachliche Berater (Türkisch sowie Serbisch, Kroatisch, Bosnisch) tätig. Die mit der Organisation des DolmetscherInneneinsatzes betraute Mitarbeiterin steht bei Bedarf für Bosnisch, Kroatisch und Serbisch (49 Einsätze) sowie in 2 Ämtern jeweils zu fixen Zeiten zur Verfügung. Sie erledigt in den genannten Sprachen auch Übersetzungen auf Anforderung der MA 53.

Von insgesamt 280 Dolmetscheinsätzen erfolgten 49 in Bosnisch, Kroatisch und Serbisch, 40 in Arabisch, 34 betrafen die Gebärdensprache und ebenso viele Chinesisch, 18 Albanisch, je 13 Englisch und Französisch und 11 Rumänisch. Weitere Anforderungen betrafen Dänisch, Polnisch, Tschechisch, Türkisch (je 7), Italienisch (5) und Ungarisch (4), gefolgt von 19 weiteren Sprachen wie etwa Bengali, Farsi, Amhari, Thai usw.

Die Ehe- und Familienberatung in 1, Neutorgasse 15, ist mit der Zentrale der MAG ELF nach Wien 3, Rüdengasse 11, übersiedelt und hat hier im Parterre neue Räumlichkeiten bezogen. Diese liegen direkt neben der Servicestelle der MAG ELF, die auch die telefonische Anmeldung für die Beratungsstellen im 3., 12. und 20. Bezirk übernommen hat. Die telefonische Voranmeldung ist nun wochentags von 8.00 bis 18.00 Uhr möglich.

Neben den beiden Beratungstagen in Wien 3., Rüdengasse 11 (Montag und Donnerstag) und der Beratungsstelle in Wien 12., Schönbrunner Straße 181 (Mittwoch) gibt es seit Februar donnerstags ein weiteres Angebot in Form einer Außenstelle der Beratungstelle Rüdengasse im 20. Bezirk, Brigittaplatz 10. Diese Beratungen finden jeweils Donnerstag von 16.00 bis 19.00 Uhr statt.

Aufrechterhalten wurde auch das Angebot der Konfliktberatungsstelle im 10. Bezirk (jeden Donnerstag 17.00 bis 20.00 Uhr) und die Familienplanungsstelle in 19, Heiligenstädter Straße 82 - 84 (Montag, Mittwoch und Freitag vormittags sowie Dienstag nachmittags). Eingestellt wurde wegen geringer Inanspruchnahme jedoch mit Jänner die Familienplanungsberatung im Rahmen der Eheberatungsstellen.

Insgesamt fanden in den Beratungsstellen 4.644 Beratungen statt. Die Beratungsstelle für Familienplanung, in 19, Heiligenstädter Straße 82 - 84, betreute 1.022 KlientInnen und führte 1.901 Beratungen durch, die Ehe- und Familienberatungsstelle in 3, Rüdengasse 11, 842 KlientInnen und 1.399 Beratungen, die Ehe- und Familienberatungsstelle in 12, Schönbrunner Straße 259, 495 KlientInnen und 667 Beratungen, die Konfliktberatungsstelle in 10, Quellenplatz 4, 177 KlientInnen und 677 Beratungen.

Das Institut für Ehe- und Familientherapie verzeichnete 350 Anmeldungen, wovon 203 Personen bzw. Paare oder Familien eine psychotherapeutische Behandlung erhielten. Die Gesamtzahl der Therapiesitzungen betrug

1.592. Die begleitende Evaluationsstudie ergab, dass 89 Prozent der KlientInnen zufrieden bzw. sehr zufrieden waren, 63 Prozent die meisten oder fast alle ihrer Anliegen erfüllt sahen und 90 Prozent bei künftigen Problemen wieder im Institut Hilfe suchen würden.

Das Institut bietet neben traditionellen Fortbildungs- und Supervisionsangeboten seit Herbst 1997 „Kooperationsstiftende Interviews" an. Damit soll so genannten Multiproblemfamilien und ihren professionellen BetreuerInnen eine systemtheoretisch fundierte Unterstützung ermöglicht werden, und zwar vor allem dann, wenn das HelferInnensystem selbst keine Lösungsmöglichkeiten mehr sieht und die Gefahr einer Eskalation besteht. Es werden dabei die KlientInnen und alle mit dem Fall befassten HelferInnen zu einem gemeinsamen Gespräch eingeladen, das von einer systemischen Therapeutin bzw. einem systemischen Therapeuten moderiert wird. Ziel des Gesprächs ist es, gemeinsam eine kooperative, lösungsorientierte Betreuung zu planen. Ein Bestandteil des Gesprächs ist eine Systemdiagnostik, die durch eine computergestützte Auswertung von Fragebögen erstellt wird, die alle Beteiligten vor dem Gespräch ausfüllen.

Der von der Stadt Wien geförderte Verein „Wiener Jugenderholung" organisierte gemeinsam mit den Ämtern für Jugend und Familie Erholungsaktionen für Kinder, Jugendliche und teilweise für Familien, wobei Erholungsmöglichkeiten in Tageserholungsstätten in Wien oder mehrwöchige Ferien in Erholungsheimen in den Bundesländern zur Auswahl standen. Die Erholungsaktionen fanden größtenteils während der Schulferien statt. Während des Schuljahres ermöglichte der Verein Schullandwochen und Gruppenaufenthalte für Kinder aus städtischen Kindertagesheimen. Für 14- und 15-jährige Jugendliche bot der Verein verstärkt Erholungsaktionen mit abwechslungsreichen Programmen sportlicher und kultureller Art an. Insgesamt nahmen an 306 Aktionen 11.269 Kinder bzw. Familienangehörige teil (1997: 409, 11.885).

Einen wichtigen Beitrag leisteten die Krankenkassen durch entsprechende Zuschüsse in der Gesamthöhe von rund 2,4 Millionen Schilling.

Psychologischer Dienst

Die Tätigkeit der 37 PsychologInnen (13 teilbeschäftigt) des Psychologischen Dienstes ist sehr vielfältig, sie arbeiten in Kinderkrippen, Kindergärten und Horten, in Sonderpädagogischen Ambulanzen, Eltern-Kind-Zentren und Kinder- und Jugendpsychologischen Beratungsstellen genauso wie in Scheidungs- und Konfliktberatungsstellen und im Fremdunterbringungsbereich.

Insgesamt waren die MitarbeiterInnen des Psychologischen Dienstes mit 8.034 Kindern, Jugendlichen und deren Familien befasst (1997: 8.139). Die Summe der Beratungs- und Behandlungskontakte sowie Psychotherapiestunden betrug im vergangenem Arbeitsjahr 41.072. Zusätzlich nahmen die PsychologInnen häufig an multidisziplinären Teambesprechungen teil (1.315) und führten Supervisionstätigkeit und eine Vielzahl von internen Arbeitsgesprächen (mit SozialarbeiterInnen, SozialpädagogInnen, Kinderbetreuungsfachkräften) und externen (mit VertreterInnen von Kliniken und Schulen) durch.

Im Zuge der psychologischen Begutachtung wurden von den MitarbeiterInnen 3.613 klinisch-psychologische Diagnostikverfahren angewandt und 1.746 psychologische Gutachten und Stellungnahmen bzw. Befunde verfasst.

Die Geschlechts- und Altersverteilung der psychologisch betreuten Kinder und Jugendlichen wies in den einzelnen Fachbereichen eine starke Heterogenität auf. Nach wie vor überwogen im Durchschnitt die Buben gegenüber den Mädchen sowie die Kleinkinder und Schulkinder gegenüber den Jugendlichen.

In den Kinder- und Jugendpsychologischen Beratungsstellen erhielten 4.133 Kinder und Jugendliche sowie deren Familien psychologische Hilfe. Die Kinder - und Jugendpsychologischen Beratungsstellen werden sowohl von Familien frequentiert, die rechtzeitig eine Beratung in Anspruch nehmen und deren Probleme noch nicht eskaliert sind, als auch von Familien in Krisen, die schon andere Angebote versucht haben und zu einem letzten Versuch in die Erziehungsberatungsstelle kommen.

Die PsychologInnen führten 2.115 Leistungstests und projektive Persönlichkeitsverfahren durch. Das ist im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung der Nachfrage nach klinisch-psychologischer Diagnostik um 21,83 Prozent. 1.226 psychologische Stellungnahmen bzw. Gutachten und Befunde wurden verfasst. Die Zahl der Beratungs- und Betreuungskontakte betrug 20.867. Es war eine deutliche Nachfrage nach Psychotherapie bzw. psychologischer Behandlung zu verzeichnen. 608 Kinder, Jugendliche und deren Angehörige waren in psychologischer Behandlung, was im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung um 14 Prozent ergab.

Die Mitarbeit der PsychologInnen in den Eltern-Kind-Zentren stellt eine noch junge, aber sehr erfolgreiche Aktivität dar. Das Ziel dabei ist, Eltern in ihrer Erziehungsverantwortung und Erziehungskompetenz zu stärken. Oft zeigen Kinder Verhaltensweisen, die Eltern unverständlich und unerklärlich sind und große Schwierigkeiten bereiten. Informationen der PsychologInnen über typische entwicklungsbedingte Phasen und ihre Erscheinungsbilder sowie entwicklungspsychologische Abklärungen des Entwicklungsstandes und der Persönlichkeit des Kindes können dann weiterhelfen.

114-mal wurden PsychologInnen von SozialarbeiterInnen zur Krisenintervention bei komplexen Familienproblemen beigezogen. 65 dieser Kinder und Jugendlichen waren im Zuge einer Sofortmaßnahme bereits in einem Krisenzentrum untergebracht.

PsychologInnen nahmen an 254 multiprofessionellen Teambesprechungen teil und führten 151 Supervisionen bzw. Fallbesprechungen durch.

Das Institut für Konzentrations- und Bewegungstraining stellte infolge anderer fachlicher Schwerpunktsetzungen im Sommer seinen Betrieb ein.

Die Funktion der telefonischen Erziehungsauskunft wurde mit September in die Servicestelle integriert, von wo aus telefonische Erziehungsauskünfte und Beratungen durch PsychologInnen vermittelt werden können.

Der Psychologische Dienst bietet in vier Beratungsstellen für Scheidungs- und Trennungsfragen Konfliktregelung und Mediation an. 385 Paare mit Kindern und Jugendlichen erhielten dort psychologische Hilfestellung in Krisensituationen vor, während oder nach einer Scheidung oder Trennung (1997: 382).

Im psychologischen Arbeitsbereich „Kindertagesheime" waren 12 MitarbeiterInnen tätig. Der Tätigkeitsbereich umfasste die Begutachtung von Kindern und Beratung von Eltern und KindergartenpädagogInnen in sämtlichen städtischen Kindertagesheimen (einschließlich Integrationsgruppen für behinderte Kinder) sowie die Leitung der 12 Sonderpädagogischen Ambulanzen. Die PsychologInnen waren mit 3.122 Kindern befasst (2.070 Kinder in Kindertagesheimen, 1.052 Kinder in den Sonderpädagogischen Ambulanzen), was gegenüber 1997 eine Steigerung von fast 10 Prozent bedeutete.

PsychologInnen fungierten vermehrt als BeraterInnen für PädagogInnen in den Kindertagesheimen und waren mit klinisch-psychologischer Diagnostik für entwicklungsrückständige und behinderte Kinder befasst, die Aufnahme in Integrationsgruppen finden sollten. Viele Kinder wurden längerfristig psychologisch behandelt und betreut. Die PsychologInnen leiteten Teambesprechungen und waren mit Supervisions- und Schulungsaufgaben für MitarbeiterInnen von Kindertagesheimen betraut.

Das Kompetenzzentrum für behinderte Kinder nahm im November unter der Leitung einer Psychologin seinen Betrieb auf. Das Kompetenzzentrum soll SozialarbeiterInnen, die mit der Betreuung von Familien mit behinderten Kindern befasst sind, mit fachlichem Know-how und Informationen zur Verfügung stehen. Eine Fragebogenerhebung bei SozialarbeiterInnen wird die Grundlage für die Erstellung einer Informationsmappe liefern.

Die im Fachbereich Fremdunterbringung tätigen PsychologInnen haben ihre Angebote - im Sinne des Konzeptes Heim 2000 - weitgehend modifiziert und eine Schwerpunktverlagerung der psychologischen Tätigkeit in Richtung Prozessbegleitung, Teambegleitung und Fallsupervision vorgenommen. Die Zahl der psychologisch betreuten und behandelten Kinder betrug 779. Eine besonders große Nachfrage bestand seitens der SozialpädagogInnen an längerfristiger psychologischer Behandlung und Psychotherapie für die außerhalb ihres Familienverbandes lebenden und teilweise psychisch schwer irritierten Kinder und Jugendlichen aus Heimen und Wohngemeinschaften.

Im Beratungs- und Therapiezentrum in 17, Leopold-Ernst-Gasse 22, konnten 79 Kinder psychologisch betreut und behandelt werden. Im überregionalen Beratungs- und Therapiezentrum in 9, Lustkandlgasse 50, einer ambulanten Einrichtung in den Räumlichkeiten der ehemaligen Kinderpsychologischen Station, konnten 52 Kinder und Jugendliche im Alter von 2 bis 18 Jahren - aus Krisenzentren, Wohngemeinschaften, Heimen oder von SozialarbeiterInnen überwiesen - eine umfassende psychologische Diagnostik und psychologische Behandlung erhalten. Diese Einrichtung wurde außerdem häufig für die Untersuchung von Geschwisterreihen (6 Geschwisterreihen, insgesamt 15 Kinder) kontaktiert. Bei 22 Kindern und Jugendlichen (42 %) war eine längerfristige psychologische Behandlung indiziert. Psychotherapie nahm zu.

Im Pflegestellenbereich war ein Psychologe für die Betreuung von Pflegekindern und die Beratung von Pflegeeltern in den Bundesländern zuständig. 91 Kinder wurden vorgestellt. Zur psychologischen Beratungstätigkeit zählte auch die regelmäßige Teilnahme des Psychologen an multidisziplinären Teambesprechungen und Fallverlaufskonferenzen.

Im Psychologisch-pädagogischen Zentrum (PPZ) konnte eine große Nachfrage nach stationärer Aufnahme von schwer traumatisierten Kindern seitens der Ämter für Jugend und Familie registriert werden. 67 Anfragen erforderten intensive Beratungs- und Vernetzungsgespräche zum Zwecke möglicher ambulanter und stationärer Ressourcennutzung.

Die MitarbeiterInnen des PPZ empfahlen in 20 Clearinggesprächen für 16 Kinder die stationäre Aufnahme im PPZ, 14 Kinder wurden schließlich aufgenommen. Massive Verhaltensauffälligkeiten (29 %), Misshandlung bzw. Misshandlungsverdacht (16 %) und sexueller Missbrauch bzw. Missbrauchsverdacht (16 %) waren die häufigsten Aufnahmegründe.

7 Kinder konnten nach einer intensiven psychologisch-pädagogischen Behandlung der gesamten Familie wieder nach Hause entlassen werden, bei drei Kindern war eine weitere Fremdunterbringung zwar nicht abzuwenden, die Kinder stabilisierten sich aber in ihrem Verhalten, sodass die ursprünglich für notwendig erachtete Einzeleinweisung in eine therapeutische Einrichtung nicht mehr notwendig war und die Kinder aufgrund der erworbenen Gruppenfähigkeit in einer Regelgruppe aufgenommen werden konnten. Bei vier Kindern ist ein Behandlungsende erst für 1999 zu erwarten.

Das PPZ konnte trotz seines relativ kurzen Bestehens großes Interesse bei FachkollegInnen aus dem In- und Ausland wecken. Die BesucherInnen waren nicht nur vom Konzept des PPZ, sondern vor allem von der ausgezeichneten multiprofessionellen Zusammenarbeit und den Behandlungserfolgen beeindruckt.

Die griechische Vertreterin der EU-Kommission für Sozialprojekte stattete dem PPZ einen Besuch ab und war an einem weiteren fachlichen Austausch sehr interessiert. PsychiaterInnen, PsychologInnen und PsychotherapeutInnen aus Polen, Bulgarien und der Slowakei studierten das Projekt mit dem Ziel, eine ähnliche Einrichtung in ihrem Her-

kunftsland aufzubauen.

PsychologInnen der MAG ELF gestalteten im vergangenen Jahr zahlreiche Seminare und Einschulungskurse im Rahmen der MD-Verwaltungsakademie und boten auch Fortbildungen für MitarbeiterInnen in der eigenen Abteilung an.

Die 45. Arbeitstagung der österreichischen JugendamtspsychologInnen stand im Zeichen des Themas „Psychologische Beiträge zur Jugendwohlfahrt - ein internationaler Vergleich". Die ReferentInnen boten interessante Fachbeiträge, die als Basis für eine Standortbestimmung der in der Jugendwohlfahrt tätigen PsychologInnen dienten.

Sozialpädagogische Regionen

Die Aufteilung Wiens in sechs Sozialpädagogische Regionen für Kinder sowie je eine Überregion für weibliche und männliche Jugendliche hat sich sehr bewährt und wird von der Bevölkerung positiv angenommen. Mit Jahresende stehen für die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Jugendwohlfahrt 1.460 Plätze zur Verfügung. Davon entfallen 910 Plätze auf den öffentlichen, 444 auf den privaten Bereich und 106 auf Krisenplätze. Die durchschnittliche monatliche Auslastung betrug im stationären öffentlichen Bereich 91 Prozent, im stationären privaten Bereich 103 Prozent, auf den Krisenplätzen 67 Prozent.

Region	stationäre Plätze (MAG ELF)	stationäre Plätze (Vertragseinrichtungen)	Krisenplätze (MAG ELF)
Region I	72	–	16
Region II	112	52	16
Region III	82	42	8
Region IV	74	46	8
Region V	185	79	16
Region VI	88	25	16
Überregion weibliche Jugendliche	83	30	16
Überregion männliche Jugendliche	214	–	10
Überregionale Behinderteneinrichtungen	–	170	–
Gesamt	910	444	106

Der Strukturreform „Heim 2000" lagen folgende Leitsätze zugrunde:

Großinstitutionen wie z.B. Heime entwickeln eigene Regeln und Verhaltensmuster, die einer familienähnlichen Lebensform entgegenlaufen. Wenn ein Kind/Jugendlicher schon zeitweise nicht in seiner Ursprungsfamilie leben kann, sollten zumindest die äußeren Wohn- und Lebensverhältnisse denen einer familiären Lebensform angepasst sein.

Fremdunterbringung als zeitlich begrenzte, gezielt eingesetzte Maßnahme sollte nicht zum Abbruch aller bisherigen sozialen Beziehungen führen. Die Reintegration in das ursprüngliche Lebenssystem kann umso leichter erfolgen je weniger gravierend die Beziehungsabbrüche waren, je mehr die Ursprungsfamilien in ihrer Erziehungskompetenz gestärkt und miteinbezogen werden und je mehr das Normalitätsprinzip im Rahmen der stationären Unterbringung ermöglicht werden kann. Dazu gehören u.a. die Bewältigung des Schulwegs, die Erhaltung von Freunden und Schulfreunden und LehrerInnen, Stabilität der räumlichen Bezüge wie Parks, bekannte Straßen, Verkehrsverbindungen sowie Einkaufen lernen, Haushaltsführung, Nachbarschaftshilfe usw.

Strukturell wurden die Leitideen in der Regionalisierung umgesetzt.

Die Umsetzung - Krisenzentren, Dezember 1998

Region	KRIZ	Adresse	Plätze
Region I	1. KRIZ 1	1, Neutorgasse 15	8 Plätze
Bezirk 1, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 20 sowie alle ausländischen Kinder ohne ordentlichen Wohnsitz	2. KRIZ 20	20, Trunnerstraße 2 (1999) dzt. interimsmäßig: 9, Lustkandlgasse 50	8 Plätze
Region II	1. KRIZ 21	Finalstandort 21. Bezirk dzt.: 19, Hohe Warte 3	8 Plätze
Bezirk 21, 22	2. KRIZ 22	Finalstandort 22. Bezirk dzt.: 19, Hohe Warte 3	8 Plätze
Region III	KRIZ 3	3, Hagenmüllergasse 20	8 Plätze
Bezirk 2, 3, 11			
Region IV	KRIZ 10	10, Columbusgasse 32	8 Plätze
Bezirk 10, 23			

Region V	1. KRIZ 12	12, Am Fuchsenfeld 3/27/R1	8 Plätze
Bezirk 12, 13, 14		dzt.: 14, Stadt des Kindes	

Seit Beginn der Reform konnten insgesamt 18 neue Wohngemeinschaften eingerichtet werden. Insgesamt bestanden zum Jahresende 29 Wohngemeinschaften.

Durch die Arbeit der Projektgruppe „Heim 2000" ist es gelungen, den Anteil von Kindern und Jugendlichen, die in Heimen wohnen, von 73 auf 54 Prozent zu verringern und dementsprechend den Anteil von Kindern und Jugendlichen, welche in Wohngemeinschaften wohnen, von 12 auf 28 Prozent anzuheben.

Für die weitere Umsetzung von „Heim 2000" erfolgte wie bisher die bauliche Planung in Zusammenarbeit mit der MA 19 und MA 24 für weitere sechs regionale Krisenzentren und 29 Wohngemeinschaften. In Zusammenhang mit der Schaffung von weiteren Wohngemeinschaften wird es notwendig sein, die Planung auch auf Wohnungen im Genossenschaftsbereich auszudehnen.

Das Ziel der Reform „Heim 2000" liegt darin, alle Wohngruppen der drei Großheime Wiens (Charlotte-Bühler-Heim, Hohe Warte, Stadt des Kindes - Familiengruppen) in Wohngemeinschaften auszulagern und somit zu regionalisieren. Bis zum Jahr 2001 werden insgesamt 50 neue Wohngemeinschaften entstehen.

Folgende Standards für Wohngemeinschaften sind derzeit verbindlich: Wohnungen mit ca. 190 m² (eine Großwohnung oder zwei Kleinwohnungen) im sozialen Wohnbau (Neubesiedelungsgebiete oder Baulückenverbauung), Personal: 4 SozialpädagogInnen, 1 Wirtschaftshelferin.

Nach Abschluss der Adaptierungsarbeiten konnte in der Region I im September der Verwaltungsstützpunkt in 9, Lustkandlgasse 50, eröffnet werden. Mit der Schließung der letzten Gruppe des Julius-Tandler-Heimes (JTH), der Außenwohngruppe in 2, Obere Augartenstraße 14/4, mit 1. Oktober wurde das Julius-Tandler-Heim (die ehemalige und geschichtsträchtige Kinderübernahmestelle - KÜST) aufgelöst. Nunmehr befinden sich in den Räumlichkeiten 9, Lustkandlgasse 50, das Psychologisch-pädagogische Zentrum, der Verwaltungsstützpunkt der Region I, das Julius-Tandler-Familienzentrum sowie interimsmäßig das Krisenzentrum 20. Dieses Krisenzentrum steht den Bezirken 20 und 2 zur Verfügung.

Nach wie vor sind in der Region II beide Krisenzentren (für den 21. Bezirk und den 22. Bezirk) interimsmäßig im Heim Hohe Warte situiert.

Es konnten in dieser Region drei neue Wohngemeinschaften eröffnet werden. Zwei dieser Wohngemeinschaften bestehen aus Familiengruppen des Charlotte-Bühler-Heimes (eine davon ist als behindertengerechte Wohngemeinschaften eingerichtet), die dritte Wohngemeinschaft bereits aus einer Familiengruppe des Heimes Hohe Warte.

Im Zuge der Regionalisierung der Vertragseinrichtungen kamen die Kinderwelt Stiefern und die Wohngemeinschaft Maria Frieden zu dieser Region.

Das Krisenzentrum für den 2., 3. und 11. Bezirk übersiedelte in der Region III aus seinem interimsmäßigen Quartier im Charlotte-Bühler-Heim in die fertig gestellten Räumlichkeiten in 3, Hagenmüllergasse 20. Drei neue Wohngemeinschaften wurden errichtet. Das Kinderheim Edelhof kam als Vertragseinrichtung zu dieser Region.

In der Region IV erfolgten umfangreiche Sanierungsarbeiten in den bereits bestehenden Wohngemeinschaften.

Die Lehrküche des Heimes Biedermannsdorf bewährte sich, sodass mit Beginn des 2. Lehrjahres das Angebot auf 14 Lehrplätze erhöht wurde. Bereits 80 Prozent der im Heim stationär versorgten Kinder/Jugendlichen kommen aus den Regionen III und VI. Dies zeigt, wie sehr das Regionalisierungskonzept bereits greift.

Im Schulheim Gaaden wurden die Außenrenovierungsarbeiten abgeschlossen. Dieses Kooperationsprojekt zwischen der MAG ELF und dem Wiener Stadtschulrat bietet pro Schuljahr drei Turnusse für je maximal 18 sehr schwierige Schulkinder an. Die Kinder befinden sich von Montag bis Freitag in dieser Einrichtung. Die schulfreien Tage, Wochenenden, Feiertage und Ferien verbringen sie bei ihren Familien. Auch hier ist das Ziel die Rückführung in die Familie sowie in die Stammschule bzw. in eine Ersatzschule.

Das vertragliche Wohnheim für Kinder und Jugendliche mit therapeutischem Angebot Pitten wurde dieser Region angegliedert.

In der Region V nahm am 1. Dezember ein weiteres interimistisch in der Stadt des Kindes untergebrachtes Krisenzentrum für die Region (zukünftiger Standort 14, Penzinger Straße 150) seinen Betrieb auf. Als erster Schritt zur Auslagerung der Angebote der Stadt des Kindes erfolgte die Versorgung der Jugendlichen über das Betreute Wohnen bzw. im Gesellinnenheim Aichhorngasse.

Im Zuge der Regionalisierung der Vertragseinrichtungen kamen das August-Aichhorn-Haus, drei damit verbundene Wohngemeinschaften sowie drei Wohngemeinschaften der Wiener Volkshilfe zu dieser Region.

Das Krisenzentrum Sandleiten der Region VI wurde interimsmäßig in 18, Hockegasse 41, angesiedelt.

Es konnten zwei weitere Wohngemeinschaften (Familiengruppen aus dem Charlotte-Bühler-Heim) in dieser Region eröffnet werden.

Alle fünf Wohngruppen des Pavillons II der Stadt des Kindes wurden in externe Wohngemeinschaften der Regionen II und III ausgelagert. Dadurch konnte das Haus an die MA 56 - Städtische Schulverwaltung zur Verwendung übergeben werden. Der Pavillon dient als Ausweichquartier für die Hans-Radl-Schule, die derzeit renoviert wird.

Im Zuge der Regionalisierung der Vertragseinrichtungen wurden 50 Prozent des vorhandenen Platzangebotes des Clara-Fey-Kinderdorfes in 19, Stefan-Esders-Platz 1, dieser Region angegliedert.

Auf Wunsch der Leitung und der MitarbeiterInnen des Krisenzentrums Nußdorf fand in der Überregion weibliche Jugendliche eine Evaluation des Krisenzentrums Nußdorf statt, mit dem Ziel, eine Standortbestim-

mung durchzuführen, die Informations- und Kooperationsstrukturen zu durchleuchten und, falls erforderlich, zu verbessern. Die Ergebnisse bestätigten das KRIZ als eine positive Ressource. Die Klientinnen heben im Besonderen die akzeptierende, unterstützende Funktion des KRIZ hervor. Neben der positiven Bewertung des Kriseninterventionszentrum (KRIZ) ergab die Befragung der SozialarbeiterInnen einen weiteren Bedarf an Ressourcen im Unterbringungsbereich jugendlicher Mädchen, der jedoch nicht durch das KRIZ abgedeckt werden kann.

Das Gesellinnenheim Aichhorngasse wurde auf Grund struktureller Veränderungen und einer Neukonzeption in eine Einrichtung der Jugendwohlfahrt umgewandelt. Es stehen nun 16 Plätze für jugendliche Mädchen zur Verfügung. Im Zuge der Regionalisierung der Vertragseinrichtungen kam das St. Josefs-Heim, Brunn/Gebirge, zu dieser Region. In der Überregion männliche Jugendliche ist das Angebot des Betreuten Wohnens im Laufe des Jahres von 16 auf 34 Plätze ausgebaut worden.

Im März erfolgte nach einer Planungsphase durch einen Arbeitskreis der administrative Zusammenschluss der drei Mutter-Kind-Unterbringungen sowie die entsprechende Zuteilung der Sozialpädagoginnen in die Einrichtungen. Nach Renovierungs- und Adaptierungsarbeiten konnte in allen drei Bereichen ein einheitlicher Ausstattungsstandard erreicht werden. Derzeit stehen folgende Platzkapazitäten zur Verfügung: Mutter-Kind-Heim (gleichzeitig zentrale Verwaltungsstelle) in 10, Pleischlgasse 2, und angeschlossene Wohnungen mit 14 Plätzen, „Wendepunkt", 18, Bastiengasse 36 - 38, und angeschlossene Wohnung mit 13 Plätzen, AZS/Ausbildungszentrum, Wien 21, Freytaggasse 32, und angeschlossene Wohnung mit 10 Plätzen.

Die Erweiterung des Angebotes von „eng betreuten" Mutter-Kind-Unterbringungsplätzen führte zu einer rascheren Versorgung der Klientinnen.

Aufgenommen wurden im Laufe des Jahres im Mutter-Kind-Heim 14 Frauen mit 14 Kindern, im „Wendepunkt" 15 Frauen mit 18 Kindern, im AZS 8 Frauen mit 9 Kindern, insgesamt 37 Frauen mit 41 Kindern. Entlassen wurden aus dem Mutter-Kind-Heim 15 Frauen mit 16 Kindern, „Wendepunkt" 17 Frauen mit 20 Kindern, AZS 8 Frauen mit 9 Kindern, Krisenwohnungen 5 Frauen (Väter) mit 10 Kindern, insgesamt 45 Frauen (Väter) mit 55 Kindern.

Die Anglo-Austrian-Society ermöglichte im Rahmen der Sonderförderungen 6 Kindern aus den Sozialpädagogischen Regionen einen zweiwöchigen Aufenthalt in Großbritannien, um ihre Englischkenntnisse zu verbessern.

An 10 Jugendliche aus den Sozialpädagogischen Regionen der Stadt Wien konnten Beträge in der Höhe von S 10.000,– bis maximal S 20.000,– aus den Mitteln der Odescalchi-Stiftung zur Unterstützung der Wohnungsgründung und zur Verselbstständigung ausbezahlt werden.

Zwei Jugendliche aus der Überregion männliche Jugendliche und ein jugendliches Mädchen aus der Region VI erhalten ab 1. Dezember bis zum vollendeten 18. Lebensjahr eine monatliche Unterstützung von 2.000,– aus Mitteln der Freiherr-von-Vichter und Wissendsche-Stiftung.

Viele Veranstalter stellten auch im Jahr 1998 kostenlos Karten für den Besuch kultureller Veranstaltungen (z.B. Zirkus Knie, Theater der Jugend) zur Verfügung und bereiteten damit den Kindern und Jugendlichen viele schöne Erlebnisse.

Der Verein zur Förderung der Aktivitäten von Kindern und Jugendlichen im Fremdunterbringungsbereich in den Bereichen Kunst, Kultur und Erlebnispädagogik veranstaltete am 20. November unter dem Ehrenschutz von Frau Vizebürgermeisterin Grete Laska im Festsaal des Wiener Rathauses eine große Benefizgala gegen Gewalt und sexuellen Missbrauch an Kindern.

Die vom Erlebnispädagogischen Zentrum (EPZ) veranstalteten Projekte sind als eine Chance für Kinder und Jugendliche gedacht, Verantwortungsbewusstsein, Vertrauen, Selbstwert und Gemeinschaftsfähigkeit aufzubauen. Durch die Teilnahme an diesen erlebnispädagogischen Projekten sollen besonders verhaltensauffällige und schwierige Kinder und Jugendliche aus den sozialpädagogischen Einrichtungen zu einer positiven Verhaltensänderung geführt werden, die eine Wiedereingliederung in ein soziales Umfeld ermöglicht.

Das EPZ veranstaltete folgende Auslandsprojekte: Erlebnis Bauernhof (Tata/Ungarn), Spuren im Sand (Djerba/Tunesien), Kanufahrt (Moldau/Tschechien), Floßbau und Floßfahrt (Kläralven/Schweden), Mit dem Rad ans Meer (Porec/Kroatien), Ein Fluss ist wieder unser Weg (Mittelschweden, nordöstliches Värmland). Insgesamt nahmen 38 Kinder und Jugendliche daran teil.

In den Vertragsheimen standen für Wiener Kinder und Jugendliche insgesamt 444 systemisierte Plätze zur Verfügung. Am Jahresende waren 424 Plätze belegt, 15 Plätze waren gesperrt. Zusätzlich bestanden 223 Einzeleinweisungen.

Mit der planmäßigen Umsetzung der Reform Heim 2000 bestand die Notwendigkeit, die Vertragseinrichtungen in die Reform miteinzubinden. In gemeinsamen Arbeitsgesprächen wurde ein Konzept zur Regionalisierung der Vertragseinrichtungen erarbeitet. Bereits im September konnte mit der Umsetzung begonnen werden.

Das FOCUS-Team, das im Auftrag von Vizebürgermeisterin Grete Laska und des Drogenkoordinators der Stadt Wien Peter Hacker sowie der MAG ELF und der MA 12 tätig ist, führte auf Ersuchen der Bezirksvorstehung Wieden eine Erhebung der sozialen Situation in den Regionen Mozartplatz, St.Elisabeth-Platz und Schlüsselgasse (Kleinkinderspielplatz) durch, wobei im Zuge von Gesprächen mit den sozialen Institutionen und Schulen ein Schwerpunkt auf der Suchtprävention lag. Weiters erstellte das FOCUS-Team auf Ersuchen der Bezirksvorstehung 21. Bezirk im Stadtentwicklungsgebiet Brünner Straße eine Bedarfsanalyse durch und stellte die soziale Situation aus der Sicht der MitarbeiterInnen der vor Ort tätigen Institutionen dar. Auf Ersuchen der Bezirksvorstehung 2. Bezirk

erhob das Team die soziale Situation von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Regionen des Nordbahnviertels (Volkertmarkt, Rueppgasse) und des Stuwerviertels (Mexikoplatz, Max-Winter-Platz), der Gemeindebauanlage Handelskai 214 sowie am Kinderspielplatz in der Malzgasse. Zusätzlich wurden mögliche Auswirkungen des Praters auf Kinder und Jugendliche des 2. Bezirks recherchiert.

Bildungseinrichtungen

Die Akademie für Sozialarbeit der Stadt Wien verstärkte im Bereich der Methoden der Sozialarbeit den Gemeinwesenansatz. Neue Lehrbeauftragte vermittelten aktuelle wissenschaftliche Grundlagen und Informationen über praktische Gemeinwesenprojekte. Die Studierenden konnten praktisch an der Gemeinwesenarbeit in der Siedlung „Am Schöpfwerk" mitwirken.

Weiters intensivierte die Akademie den Ausbildungsbereich „Alter Mensch" sowie Lehrveranstaltungen zu Wohnungsproblemen und Freizeitpädagogik.

Im Projektunterricht kam es zur Realisierung interessanter Ideen, wie z.B. die Einrichtung einer frauenspezifischen Bibliothek für weibliche Häftlinge einer Sonderstrafanstalt, Erarbeitung eines Ressourcenverzeichnisses von sozialen Einrichtungen auf EDV-Basis, Verteilung von Lebensmittelüberschüssen an Bedürftige („Wiener Tafel") u.a.

Im Rahmen der ergänzenden Unterrichtsveranstaltungen inszenierte die „Theaterwerkstatt" verschiedene Aufführungen; u.a. fand eine Straßentheater-Aufführung anlässlich der Eröffnung der neuen MAG ELF - Zentrale unter großer Publikumsbeteiligung am Kardinal-Nagl-Platz statt.

Die Akademie unterstützte die Erstellung der Diplomarbeiten durch zusätzliche Seminarangebote zur Technik wissenschaftlichen Arbeitens. Die Themen reichten von „Sozialarbeit und Behinderung" über „Sozialarbeit und Drogen" und „Jugend und Familie" bis zu Gesundheitsthemen u.a.

Die Akademie nahm am Programm der Europäischen Bildungskooperation teil. 10 Studierende konnten ein Praktikum bzw. ein Studiensemester im Ausland absolvieren. 8 Gaststudierende kamen aus anderen Ländern nach Wien. Der Direktor der Akademie hielt eine Reihe von Gastdozenturen in ausländischen Universitäten.

Der Diplomjahrgang 1998 (Beginn 1995) umfasste 42 Personen, von denen 25 ihr Studium bis Jahresende abschließen konnten. Die durchschnittliche Studienzeit beträgt derzeit bereits 3 3/4 Jahre, was primär auf die Diplomarbeit zurückzuführen ist, aber auch auf nicht rechtzeitig abgelegte Prüfungen. Teilweise sind Studierende auf Teilzeitbasis bereits in den Arbeitsmarkt integriert. Aus früheren Jahren legten weitere 3 StudentInnen die Diplomprüfung ab; insgesamt wurden somit 28 Diplome vergeben. Die Berufsintegrationsquote beträgt 78,5 Prozent, was eine Steigerung gegenüber den Vorjahren darstellt. Gezielt noch auf Arbeitssuche waren zum Jahresende 14 Prozent, einige AbsolventInnen sind aus persönlichen Gründen (Studium, Familie usw.) derzeit nicht an einem Arbeitsplatz interessiert. Im Laufe des Jahres meldeten sich 405 BewerberInnen für eine Aufnahme in die Akademie an, 380 unterzogen sich der Eignungsuntersuchung. 45 BewerberInnen erhielten einen positiven Aufnahmebescheid. Insgesamt besuchen derzeit 152 Studierende die Akademie (102 Frauen, 50 Männer).

Die Akademie erhöhte das Angebot der Fortbildungsseminare; auch die TeilnehmerInnenzahl stieg an. Hatten im Vorjahr 382 MitarbeiterInnen an insgesamt 26 Seminaren teilgenommen, besuchten nunmehr 635 MitarbeiterInnen die angebotenen 42 Seminare mit 34 verschiedenen Themen. Die Steigerung um rund 66 Prozent ist auf das größere Interesse bei den TeilnehmerInnen, auf das erweiterte Angebot und auf die Verpflichtung zu mehr Fortbildungsseminartagen für SozialarbeiterInnen zurückzuführen. Diese Verpflichtung kann allerdings nicht nur durch Teilnahme an Angeboten der Akademie in Zusammenarbeit mit dem Fortbildungsbeirat erfüllt werden, sondern auch durch Teilnahme an der Fortbildung anderer Anbieter.

Thematisch erhielt der systemisch-methodische Ansatz in der Sozialarbeit breiten Raum, weiters Seminare mit ausländischen ReferentInnen bzw. EU-Themen, Drogenabhängigkeit, Migrationsfragen, Verschuldung, wohnungslose KlientInnen. Außerdem führte die Akademie Fortbildungs- und Ausbildungsmaßnahmen für Sonderkindergärtnerinnen, für Pflege- und Adoptiveltern sowie für leitende Beamte der Stadt Wien durch.

Mit Unterstützung der Europäischen Bildungskooperation und des Wiener Integrationsfonds fand ein Speziallehrgang für ausländische (muttersprachlich kompetente) InteressentInnen für die Akademie für Sozialarbeit statt, der einerseits eine Ausbildung in sozio-kultureller Animation darstellte als auch eine Vorbereitung für das Studium an der Akademie. Einige der AbsolventInnen konnten im Herbst in die Akademie aufgenommen werden.

Das Institut für Sozialpädagogik führte weiterhin im Kolleg für Sozialpädagogik zwei Jahrgänge. 24 Studierende legten die Diplomprüfung mit Erfolg ab. Die Zahl der BewerberInnen für eine Ausbildung betrug 150, davon wurden 26 aufgenommen. Die Auswahl erfolgte in eigenen Seminaren. Als Lehrveranstaltungen fanden eine Aktionswoche zum Medium Drama, eine Wintersportwoche, ein Projektpräsentationstag, ein Drama-Workshop, eine Alpinwoche und das Spielefest „Spielen in Wien" statt. Das Spielefest wird von der jeweils neuen Kollegklasse veranstaltet. Nach intensiver Vorbereitung, Themenfindung und Materialbeschaffung gilt es, eine Bühne und diverse Spielaktionen zu errichten. An zwei Tagen besuchten rund 700 Kinder und Erwachsene das Fest. Auch eine Gruppe von behinderten Jugendlichen konnte begrüßt werden. Die finanziellen Mittel für das Fest werden durch Sponsoring (von den Studierenden betrieben) aufgebracht

Das Institut führt laufend zwei Jahrgänge des „Lehrganges für Behindertenarbeit für Berufstätige". Ein Lehrgang dauert drei Semester.

Das Fortbildungsprogramm umfasste 31 Seminare im Zeitausmaß von 1 bis 3 Tagen. 277 MitarbeiterInnen nah-

men daran teil. Außerdem fanden Spezialseminare in den Regionen und für die Gruppe der Regionalleiter statt. Den Absolventen des 1. Krisenin terventionslehrganges wurden im Rahmen der Fachtagung „Krisenintervention in der Jugendarbeit" die Diplome überreicht. Weitere Lehrgänge werden durchgeführt. Außerdem führte das Institut einen „Lehrgang Erlebnispädagogik", um in Kenntnissen und Fertigkeiten für die Outdoor-Pädagogik auszubilden. Für die Berufsgruppe der Sozialpädagogen organisierte das Institut 70 Einzelsupervisionen und 79 Gruppen-(Team)supervisionen. Weitere Angebote waren Coaching, Team- bzw. Organisationsentwicklung sowie Pilotprojekte mit der Methode der Mediation.

Die Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik erhob im Sinne der erhöhten Schulautonomie den Istzustand der Schulkultur aus der Sicht der LehrerInnen. Die Erhebung zeigte einen hohen Grad an Zufriedenheit über das Schul- und Arbeitsklima, insbesondere wurden die persönlichkeitsbildenden Schwerpunkte der Ausbildung hoch bewertet. Kritisiert wurde vor allem mangelnde Transparenz in einzelnen Bereichen des Schullebens sowie die geringe Präsenz der Schule in der Öffentlichkeit. Auf der Basis dieser Erhebung soll versucht werden, die Schulkultur weiter zu verbessern.

Zum Jahresende besuchten 472 SchülerInnen (12 männliche) die Bildungsanstalt, weiters 56 SchülerInnen (1 männlicher) in Assistentenkursen und 27 TeilnehmerInnen des Lehrganges für Sonderkindergärtnerinnen. 75 AbsolventInnen bestanden die Reife- und Diplomprüfung, weiters 47 KandidatInnen aus den Assistentenkursen. Die Diplomprüfung im Rahmen des Kollegs absolvierten 29 KandidatInnen mit Erfolg, die Diplomprüfung zur Sonderkindergärtnerin 26 Kandidatinnen.

Zur Eignungsprüfung für die Kollegausbildung traten 49 KandidatInnen an, wovon 3 nicht bestanden und 8 wegen Platzmangels nicht aufgenommen werden konnten. Zur Eignungsprüfung für die Ausbildung zur Reife- und Diplomprüfung traten 182 KandidatInnen (7 männliche) an, wovon 170 bestanden; 78 (4 männliche) konnten wegen Platzmangels nicht aufgenommen werden.

Sozialamt

Für das Sozialamt waren im Jahr 1998 folgende Ereignisse bzw. folgende Projekte von großer Bedeutung:
Aufgrund der sehr positiven Erfahrungen mit dem Projekt „Delogierungsprävention" und der breiten Akzeptanz dieses Serviceangebotes durch die Bürger Wiens, die vom Wohnungsverlust bedroht sind, wurde im Interesse einer Kapazitätssteigerung die organisatorische Zuständigkeit für die Delogierungsprävention neu geregelt. Ab Mitte 1998 wurde die Fachstelle für Wohnungssicherung (FAWOS) mit der Delogierungsprävention für den gesamten Privatwohnungsbereich und die Außenstellen des Referates Sozialarbeit mit Erwachsenen mit der Delogierungsprävention für den kommunalen Wohnbereich betraut.

In der Allgemeinen Sozialhilfe wurden die Richtsätze für Geldleistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes ab 1. Jänner 1998 mit Verordnung der Wiener Landesregierung, LGBl. für Wien Nr. 44/1997, erhöht:
Sie betrugen für Alleinunterstützte S 4.945,–, für Hauptunterstützte S 4.822,–, für Mitunterstützte ohne Anspruch auf Familienbeihilfe S 2.476,– und für Mitunterstützte mit Anspruch auf Familienbeihilfe S 1.483,–. Der zur Angleichung der Dauerleistungen an die Bezüge der AusgleichszulagenempfängerInnen gewährte Zuschlag wurde ebenfalls erhöht und mit S 2.747,– für Alleinstehende und S 3.677,– für ein Ehepaar festgesetzt. Außerdem wurden an DauersozialhilfebezieherInnen - ebenfalls analog den Pensionen mit Ausgleichszulage - in den Monaten Jänner und Juli 1998 zusätzliche Zahlungen von jeweils S 650,– für Alleinstehende und S 975,– für Ehepaare geleistet. Zur Verbesserung des Schutzes vor Wohnungsverlust wurde die Höchstgrenze der Mietbeihilfe überdurchschnittlich auf S 3.116,– angehoben.

Sozialhilfe als Dauerleistung für alte oder erwerbsunfähige Personen wurde im Dezember 1998 in 3.559 Fällen für 3.747 Personen gewährt. Im Vergleich zu 1997 stieg die Zahl der Fälle um 20 und die der Personen um 24. Von diesen 3.747 Personen waren 9 Kriegsgeschädigte, 641 Bezieher von Sozialversicherungspensionen, 5 KleinrentnerInnen, 191 AusländerInnen und 2.901 sonstige DauerleistungsempfängerInnen. Bemerkenswert ist, dass nicht weniger als 614 PensionistInnen eine Dauerleistung erhielten, weil sie eine Miete von mehr als S 823,– pro Monat zu zahlen hatten.

Geldaushilfen zur Deckung des Lebensunterhaltes wurden in 124.953 Fällen ausbezahlt. Unter anderem entfielen 7.152 Fälle auf PensionsbewerberInnen, 2.477 auf AlleinerzieherInnen und in 1.216 Fällen handelte es sich um eine Hilfe in besonderen Lebenslagen. Die Aufwendungen für Geldaushilfen erhöhten sich um 15,93 Prozent und betrugen S 544,912.091,74.

An die Wiener Stadtwerke - Städtische Bestattung wurden für nicht bzw. nicht zur Gänze in Verlassenschaftsverfahren eingebrachte Bestattungsdurchführungskosten S 4,218.934,48 für 635 Fälle überwiesen (§ 10 des Wiener Leichen- und Bestattungsgesetzes). Im Jahr 1998 wurden an Hinterbliebene Beiträge zum Bestattungsaufwand für bedürftige Personen ausbezahlt, und zwar S 841.433,95.

Im Rahmen der Hilfe in besonderen Lebenslagen gewährte die Abteilung in 1.216 Fällen einmalige Aushilfen zur Überbrückung außergewöhnlicher Notstände und monatlich durchschnittlich 11 Aushilfen an die in Wien wohnhaften und durch HIV infizierten Personen zur Überbrückung außergewöhnlicher Notstände. Im Jahr 1998 betrug der Aufwand S 11,771.730,02.

Weitere Hilfen und Zuschüsse umfassten folgende Bereiche:
Für ärztliche Behandlungen, Heil- und Hilfsmittel sowie Arzneimittelversorgung wurden im Rahmen der Krankenhilfe S 78,579.569,25 zur Verfügung gestellt, der Aufwand für konservierende und prothetische Leistungen von ZahnärztInnen und DentistInnen betrug S 6,972.840,53. Für Krankenhilfeleistungen für Personen ohne Krankenversicherung in städtischen und nichtstädtischen Krankenanstalten sowie Krankentransportleistungen wurden im Jahr 1998 S 1,019.370.676,15 aufgewendet (alle Anforderungen ohne Flüchtlingshilfe).

Da die Wiener Gebietskrankenkasse die Leistungen für Hilfsmittel an sozialversicherte Personen sehr eingeschränkt bzw. in vielen Fällen eingestellt hat, ist eine bemerkenswerte Zunahme von Fällen eingetreten, bei denen die Gewährung eines Zuschusses oder die Übernahme der Kosten aus Mitteln der Sozialhilfe zu prüfen ist.

An Konventionsflüchtlinge wurden 3.154 Aushilfen mit einem Gesamtbetrag von S 19,143.367,23 ausbezahlt, auf österreichischen Staatsbürgern gleichgestellte Personen, ausgenommen Konventionsflüchtlinge, fielen 533 Fälle mit S 2,271.967,03 und auf österreichischen Staatsbürgern nicht gleichgestellte Personen 2.248 Fälle mit S 12,535.461,22.

Gemäß der Übertragungsverordnung vom 16. Juli 1992, BGBl. Nr. 412/1992, sind nach Maßgabe der Weisungen des Bundesministeriums für Inneres Verträge über die Unterbringung von bundesbetreuten AsylwerberInnen mit privaten humanitären und kirchlichen Einrichtungen oder Institutionen der freien Wohlfahrt abzuschließen und diese Unterkünfte und die vereinbarten Leistungen regelmäßig zu kontrollieren (mindestens 2 x jährlich). Am 31. Dezember 1998 waren in Wien 205 AsylwerberInnen untergebracht.

Das Angebot der ARGE Wohnplätze für Bürger in Not umfasste im Jahr 1998 580 betreute Wohnplätze. Pro Wohnplatz betrug der Monatssatz S 5.529,– und in den Frauenwohngemeinschaften des Wiener Hilfswerkes S 6.638,– monatlich.

Die seit Mai 1992 bestehende Bosnienhilfeaktion im Rahmen der Bund - Länder Vereinbarungen endete vorerst gemeinsam mit dem Aufenthaltsrecht gemäß § 12 Aufenthaltsgesetz (§ 29 Fremdengesetz) auch für die nach dem BGBl. II Nr. 215/97 definierten schutzbedürftigen Personen am 31. Juli 1998.

Das am 1. August 1998 in Kraft getretene BGBl. Nr. 85/1998, Teil I, mit welchem integrierten Vertriebenen aus Bosnien und Herzegowina das weitere Aufenthaltsrecht gesichert wird, eröffnete dem betroffenen Personenkreis einerseits völlig neue Perspektiven für einen Verbleib in Österreich und stellte andererseits auch klar, dass nicht integrierten Flüchtlingen aus Bosnien und Herzegowina nur mehr dann ein auf jeweils sechs Monate vorübergehendes Aufenthaltsrecht im Bundesgebiet gewährt werden kann, wenn ihnen die endgültige Rückkehr in ihre Heimat noch nicht zuzumuten ist.

Letztgenannten Personen ist allerdings dieses vorübergehende Aufenthaltsrecht auf den für die Vorbereitung der Ausreise notwendigen Zeitraum zu beschränken, wenn sie ein entsprechendes Reintegrationsangebot, das ihnen nachweislich gemacht worden ist, nicht annehmen, obwohl ihnen dies zumutbar wäre.

An derartigen Projekten wird bereits seit längerer Zeit auf Bund - Länder Ebene gearbeitet und es konnten im Dezember 1998 zwei Projekte, und zwar jeweils unter der Führung der Länder Wien und Niederösterreich, für insgesamt zirka 130 bis 140 Personen fertig gestellt werden. Der Belag wird Anfang 1999 erfolgen.

Bereits Anfang 1998 wurde in Betreuung befindlichen Flüchtlingen, die Angehörige in gerader Linie hatten und selbst meistens aus Altersgründen keine Beschäftigung finden konnten, zur Vorbereitung einer dennoch beabsichtigten Integration empfohlen, eine „Selbstversicherung" bei der Gebietskrankenkasse abzuschließen, wobei auch auf die Möglichkeit der Beitragsermäßigung hingewiesen wurde. Dies deshalb bereits ab Jänner 1998, damit die sechsmonatige Wartefrist auf Leistungen, im Bedarfsfall noch durch die Bosnienhilfeaktion abgedeckt werden konnte. Voraussetzung war selbstverständlich, dass die Angehörigen über ausreichende finanzielle Mittel verfügen. Die Selbstversicherung ermöglichte, vorwiegend in der zweiten Jahreshälfte, 243 Personen, mit Hilfe ihrer unterhaltspflichtigen Angehörigen von der Bosnienhilfsaktion unabhängig zu werden.

Im Mai 1998 erfolgte eine schriftliche muttersprachliche Information der Flüchtlinge über das bevorstehende Ende der Bosnienhilfeaktion mit 31. Juli 1998, wobei gleichzeitig die Teilnahme an Reintegrationsprojekten und die Unterbringung in bosnischen Altenheimen, beides mit österreichischer Finanzierungsbeteiligung, angeboten wurde.

Weiters erfolgten Informationen über mögliche Hausreparaturen, Rückerlangung von Mietrechten und Eigentum, insbesondere für Personen, die aus dem Gebiet der „Föderation" stammen.

Für Flüchtlinge aus der „Republika Srpska", mit erheblich schwierigeren Rückkehrbedingungen wurde die Möglichkeit geschaffen, sich beim Arbeitsmarktservice für die Arbeitsvermittlung vormerken zu lassen.

Aufgrund dieser Maßnahmen konnten sich allein im Teilbereich der Privatunterbringung (Unterkunft vorhanden) 88 Flüchtlinge einschließlich der unterhaltsberechtigten Angehörigen verselbstständigen.

Im Großquartierbereich kann die Verselbstständigung von weiteren 44 Personen erst nach und nach erfolgen, da die Flüchtlinge vorerst ihren finanziellen Möglichkeiten entsprechende Wohnmöglichkeiten finden müssen.

Im Frühjahr 1998 wurden dem Flüchtlingsreferat vom Fonds zur Integration von Flüchtlingen im Bundesministerium für Inneres Wohnungen im neuerrichteten „Kardinal DDr. Franz König Wohnheim" angeboten. Dieses Angebot konnte von vielen Familien (insgesamt 123 Personen) mit Eigeneinkommen genutzt werden. Dadurch verringerte sich die Anzahl der Betreuten im Großquartierbereich erheblich.

Ab Ende Juni 1998 setzte außerdem eine Rückkehrwelle ein. Diese war sowohl auf das bevorstehende Ende der Bosnienhilfsaktion und die eingangs zitierte Änderung der aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen, als auch auf eine Verbesserung der Situation in Bosnien und Herzegowina zurückzuführen. Die Rückkehr erfolgte ausschließlich freiwillig.

Die angebotene Rückkehrhilfe wurde von 257 Personen (1997: 229 Personen) in Anspruch genommen.
Am 31. Dezember 1998 waren noch insgesamt 354 (Jahresende 1997: 1.190) Personen, davon 184 (1997: 780) in Privatunterkünften und 170 (1997: 410) in Großquartieren in Betreuung der Bosnienhilfe.

Die Großquartiere unterscheiden sich nach:

A) 1 Großquartier (2 per 12/1997), ausschließlich in Wien,
B) 2 Gewerbliche Quartiere (3 per 12/1997 in Wien und NÖ), davon 1 in Wien und 1 in NÖ,
C) 1 Integrationshaus (2 per 12/1997), ausschließlich in Wien.

Im Jahr 1998 erfolgte eine Verringerung der Großquartiere um drei Standorte.
Ein Integrationshaus wurde mangels Möglichkeit der Weiterführung dieses Hauses geschlossen, in Niederösterreich konnte ein Standort durch die vermehrten Abgänge eingespart werden. In Wien wurde im Herbst ein Großquartier geschlossen.
Die Rückgänge bei den in Großquartieren betreuten de-facto-Flüchtlingen erfolgten somit:

in gewerblichen Quartieren	um	68 Personen (- 51,52 %)
in Großquartieren	um	75 Personen (- 54,74 %)
in Integrationshäusern	um	97 Personen (- 68,79 %)
insgesamt somit	um	240 Personen (- 58,54 %)

Es erfolgten zwar nur mehr wenige Neuaufnahmen, hauptsächlich Neugeborene und Übernahmen aus anderen Bundesländern, aber die bereits hier befindlichen Flüchtlinge brauchen zunehmend mehr Beratung und zum Teil psychotherapeutische Betreuung.
Auch die Kosten der Krankenhilfe sind wegen des immer höher werdenden Anteiles an älteren Flüchtlingen sehr hoch geblieben.
Bis 31. Dezember 1998 wurden in Wien seit Beginn der Aktion 27.185 (EDV-Stand 30. Dezember 98) de-facto Flüchtlinge aus Bosnien und Herzegowina registriert, davon waren per 31. Dezember 1998 354 Personen (Vergleichswert Ende 1997: 1.190) in Betreuung der Stadt Wien.

Von diesen 27.185 registrierten Personen erhielten insgesamt im Rahmen der Bosnienhilfeaktion Leistungen:
- 14.937 Personen im Privatbereich
- 5.965 Personen im Großquartierbereich
- 20.902 Personen absolut

Der absolute Höchststand von Betreuten wurde im Monat November 1992 mit 9.264 Personen erreicht, davon waren 2.224 Personen im Großquartierbereich und 7.040 Personen im Privatbereich untergebracht.
Für ärztliche Behandlungen, Heil- und Hilfsmittel sowie Arzneimittelversorgung der Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien wurden im Rahmen der Krankenhilfe S 7,397.923,85 zur Verfügung gestellt. Der Aufwand für konservierende und prothetische Leistungen von ZahnärztInnen und DentistInnen betrug S 647.548,11. Der Sozialhilfeaufwand in städtischen und nichtstädtischen Anstalten betrug S 21,244.814,12 einschließlich Krankentransporte.
Auf dem Gebiet des Sozialhilfekostenersatzes wurden 5.566 neue Erstattungsanträge in der offenen und geschlossenen Sozialhilfe bearbeitet. Es wurden 1.672 neue Kostenanerkenntnisse gegenüber nichtstädtischen Krankenhäusern und anderen Sozialhilfeträgern abgegeben. Zur laufenden Verrechnung waren im Jahre 1998 mit nichtstädtischen Krankenanstalten 800 Fälle, mit nichtstädtischen psychiatrischen Krankenanstalten 67 Fälle, mit Kur- und Rehabilitationsanstalten 32 Fälle und mit TBC-Heilstätten 10 Fälle anhängig.
In 1.146 Fällen wurden Ambulanzgebühren für nichtstädtische Anstalten, in 6.883 Fällen Transportkosten für nichtstädtische Krankenbeförderungsdienste (Rotes Kreuz, Arbeiter-Samariter-Bund, Die Johanniter, Malteser Hilfsdienst u.a.) übernommen.
In 658 Fällen wurden aufgelaufene Sozialhilfekosten wie Dauerleistungen, Pflegegebühren in Krankenanstalten, Mietbeihilfen usw. zur Verlassenschaft angemeldet und in 87 Fällen wurde Regress gegen Erben geltend gemacht.
Sozialhilfekosten wurden in 307 Fällen mit einem fremden Sozialhilfeträger verrechnet.
Die Einnahmen aus der Verrechnung mit fremden Sozialhilfeträgern bzw. aus Vorschreibungen in Verlassenschaftsverfahren betrugen S 16,745.321,18.
In das Referat Sozialhilfekostenersatz fiel auch die Überprüfung des Vorliegens von Fremdverschulden bei Verletzungen, Verkehrsunfällen usw., sowie die Einhebung des 80-prozentigen Pensionsanteiles bei Asylierungsfällen.
Weiters überprüfte man Pensionsansprüche, führte Feststellungen über den endgültig verpflichteten Sozialhilfeträger durch, erledigte Amtshilfeersuchen und kontrollierte die Aufrechnungen fremder Sozialhilfeträger.

Die Aufgaben des Referates Einnahmenbetreuung waren im Berichtsjahr
- die Aufarbeitung von Kostenersatzrückständen aus dem Bereich der Offenen Sozialhilfe auf der Grundlage des Rückstandsausweises der BA 4 per 21. Februar 1997

- die Bearbeitung vakanter Rückforderungen aus dem Titel der Delogierungsprävention und
- die Bearbeitung der von der Abteilung verwalteten Stiftungen.

Im Berichtsjahr standen aus dem Bereich Offene Sozialhilfe 475 Akten mit einem Gesamtrückstand von rund 7,76 Millionen Schilling in Bearbeitung, wovon bis zum Jahresende 1998 369 Akten mit einer Rückstandssumme von 4,99 Millionen Schilling enderledigt wurden.

Von diesen langjährigen Rückständen wurden Forderungen in der Höhe von 0,51 Millionen Schilling einbringlich gemacht, weitere Altforderungen in der Höhe von 4,48 Millionen Schilling mussten wegen Uneinbringlichkeit abgeschrieben, gemäß § 26 WSHG nachgesehen oder nach Neubeurteilung der Rückforderungsgrundlagen berichtigt werden. Aus dem Bereich Delogierungsprävention werden per 31. Dezember 1998 6 Rückforderungsfälle mit einer Summe von S 87.817,71 in Evidenz gehalten.

Zur Sicherstellung aufgelaufener Sozialhilfekosten wurden 38 Hypotheken für einen Gesamtbetrag von S 13,576.983,48 zugunsten des Landes Wien grundbücherlich einverleibt. 19 Hypotheken konnten aufgrund der Rückzahlung des geleisteten Sozialhilfeaufwandes gelöscht werden. Im Grundbuch wurden 85 Erhebungen durchgeführt. In 5 Fällen erklärte die Abteilung, aufgrund eines im Jahre 1998 neu eingeleiteten Verfahrens vor dem Arbeits- und Sozialgericht auf Zuerkennung einer Pension ihren Beitritt als Nebenintervenient.

Aufgrund des Tuberkulosegesetzes werden mangels eines anderen Kostenträgers im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung die Kosten der Behandlung einer aktiven Tuberkulose, bzw. die Kosten der Behandlung anderer Erkrankungen, sofern diese im Zusammenhang mit der Erkrankung an Tuberkulose notwendig sind, übernommen.

Die Behandlungskosten anderer, gleichzeitig mit einer Tuberkulose auftretenden, nichttuberkulösen Erkrankungen werden ebenso aus Mitteln der Sozialhilfe übernommen, wie die Kosten der Behandlungen der Angehörigen der Tuberkulosekranken.

Im Schnitt wurden im Jahr 1998 monatlich für 64 Personen Behandlungskosten aus Bundesmitteln und für 24 Personen aus Sozialhilfemitteln mit Bescheid übernommen. In Zweifelsfällen wurden vor der Übernahme der Behandlungskosten amtsärztliche Sachverständige befragt, ob ein Zusammenhang zwischen den zu übernehmenden Behandlungskosten und der Tuberkulose vorliegt, um den Kostenträger (Bund oder Land) feststellen zu können.

Aus Mitteln der Sozialhilfe wurden im Schnitt im Jahr 1998 monatlich 24 Personen als HauptbezieherInnen und 18 Personen als MitbezieherInnen finanziell unterstützt. Die Unterstützung erfolgt unter Berücksichtigung des krankheitsbedingten Mehrbedarfes auf die Dauer des Vorliegens einer aktiven Tuberkuloseerkrankung, zuzüglich einer dreimonatigen Übergangsfrist.

Vom Referat Kur- und Rekonvaleszentenaufenthalte sind im Jahr 1998 54 Anträge um Bewilligung von Kur- und Rekonvaleszentenaufenthalte eingegangen, davon wurden 14 Bewilligungen für die Kostenübernahme eines Kur- oder Rekonvaleszentenaufenthaltes erteilt.

Anspruchsberechtigt sind nur SozialhilfebezieherInnen; bezweckt wird vor allem die Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit bzw. bei dauernd arbeitsunfähigen SozialhilfebezieherInnen eine längerdauernde Linderung von Schmerzzuständen.

Im Laufe des Jahres mussten 26 Anträge abschlägig erledigt werden; die überwiegende Zahl der Abweisungen erfolgte nach amtsärztlicher Begutachtung, weil die medizinischen Voraussetzungen für einen Kur- oder Rekonvaleszentenaufenthalt nicht vorlagen, bzw. weil keine Kurfähigkeit gegeben war (z.B. bei Bezug von Pflegegeld).

Dem Referat Sozialarbeit mit Erwachsenen standen mit Dezember 1998 98 SozialarbeiterInnen zur Bewältigung des umfangreichen Aufgabengebietes zur Verfügung. Die im Referat tätigen SozialarbeiterInnen boten auch 1998 Personen ab dem 19. Lebensjahr Hilfestellungen an, die von einmaligen Informations- und Beratungsgesprächen über Vorschläge zur Lösung von Krisensituationen bis zu längerfristigen Intensivbetreuungen reichten.

Ein zusätzliches Aufgabengebiet des Referates Sozialarbeit mit Erwachsenen stellt die Teilnahme am „Expertenkreis", der sich aus je einem/einer VertreterIn der ARGE Wohnplätze für Bürger in Not, der Caritas, der MA 11, der MA 12, der MA 17 und des Vereines Wiener Frauenhäuser zusammensetzt, dar. In 24 Sitzungen wurden 1.498 Fälle (manche auch mehrmals), die von Obdachlosigkeit bedroht oder obdachlos waren und von keiner sozialen Institution betreut wurden, behandelt.

Mit Juni 1998 wurde die organisatorische Zuständigkeit bei der Delogierungsprävention geändert. Für den gesamten Privatwohnungsbereich ist die Fachstelle für Wohnungssicherung (FAWOS), für den Bereich der Kommunalbauten bei Personen ohne minderjährige Kinder im gemeinsamen Haushalt bis zur technischen Ausstattung und Einschulung der MitarbeiterInnen der Außenstellen des Referates Sozialarbeit mit Erwachsenen (abgesehen von der Außenstelle V, die bereits das fünfte Jahr Delogierungsprävention für GemeindewohnungsmieterInnen anbietet), das jeweilige Sozialreferat im Wohnbezirk zuständig. Bei Familien mit minderjährigen Kindern im gemeinsamen Haushalt ist das betreffende Amt für Jugend und Familie zuständig, welches die Ansuchen auf finanzielle Unterstützung an das Sozialreferat weiterleitet, sofern das Familieneinkommen unter dem Familienrichtsatz liegt. Übersteigt das Einkommen diesen Richtsatz, werden die Ansuchen der Zentrale des Referates Sozialarbeit mit Erwachsenen zur weiteren Bearbeitung übermittelt. Im Zeitraum Juni bis Dezember 1998 sind dort 216 Anträge auf finanzielle Unterstützung zur Verhinderung von Delogierungen von Familien eingelangt. 147 Ansuchen wurden bewilligt, 38 Anträge mussten abgelehnt, 26 an die Ämter für Jugend und Familie aus verschiedenen Gründen zurückgeschickt werden. 5 Ansuchen konnten aufgrund fehlender Unterlagen noch nicht beurteilt werden.

Die SozialarbeiterInnen der sechs Außenstellen des Referates Sozialarbeit mit Erwachsenen bieten für Erwachsene

ohne minderjährige Kinder im gemeinsamen Haushalt Information, Beratung und Betreuung bei sozialen Anliegen und in Krisensituationen, die durch Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Suchtverhalten, Behinderung, Krankheit, finanzielle Schwierigkeiten, Beziehungskonflikte und dergleichen verursacht wurden. 1998 fielen in den Außenstellen 14.140 Fälle (3.022 Personen) an. Insgesamt wurden 3.490 Hausbesuche und 1.632 Dienstwege durchgeführt. In 5.034 Fällen (624 Personen) wurden im Rahmen des Wiener Sozialhilfegesetzes Geldaushilfen zur Sicherung des Lebensbedarfes gewährt. Die Möglichkeit eines Beratungsgespräches wurde 1998 von 1.972 Personen in Anspruch genommen.

Die Außenstelle V, zuständig für den 10. Bezirk, bietet zusätzlich in Zusammenarbeit mit der MA 17 Delogierungsprävention für erwachsene GemeindewohnungsmieterInnen im Bezirk. Dieses Projekt besteht mit Ablauf des Jahres 1998 bereits das fünfte Jahr. Der damit verbundene Arbeitsaufwand konnte durch die EDV-Unterstützung wesentlich besser verwaltet und dokumentiert werden. 1998 wurden der Außenstelle V 538 Räumungsklagen sowie 448 Räumungsexekutionsanträge von der Magistratsabteilung 17 gemeldet. Abgesehen von den Personen, die der Außenstelle bereits bekannt waren, wurden 880 Personen kontaktiert. Zur Verhinderung der Durchführung der Delogierung war in 62 Fällen eine Geldaushilfe erforderlich.

Die Anzahl der dem Sozialamt zur Verfügung stehenden Prekariumswohnungen, die nach wie vor ein wichtiges Instrument für die zeitlich begrenzte Unterbringung von Obdachlosen und von Obdachlosigkeit bedrohten Menschen, die seitens der Außenstellen betreut werden, darstellen, belief sich 1998 auf 76. Insgesamt waren 1998 86 Personen untergebracht, wovon 28 im Laufe des Jahres aufgenommen wurden und 37 wieder ausgezogen sind. In 26 Fällen konnten die Personen im Anschluss an das „Probewohnen" in eine ihnen zugewiesene Gemeindewohnung ziehen. Mit 31. Dezember 1998 wohnten insgesamt 49 Personen in Prekariumswohnungen.

Die beiden Tageszentren für Obdachlose wurden auch 1998 gut angenommen. Die Besucherzahlen beliefen sich in beiden Tageszentren auf insgesamt 45.979, davon 13.738 im Tageszentrum Pazmanitengasse (pro Tag durchschnittlich 55 Personen) und 32.241 im Tageszentrum Josefstädter Straße (pro Tag durchschnittlich 139 Personen). Im Vergleich zum Vorjahr ist die Anzahl der BesucherInnen am Standort Josefstädter Straße rückläufig. Dies ist offenbar ein Erfolg des Wiener Stufenplanes zur Betreuung von obdachlosen Personen. Seitens der SozialarbeiterInnen wurden 1998 976 Beratungsgespräche durchgeführt. Auch die Aktivangebote wie Dusche, Küche, Waschmaschine usw. wurden wieder voll in Anspruch genommen. Ebenso wie im Vorjahr war auch 1998 das Tageszentrum Josefstädter Straße während der Weihnachtsfeiertage geöffnet, und zwar am 24., 25. und 26. Dezember 1998 von 9 bis 17 Uhr. Das Tageszentrum Pazmanitengasse war am 24. Dezember 1998 von 9 bis 13 Uhr geöffnet. An diesen Tagen wurden Speisen, alkoholfreie Getränke und Winterbekleidung kostenlos an die 382 BesucherInnen ausgegeben.

Im Rahmen der Straßensozialarbeit, die von den SozialarbeiterInnen beider Tageszentren wahrgenommen wird, wurden 467 Einsätze durchgeführt, wobei 3.004 Personen kontaktiert und 627 Einzelgespräche geführt wurden. Aufgesuchte Plätze waren: Karlsplatz, Stephansplatz, Schwedenplatz, Bahnhof Wien-Mitte, Westbahnhof, Südbahnhof, Franz-Josef-Bahnhof, Schottentor, Votivpark, Graben, Kärntner Straße, Praterstern, diverse Parks, Donauinsel, Donaukanal sowie Teile der U1, U2, U3, U4, U6 und andere.

Das Angebot des medizinischen Betreuungsbusses „Louise" für die Erst- und Notversorgung Obdachloser wurde 1998 pro Monat von rund 496 obdachlosen Personen in Anspruch genommen.

Im Sozialtherapeutischen Wohnheim für Obdachlose belief sich der BewohnerInnenstand mit 31. Dezember 1998 auf 227 Personen (181 Männer, 46 Frauen). 183 Personen (145 Männer, 41 Frauen) wurden im Laufe des Jahres aufgenommen und 176 Personen (135 Männer, 41 Frauen) haben es wieder verlassen. 67 Personen (50 Männer, 17 Frauen) konnten in Gemeindewohnungen untergebracht werden, ein Teil fand eine anderweitige Unterkunft. In einigen Fällen musste die Resozialisierung aus verschiedensten Gründen abgebrochen werden. 1998 haben sich insgesamt 305 Personen (217 Männer, 88 Frauen) um Aufnahme beworben. Davon haben 33 Personen den Termin für das Aufnahmegespräch aus unbekannten Gründen nicht eingehalten. 79 Personen mussten aus verschiedenen Gründen abgelehnt werden, 178 Personen wurden aufgenommen, 25 davon sind nicht ins Sozialtherapeutische Wohnheim eingezogen.

1998 wurden in Zusammenarbeit mit der Landesgeschäftsstelle des Arbeitsmarktservice Wien und dem Verein Wiener Sozialdienste wieder drei Informations- und Trainingskurse für langzeitarbeitslose SozialhilfeempfängerInnen und NotstandshilfebezieherInnen durchgeführt. Der MitarbeiterInnenstab setzte sich aus zwei GruppentrainerInnen und einem Videoberater des Landesarbeitsamtes, einer Kanzleikraft des Vereines Wiener Sozialdienste und zwei SozialarbeiterInnen des Sozialamtes zusammen. Die sozialarbeiterische Tätigkeit bestand wieder aus organisatorischer Planung, sozialarbeiterischer Beratung der KursteilnehmerInnen während der Kurszeit, Öffentlichkeitsarbeit und Nachbetreuung der KursteilnehmerInnen. Die Dauer der Kurszeit belief sich auf jeweils 12 Wochen. An die Kursleitung wurden 1998 217 InteressentInnen verwiesenen. Insgesamt begannen 42 Personen die Kurse, 32 davon haben sie abgeschlossen. Im Anschluss an die Kurse wurde eine Vielzahl von Bewerbungsschreiben an den 1. Arbeitsmarkt sowie an diverse Sozial- und Beschäftigungsprojekte gerichtet. Bei einigen Personen bestand Aussicht auf Weiterbildung. 5 Personen konnten dazu motiviert werden, einen Alkohol- bzw. Drogenentzug zu machen. Die von der Kursleitung angebotene Nachbetreuung, um die im Kurs erreichte Stabilisierung zu erhalten, wurde von 57 ehemaligen KursteilnehmerInnen in Anspruch genommen.

Die Schuldnerberatungsstelle der Stadt Wien wurde 1998 von 2.939 Haushalten in Anspruch genommen. Dies bedeutet eine Steigerung um 15 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Um 32,8 Prozent stieg die Anzahl der be-

treuten Fälle (765 im Jahr 1997 auf 1.016 Fälle im Jahr 1998). Diese Zahl ist an sich positiv zu bewerten, da sie zeigt, dass die Anzahl der sanierungsfähigen Haushalte steigt. Dies ist mit ein Resultat des Privatkonkurses, der sich als taugliches Sanierungsinstrument erweist.

Im Bereich der Behindertenbetreuung waren SozialarbeiterInnen im Rahmen des Sachverständigenteams im Behindertenzentrum der Stadt Wien, in den Trainingswohnungen, im „Club 21" und der Betreuung der im Rahmen der Sonderaktion für behinderte DienstnehmerInnen der Stadt Wien beschäftigten MitarbeiterInnen tätig.

Im Jahre 1998 nahmen 1.562 Klienten den Dienst der SozialarbeiterInnen des Sachverständigenteams der Abteilung in Anspruch. Davon waren 529 Intensivbetreuungen und 893 Kontakte beziehungsweise Beratungen mit Angehörigen.

Für die im Rahmen der Sonderaktion für behinderte DienstnehmerInnen der Stadt Wien beschäftigten MitarbeiterInnen wurde ebenfalls Beratung und Betreuung angeboten. Mit Dezember 1998 waren insgesamt 660 MitarbeiterInnen im Rahmen der Sonderaktion beschäftigt. Primäre Aufgabe der zuständigen SozialarbeiterInnen ist es, die akuten Probleme zu lösen. Aber auch die Kontaktaufnahme mit den behinderten MitarbeiterInnen, die über die Sonderaktion beschäftigt sind und einen befristeten Dienstvertrag haben, ist ebenso wichtig wie das längerfristige Kennenlernen aller im Rahmen der Sonderaktion tätigen MitarbeiterInnen und deren Arbeitsumfeld. Im Jahr 1998 fanden 1.436 Kontakte mit KollegInnen aus der Sonderaktion statt, 335 davon wurden intensiv betreut. 1.715 Gespräche und Kontakte mit Menschen aus dem unmittelbaren Arbeitsumfeld der im Rahmen der Sonderaktion beschäftigten MitarbeiterInnen fanden statt.

Um die Chance auf Integration in die jeweiligen Dienststellen möglichst gut vorzubereiten, wurden die SozialarbeiterInnen in einzelnen Fällen bereits im Stadium des Aufnahmeverfahrens einbezogen. Im Laufe des Jahres 1998 fanden auch regelmäßige Besprechungen zwischen den SozialarbeiterInnen und Vertretern der MD-PD statt.

Im Rahmen des von der Stadt Wien und des Arbeitsmarktservice finanzierten Gärtnerprojektes werden 8 behinderte Jugendliche von zwei Gärtnern der MA 42 über einen Zeitraum von zwei Jahren angelernt. Eine Sozialarbeiterin der BbM (Beratung und Betreuung behinderter MitarbeiterInnen) begleitet das Projekt.

Im September 1998 übersiedelte die BbM nach 2, Schiffamtsgasse 14. Das Haus ist stufenlos zugänglich. Im Erdgeschoß gibt es eine Ö-Norm B1600 Toilette. Vor dem Haus wurde eine Behindertenparkzone eingerichtet.

Die Auseinandersetzung mit den Bedürfnissen von gehörlosen Menschen war auch 1998 ein wichtiges Thema. Das Ziel, den behinderungsbedingten Mehraufwand bei gehörlosen Menschen über den Zugang zur Gebärdendolmetscherleistung und deren finanzielle Absicherung auszugleichen, wurde weiter verfolgt. Kostenvoranschlag, Projekt- und Zeitablaufplan für die Errichtung einer Gehörlosenambulanz bildeten einen Tätigkeitsschwerpunkt im letzten Viertel des Jahres 1998.

Die Verwaltungsakademie wurde bei der Organisation und Durchführung von PC-Grundkursen für gehörlose MitarbeiterInnen unterstützt.

Der im Oktober 1997 begonnene Gebärdenkurs für die SozialarbeiterInnen der BbM wurde weitergeführt. In Zusammenarbeit mit dem Verein „biv - integrativ" wurden für das Projekt „office assistant" drei Praktikumsplätze bei der Stadt Wien geschaffen. Die SozialarbeiterInnen der BbM begleiten die ProjektteilnehmerInnen während des Praktikums.

Das Jahr 1998 bot viele neue Aktivitäten im Club 21. Mit Jänner 1998 wurde das Discoangebot verdoppelt. Kulturspaziergänge waren ein neues Angebot, in dessen Rahmen man Gelegenheit fand, sich Wiener Bezirksteile anzusehen und zu erleben. „Tanz und Bewegung" wurde auch 1998 fortgesetzt. Das Angebot des Vorjahres, „Gedächtnistraining" wurde weitergeführt. Der Besuch der Wiener Eisrevue und ein Kegelabend in der Stadthalle waren Schwerpunkte des Programmes am Jahresanfang. Im Februar ging es weiter mit einem Faschingsfest und einer Faschings-Disco. Im März wurde die „Bhutan-Ausstellung" im Völkerkundemuseum und eine Theatervorstellung im Theater im Akzent besucht. Im April stand der Besuch der Star-Trek-Ausstellung als Außenaktivität auf dem Programm. Im Mai wurde ein Halbtagsausflug in den Dinosaurierpark nach Traismauer unternommen. Der Höhepunkt im Juni war ein Tagesausflug nach Brünn. Anfang Juli fand das traditionelle Sommerfest statt.

Nach der Sommerpause wurde das traditionelle Clubwochenende im Don Bosco Haus abgehalten. Das Haus mit anderen Gruppen teilend und gemeinsam benutzend, bietet somit auch einen „integrativen" Ansatz eine neue positive und sehr erfolgreiche Erfahrung.

Höhepunkte des Novemberprogrammes waren der Besuch einer Theateraufführung im Akzent und ein Kegelabend in der Stadthalle. Im Dezember gab es, abgesehen von der Weihnachtsfeier, zwei sehr wichtige Programmangebote: der Besuch am Christkindlmarkt, diesmal auf der Freyung und dann die Nikolofahrt in das tief verschneite Raach im Hochgebirge. Den Jahresabschluss bildete die stimmungsvolle sehr gut besuchte Weihnachtsfeier.

Im Bereich der Trainingswohnungen für Behinderte wurde auch im Jahr 1998 mit den BewohnerInnen intensiv an der Verselbstständigung im Sinne einer Unterbringung in einer eigenen Wohnung gearbeitet.

Die Flüchtlingsbetreuung im Rahmen der Bosnienhilfe im Flüchtlingslager Triester Straße und in der Beratungsstelle Rösslergasse wurde 1998 von 2 SozialarbeiterInnen durchgeführt.

Die Sozialarbeiterin der Beratungsstelle war Anlaufstelle für bosnische de-facto Flüchtlinge, die im Rahmen der Aktion Bosnienhilfe unterstützt wurden.

Neben Information, Beratung und Betreuungsarbeit wurde auch wieder bei anderen Behörden wie etwa der MA 62, Arbeitsamt usw. vermittelt und interveniert. Weitere Aufgabengebiete waren Unterstützung bei der Wohnungssuche, Aus- und Weiterbildung, Lehrstellensuche usw.

Im Flüchtlingslager Triester Straße war 1998 ein Sozialarbeiter tätig. Das Aufgabengebiet umfasste die Leitung des Lagers sowie die Betreuung der BewohnerInnen des Lagers. Durch die Einstellung der Aktion Bosnienhilfe war es erforderlich, die im Lager lebenden 72 Personen anderweitig unterzubringen. 39 Prozent kehrten nach Bosnien zurück, 35 Prozent wurden zur weiteren Integration in betreute Einrichtungen übersiedelt und 26 Prozent haben sich für ein Projekt in Bosnien angemeldet und wurden in andere Lager verlegt. Ende September 1998 wurde das Flüchtlingslager Triester Straße geschlossen, womit auch die Tätigkeit des Sozialarbeiters endete.

FOCUS, dessen Arbeitsauftrag soziale Erhebungen im öffentlichen Raum umfasst, besteht seit nunmehr sechs Jahren und war 1998 in unterschiedlichen Regionen der Stadt Wien präsent (bis Jänner 1998 im 4. Wiener Gemeindebezirk, Februar bis Mai 1998 im 21. Wiener Gemeindebezirk, Juni bis Juli 1998 im 20. Wiener Gemeindebezirk, Juni bis November 1998 im 2.Wiener Gemeindebezirk und ab September 1998 im 12. und 23. Wiener Gemeindebezirk). Die Schwerpunkte der Tätigkeitsfelder umfassten Kontaktaufnahme zu Institutionen vor Ort, Kontaktaufnahme zum Klientel, Analyse der örtlichen Situation und Problemlage, Erarbeitung und Skizzierung präventiver Maßnahmen sowie Projektideen, Erstellung und Präsentation eines Abschlussberichtes sowie Vernetzung der Institutionen vor Ort.

Die Fachstelle für Wohnungssicherung (FAWOS), ein Projekt der Volkshilfe Wien in Zusammenarbeit mit den MA 11 und 12 sowie dem Wiener Integrationsfonds, war 1998 eine zentrale Anlaufstelle für alle MieterInnen von Privat- und Genossenschaftswohnungen, die vom Verlust ihrer Wohnung bedroht waren. Das Aufgabengebiet umfasste die nachgehende Kontaktaufnahme mit allen Betroffenen, mietrechtliche und sozialarbeiterische Information und Beratung, Krisenintervention, Vermittlung zwischen MieterIn und VermieterIn und gegebenenfalls finanzielle Unterstützung.

1998 wurden FAWOS 2.490 Haushalte, die von Delogierung bedroht waren, bekannt. 57 Prozent der Haushalte waren ohne Kinder, 43 Prozent mit Kindern. In 1.191 Fällen lag ein Räumungstermin vor, wobei in 447 Fällen eine Wohnungssicherung erreicht werden konnte. In 540 Fällen ist es trotz mehrmaliger Versuche nicht gelungen, Kontakt mit den Betroffenen herzustellen. In diesen Fällen kann daher auch nicht über das Ergebnis der Räumungstermine berichtet werden. In 204 Fällen wurde der Räumungstermin durchgeführt. Dabei handelte es sich in 64 Fällen um Firmen, Zweitwohnsitze oder Verlassenschaften. Eine finanzielle Unterstützung seitens der Fachstelle zur Verhinderung von Delogierungen war in 128 Fällen erforderlich.

Die Angebote Fort- und Weiterbildung betreffend wurden auch 1998 von den SozialarbeiterInnen rege in Anspruch genommen. Als Vortragende waren sie an den Akademien für Sozialarbeit und in den Krankenpflegeschulen tätig. Zahlreiche Studierende der Akademien für Sozialarbeit absolvierten ein Praktikum (einige davon in Form eines 17-wöchigen Langzeitpraktikums) in den verschiedenen Einrichtungen des Referates.

Behindertenhilfe

Frühförderung

Im November 1998 wurde ein überarbeitetes Konzept für die Frühförderung behinderter Kinder erstellt. In dem Konzept wurden kurz die seit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft Frühförderung im Oktober 1991 unternommenen Schritte geschildert. Den Schwerpunkt bildete der Aufbau einer flächen- und bedarfsdeckenden Hausfrühförderung in Wien. Die dem Erfahrungsaustausch betroffener Eltern dienenden Spielkreise werden gut angenommen.

Weitere Bemühungen sind auf die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen dem Jugendamt, dem Gesundheitsamt, dem Wiener Krankenanstaltenverbund und den anderen in der Frühförderung tätigen Organisationen gerichtet.

Zwei Arbeitskreise mit dem an den Geburtskliniken beschäftigten Personal haben die Schwangerenbetreuung sowie eine Verbesserung der Diagnoseeröffnung bei drohender Behinderung zum Inhalt.

1998 ist das Ambulatorium „Zentrum für Entwicklungsförderung" in 22, Langobardenstraße 189, das erste Jahr voll in Betrieb gestanden.

Arbeit für behinderte Menschen

Mitte 1998 ist, angebunden an die ARGE Wohnplätze, die „Initiative Arbeit" geschaffen worden, deren Träger der Verein „Wiener Sozialdienste" ist. Die Kosten dieses erweiterten Projektes mit der Bezeichnung „ARGE Wohnplätze/Initiative Arbeit" werden von der Abteilung übernommen.

Ziel der „Initiative Arbeit" ist die Förderung der beruflichen Integration behinderter Menschen. Als einleitenden Schritt hat sich die „Initiative Arbeit" eine Erhebung des Ist-Standes der Angebote an Trainings- und Unterstützungsmaßnahmen zur Aufgabe gestellt.

Wohnplätze für behinderte Menschen

Das Programm der ARGE Wohnplätze, das bis zum Jahr 2003 laufen wird, ist auch 1998 fortgesetzt worden. Es konnten 45 zusätzliche Plätze in vollbetreuten Wohngemeinschaften und 32 ambulant betreute Wohnplätze errichtet werden. Für die im Rahmen eines Sonderprogramms aus psychiatrischen Einrichtungen ausgegliederten geistig behinderten Patienten wurden 17 Wohnplätze geschaffen.

EU-Projekte

Die bereits in den Vorjahren gestarteten, aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds geförderten Projekte
- Arbeitsassistenz für psychisch behinderte Menschen
- Arbeitsassistenz für Gehörlose
- Einstellungsbeihilfen
- Ausbildung gehörloser Menschen zu Schwachstromtechnikern
- Housekeeping (Hotel- und Zimmerreinigung) sind 1998 weitergeführt worden.

Die Projekte
- ALPHA Fertigungstechnik und
- SYMBIOSYS

sind 1998 programmgemäß abgeschlossen worden.
Folgende neue Vorhaben werden seit 1998 gefördert:
- „Lust auf Arbeit" (Rehabilitation drogenabhängiger bzw. suchtmittelgefährdeter Menschen)
- OGA SOL.IN (Telearbeitsplätze für psychisch kranke Menschen).

Betreuung gehörloser Menschen

Zur Verbesserung der Betreuung gehörloser Menschen wurden von der Abteilung zwei zusätzliche Übereinkommen mit der größten Wiener Interessenvertretung gehörloser Menschen, dem „WITAF Wiener Taubstummenverband", geschlossen, wonach dieser einen Zuschuss von S 300.000,– für den Einsatz von Gehörlosendolmetschern und die Kosten einer Sozialarbeiterin vergütet erhält. Ende 1998 wurde entschieden, dass in der Krankenanstalt der Barmherzigen Brüder in Wien eine Gehörlosenambulanz eingerichtet werden soll.

Maßnahmen für drogenabhängige Personen

In der 1998 in Betrieb genommenen Drogentherapiestätte der „Schweizer Haus Hadersdorf GmbH", deren Zielgruppe hauptsächlich KlientInnen sind, die in Justizbetreuung stehen, sollen auch einige KlientInnen außerhalb des Strafvollzuges behandelt werden. Die Kosten für diese Personen werden von der Abteilung getragen.

Unterstützungsbeiträge an Behindertenorganisationen

1998 wurden für die von privaten Vereinen geleisteten Beratungs- und Betreuungsdienste an 10 Organisationen Zuschüsse in der Höhe von S 7,400.000,– gewährt. Dem Kuratorium für psychosoziale Dienste in Wien, das die ambulante psychiatrische und psychosoziale Versorgung der Wiener Bevölkerung wahrnimmt, wurden für den Betrieb seiner Wohnheime Kosten im Ausmaß von S 18,804.500,– vergütet. Der Wiener geschützten Werkstätten und Rehabilitationseinrichtungen GesmbH, deren Aufgabe in der beruflichen Rehabilitation psychisch Kranker liegt, wurde ein Aufwand von S 32,895.500,– ersetzt.

Aufsichtsrecht

Im Rahmen der behördlichen Aufsicht über die Einrichtungen der Eingliederungshilfe und Beschäftigungstherapie, Wohnheime und geschützte Werkstätten wurden 24 Behinderteneinrichtungen überprüft.

Der Fonds zur Förderung von Selbsthilfegruppen konnte 61 Gruppen eine finanzielle Unterstützung in der Gesamthöhe von S 1,025.466,– ermöglichen. Insgesamt wurden 73 Anträge eingebracht. Die Beurteilung der Förderungswürdigkeit der Vereine, die eine Förderung ihrer Gruppe bei der Servicestelle für Selbsthilfegruppen beantragen, wurde vom Referat Behindertenhilfe durchgeführt.

Die Beratungsstelle für Behinderte war am Montag und Donnerstag von 15.00 bis 18.30 Uhr zugänglich und wurde von 153 Ratsuchenden in Anspruch genommen. 302 telefonische Auskünfte wurden in dieser Zeit erteilt.

Sachverständigenteam

Dem Sachverständigenteam sind im Jahr 1998 1.483 Teamanfragen gestellt worden. 661 KlientInnen wurden eingeladen und an 88 Tagen begutachtet. 749 Teamanfragen konnten aufgrund vorliegender oder eigens angeforderter aktueller und schlüssiger Befunde aktenmäßig bearbeitet werden.

Die aktenmäßige Bearbeitung einer Teamanfrage ist eine Serviceleistung für die AntragstellerInnen, denen weite Wege und Mehrfachbegutachtungen erspart werden sollen, und wird als solche von den KlientInnen geschätzt. Bei Erstanträgen oder unklarer Sachlage erfolgt üblicherweise eine Einladung zum Sachverständigenteam, um die AntragstellerInnen über die Möglichkeiten der Behindertenhilfe allgemein zu informieren und individuell zu beraten.

1998 wurden im Referat Behindertenhilfe 1.300 Neuanträge auf Leistungen nach dem Wiener Behindertengesetz eingebracht. Im Rahmen der Behindertenhilfe wurden 1998 weiters folgende Leistungen erbracht:

Für 1.488 Personen Kostenübernahme der öffentlichen Verkehrsmittel, 1.470 Personen nahmen die Beförderung im Rahmen des Regelfahrtendienstes in Anspruch, 236.171 Fahrten wurden im Rahmen des Freizeitfahrtendienstes durchgeführt. Mit Jahreswechsel waren 11.320 Personen berechtigt, den Freizeitfahrtendienst zu benützen. 1.799 Personen nahmen Maßnahmen der Eingliederungshilfe in Anspruch. 500 Landeszuschüsse zur geschützten Arbeit wurden ausbezahlt. 2.920 Personen besuchten die Beschäftigungstherapie (einschließlich WGW). 1.170 Personen

wird Hilfe zur Unterbringung gewährt. 438 Personen wird Hilfe am geschützten Wohnplatz (mobile Betreuung) gewährt. 110 Personen wurde Drogentherapie übernommen. 53 Personen wurden Maßnahmen der persönlichen Hilfe gewährt. 13 Ausweise für behinderte Personen.

Villa Kellermann

Im Rahmen der Wohngemeinschaft Villa Kellermann wurden 28 Männer betreut. Davon 16 stationär, 11 ambulant und ein Jugendlicher in der Trainingswohnung Meiselstraße.

1998 gab es 1.260 Besuche von ambulant bzw. ehemals Betreuten. Sie nutzen die Wohngemeinschaft Villa Kellermann vorwiegend an Wochenenden als Anlauf- und Kontaktstelle.

Auch 1998 wurden die Renovierungsarbeiten fortgesetzt.

Das Dezernat VI hat im abgelaufenen Verwaltungsjahr folgende Aufgaben wahrgenommen:

- Zusammenstellung und Aufbereitung von sozial-, behinderten- und pflegegeldrechtlichen Entscheidungen;
- Rückforderungen und Zurückweisungen in Pflegegeldsachen;
- Mitwirkung bei der Vertretung des Landes Wien bei Verhandlungen in Pflegegeldangelegenheiten vor dem Arbeits- und Sozialgericht Wien sowie dem Oberlandesgericht Wien;
- Bearbeitung von Berufungen gegen Entscheidungen des Arbeits- und Sozialgerichtes Wien (Pflegegeldangelegenheiten),
- Berufungen gegen Bescheide betreffend die Ausstellung von Behindertenpässen nach dem Bundesbehindertengesetz;
- legistische Tätigkeit

In Zusammenhang mit oben erwähntem Aufgabenbereich wurden vom Dezernat VI in der Zeit von Jänner bis Dezember 1998 57 Klagebeantwortungen erstattet und in 62 Tagsatzungen vor dem ASG Wien vertreten sowie 4 Berufungsschriften verfasst und 3-mal vor dem OLG Wien vertreten. Weiters konnten rund ein Drittel der genannten 57 gerichtsanhängigen Verfahren mit einer vergleichsweisen Bereinigung abgeschlossen werden.

Darüber hinaus war das Dezernat VI als Vertreter des Landes Wien aktiver Teilnehmer bei verschiedenen Tagungen, wie z.B. der Jahrestagung des Österreichischen Komitees für Sozialarbeit, der EUROPEAN SOCIAL NETWORK Jahres-Tagung in London mit dem Arbeitstitel „Direct payments", des Arbeitskreises für Pflegevorsorge in Klagenfurt sowie bei der EU-Tagung „Antidiscrimination - The way forward" in der Wiener UNO-City.

Im Rahmen der legistischen Tätigkeit erstellte das Dezernat VI im abgelaufenen Verwaltungsjahr den Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Wiener Pflegegeldgesetz, die Pensionsordnung und das Unfallfürsorgegesetz 1967 geändert wird, welches sich derzeit in Begutachtung befindet; darüber hinaus war das Dezernat VI an der Erstellung zweier Entwürfe für eine einheitliche Einstufungsverordnung zu den Pflegegeldgesetzen wie an einer Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung von Kriterien zur Beurteilung des Pflegebedarfes von Kindern und Jugendlichen mit dem Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales und Vertretern der übrigen Bundesländer beteiligt.

Das Amt der Wiener Landesregierung wurde vom Dezernat VI auch bei einer Arbeitsgruppe im Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes vertreten, die die Durchforstung des Bundesrechts nach behindertendiskriminierenden Bestimmungen zum Inhalt hatte und die mittlerweile einen vorläufigen Gesamtbericht ausgearbeitet hat. Damit im Zusammenhang steht eine gleichartige Arbeitsgruppe, die vom Dezernat VI koordinativ betreut wurde und den Auftrag hatte, einen Bericht über behindertendiskriminierende Bestimmungen im Wiener Landesrecht mit Lösungsvorschlägen zu erstellen. Dieser Bericht wurde vom Dezernat VI ausgearbeitet und dem Büro des Magistratsdirektors übermittelt.

Im Jahre 1993 wurde zur Neuordnung der Pflegevorsorge auf Bundes- und Landesebene eine Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über gemeinsame Maßnahmen des Bundes und der Länder für pflegebedürftige Personen abgeschlossen, in der sich Bund und Länder verpflichten, die Vorsorge für pflegebedürftige Personen zu regeln.

Der Magistratsabteilung 12- Referat Pflegegeld obliegt, ebenso wie der Magistratsabteilung 3 und der Pensionsabteilung der Wiener Stadtwerke-, die Vollziehung des Wiener Pflegegeldgesetzes (WPGG). Dieses stimmt in den wesentlichen Regelungsinhalten, wie etwa bei den Beurteilungskriterien der Pflegebedürftigkeit, der Höhe des Pflegegeldes und den Übergangsregelungen, mit den Bestimmungen des Bundespflegegeldgesetzes überein.

Pflegegeld wird jenen Personen geleistet, die infolge ihrer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung einen ständigen Betreuungs- und Hilfsbedarf (Pflegebedarf) haben. Dieser durch Behinderung oder Krankheit bedingte Pflegebedarf muss während eines Zeitraumes von mehr als sechs Monaten gegeben sein.

Das Pflegegeld gebührt zwölfmal jährlich und betrug im Jahr 1998 monatlich in Stufe 1 S 2.000,–, Stufe 2 S 3.688,–, Stufe 3 S 5.690,–, Stufe 4 S 8.535,–, Stufe 5 S 11.591,–, Stufe 6 S 15.806,– und in Stufe 7 S 21.074,–.

Die Einstufung stützt sich auf ein ärztliches Sachverständigengutachten. Die Beurteilung erfolgt grundsätzlich nicht diagnosebezogen, sondern funktionsbezogen, unter Berücksichtigung der individuell erforderlichen Betreuungs- und Hilfsmaßnahmen im Zusammenhang mit den Richtlinien der Verordnung der Wiener Landesregierung zum Wiener Pflegegeldgesetz.

Im Bereich der Abteilung wurden im Jahr 1998 2.936 Anträge auf Gewährung bzw. Erhöhung von Pflegegeld gestellt, 2.833 Akten konnten mit Bescheid erledigt werden. Seit Einführung des Pflegegeldgesetzes per 1. Juli 1993 ergibt sich somit eine Gesamtzahl von 19.551 Anträgen und demgegenüber eine Gesamtzahl von 19.502 Erledigungen

per 31. Dezember 1998 (dazu zählen auch amtswegige Erledigungen ohne eigenen Antrag).

Zum Stichtag 31. Dezember 1998 wurde Pflegegeld an insgesamt 7.918 Personen angewiesen.

Diese Zahlen beziehen sich auf Überleitungsfälle, Neuzuerkennungen, Erhöhungen, Herabsetzungen, sowie Ausgleichszahlungen an ehemalige BlindenbeihilfenbezieherInnen, teilweise unter Anrechnung anderer pflegebezogener Geldleistungen. Der Aufwand für Pflegegelder betrug im Jahr 1998 insgesamt S 557,916.698,50.

Das Behindertenzentrum der Stadt Wien ist eine Einrichtung für behinderte Menschen, die von der Stadt Wien errichtet und betrieben wird. Im Mittelpunkt der Bemühungen steht die Integration Behinderter ins gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben. Dies ist aufgrund der herrschenden Bedingungen am Arbeitsmarkt ein schwer zu lösendes Problem. Durch öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen wurde auch in diesem Berichtsjahr versucht, die Gesellschaft für die Probleme von behinderten Menschen zu sensibilisieren. Die Freizeitaktivitäten, Erholungsaufenthalte, Therapiewochen und gemeinsame Besuche von Veranstaltungen rundeten das Betreuungsprogramm des Behindertenzentrums ab. 14 Veranstaltungen wurden im Jahr 1998 durchgeführt. Mit den mittlerweilen zur Tradition gewordenen „Wiener Kulturspaziergängen" verfolgt das Behindertenzentrum mehrere Ziele:

Die Behinderten sollen mit dem an Geschichte und Geschichten so reichen Wien vertraut gemacht werden (viele der KursteilnehmerInnen haben einen oft weit zurückliegenden Sonderschulabschluss bzw. werden seitens ihrer Angehörigen in diesem Bereich kaum gefördert). Eng verbunden mit dem Kennenlernen der Sehenswürdigkeiten, dem Besuch von Ausstellungen und Veranstaltungen, ist die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel. Die KursteilnehmerInnen sollen damit in die Lage versetzt werden, selbstständig zentrale Punkte der Stadt mit der U-Bahn bzw. Bus und Straßenbahn zu erreichen.

10 Sehenswürdigkeiten bzw. Ausstellungen wurden im Jahr 1998 besucht. Außerdem gab es 3 Ausflüge in die Umgebung Wiens.

Um den Bildungsanforderungen unserer Zeit zu entsprechen, wurde im Frühjahr 1998 und im Herbst 1998 je ein Englisch-Sprachkurs im Behindertenzentrum angeboten. Es wurde dabei versucht, auf die doch unterschiedlichen Wissens- und Fähigkeitenniveaus der KursteilnehmerInnen individuell einzugehen. Die Kurse, die nicht nur Sprachwissen, sondern auch kulturelle, historische und geographische Aspekte des angelsächsischen Sprachraumes beleuchten, wurden von den Behinderten mit großer Freude und mit viel Lerneifer angenommen.

Bei den Sprachkursen wurden neben traditionellen Unterrichtsmethoden auch modernste Lernmethoden eingesetzt: Computer und Sprach - CD - ROM´s dienten zur Vermittlung von Wissensinhalten. Ziel war es - neben Sprachwissen - ,auch den Umgang mit diesen modernen Medien zu lehren. Zusätzlich zur Physio- und Ergotherapie wurden noch Aktivitäten wie Schwimmen, Turnen, Eislaufen usw. angeboten.

Internationale Behindertenprobleme wurden bei diversen Besuchen mit deutschen, schweizerischen, kroatischen und japanischen Fachleuten und Sozialpolitikern im Behindertenzentrum diskutiert.

Das Referat für internationale Behindertenangelegenheiten organisierte gemeinsam mit dem Büro der Vorsitzenden der Gemeinderätlichen Behindertenkommission, Frau Landtagspräsidentin Prof. Erika Stubenvoll, eine Studienreise zur größten derzeit weltweit stattfindenden Konferenz für Behindertenfragen, nach Los Angeles, USA. Bei dieser Konferenz „Technology and Persons with Disabilitys" wurde das Behindertenzentrum einem internationalen Publikum vorgestellt.

Aufgrund einer Empfehlung der österreichischen Botschaft in Brasilien hat das Staatssekretariat von Parana (Brasilien) mit dem Behindertenzentrum Kontakt aufgenommen. Es kam zum Austausch von Erfahrungen bzw. wurde über die Möglichkeit einer Zusammenarbeit diskutiert.

Im Jahre 1998 wurde von der Fachstelle der Stadt Wien für barrierefreies, behinderten- und generationsgerechtes Planen, Bauen und Wohnen, die bisherigen Tätigkeiten, wie sie seit dem 1. Juli 1997 in der Geschäftseinteilung des Magistrates der Stadt Wien verankert sind, weitergeführt.

Darüber hinaus waren in diesem Jahr weitere Schwerpunkte der Tätigkeit:

- Teilnahme an einer Dienstreise als Experte der Wiener Gemeinderätlichen Behindertenkommission nach Los Angeles - Californien im März 1998 mit Teilnahme am Kongress „Technology and Person with Disabilitys".
- Mitarbeit als Experte im Beirat zur Erarbeitung eines Wiener Unfallverhütungsprogrammes für Senioren, die vom amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Gesundheits- und Spitalswesen, eingesetzt wurde.
- Mitwirkung im Rahmen des Internationalen Seniorentages (1. Oktober 1998) durch ein Bau- und Wohnungsberatungsangebot.
- Mitarbeit als Vertreter der Stadt Wien im Österreichischen Normungsinstitut.
  - insbesondere in den Fachnormenausschüssen FNUA 011f „Barrierefreies Planen und Bauen" (z.B. barrierefreie Schul- und Ausbildungsstätten) und FNA 196 „Technische Hilfen für behinderte Menschen", sowie in den Unterausschüssen und Arbeitsgruppen „Aufzüge", 196.01 „Pflege und Mobilitätshilfen", 196.6 „Blindenhilfsmittel" und SA 1004 „Handicap".
- Im Rahmen der MD - Verwaltungsakademie wurden Fachschulungen zu dem Themenkreis „Behindertengerechtes und barrierefreies Planen, Bauen und Wohnen" im Juni, November und Dezember 1998 zu nachstehenden Teilbereichen gehalten.
- Anforderung hinsichtlich der Stadtplanung
- Bereich öffentlicher Gebäude (Schulen, Kindertagesheime, Krankenhäuser, Seniorenheime, Kulturstätten, Amtsgebäude udgl.)

- öffentlicher Bereich und Freiflächen
- Der Fachreferent wurde als Experte im Jahre 1998 zu Vorträgen eingeladen:
  - Im Rahmen des 1. Wiener Internationalen Geriatriekongresses im Mai 1998 in Wien wurde ein Vortrag mit dem Inhalt „Generationsgerechtes Planen, Bauen und Wohnen - Anpassbarer Wohnbau" gehalten.
  - Im Rahmen des Projektes „Mehr Leben - Weniger Barrieren" der Wiener Stadtwerke - Wien Energie wurde im Zeitraum von April bis Juni 1998, im Wien Energie Haus eine Ausstellung zum Thema: „Planen, Bauen und Wohnen" als Experte mitbegleitet.
  - Anlässlich einer Mitarbeiterinformationsveranstaltung der Bundesdienststelle Arbeitsinspektorat für den 2. Aufsichtsbezirk wurde ein Vortrag „Barrierefreies Bauen" gehalten.
- Mitarbeit als Vertreter der Stadt Wien im Netzwerk der österreichischen Beratungsstelle für barrierefreies Planen und Bauen.
  - Erarbeiten von technischen Informationsblättern hinsichtlich Aufstiegshilfen.
- Mitwirkung im Rahmen der Initiative „Sicher gehen über 60"
  - Mitarbeit im Rahmen des Arbeitskreises „Wohnberatung" für Senioren
  - Infostand an einem Seniorennachmittag im 22. Bezirk (November 1998)
- Vorarbeiten (Vorstudie) zur Erstellung für ein technisches Handbuch „Barrierefreies Planen und Bauen".
- Weiterführung der Arbeiten zur Erstellung eines taktilen Leitsystems für sehbehinderte und blinde Menschen.
- Konsulententätigkeit hinsichtlich der von Architekten und Planern an die Fachstelle herangetragenen Planungen, wobei die Abstimmung der behindertengerechten Maßnahmen mit den Planern (Architekten) und Ausführenden sowie Vidierung der planlichen Unterlagen erfolgte.
- Konsulententätigkeit innerhalb des Magistrates hinsichtlich der Erstellung und Ausführung von behindertengerechten Maßnahmen im Planungs-, Ausführungs- und Finanzierungs- bzw. Förderungsbereich.
- Weiterführung der Prüfungstätigkeit im Rahmen der Eignungsfeststellung von Veranstaltungsstätten.
- Teilnahme als Mitglied in der Theaterkommission.
- Die in der Fachstelle eingerichtete Bau- und Wohnungsberatung wurde von 134 Betroffenen, Angehörigen oder Planern aufgesucht, wobei im Regelfall eine Betreuung von mindestens ein bis zwei Jahren pro Beratungsfall notwendig wird.
  Weiters wurden im Jahre 1998 von der Fachstelle der Stadt Wien 2.505 Geschäftsfälle betreut und bearbeitet.

Die Zuerkennung einer Mietbeihilfe erfolgt als Hilfe zur Sicherung des Lebensunterhaltes (Unterkunft) nach den Bestimmungen der §§ 8, 12 und 13 des Wiener Sozialhilfegesetzes, LGBl. für Wien Nr. 11/1973, i.d.g.F. Jedes Jahr muss ein Antrag auf Weitergewährung der Mietbeihilfe gestellt und die weitere Anspruchsberechtigung geprüft werden. Aufgrund von Änderungen des Mietzinses, des Einkommens, des Familienstandes usw. ist es sehr oft notwendig, innerhalb eines Jahres einen Akt mehrmals durchzurechnen und entsprechende Bescheide zu erlassen. Von den im Jahr 1998 eingebrachten 11.257 Anträgen wurden in 10.144 Fällen eine Beihilfe zuerkannt, weitergewährt oder neu bemessen. In 946 Fällen mussten Ansuchen - mangels Vorliegen der Anspruchsvoraussetzungen - abgewiesen oder der Bezug eingestellt werden. Mit 31. Dezember 1998 bezogen 6.556 Personen eine Mietbeihilfe für die ein Betrag von S 86,815.887,42 aufgewendet wurde. (Im Jahre 1998 waren es durchschnittlich 6.423 Personen).

Gleich bleibende Einkommensgrenzen für die Mietzinsbeihilfen des Bundes zogen eine weitere Erhöhung der Anzahl der MietbeihilfenbezieherInnen nach sich.

Die Opferfürsorge gehört zu den Agenden der mittelbaren Bundesverwaltung. Änderungen sind in gewissen Fällen durch richtungsweisende Verwaltungsgerichtshofentscheidungen bzw. bei der Berechnung der einkommensabhängigen Rentenleistungen durch Erlässe des Bundesministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales entstanden.

Durch Änderungen der ausländischen Pensionen und Anpassungsvorschriften, Lohnsteueränderung wurden Rentenleistungen teilweise abgeändert; daher mussten vom 1. Jänner 1998 bis 31. Dezember 1998 für Unterhaltsrenten- und Beihilfenbezieher 97 Rentenänderungsbescheide erlassen werden. Außerdem wurden 386 Rentenkontrollen bei einkommensabhängigen Leistungen durchgeführt.

Im Jahre 1998 wurden 138 Rentenanträge einschließlich 69 Neuzuerkennungen von Opferrenten und Verschlimmerungsanträgen (Anträge von Opferrentenbeziehern auf Erhöhung der Minderung der Erwerbsfähigkeit aufgrund eines verschlimmerten Gesundheitszustandes) eingebracht.

Es wurden 1998 172 Rentenanträge erledigt (einschließlich amtswegig gewährte Rentenleistungen).

Rentenänderungs- und Erledigungsbescheide wurden insgesamt 269 ausgestellt. Das ergibt zusammen mit den Rentenkontrollen 555 Rentenänderungen.

Die Bestimmungen des Bundespflegegeldgesetzes sind auch im Rahmen der Opferfürsorge anzuwenden. Im Zeitraum von 1. Jänner 1998 bis Jahresende wurden 27 Pflegegeldanträge erledigt.

Im Jahre 1998 wurden 29 Anträge auf Ausstellung einer Amtsbescheinigung und 31 Anträge auf Ausstellung eines Opferausweises sowie 28 Anträge auf Zuerkennung von Entschädigungen eingebracht, also insgesamt 88.

24 Amtsbescheinigungsanträge, 33 Opferausweisanträge und 24 Anträge auf Entschädigungen (insgesamt 81) wurden erledigt. Insgesamt gab es am 31. Dezember 1998 12.819 Amtsbescheinigungen und 18.613 Opferausweise.

Die laufenden Novellen zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz (ASVG), die sich auf die Ausstellung einer Bescheinigung gemäß § 506 ASVG beziehen bzw. Bescheinigungen für die Bundesversicherungsanstalt Berlin, beein-

flussen nach wie vor die Tätigkeit des Opferfürsorgereferates, da dadurch einem großen Teil des durch die NS-Behörden zu Schaden gekommenen Personenkreises die begünstigte Erweiterung von Ansprüchen und Anwartschaften bei der Stellung von Pensionsansprüchen möglich gemacht wurde. Das Opferfürsorgereferat hat die Aufgabe, die Ansprüche der in Wien und im Ausland lebenden Personen zu prüfen und die Ansprüche, falls die Voraussetzungen gegeben sind, zu bestätigen. Im Jahre 1998 wurden 76 Anträge bearbeitet.

Im Jahre 1998 wurden 117 Honorarnoten für Sachverständige überprüft und zur Auszahlung weitergeleitet.

Weiters wurden 21 Anträge auf Heilfürsorge bearbeitet und 40 Anträge auf Sterbegeld bescheidmäßig erledigt. Gemäß § 32 KOVG (Orthopädische Versorgung) wurde in 13 Fällen ein Zuschuss gewährt. Es wurden 211 Aushilfen zu je S 2.500,– insgesamt S 527.500,– angewiesen. Im Jahre 1998 sprachen 834 Personen vor. Die Zahl der Zwischenerledigungen betrug 4.769. Im Bereich der Rentenfürsorge wurden von der Abteilung 134 Erhebungen durchgeführt.

Die Anzahl der Pensionistenklubs betrug in der Periode Jänner bis April 186 und in der Periode Oktober bis Dezember 184. Von den 186 Pensionistenklubs waren insgesamt 49 länger in Betrieb (Mai 49, Juni 2, Juli und August je 1).

Die Pensionistenklubs 2, Kleine Sperlgasse 10 und 21, Kinzerplatz, wurde mit 30. April geschlossen.

Im September wurden 62 Pensionistenklubs früher in Betrieb genommen. Ab Oktober wurde der Pensionistenklub 5, Am Hundsturm 18, in das neue Klublokal 5, Margaretenstraße 108, verlegt. Die durchschnittliche tägliche Besucheranzahl in den 30 Pensionistenklubs des Kuratoriums Wiener Pensionistenwohnhäuser betrug in der Periode Jänner bis April 8.509 Personen (pro Klub rund 274) und von Oktober bis Dezember 8.277 Personen (pro Klub rund 273). In anderen Lokalen wurden 156 bzw. 154 Pensionistenklubs betrieben mit einem täglichen Durchschnitt in der Periode Jänner bis April von 4.294 Personen (pro Klub rund 28) und von Oktober bis Dezember 3.986 Personen (pro Klub rund 26). Die Pensionistenklubs waren wie im Vorjahr von Montag bis Freitag (außer an Feiertagen) in der Zeit von 13 bis 18 Uhr geöffnet. Wie im vergangenen Jahr wurden bunte Nachmittage seitens des „Sozialwerkes für österreichische Artisten" gestaltet sowie Vorträge über Verkehrserziehung abgehalten.

In einigen Pensionistenklubs wurden unter Anleitung einer Fachkraft oder Betreuerin Bastelgruppen geführt. Eine tägliche kostenlose Kaffeejause mit Mürbgebäck bzw. Mehlspeisen und zweimal im Monat ein Mittagessen wurden den BesucherInnen weiterhin geboten. Die Teilnahme am Mittagessen ist an die Entrichtung eines Kostenbeitrages gebunden. Das gesamte Klubpersonal wurde im Rahmen eines Einführungsvortrages vor Beginn der Klubperiode über die zu verrichtende Obliegenheiten informiert. Zusätzlich führten die MitarbeiterInnen des Referates für alle neuen Betreuerinnen Schulungsveranstaltungen durch. Diese Weiterbildung erfolgte in Form einer Seminarveranstaltung, in der vor allem die Problematik der Kommunikation mit alten Menschen dargelegt und Informationen über Soziale Dienste vermittelt wurden.

Sozialpass

Zur leichteren Inanspruchnahme der Sozialen Dienste wurde mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1980 der Sozialpass geschaffen. Jeder Wiener, der Leistungen des Sozialamtes in Anspruch nimmt, kann einen Sozialpass erhalten. Bis zum 31. Dezember 1998 wurden insgesamt 152.340 Sozialpässe, davon 86.250 Sozialpässe mit „P", die zur ermäßigten Benützung öffentlicher Verkehrsmittel berechtigen, ausgestellt. Außerdem wurde in 9.928 bereits ausgestellten Sozialpässen der Vermerk „P" nachgetragen.

Urlaubsaktion für SeniorInnen

Mit der Aktion „Urlaub in der Sommerfrische" bietet die Stadt Wien (Referat für Seniorenbetreuung) allen in Wien wohnenden SeniorInnen die Möglichkeit, zwischen April und Oktober einen kostengünstigen Urlaub in Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg oder der Steiermark zu verbringen.

InhaberInnen eines „Sozialpasses P", DauersozialhilfebezieherInnen sowie BesucherInnen der Pensionistenklubs der Stadt Wien können finanzielle Zuschüsse zu den Urlaubskosten erhalten. Diese richten sich nach dem Einkommen und der Dauer des Urlaubes.

Im Jahre 1998 haben rund 1.100 SeniorInnen die Zuschüsse seitens der Abteilung erhalten. Es wurden Zuschüsse in der Höhe von S 2,153.106,– geleistet.

Ausflugsaktion

1998 wurde für alle Wiener SeniorInnen die Teilnahme an der Ausflugsaktion zugänglich gemacht. Es wurden je Bezirk bzw. Klub vier Ausflüge zu 38 Orten in den Monaten Mai bis Oktober durchgeführt.

An allen Ausflügen für DauersozialhilfebezieherInnen, die keine KlubbesucherInnen sind, nahmen insgesamt 336 Personen teil. An allen Ausflügen der KlubbesucherInnen beteiligten sich insgesamt 14.808 Personen. Darüber hinaus wurden mit Pfleglingen der städtischen Pflegeheime Baumgarten, Liesing, St. Andrä, Geriatriezentrum am Wienerwald, des Pulmologischen Zentrums, Sozialmedizinischen Zentrums Ost, Pflege- und Therapiezentrums Ybbs sowie des Pflegezentrums Sophien-Spital Ausflüge durchgeführt. In der Zeit von Mai bis Oktober nahmen an diesen Ausflügen 962 Pfleglinge teil. Die TeilnehmerInnen der Berufseingliederungs- und Beschäftigungstherapiekurse nahmen an drei Ausflügen mit 126 Personen teil.

Fahrt ins Grüne

Die Aktion „Fahrt ins Grüne" wurde auch in diesem Jahr für alle älteren MitbürgerInnen der grünflächenarmen Bezirke 1, 3, 4, 5, 6, 7, 8 und 9 in den Monaten Juli und August von Montag bis Freitag (ausgenommen Feiertag) in der Zeit von 13.30 Uhr bis 18.00 Uhr mit folgenden Ausflugszielen durchgeführt: Altlengbach, Bad Vöslau, Dopplerhütte, Hintersdorf, Heiligenkreuz, Irenental, Klosterneuburg, Laxenburg, Mayerling, Niederkreuzstetten, Oberrohrbach, Schlosshof, Wienerhütte, Wöglerin, Wolfsgraben und Würnitz. An diesen Fahrten nahmen täglich rund 328 Personen, insgesamt 14.448 Personen, teil.

Gemeinsame Feier für UrlauberInnen und KlubbesucherInnen

Die gemeinsame Abschlussfeier für die Aktion „Urlaub in der Sommerfrische 1998" und die Eröffnungsfeier der Betriebsperiode 1998/99 für die Pensionistenklubs fanden im Oktober, November 1998 und Jänner 1999 in der Wiener Volksoper statt. Über Einladung des Herrn Bürgermeisters und der Frau Vizebürgermeisterin haben rund 5.250 Personen fünf verschiedene Vorstellungen besucht.

Kulturelle Betreuung

Im Rahmen der kulturellen Betreuung wurden am 21. Jänner zu „Holiday on Ice" rund 6.000 Personen in die Wiener Stadthalle eingeladen.

An der traditionellen Seniorenmesse des Wiener Handels „Senior Aktuell" hat das Sozialamt der Stadt Wien teilgenommen und in der Zeit vom 24. bis 28. März einen Informationsstand geführt.

An der 2. Wiener Herbst-Seniorenmesse am Messegelände wurde in der Zeit vom 19. bis 22. November ebenfalls ein Informationsstand geführt.

In das Wiener Volkstheater wurden an den Tagen 19., 21., 29. und 30. Oktober sowie 23. November zu „Mirandolina" je 868 PensionistenklubbesucherInnen eingeladen.

An den fünf Vorstellungen haben insgesamt 4.340 Personen teilgenommen.

Weihnachtspaketaktion

Im Rahmen der Weihnachtspaketaktion wurde an 3.581 Erwachsene (DauersozialhilfebezieherInnen, AlleinerzieherInnen sowie betreute Personen im Wohnheim Gänsbachergasse und in den beiden Tageszentren) und 696 Kinder je ein Paket verteilt.

Einsamenfeiern

Am 24. Dezember wurden in 12 Pensionistenklubs bzw. Festsälen für 679 Personen Einsamenfeiern abgehalten.

Mütterehrung für Dauersozialhilfebezieherinnen

Anlässlich des Muttertages wurden an 648 Mütter, die über 60 Jahre alt sind und eine Dauersozialhilfeleistung beziehen, je ein Golddukaten ausgegeben.

Die Abteilung verwaltet derzeit 44 Stiftungen. Im Zuge der Reorganisation der Stiftungsverwaltung wurden bisher 23 Stiftbriefe neu gefasst, die Umstellung der Veranlagung der Stiftungsvermögen auf mündelsichere Rentenfonds und deren Gebarung über Depositenkontos in Angriff genommen und die Zusammenfassung der verschiedenen Stiftungszwecke in sechs Zweckgruppen zur rascheren und effizienteren Zuwendung der Stiftungserträgnisse durchgeführt.

Aus dem Zinsertrag der von der Abteilung verwalteten Stiftungen wurden im Jahr 1998 S 5,836.335,99 verwendet, und zwar S 330.000,– für die MA 11, S 1,395.000,– für den Krankenanstaltenverbund, S 53.000,– für das Allgemeine Krankenhaus und S 4,058.335,99 für die eigene Abteilung.

Die Fachaufsicht führte in allen Sozialreferaten Aktenkontrollen durch. Die Ergebnisse dieser Aktenüberprüfungen wurden mit den SozialreferatsleiterInnen sowie MitarbeiterInnen besprochen und bei dieser Gelegenheit auch allfällige Entscheidungsfragen über den Anspruch von Sozialhilfeleistungen geklärt. Neben der fachlichen Prüfung ist die Fachaufsicht für die Personalbetreuung und Koordinierung zuständig. Das Fachwissen ist sehr umfangreich und die Einschulungszeit dementsprechend lang, deshalb sind neue MitarbeiterInnen anfangs nur beschränkt einsetzbar. Hinzu kommt, dass der Arbeitsdruck durch den oft starken Parteienandrang und die mitunter schwierige Persönlichkeitsstruktur mancher KlientInnen sehr groß ist.

Die Fachaufsicht hat schriftliche und mündliche Beschwerden von KlientInnen zu bearbeiten. Es wurden einerseits zahlreiche klärende Gespräche mit den Parteien geführt, andererseits die von den Klienten vorgetragenen Anliegen und Probleme mit den jeweils zuständigen ReferentInnen besprochen und Lösungsmöglichkeiten vorgeschlagen. Bei schriftlichen Beschwerden wurden Erhebungen durchgeführt, Berichte und Antwortschreiben verfasst.

Zur Wiedereingliederung von langzeitarbeitslosen Sozialhilfe- und NotstandshilfebezieherInnen des 6., 7., 8., 9., 12., 15., 16., 17. und 18. Bezirkes (Urban-Gebiet) wurde das Projekt COMEBACK des WAFF - Wiener ArbeitnehmerInnen-Förderungsfonds eingerichtet. COMEBACK bietet Kursmaßnahmen, Berufsweg, Ausbildungsplanung und Nachbetreuung bei Arbeitsantritt. Das Projekt läuft seit März 1997. Im Jahre 1998 wurden von den Sozialreferaten 54 SozialhilfeempfängerInnen und von den Außenstellen 6 Personen an COMEBACK verwiesen.

Ein weiteres Projekt zwischen dem WAFF und der Abteilung ist JOBCHANCE. Projektziel ist es, 240 langzeitarbeitslose SozialhilfempfängerInnen, die seitens des Sozialamtes Geldleistungen als Hilfe zur Sicherung des Lebensunterhaltes beziehen, im Zeitraum von August 1998 bis Ende Mai 2000 in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln. Eine erfolgreiche Vermittlung liegt u.a. dann vor, wenn das Arbeitsverhältnis mindestens 6 Monate besteht. Ausgangspunkt der konzeptionellen Arbeiten war die Orientierung an den erfolgreichen Vermittlungsmodellen der holländischen Vermittlungsagentur, Bureau Maatwerk. Das Team von JOBCHANCE, bestehend aus 1 Projektleiterin und 6 VermittlerInnen, absolvierte eine umfangreiche Einschulung durch Maatwerk-Trainer über die Methodik des Vermittlungsvorganges. Mit den SozialhilfeempfängerInnen werden Erstgespräche zum Vertrauensaufbau und Folgegespräche zum weiteren Informationsgewinn über Stärken, Möglichkeiten, Hindernisse und Motivationsgrad der Arbeit Suchenden geführt, mit dem Ziel einen Vermittlungsplan zu erstellen. JOBCHANCE sucht gezielt nach Arbeitsplätzen und betreut die Arbeit Suchenden in der Einstellungsphase.

Von den Sozialreferaten und Außenstellen wurden bis November 1998 insgesamt 987 Arbeit suchende SozialhilfebezieherInnen (Sozialreferat: 919, Außenstellen: 68 Personen) an JOBCHANCE gemeldet. Auf die Einladungsschreiben von JOBCHANCE sind zirka 70 Prozent der angeschriebenen Personen erschienen. Aus diesem Personenkreis werden letztendlich 240 SozialhilfeempfängerInnen an Firmen vermittelt. Die Fachaufsicht ist die Ansprechpartnerin zwischen JOBCHANCE und der Abteilung betreffend der von den Sozialreferaten gemeldeten SozialhilfebezieherInnen.

Weiters fällt in den Aufgabenbereich der Fachaufsicht die Überarbeitung und Änderung von Drucksorten der Sozialreferate. Auch für bauliche Angelegenheiten und Sicherheitsmaßnahmen in den Sozialreferaten ist die Fachaufsicht zuständig.

Im August 1996 wurde eine außerordentliche Unterstützung für in Wien wohnende StudienbeihilfenbezieherInnen für das Studienjahr 1996/97 beschlossen. Die Höhe der Unterstützung für das Studienjahr 1996/97 betrug einmalig S 2.000,–. Für Studienanfänger im Sommersemester 1997 waren einmalig S 1.000,– vorgesehen.

In allen Sozialreferaten wurden vom Finanzreferat und der Buchhaltungsabteilung 4 Kassenskontrierungen durchgeführt, wobei auch die Fachaufsicht in einigen Referaten mitwirkte.

Die Fachaufsicht nahm an regelmäßigen Delogierungsbesprechungen zur Verhinderung von Delogierungen aus Gemeindewohnungen teil, die mit Vertretern der MA 17 und der MA 11 abgehalten wurden. Die Fachaufsicht ist für die Akten der delogierungsgefährdeten Personen ohne minderjährige Kinder im Haushalt zuständig. Der 2. und 20. Bezirk, welche im Vorjahr von FAWOS betreut wurden, fielen 1998 wieder in den Zuständigkeitsbereich der Sozialreferate und der Fachaufsicht. Die Fälle des 3., 10., 21. und 22. Bezirkes wurden von den jeweiligen Sozialreferaten und im 10. Bezirk vom Referat Sozialarbeit mit Erwachsenen erledigt. Das Sozialreferat 3 bearbeitete 123, das Sozialreferat 21 194 und das Sozialreferat 22 148 Delogierungsfälle.

Von der Fachaufsicht wurden 1998 insgesamt 1.073 Fälle bearbeitet.

Die Abteilung arbeitet im Bereich der Behindertenhilfe, der allgemeinen Sozialhilfe und im Bereich Sozialarbeit mit Erwachsenen mit zahlreichen privaten Rechtsträgern zusammen, die für erbrachte Leistungen Kostensätze bzw. Zuschüsse und Kostenersätze aus dem Budget des Sozialamtes erhalten. In der Abteilung ist seit 1987 für die Kontrolle dieser privaten Rechtsträger ein Kontrollreferat eingerichtet (Stand 31. Dezember 1998 fünf Verwaltungsbedienstete, eine Kanzleikraft, eine Bedienstete aus dem MD-Past-Kontingent und ab 3. September 1998 ein Lehrling).

Folgende nachstehend angeführten Agenden fallen in den Zuständigkeitsbereich des Referates Kontrolle privater Organisationen.

- Überprüfung von Abrechnungen der Beschäftigungstherapie, Wohnunterbringung, geschützten Wohnplätzen und der Eingliederungshilfe aller privaten Träger, die diese Leistungen im Rahmen der Behindertenhilfe erbringen, auch von privaten Trägern der Bundesländer, soweit Anspruchsberechtigte nach dem Wiener Behindertengesetz dort betreut werden
- Überprüfung von Benzinkostenzuschuss betreffend Kilometergeld, Benzinkostenzuschuss und Taxirechnungen für Anspruchsberechtigte nach dem Wiener Behindertengesetz, sofern diese nicht in den Zuständigkeitsbereich des Fahrtendienstbüros des Referates Behindertenhilfe fallen
- Überprüfung von Abrechnungen im Rahmen der Frühförderung für Anspruchsberechtigte nach dem Wiener Behindertengesetz
- Überprüfung von Abrechnungen im Rahmen der Hilfe zur geschützten Arbeit für Anspruchsberechtigte nach dem Wiener Behindertengesetz
- Überprüfung von Abrechnungen der privaten Träger für Wohnplätze Bürger in Not
- Überprüfung von Abrechnungen im Rahmen der Notschlafstellen
- Überprüfung der widmungsgemäßen Verwendung der an die Caritas und das Evangelische Flüchtlingswerk geleisteten Geldmittel für die Betreuung von Fremden
- Überprüfung der widmungsgemäßen Verwendung der Personal- und Verwaltungskosten, die für das Büro der ARGE Wohnplätze für Bürger in Not aufgewendet worden sind
- Überprüfung der widmungsgemäßen Verwendung der an die Aidshilfe Wien geleisteten Geldmittel für die sozialarbeiterische Betreuung von HIV-infizierten Menschen verbunden mit psychologischer Beratung, Krisenintervention und Resozialisierung
- Überprüfung der widmungsgemäßen Verwendung der an Sanmbas-Arbeit geleistete Geldmittel für Beratung für

arbeitsuchende Wohnungslose
- Überprüfung der widmungsgemäßen Verwendung der geleisteten Geldmittel für die Fachstelle für Wohnungssicherung - FAWOS
- Überprüfung der widmungsgemäßen Verwendung der an die Caritas geleisteten Geldmittel für die von ihr geführten Obdachlosenheime
- Überprüfung der widmungsgemäßen Verwendung der Geldmittel, die an private Träger im Rahmen des betreuten Wohnens für Bürger in Not geleistet worden sind
- Überprüfung der widmungsgemäßen Verwendung der Geldmittel, die für den Betrieb von 2 Notschlafstellen geleistet worden sind
- Berechnung und Evidenzhaltung der möglichen Vorschüsse auf die laufenden Monatsabrechnungen und Kostensatzerhöhungen
- Erstellung der monatlichen Statistik der Betreuungsfälle, soweit die Kontrolle der Abrechnungen in den Zuständigkeitsbereich des Referates Kontrolle privater Organisationen fällt

Schwerpunkte der Prüfungen im Berichtsjahr waren:
* Leistungs-, Aufwands- und Ertragskontrolle, Prüfung nach dem Grundsatz der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit bzw. Berechnung der Kostendeckung durch Zahlungen des Sozialamtes
* Überprüfung von Kalkulationen und Berechnung der erforderlichen Kostensätze bzw. budgetär möglichen Kostensätze nach den Richtlinien der mit den privaten Rechtsträgern geschlossenen Verträgen und Übereinkommen, bzw. nach dem Wiener Behindertengesetz
* Erhebung signifikanter Zahlen hinsichtlich des Personal-, Sach- und Verwaltungsaufwandes, sowie die Erstellung von Kennzahlen um einen Vergleich zwischen privaten Rechtsträgern, die gleichartige Leistungen erbringen, zu ermöglichen
* Ausarbeitung einer Leistungsstatistik pro privaten Träger nach Budgetansätzen, wobei besonderes Augenmerk auf das Verhältnis der Zahlungen der Abteilung und der erbrachten Leistung (Fälle, Verrechnungstage) gelegt wurde.
* Zur einfacheren und rascheren Bearbeitung der laufenden Abrechnungen wurden Abrechnungsformulare für geschützte Arbeitsplätze, Fahrtkostenzuschüsse, Hauslehrer, Essensverrechnung usw. entwickelt und an die Anspruchsberechtigten versendet
* Für die insbesondere durch die Ausgliederung aus dem Psychiatrischen Krankenhaus verstärkt anfallenden Vor- und Anlaufkosten für die neu entstehenden Projekte wurden einheitliche Richtlinien zur Abrechnung festgelegt und entsprechende Abrechnungsformulare erstellt.

Im Bereich der Behindertenhilfe haben folgende private Träger 1998 die Zusammenarbeit mit der Stadt Wien begonnen, daher wurden für jeden Leistungsbereich entsprechende Kostensätze berechnet:
- Clara Fey Kinderdorf (vollbetreutes Wohnen für Jugendliche)
- KOMIT (vollbetreutes Wohnen und Beschäftigungstherapie)
- Schweizerhaus Hadersdorf
- (stationäre und semistationäre Drogentherapie)
- DIALOG (Drogenberatungsstelle)

Folgende private Träger haben ihre Zusammenarbeit mit der Stadt Wien erweitert, daher wurden auch für diese Leistungsbereiche entsprechende Kostensätze berechnet:
- WITAF: EU-Projekt „Arbeitsassistenz“
  Gehörlosendolmetsch
  Sozialarbeiterin
- Jugend am Werk: Pilotprojekt "Intensivbetreute GWP"
- Lebenshilfe Wien: Geschützte Wohnplätze
- Österreichische Gesellschaft für Arbeitsassistenz: Projekt "SOL.IN"

Die Ausarbeitung einheitlicher Kriterien für die Beibringung der notwendigen Unterlagen für die Bearbeitung der Ansuchen auf Erhöhung der Kostensätze bzw. Prüfungen wurde fortgeführt und ergänzt, um die Prüftätigkeit bzw. die Abstimmung mit den budgetären Mitteln effizienter gestalten zu können, die finanzielle Situation der Vereine überschaubarer zu machen und die Bearbeitung zeitgerechter durchführen zu können.

Im Jahr 1998 wurden insgesamt 88 verschiedene Kostensätze überprüft und berechnet sowie 116 Jahresabrechnungen und Kalkulationen auf die widmungsgemäße und zweckgebundene Verwendung der Kostensätze geprüft, wobei als Grundlage die zwischen den privaten Trägern und der Abteilung geschlossenen Verträge bzw. Vereinbarungen sowie die Bestimmungen des Wiener Behindertengesetzes dienten. Zusätzlich wurden 4.147 Abrechnungen im Bereich Behindertenhilfe und 151 Abrechnungen der Vereine Arge Bürger in Not kontrolliert, wobei besonderes Augenmerk auf schriftliche Bewilligungen und Kostensatzbestätigungen der diversen Landesregierungen gelegt wurde.

Das Referat Kontrolle privater Rechtsträger hat über die Prüfergebnisse dem Abteilungsleiter bzw. dem Dezernenten schriftlich berichtet und Vorschläge für Änderungen unterbreitet. Die Mitarbeiter des Kontrollreferates haben an Gesprächen und Verhandlungen mit Vertretern der privaten Rechtsträger teilgenommen sowie Anregungen, betref-

fend Veränderungen organisatorischer Belange innerhalb der privaten Rechtsträger erarbeitet bzw. berichtet sowie deren Durchführung kontrolliert. Die notwendigen Verwaltungsarbeiten (Abfassung von Berichten usw.) wurden ebenfalls vom Referat vorgenommen.

Im Jahre 1998 wurde die Entwicklung des Sozialkontos mit folgenden Schwerpunkten fortgesetzt:

DATENBANK und SERVERPROGRAMME

Alle Programme wurden hinsichtlich des bevorstehenden Jahrtausendwechsels verifiziert und sichergestellt, dass für das gesamte SOKO-Programmpaket keine offenen Erfordernisse für dieses Ereignis vorhanden sind.

Der Serverteil für die Servicierung der ONLINE-Auswertungen wurde erweitert, sodass nunmehr auch parametrierbare Auswertungen von allen SOKO-AnwenderInnen abgefragt werden können.

CLIENT-Versionen

Im Jahr 1998 wurde zuletzt die Version SOKO 6.0 zum Einsatz gebracht, welche neben weiteren Verfeinerungen der Verrechnungsprogramme zur MA 6 einen komplett überarbeiteten Anweisungssteuerungsdialog enthält.

SOKO-Dauerleistungen

Die Umsetzung der Dauerleistungen wurde bis zur Umsetzung des Verrechnungsteiles fortgesetzt, sodass die Fertigstellung im 1. Quartal 1998 mit der geplanten Ausbaustufe gesichert scheint.

SOKO-Pflegegeld

1998 war das erste Verrechnungsjahr, in welchem alle Pflegegeldanweisungen aus der Applikation „SOKO" erfolgten. Alle Anweisungen konnten problemlos an die MA 6 transferiert werden, wobei Zahlungen im Gesamtwert von rund 570 Millionen Schilling transferiert wurden. In einem abschließenden Abstimmungsgespräch mit der MA 6 wurden keine offenen Problembereiche mehr gefunden. Das Pflegegeldverrechnungsprogramm ist daher als abgeschlossen zu betrachten.

SOKO-Erweiterungen allgemein

Neben den bereits genannten Erweiterungen für „Dauerleistungen" wurden folgende Adaptierungen vorgenommen:

- Erfassungsteil für Betreuungsdaten der SozialarbeiterInnen des Referates „Sozialarbeit mit Erwachsenen".
- Einbau der Betragsausweisung in zwei Währungen (EURO und Schilling). Vorbereitung der Datenbanken für die Betragskonvertierung mit Rechnungsabschluss 2001.
- Auswertungen sind nun für alle SOKO-AnwenderInnen direkt ohne Programmwechsel abrufbar.
- Das Anfragensystem im Programm wurde geändert, nachdem alle Anfragen an die Wiener Gebietskrankenkasse durch ONLINE-Auskünfte beim Hauptverband der Sozialversicherungsträger abgedeckt werden können.

SOKO-STERBEDATEN-ABGLEICH

Der seit 1. Juli 1994 laufend durchgeführte Sterbedatenabgleich wird unverändert beibehalten.

Die SOKO-Daten werden täglich mit einem via IBM zur Verfügung gestellten Datenbestand mit den Daten von verstorbenen Personen aus dem Bereich Wien verglichen. Bei Übereinstimmung werden die Primär-SOKO-Daten automatisch aktualisiert. Danach werden weitere Abschlussarbeiten zu den EDV-Akten vom EDV-Referat durchgeführt. Die betroffenen Referate erhalten eine Information via IBS-Mail an ihren Referatsbereich zugestellt und können danach die weiter zu setzenden Schritte veranlassen. Vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1998 wurden 935 Übereinstimmungen von Personen gefunden und diese ausgegliedert.

SOKO-Handbücher

Zu den jeweils zum Einsatz kommenden Programmversionen der Applikation SOKO wurden die Handbücher „Sozialkonto Geldaushilfe", „Sozialkonto Kassa" und „Sozialkonto Vercodungen" aktualisiert, vervielfältigt und an die AnwenderInnen verteilt. Die Umstellung in das interne Informationssystem der Abteilung im Intranet wurde als Ersatz für VTX festgelegt.

SOKO-Tabellenwartung

Die Tabellenwartung (eine Rally-Anwendung) wurde einerseits an Neuerungen der Datenbank zu den jeweils aktuellen SOKO-Versionen angepasst. Die Tabellenwartung wird in immer weiterem Umfang für die Datenkorrekturen (Eingabefehler der AnwenderInnen) eingesetzt.

SOKO-Auswertungen

Alle Nutzer von „SOKO" haben die Möglichkeit, ihnen zugeordnete Auswertungen jederzeit selbst anzufordern. So wurde 1998 für alle Sozialreferate die Möglichkeit geschaffen, die Monats- und Jahresabschlussarbeiten über solche integrierte Auswertungen selbst durchzuführen. Derzeit sind rund 70 Auswertungen im Einsatz.

HARDWAREANFORDERUNGEN 1998

Die Bestellung der im Systemisierungsplan 1998 sachlich genehmigten und im Budget abgedeckten EDV-Geräte wurde unter Berücksichtigung der in der Zentrale parallel ablaufenden Vollverkabelung durchgeführt. Es wurden vermehrt Geräte getauscht, welche sich im Netzverbund als nicht mehr sicher verwendbar darstellen und Hard- und Softwaremäßig auf den letzten Stand gebracht.

SCHULUNGSVERWALTUNG

Auch 1998 erfolgten Schulungen von MA 12-MitarbeiterInnen durch das EDV-Referat. Insgesamt wurden 27 Veranstaltungen (8 x Grundschulung IBS, 3 x SOKO-Geldaushilfe, 14 x SOKO-Kassa und 2 SOKO-Pflegegeld Workshops) abgehalten. Geschult wurden 60 MitarbeiterInnen (38 in Grundschulung IBS, 5 in SOKO-Geldaushilfe, 12 in SOKO-Kassa und 5 im SOKO-Pflegegeld Workshop). Es mussten für alle stattfindenden Schulungsarten

vorhandene Kurs- und Schulungsunterlagen aktualisiert oder gegebenenfalls neu erstellt werden; bisher gewonnene Erfahrungen sind in den organisatorischen Schulungsablauf eingeflossen.

USERVERWALTUNG

Da auf der einen Seite die EDV-Umgebung in der Abteilung sich auch trotz eines mehrjährigen EDV-Betriebes noch im Aufbau befindet und regelmäßig wächst, auf der anderen Seite es sich um eine Abteilung mit relativ starker personeller Fluktuation handelt, ergibt sich mit 31. Dezember 1998 ein Stand von insgesamt 864 EDV-Berechtigungen (=EDV-Zugänge). Davon entfallen 109 auf LAN-User, 173 auf IBM-User, 20 auf UNIX-User und 562 auf VAX-User (=IBS). Von den VAX-Usern entfallen 162 Accounts auf die Springer und 27 werden als Aushilfszugänge verwendet. Der Systemadministration dienen 22 Accounts. Der Rest wird von MA 12-MitarbeiterInnen verwendet. Detailliert ergab sich für das Jahr 1998 das Erfordernis, 80 LAN-Useraccounts, 30 IBM-Useraccounts, 4 UNIX-Useraccounts und 101 IBS-Useraccounts (davon 18 für Springer) neu anzulegen. Gelöscht werden mussten 119 EDV-Accounts (15 IBM-, 11 LAN- und 93 IBS-Zugangsberechtigungen).

Dezentrale Userverwaltung:

Durch Auslagerung von Teilbereichen der ADV-Betriebsführung zur Dezentralen Userverwaltung wurde 1997 mehr Eigenverantwortlichkeit an die Abteilung übergeben. Diese Aufgaben wurden 1998 noch wesentlich erweitert und beinhalten nun einen Großteil der LAN-Useradministration, Anlage und Verwaltung von FILESERVICE-Zugriffen sowie die lokale Softwareinstallation bei Außenstellen der Abteilung. Die Abteilung verwaltet somit alle Accounts in der Dienststelle weitgehendst selbst.

SPRINGERVERWALTUNG

Neben der Gruppe der Norm-User kann aufgrund der Dezentralisierung von der Dienststelle aus durch das EDV-Referat auch eine spezielle Usergruppe, nämlich die der Springer, betreut und verwaltet werden. Für neu dazukommende SpringerInnen wurde eine erforderliche EDV-Umgebung eingerichtet (18 Berechtigungen), für ausgeschiedene SpringerInnen erfolgte eine Bereinigung (25 Berechtigungen). EDV-Auswertungen betreffend Springereinsätze werden monatlich dem Personalreferat zur Verfügung gestellt.

ZUORDNUNGEN

Begründet durch den sukzessiven Ausbau der EDV-Umgebung in der Abteilung steigt auch die Anzahl der von den EndanwenderInnen benötigten Applikationen. Entsprechend diesem Bedarf wurden 1998 verschiedene Applikationen wie Bereichswechsel, Textsortierung, SOKO usw., zugeordnet. In diesem Jahr wurden, obwohl die Hauptzahl der Zuordnungen 1994 erfolgte, bei weiteren IBS-AnwenderInnen die entsprechende Zuordnung mit Einschulung vor Ort ermöglicht. Auch die Erstellung von Handbüchern und Kurzanleitungen für die Zugriffe wurde durchgeführt. Durch die Umstellung von IBSplus auf IBSnext erfolgte eine Vereinfachung, da für vieles (TPX, Postbereich, Offene Nachrichten, Wiener Rechtsinformationssystem) keine Zuordnung mehr erfolgen musste. In Zahlen: Berechtigung von 162 und Löschung von 347 Zuordnungen.

BENUTZERANFRAGEN

Um die Entgegennahme und Bearbeitung von täglich einlangenden Störungsmeldungen ohne zu starker Behinderung des restlichen Tagesgeschehens zu ermöglichen, wurde der 1994 begonnene Telefondienst im EDV-Referat auch 1996 fortgesetzt. Die Besetzung der „Hot-Line" und auch eine Hilfestellung teilweise nach 15.30 Uhr ist dadurch gewährleistet. Damit konnte der Bedarf der telefonischen Hilfestellung für den Anwender abgedeckt, sowie - aufgrund dieser Regelung - das restliche Team des EDV-Referates durch diesen Journaldienst für die Weiterarbeit an verschiedensten Projekten freigehalten werden.

INTERNET, INTRANET

Durch die Telefonumstellung erforderlich gewordene Adaptierungsarbeiten wurden im MA 12-Beitrag von Wien-Online durchgeführt. Die Abteilung ist derzeit (Stand 1998) mit rund 70 Webseiten präsent. Ein elektronisches Informationssystem über das Medium Intranet für die Abteilung wurde von der Struktur konzipiert und wird nach Einlangen der entsprechenden Inhalte von den jeweiligen Referaten der Abteilung realisiert werden. Alle MitarbeiterInnen der Abteilung gleich ob Terminal- oder PC-BenutzerInnen haben uneingeschränkten Zugang zum Internet.

PROJEKTUNTERSTÜTZUNGEN

In einigen Besprechungen betreffend das Projekt „Elektronische Formulare - Rahmenschriftstücke" wurden weitere Vorbedingungen für den Einsatz in der Abteilung geschaffen. Ein weit gehender Einsatz bedingt allerdings eine durchgehend auf PCs basierende Infrastruktur, deren Schaffung für 1998 angestrebt wurde. Die Arbeitsumgebung zur Durchführung der außerordentlichen Unterstützung von sozial bedürftigen Studierenden wird bis auf Widerruf seitens des EDV-Referates sichergestellt.

EDV-VERWALTUNG

Im Jahre 1998 wurden in der Kanzlei und Einlaufstelle 7.766 Schriftstücke neu protokolliert. In 84.818 Fällen waren zu den eingelangten Geschäftsstücken bereits Vorakten vorhanden, wobei 8.964 Akten aus der Registratur zu beschaffen waren und dem Geschäftsstück angeschlossen wurden. Außerdem wurden 253.933 Schriftstücke expediert. 36.389 Akten wurden mit dem Vermerk „ad Acta" versehen, im Protokoll vermerkt und anschließend in der Registratur abgelegt.

In der Kasse der Abteilung erfolgten neben der Bestellung von Sonderdrucksorten, allgemeinen- und verrechenbaren Drucksorten 2.650 Auszahlungen im Rahmen des Zentral- bzw. des Bezirksbudgets. Aus dem Kanzleiverlag wur-

den 320 Auszahlungen kleineren Umfanges für Amtserfordernisse getätigt. Weiters werden auch Fahrscheinverläge geführt (Dienstfahrscheine, Sozialhilfefahrscheine sowie Fahrscheine für Flüchtlinge).

Bildung und außerschulische Jugendbetreuung

Die Magistratsabteilung 13 - Bildung und außerschulische Jugendbetreuung ist unter anderem für die Förderung von Einrichtungen der Erwachsenenbildung sowie von Jugendorganisationen zuständig. Darüber hinaus obliegt ihr die Führung des Landesjugendreferats, der Städtischen Büchereien, der Landesbildstelle Wien, der Musiklehranstalten (Konservatorium, Musikschulen, Kindersingschule) und der Modeschule der Stadt Wien.

Volksbildung

Im Berichtszeitraum wurden im Bereich Volksbildung insgesamt 51 Subventionsfälle positiv behandelt.

Einschließlich des Alternativsektors erhielten Vereine, Gruppen und Institutionen Mittel im Ausmaß von rund S 275,000.000. Größter Subventionsempfänger war wie in den vergangenen Jahren wieder der Verband Wiener Volksbildung, die Dachorganisation der Wiener Volkshochschulen, dem eine Betriebssubvention in der Höhe von S 235,060.000 gewährt wurde.

Die Wiener Volkshochschulen arbeiten seit den Anfängen vor mehr als hundert Jahren auf Vereinsbasis. Sie gehören dem Verband Wiener Volksbildung, selbst ein Verein, als Mitglieder an. Ihre Bildungsprogramme erstrecken sich grundsätzlich über alle Wissensgebiete, beinhalten aber auch die Erlernung und Förderung künstlerischer und handwerklicher Fertigkeiten.

Das vielfältige Angebot, das auch über Österreichs Grenzen hinaus Anerkennung findet, wird durch Sondereinrichtungen ergänzt. Dazu zählen das Planetarium, die Urania - und seit einigen Jahren die der Volkshochschule Ottakring als Zweigstelle angeschlossene Kuffner-Sternwarte, die Kleine Galerie der Gesellschaft für Kunst und Volksbildung sowie die Künstlerische Volkshochschule.

Ein spezielles Bildungsangebot für Behinderte wird weiterhin von der aus dem ehemaligen Bildungszentrum Aktiv durch Vereinigung mit einer Zweigstelle der Volkshochschule Ottakring hervorgegangene Volkshochschule Rudolfsheim-Fünfhaus angeboten, die darüber hinaus auch ein vollwertiges Volkshochschulprogramm präsentiert.

Insgesamt umfasst der Verband derzeit 18 Mitgliedsvereine und einige kooptierte Einrichtungen.

Im Studienjahr 1997/98 gab es 15.301 Kurse, die von 149.521 HörerInnen (einschließlich Gastkarten) besucht wurden. In 5.290 Veranstaltungen wurden 477.391 BesucherInnen gezählt. Etwa 615.000 TeilnehmerInnen kamen zu über 18.100 Veranstaltungen hausfremder Mieter in den Häusern der Begegnung.

Darüber hinaus führt der Verband Wiener Volksbildung die von der Stadt Wien errichteten und der Wiener Volksbildung zur Verfügung gestellten Volksbildungsbauten - Volkshochschulen, Volksheime und Häuser der Begegnung; er verfügt damit über eine Raumkapazität, die auch im europäischen Vergleich beachtlich ist.

Zur Nutzung synergetischer Effekte sind in den Häusern der Begegnung und - soweit es die räumliche Situation zulässt - in den Volksheimen im Allgemeinen neben den Volkshochschulen bzw. ihren Zweigstellen auch andere Bildungseinrichtungen wie Städtische Büchereien oder Musikschulen untergebracht.

Gemäß ihrer Bestimmung als Bildungs-, Kultur- und Veranstaltungszentren stehen viele der Räumlichkeiten in den Häusern der Begegnung und Volksheimen stunden- und tageweise auch Vereinen, politischen Parteien, Konfessionsgemeinschaften, Firmen usw. zur Verfügung.

Um ihn in die Lage zu setzen, die geschaffenen Werte für die Zukunft erhalten zu können, wurden dem Verband Wiener Volksbildung im Rahmen eines bereits jahrelang laufenden Sanierungsprogramms Förderungsmittel in der Höhe von S 14,000.000 zur Instandhaltung dieser Bauten bzw. zur Behebung aufgetretener Schäden zur Verfügung gestellt.

Die Volkshochschulzweigstelle Eibengasse in Wien 22 konnte im Herbst 1998 ihrer Bestimmung übergeben werden.

Für die Aktivitäten des Jüdischen Instituts für Erwachsenenbildung im Bereich der Wiener Volkshochschulen erhielt der Verband Wiener Volksbildung weiters eine Subvention in der Höhe von S 150.000.

Der Sektor der konfessionellen Erwachsenenbildung, darunter das Katholische Bildungswerk der Erzdiözese Wien, wurde mit insgesamt S 495.000 gefördert.

Entsprechend ihrer Aufgabenstellung unterstützten die Vereine der Freunde der Musiklehranstalten der Stadt Wien und der Freunde der Wiener Städtischen Büchereien sowie der Verein zur Förderung der Modeschule der Stadt Wien wieder erfolgreich die Arbeit der Institutionen. Im Volksbildungsbereich standen ihnen dafür Förderungsmittel in der Höhe von S 2,218.000 zur Verfügung.

Das Wiener Volksliedwerk erhielt eine Förderung im Ausmaß von S 1,200.000. Durch die vor einigen Jahren erfolgte Unterbringung des Wiener Volksliedwerks sowie des Österreichischen und des Niederösterreichischen Volksliedwerks im „Bockkeller", einem von der Stadt Wien angekauften und adaptierten Objekt in 16, Gallitzinstraße 1, konnte die sowohl aus inhaltlichen als auch aus organisatorischen Gründen sinnvolle Einheit der wertvollen Archivbestände erhalten werden. Der Aufbau des „Wiener Musik Archivs" wurde zügig fortgesetzt.

Gefördert wurde unter anderem auch die vor rund 30 Jahren durch Prof. Gerda Matejka-Felden gegründete Wiener Kunstschule mit S 3.000.000, eine Privatschule mit Öffentlichkeitsrecht, die in enger Verbindung mit der Künstlerischen Volkshochschule tätig ist.

Der Verein „Kinderhaus Hofmühlgasse", die Dachorganisation der im Objekt in 6, Hofmühlgasse 2, untergebrachten Kinder- und Alternativschulgruppen, erhielt eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von S 1,327.000.

Dem Haus des Meeres wurde eine Subvention im Ausmaß von S 1,200.000 für die Ausgestaltung seiner Räumlichkeiten im ehemaligen Flakturm im Esterhazypark gewährt.

Durch Beantragung von ausdrücklich auf die Interessen und Ansprüche bestimmter Zielgruppen Bedacht nehmenden Förderungen sowie durch Hilfestellungen mannigfaltigster Art hat das Referat für Bildungsprojekte der Abteilung auch 1998 wieder zahlreichen Wiener Volksbildungseinrichtungen die Möglichkeit eröffnet, innovative Vorhaben durchzuführen, die im Idealfall grundlegende Umgestaltungen bestimmter Programmangebote nach sich ziehen.

Schwerpunkt der subventionierten Projektarbeit an den Volkshochschulen war z.B. das Thema „Gesundheitsbildung" und dabei insbesondere die exakte Klassifizierung des einschlägigen Angebots bzw. die Erstellung eines Handbuchs mit Empfehlungen zur zukünftigen Gestaltung dieses Bereichs, was die Auswahl von KursleiterInnen, die Festlegung der Inhalte usw. anbelangt.

Um zu gewährleisten, dass InteressentInnen zwar aus einer breiten Wissenspalette auswählen können, es aber keine Plattform für die Verbreitung zweifelhafter Inhalte und/oder Praktiken gibt, wurde ein spezieller Beirat eingerichtet, der neue Lehrvorträge auf ihre Vertretbarkeit hin überprüft.

Im eben dargelegten Sinn als vorbildlich bezeichnen ließ sich etwa die als so genannte „Wirbel-Disco" im Herbstsemester 1998 abgehaltene Gesundheitserziehung der Volkshochschule Favoriten für Kinder und Jugendliche. Die drei geplanten Kurse mussten aufgrund des großen Erfolgs um zwei weitere aufgestockt werden, da die Nachfrage nach dieser den kreativen Tanz mit Rückenschulung und Information vereinenden Aktivität derart stark war.

Kulturelle Bildung nahm im abgelaufenen Jahr ebenfalls einen wichtigen Platz ein. So fand z.B. im Rahmen des Projekts „Orpheus Trust" in der Urania die Konzertreihe „Hommage an ..." mit dem Ziel statt, Werke entweder zu Unrecht vergessener oder zur Emigration gezwungener Komponisten, die vor ihrer Vertreibung auch volksbildnerisch tätig waren, zur Aufführung zu bringen. Präsentiert wurden die Tonsetzer Hans Gál, Ernst Toch und Erwin Weiss.

Das Publikum hatte einerseits Gelegenheit, kaum bekannte Musikstücke zu entdecken, und konnte andererseits mit den Vertriebenen selbst bzw. mit überlebenden Angehörigen diskutieren. Teile der Serie wurden vom ORF aufgenommen und - unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Konzerte im Volksbildungshaus Wiener Urania - zeitversetzt in Sendereihen über die Musik der österreichischen Arbeiterbewegung ausgestrahlt.

Mit dem Projekt „Bildungsauftrag Kunst" sollten demgegenüber die verschiedenen Kunst- und Kreativitätsbegriffe, die den vielfältigen Kursen an den Volkshochschulen zu Grunde liegen, herausgearbeitet und Vorschläge für ihre Unterscheidung sowie für den Einsatz zeitgemäßer Methoden und Inhalte gemacht werden. Zu dem Zweck wurde eine Analyse abgefasst, die die angebotenen Lehrgänge genau durchleuchtete und die Haltung der Programmverantwortlichen (einschließlich etwaiger Probleme und Lösungsansätze bei der Kursplanung, aber auch bei der wünschenswerten Weiterbildung) offen legte.

In der Wiener Urania gab es 1998 neuerlich einen „Musiktheaterworkshop", der von den TeilnehmerInnen insofern für einen professionellen Einstieg in die Welt der Operette und des Musicals genutzt werden konnte, als er sich als Vorbereitungskurs für die Aufnahmsprüfung an der Musikuniversität eignete. Nicht ganz so ambitionierte Laien erhielten eine immer noch auf durchaus beachtenswertem Niveau stehende fundierte Unterweisung.

Die Gesellschaft für Kunst und Volksbildung hat über lange Jahre hinweg bewiesen, dass sich der Anspruch, bildender Kunst einen Platz in öffentlichen Räumen außerhalb von Museen zu geben, erfolgreich verwirklichen lässt. Im Berichtsjahr wurden an verschiedenen Veranstaltungsorten vor allem Druckgrafiken zu speziellen Themen wie Religionsstreit, Satire u.a.m. präsentiert und damit auch deren wechselnde Rollen in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen beleuchtet.

Im Rahmen der so genannten „Urania Menschenbühne" ging es in erster Linie darum, Theater als unkonventionelle Form des Fremdsprachenunterrichts zu erproben. Die Intention dieses interkulturellen Theaterprojekts bestand darin, neue Wege der künstlerischen Integration aufzuzeigen. So wurden etwa zukunftsweisende pädagogische Modelle in Form einer künstlerisch-kreativen Auseinandersetzung mit Fremdsprachen erschlossen. Dabei erwies sich insbesondere auch kulturelle Basisarbeit, die ja zu den Prämissen der Volksbildung zählt, als ebenso fruchtbar wie notwendig. Sichtbarer Ausdruck der Bemühungen waren die Aufführungen „Wie man eine Spitzmaus zähmt" im Mai und im Juni 1998 in der Wiener Urania.

In etlichen Volkshochschulen werden schon über viele Jahre hinweg spezifische Bildungsprogramme für jene Bevölkerungsgruppen durchgeführt, die unter den üblichen organisatorischen und inhaltlichen Voraussetzungen am Bildungsgeschehen nicht oder nur in geringem Ausmaß teilnehmen könnten. Dass etwa behinderte Menschen im Allgemeinen kaum als potentielle TeilnehmerInnen an der allgemeinen Erwachsenenbildung eingestuft werden, hat die Volkshochschule Meidling veranlasst, ein Projekt „Erwachsenenbildung für geistig Behinderte" zu initiieren. Wichtig bei dem Ansatz war, dass sie sich als Gesamtpersönlichkeiten angesprochen fühlen durften und der Lehrgang sowohl emotionale wie kreative Elemente mit berücksichtigte.

Schon seit 1987 gibt es das Projekt „Kunst und Kreativität". Es läuft mit dem Ziel, kulturelle Angebote für Insassen des Psychiatrischen Krankenhauses auf der Baumgartner Höhe zu schaffen. Diesem Personenkreis, der nicht oder

nur eingeschränkt in der Lage ist, entsprechende Aktivitäten außerhalb der Anstalt wahrzunehmen, soll durch das Projekt Zugang zur Welt der Kunst und Kreativität ermöglicht werden. Die Themenpalette umfasst dabei Anregungen zu Bewegung, Tanz, Musik und bildender Kunst. Ebenfalls nicht als stark umworbene Zielgruppe der Erwachsenenbildung gelten in der Regel ältere Personen, die dem konsumorientierten Leitbild des lebensfrohen, ausgabefreudigen, kreativen Seniors nicht mehr gerecht werden.

Eines der ersten Projekte, dem eine sinnvolle Verknüpfung zwischen bildungspolitischem Anspruch und der Verhinderung von Vereinsamungsprozessen bei alternden Menschen gelang, war deshalb die Quizserie „Wer weiß, gewinnt" mit Günter Tolar und dem musikalischen Leiter Prof. Leopold Großmann. Diese Veranstaltungsreihe bietet von ihrem Selbstverständnis her Bildung, Begegnung sowie Unterhaltung und dient somit der Aktivierung von geistigen Ressourcen.

Ein wichtiges Motiv für die Teilnahme der jährlich weit über 100 KandidatInnen am Bildungsquiz liegt sicherlich im Testen des eigenen Wissensstandes; Freude an nutzbringender Betätigung und das Knüpfen sozialer Kontakte sind aber ebenfalls Garanten für ein aktives Leben, und indem man konsequent auch darauf Rücksicht nimmt, erhalten mitwirkende „Junggebliebene" die Chance, vom Prozess des Alterns relativ unabhängig geistig agil bleiben zu können.

Den Höhepunkt im Veranstaltungsjahr 1998 stellte wieder einmal die gutbesuchte Abschlussveranstaltung im Großen Festsaal des Wiener Rathauses dar, bei der in Anwesenheit zahlreicher Prominenz aus Politik, Wirtschaft und Kultur das Siegerteam ermittelt wurde.

Gleichfalls an ältere Menschen richteten sich die im Berichtszeitraum neuerlich durchgeführten beiden Projekte „Bild des Monats" und „Bildungsarbeit in Häusern für Pensionisten", die vor allem durch ihre künstlerische Ausformung versuchen, die Freude am kulturellen Schaffen, aber auch am Rezipieren von Kunst bis ins hohe Alter aufrechtzuerhalten.

Ein völlig anders gelagertes Vorhaben der Volkshochschule Hietzing („Leben mit dem Sterben") hat dagegen versucht, für das in unserer Gesellschaft sehr tabuisierte Thema „Tod" zu sensibilisieren, und Betroffenen die Möglichkeit geboten, Hilfe und Unterstützung zu bekommen.

Unter den von der Stadt Wien erneut geförderten Maßnahmen war 1998 zudem der „Zweite Bildungsweg" zu finden, der folgende Bereiche umfasst:

Vorbereitungslehrgänge zur Studienberechtigungsprüfung

- Hauptschulabschluss
- Matura
- B-Matura
- Berufsreifeprüfung
- Alphabetisierung

Die Volkshochschulen bieten damit ein breites Feld an Nachholmöglichkeiten von schulischen Abschlüssen für Interessierte an. Sie bemühen sich aber auch, den oft sehr unterschiedlichen zeitlichen Bedürfnissen der TeilnehmerInnen entgegenzukommen. So werden unter anderem Vormittags-, Abend- und Wochenendkurse, Fernlehrgänge sowie autonome Lernphasen mit Tutorials abgehalten. Zusätzlich gibt es immer wieder Kurzlehrgänge, bei denen das richtige Lernen gelernt werden kann.

Auf dem Gebiet der neuen Technologien und ihres Einsatzes im gesamten Zweiten Bildungsweg wurde im Berichtsjahr ebenfalls konsequent weitergearbeitet, um die Kommunikation zwischen den KursleiterInnen zu erleichtern und den InteressentInnen neue Möglichkeiten des Lernens zu eröffnen.

Das von der Volkshochschule Floridsdorf ausgearbeitete Bildungsangebot „Alphabetisierung/Basisbildung" - es gehörte 1998 wieder zu den finanziell unterstützten Vorhaben - erfüllt als erste Stufe im Gesamtkonzept der Schulabschlüsse im Zweiten Bildungsweg insofern eine wesentliche Aufgabe, als in seinem Rahmen jene elementaren Kenntnisse vermittelt werden, die sowohl für das Bestehen im Alltag wie für die berufliche Anpassung von Bedeutung sind.

Infolge ihrer Offenheit dienen die Lehrgänge TeilnehmerInnen vielfach als Orientierung bei gewünschten Veränderungen. So entscheiden sich manche wegen des Kurses z.B. für eine Weiterqualifizierung (Hauptschulabschluss, berufsbezogene Lehrgänge). Angeboten wurden allgemeine Kurse (Lesen und Schreiben) sowie Rechenkurse. Daneben konnten diesbezüglich aufgeschlossene TeilnehmerInnen auch den Umgang mit neuen Medien erlernen (durch den Einsatz verschiedener Softwareprogramme usw.).

Die Versorgung von Lernenden mit zeitgemäßer Software war 1998 sogar ein eigenes Projekt. Dabei wurden die nachstehenden Schritte durchgeführt: Entwurf der Grundstruktur eines Web-Angebots zu „mathe online"; Erstellung interaktiver Lernhilfen; Erstellung einer umfangreichen kommentierten Liste von Internet-Angeboten, die für Mathematik-Kurse relevant sind; Erstellung einiger Web-Seiten zu den stofflichen Hintergründen (in Ergänzung dazu wurde ein Lexikon mathematischer Begriffe angelegt).

Seit September 1998 gibt es an der Volkshochschule Wien-Nordwest die Möglichkeit, „Wienerisch im Internet" zu erlernen. Unter der Adresse „www.vhs.at/wienerisch" werden Interessierte stilgerecht von einer typischen Hausmeisterin („Fini Swoboda") begrüßt.

Die verschiedenen - fiktiven - Freunde und HausbewohnerInnen, mit denen Wienerisch gelernt werden kann, setzen sich zusammen aus Andreas „Andy" Naplawa, bei den Wiener Linien beschäftigt und Hobbyfußballer, mit seiner Familie, der Hofratswitwe Dorothea Dietz-Cramer - im Mittelpunkt ihres Lebens steht ein Pudel - sowie einigen

StudentInnen. Im Haus wohnt auch Prof. Stefan Horvath, ein Sprachwissenschaftler und Germanist, der gern weiterhilft.

Zahlreiche Wissbegierige aus Österreich, der Schweiz, Deutschland, Frankreich und Schweden haben sich in der Zwischenzeit bereits in das Programm eingewählt.

Mit dem Vorhaben „Wege der integrativen Medieneinführung" in der Volkshochschule Hietzing sollte ein möglichst großer InteressentInnenkreis für die Nutzung des öffentlichen Zugangs zu neuen Telekom-Technologien angesprochen werden. Um dies zu erreichen, wurden mit KursleiterInnen aus verschiedenen Bereichen Strategien der Medieneinführung sowie das Fachgebiet betreffende Wünsche bzw. Anregungen erhoben und im Anschluss daran Vorschläge erarbeitet, wie eine breite Nutzung zu gewährleisten wäre.

Im Rahmen des Projekts „Vermittlung von Rollenbildern im Sprachunterricht" der Volkshochschulen Simmering, Donaustadt und Brigittenau wurden im Berichtszeitraum die aus dem Jahr 1997 stammenden Materialien analysiert und für den Einsatz im Unterricht aufbereitet. Die Ergebnisse dieser Tätigkeit stehen allen Vortragenden und pädagogischen MitarbeiterInnen in Form eines Handbuchs zur Verfügung.

Bei der Tagung „Fremdsprachenunterricht zwischen Zeitgeist und Wissenschaft" an der Volkshochschule Brigittenau hatten VertreterInnen der verschiedensten einschlägigen Fachrichtungen die Möglichkeit, mit PraktikerInnen zu diskutieren; dabei wurden Pilotversuche und neue Unterrichtsmodelle angeregt.

Den aus Mitteln der Stadt Wien dotierten und vom Verband Wiener Volksbildung ausgeschriebenen Hans-Czermak-Preis für gewaltlose Erziehung erhielten 1998 folgende Personen bzw. Personengruppen:

- Stefan Vittori für das „Sozial Pädagogische Musikprojekt SPMP". Mit diesem Vorhaben wird seit Jahren erfolgreich versucht, Heimkindern und Jugendlichen eine sinnvolle Freizeitgestaltung zu bieten sowie Integration über Musik und die Bildung von Musikgruppen zu erleichtern.
- Rudi Palla für das Buch „Die Kunst, Kinder zu kneten". Rudi Palla versteht es einerseits, das Thema der Erziehung bzw. die Geschichte der Erziehungsstile ebenso interessant wie lehrreich zu präsentieren, und zeigt dabei andererseits stets auch verschiedene Irrwege auf.
- Bundesrealgymnasium IX für das Projekt „Ausstellung Wi(e)der Gewalt". Die siebenten Klassen des BRG 9, Glasergasse 25, führten im Geschichtsunterricht ein dreijähriges Projekt gegen die Verherrlichung von Gewalt durch. Es thematisiert in mehreren Stufen die bildliche Darstellung von Gewalt im öffentlichen Raum.

Der „Generali-Sonderpreis" wurde an Pater Georg Sporschill für seine Arbeit mit Straßenkindern in Rumänien vergeben. Judith Bittermann und Georg Flor errangen einen undotierten Anerkennungspreis für die grafische Gestaltung von fünf Plakaten zu dem Thema „Kinder denken anders". Die festliche Preisverleihung durch Frau Vizebürgermeisterin Laska im Großen Sendesaal des RadioKulturhauses gestaltete sich zu einem beeindruckenden Ereignis.

Vom 15. bis zum 17. Jänner 1998 fand in der Wiener Urania ein Symposium über den Denker und Schriftsteller Arthur Koestler statt. Behandelt wurden seine politische Haltung, die ihn zum Außenseiter machte, seine Kritik an jeglichem politischen und theoretischen Totalitarismus sowie seine Thesen über die Arbeitswelt, aber auch die mit seiner Frau Cynthia entwickelten parapsychologischen Theorien, mit denen er auf viele provozierend wirkte. Zu den ReferentInnen gehörten unter anderem der Philosoph Michael Benedikt, der Germanist Jürgen Egyptien, der Historiker Barabas Laszlo und der Soziologe Silvio Lehmann.

Im Rahmen des Projekts „Neubesiedelung/Familienförderung" der Volkshochschule Simmering wurde überwiegend jungen Familien, karenzierten Frauen und Männern, AlleinerzieherInnen sowie WiedereinsteigerInnen die Möglichkeit gegeben, sich entsprechend weiterzubilden. Im Vordergrund standen Maßnahmen zur Persönlichkeits- und Familienbildung, Angebote zur hinkünftigen Wohnsituation und berufsorientierte Angebote im weitesten Sinn.

„Neue Formen politischer Bildung" versuchten die Volkshochschulen Brigittenau und Favoriten mit dem Einsatz des so genannten „Single Konzept Film" umzusetzen. Dabei wechseln Filmteile (die weniger kommentieren als ergänzen) mit verbalen Vortragsteilen ab. Für die unterschiedlichen Filmblöcke wird dadurch ein einheitlicher sprachlicher Rahmen geschaffen. Die präsentierten Themen lauteten: „Leugnung der Kriegsschuld", „Der österreichische Widerstand" sowie „Wagnerkult und Wagnerrezeption".

Die in diesem Zusammenhang hergestellten Filmsequenzen befinden sich im Eigentum des Verbandes Wiener Volksbildung. Es ist geplant, mit Hilfe einiger ReferentInnen einen Pool aufzubauen, bei dem schon erarbeitete Vorträge plus Filme für Veranstaltungen zur politischen Bildung angefordert werden können.

Mit dem Projekt „K3 - Kunst Kultur Kommunikation" wurde den BewohnerInnen am Stadtrand ein kulturelles bzw. künstlerisches Basisangebot zur Verfügung gestellt, und im Zuge der Fortführung der Initiative „Treffpunkt Leberberg, Ein Stadtteil macht Zeitung" konnte die Kommunikation in diesem Gebiet noch weiter verbessert werden.

Im November 1998 veranstaltete das Jüdische Institut für Erwachsenenbildung mit besonderer Unterstützung durch die Stadt Wien/MA 13 ein Symposium „Jüdisches Leben, jüdische Gemeinden im heutigen Europa". Dabei veranschaulichten ReferentInnen aus ganz Europa, unter welchen Bedingungen Juden in verschiedenen Ländern Ost- und Westeuropas leben, und steuerten somit wertvolle Erkenntnisse zu einer Bestandsaufnahme der einschlägigen kulturellen, politischen und religiösen Einrichtungen bei.

Demgegenüber beschäftigte sich ein Symposium an der Volkshochschule Favoriten mit der Thematik „Globalisierung, Wirtschaftskriege, ihre politische Folgen und mögliche Konfliktlösungsstrategien". Im Mittelpunkt standen Probleme wie soziale Verantwortung, Massenarmut, Menschenrechte, demokratische Werte u.dgl.m.

Und im Rahmen des Projekts „Studienzirkel Allgemeinbildung" der Volkshochschule Meidling wurden Pilotveranstaltungen zur Allgemeinbildung getestet bzw. evaluiert; dabei waren, wie von der Europäischen Kommission und

der UNESCO empfohlen, auch Universitäten miteinbezogen.

Geförderte Veranstaltungen wie die beschriebenen sprechen erfahrungsgemäß InteressentInnen weit über den unmittelbaren Einzugsbereich einzelner Volkshochschulen hinaus an und stoßen oft auf ansehnliche Resonanz in den Medien. Die dem Verband Wiener Volksbildung für ihre Realisierung im Jahr 1998 auf Antrag der Abteilung gewährte Subvention in der Höhe von insgesamt 2,1 Millionen Schilling - nur rund ein Fünftel der veranschlagten Gesamt-Projektkosten! - stellt mithin einen überaus effizienten Beitrag zur Attraktivierung sowie zur Steigerung des Bekanntheitsgrades der Wiener Volkshochschulen dar.

Ergänzt wurden die angeführten Projekte noch durch Vorhaben einschlägig tätiger Institutionen, die mit entsprechender Unterstützung seit Jahren wesentliche Aufgaben im Bereich von Bildung und außerschulischer Jugendbetreuung wahrnehmen.

Hier können etwa

- der vom Burgenländisch-Kroatischen Kulturverein in Wien gestaltete Elementarunterricht in der burgenländisch-kroatischen Muttersprache für Schul- und Vorschulkinder in Wien lebender burgenländischer Kroaten (Förderung: S 30.000),
- einschlägige Bildungsangebote der Evangelischen Bildungswerke A.B. (Förderung: S 25.000) und H.B. (Förderung: S 10.000) Wien,
- der Betrieb des Franz-Schubert-Konservatoriums für Musik und darstellende Kunst (Förderung: S 600.000), des Konservatoriums für Musik und Dramatische Kunst (Förderung für den Ankauf von Instrumenten und technischen Geräten: S 78.000), des im Berichtsjahr neugegründeten Gustav-Mahler-Konservatoriums für Musik und darstellende Kunst (Förderung: S 89.000) sowie der Ersten privaten Musikschule Hietzing (Förderung: S 650.000),
- „Mütterseminare" und eine damit verbundene Festveranstaltung des Katholischen Familienwerkes der Erzdiözese Wien (Förderung: S 60.000),
- die Hörbücherei des Österreichischen Blindenverbandes (Förderung: S 683.000),
- die Aktivitäten der ARGE Esperanto (Förderung: S 15.000),
- Lehrgänge zur Ausbildung in Stenografie und Maschinschreiben bzw. Tastschreiben auf Computern (Förderung: S 100.000),
- Italienischkurse der „Società Dante Alighieri/Wien" (Förderung: S 25.000),
- diverse Schulungsprogramme für Pflegefamilien (Förderung: S 80.000),
- Maßnahmen des Vereins zur Förderung der Modeschule der Stadt Wien (Förderung: S 183.000) und
- die Aktivitäten des Vereins zur Geschichte der Volkshochschulen - Österreichisches Volkshochschularchiv (Förderung: S 86.000),

angeführt werden.

Neben der Initiierung, Unterstützung und begleitenden Kontrolle zukunftsträchtiger Aktivitäten im Bereich Erwachsenenbildung bestand eine der Aufgaben des Referats für Bildungsprojekte im Jahr 1998 unter anderem auch wieder in der förderungstechnischen Betreuung richtungweisender Vorhaben im Büchereiwesen.

In diesem Zusammenhang zu nennen sind insbesondere

- die Tätigkeit des Vereins der Freunde der Wiener Städtischen Büchereien (Subvention: S 750.000), zu der die Herausgabe einer Zeitschrift („Neue Wiener Bücherbriefe"), ein „Hausbesuchsdienst" für Kranke und Gehbehinderte usw. gehören,
- das mit S 525.000 in Form einer Ausfallshaftung unterstützte, dezentral veranstaltete und einmal mehr sehr erfolgreich verlaufene „Lesofantenfest" derselben Einrichtung, bei dem wie immer namhafte Kindertheatergruppen aus dem In- und Ausland mitwirkten, auf die Zielgruppen zugeschnittene preisgekrönte Filme gezeigt sowie Bücher-Flohmärkte abgehalten wurden u.v.a.m.
- die im Rahmen des Wiener Sommerferienspiels an mehreren geeigneten Standorten durchgeführte animative Großaktion „Lesen im Park" des Internationalen Instituts für Jugendliteratur und Leseforschung (Subventionserfordernis: S 230.000) und
- die Betreuung von Krankenhaus- bzw. Pflegeheimbüchereien im Wilhelminenspital, im Mautner-Markhof-Kinderspital (bzw. nach dessen Schließung in der Kinderabteilung der Krankenanstalt Rudolfstiftung) und im Sozialmedizinischen Zentrum Ost durch den Büchereiverband Österreichs (Förderungsbeitrag: S 140.000).

Landesjugendreferat

Im Rahmen ihrer Aufgabenstellung hat die MA 13 - Landesjugendreferat im Berichtszeitraum viele bewährte Aktivitäten gemeinsam mit dem Verein „Wiener Jugendkreis" fortgesetzt und neue Schwerpunkte hinzugefügt, die die Palette der Angebote für die Kinder und Jugendlichen der Stadt weiter vergrößern konnten. Darüber hinaus vermochte das Landesjugendreferat seinem Selbstverständnis als Koordinations- und Vernetzungsstelle entsprechend neue Schienen einzuführen, die die Zusammenarbeit der verschiedensten mit Kinder- und Jugendarbeit beschäftigten Gruppierungen erleichtern sollen.

Eines dieser neuen Vernetzungsgremien stellt das der BezirksrätInnen für Kinder- und Jugendfragen dar, welches sich aus VertreterInnen jedes Wiener Bezirks zusammensetzt; sie verstehen sich als Vermittler, die die Wünsche oder Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen an die Bezirksverantwortlichen herantragen, und bilden

eine Schalt- bzw. Anlaufstelle zwischen Bezirksvertretung, Stadtverwaltung, BewohnerInnen, Institutionen und Regionalforen. Die Aufgabe der MA 13 - Landesjugendreferat besteht darin, den Informationsaustausch zu verbessern sowie die Umsetzung der Aktivitäten der einzelnen Institutionen zu unterstützen bzw. themenspezifisch vorzubilden.

Anlässlich der EU-Präsidentschaft Österreichs im zweiten Halbjahr 1998 wurden auch einige jugendpolitische Maßnahmen ergriffen, die den Jugendlichen Möglichkeiten bieten sollten, sich mit Fragen der Europäischen Union auseinander zu setzen und ihr Bewusstsein für die Komplexität einer überstaatlichen Politik zu schärfen.

Eine dieser Maßnahmen stellte die Einführung des Europäischen Freiwilligendienstes (EFD) dar, eines Europäischen Austauschprogramms, das europäischen Jugendlichen eine Tätigkeit im sozialen Umfeld in einem anderen EU-Land ermöglichen soll. Die unmittelbare Umsetzung dieses Programms wird vom Verein „Grenzenlos Europa" in Kooperation mit dem Verein „Wiener Jugendkreis" vorgenommen; die allgemeine Koordination sowie die Mittelfreigabe für gemeinnützige Organisationen, die sich bereit erklären, EFD-Volontäre aufzunehmen, kommen dem Landesjugendreferat zu.

Innerhalb von drei Monaten konnten viele interessierte Einsatzstellen eingebunden sowie zusätzliche Ausbildungsmöglichkeiten angeboten und damit die Programmstandards weiter erhöht werden. Um die Koordination mit den Partnerstädten Wiens weiter zu verbessern, wird zurzeit an einem elektronischen Kommunikationssystem gearbeitet, das die fallweise Abhaltung von „Konferenzen" ermöglichen wird.

Im August 1998 wurde in Zusammenarbeit mit dem Verein „Wiener Jugendkreis" die „Young UniverCity Vienna '98" abgehalten. Insgesamt kamen 180 Jugendliche aus Wien und anderen europäischen Städten der Einladung nach, zu dem Thema „Jugend in Bewegung" zu diskutieren und die Herausforderungen einer immer globaler werdenden Gesellschaft zu erörtern. Als „Campus" wurde das Schulschiff auf der Donauinsel adaptiert, auf dem sowohl Unterkünfte zur Verfügung standen als auch die jeweiligen Vorlesungen, Seminare und Workshops stattfanden. In Seminaren, Blockveranstaltungen und Workshops wurden Wissen und Erfahrungen vermittelt sowie kulturelle Unterschiede ausgetauscht, sodass ein längerfristiger Kontakt zwischen den Jugendlichen aufgebaut werden konnte.

Auch mit einzelnen europäischen Ländern konnten internationale Kontakte geknüpft werden, um Erfahrungen zwischen ExpertInnen auszutauschen und Jugendlichen die Möglichkeit zu bieten, die Aktivitäten im Bereich der Jugendarbeit in anderen Ländern kennen zu lernen.

So wurde ein Austausch mit der Stadt Marseille organisiert, um die dortige Situation der Jugendlichen mit der Wiens zu vergleichen; RepräsentantInnen von Wiener Jugendorganisationen reisten nach Brüssel, London, Rom und Bonn; zum Erfahrungsaustausch in der offenen Jugendarbeit wurde ein Treffen von SozialarbeiterInnen aus Berlin veranstaltet, und an eine JugendexpertInnendelegation aus Finnland sowie eine Jugendgruppe aus Belgien ergingen Einladungen.

Den Bestrebungen einer Osterweiterung der Europäischen Union trug man insofern Rechnung, als JugendexpertInnen und Verantwortliche aus Ungarn eingeladen wurden, damit sie die Wiener Jugendarbeit kennen lernen; darüber hinaus wurden JournalistInnen aus Slowenien, der Slowakei sowie aus Ungarn empfangen, um ihnen die Strukturen der Jugendarbeit in der Stadt Wien darzulegen.

Im außereuropäischen Raum konnten Kontakte, die schon seit mehreren Jahren bestehen, fortgesetzt werden. So fand etwa ein zweites Ausbildungscamp für palästinensische JugendleiterInnen aus der Westbank in Turkalim statt, und die positiven Kontakte mit Israel wurden in Form von Austauschprogrammen weitergeführt.

Seitens der „Koordinationsstelle für Aufsuchende/Mobile Jugendarbeit" wurden im Berichtszeitraum 15 Projekte koordiniert, unterstützt und inhaltlich begleitet. Bei den regelmäßig einberufenen Vernetzungstreffen der „Arbeitsgemeinschaft der Aufsuchenden/Mobilen Jugendarbeit" wurde ein Erstentwurf für inhaltliche sowie strukturelle Standards erarbeitet, der den politisch und institutionell Verantwortlichen, aber auch den ExpertInnen vor Ort zur Überprüfung und Abstimmung vorgelegt werden soll.

Was die Notwendigkeit und die mögliche Auslastung eines Veranstaltungsorts für benachteiligte Jugendliche und freie Jugendgruppen anbelangt, wurden einschlägige Erhebungen durchgeführt und außerdem Bedarfsprüfungen hinsichtlich einer Fachhochschule für soziale Berufe bzw. entsprechender Fortbildungsangebote vorgenommen. Da auch in diesem Bereich die Schwerpunktsetzung in verschiedenen Koordinationsaufgaben liegt, konnte ein verstärkter Bedarf nach überregionaler, stadtteilorientierter Straßensozialarbeit festgestellt werden; im Jahr 1998 wurde das Projekt „Streetwork" des Vereins „Österreichische Gesellschaft Rettet das Kind - Landesverband Wien" erstmalig im Wege der MA 13 - Landesjugendreferat subventioniert und begleitet, die damit gewisse Agenden der Jugendwohlfahrt wahrgenommen hat.

Im Zuge von Dezentralisierungsmaßnahmen der Stadt Wien wurden die für den Sektor „Parkbetreuung" zur Verfügung stehenden Mittel den einzelnen Bezirken übertragen und ein Team der „Koordinationsstelle für Aufsuchende/Mobile Jugendarbeit" mit den damit zusammenhängenden Aufgaben betraut.

Freizeitpädagogische Betreuung/Parkbetreuung fand im Berichtszeitraum in 22 Wiener Gemeindebezirken, geleistet von 21 Vereinen, statt. Die Koordinationsstelle hat diese Einrichtungen - auch bei der Konzept- und Budgeterstellung - beratend unterstützt.

Im Aktionsbereich konnten gemeinsam mit dem Verein „Wiener Jugendkreis" wieder viele bewährte Angebote fortgesetzt werden. Zu diesen zählen die Ferienangebote, die erneut zahlreichen Wiener Kindern, Jugendlichen und deren Eltern unterschiedlichste Möglichkeiten für gemeinsame Freizeiterlebnisse boten.

Am 5. Juli 1998 wurde das „Sommerferienspiel" im Wiener Stadtpark in Form eines „Mega-Spielfests" eröffnet, an dem in etwa 15.000 BesucherInnen teilnahmen. Eine Hauptattraktion bildeten dabei spezifische Mädchenakti-

vitäten, die unter dem Titel „Mädchen-Power" standen und für einen regen InteressentInnenzustrom sorgten.

Weitere Schwerpunkte stellten ganztagsbetreute Angebote wie z.B. das „Au-Camp" oder das „Dschungelcamp" sowie die Spielstadt „Wir sind Europa" dar, ein Europaprojekt, das in drei verschiedenen Stadtrandsiedlungen stattfand.

Insgesamt konnten im Jahr 1998 rund 740.000 Kinder und Erwachsene verzeichnet werden, die das sehr abwechslungsreiche Angebot in Anspruch nahmen.

Im Rahmen des „Winterferienspiels" 1997/98, zu dem annähernd 63.000 BesucherInnen kamen, wurde im Wiener Rathaus ein „Ramba Zamba-Riesen-Spielfest" durchgeführt. Das Angebot reichte von einem Mitspielzirkus über topaktuelle Video-, Brett- und Gesellschaftsspiele bis hin zu Mitmach-Musikshows, einer Riesen-Kugelbahn und Bluebox-Experimenten mit TV-Profis des ORF.

Beim „Semesterferienspiel" 1998 wurden rund 65.500 BesucherInnen gezählt, die an den 56 Aktionen und Events sowie Workshops teilnahmen. Unter anderem wurden Eisfeste veranstaltet, deren Höhepunkt im Rahmen des „Faschings-Eistraums" auf dem Wiener Rathausplatz zu finden war.

Ein umfangreiches Angebot für 6- bis 12-jährige Kinder, die ihre Ferien größtenteils oder zur Gänze in Wien verbrachten, boten wieder die „Wien spielt"-Aktivitäten, an denen sich alle 23 Wiener Bezirke beteiligten. Bei den 1.840 Einzelaktionen wurden insgesamt 77.605 BesucherInnen verzeichnet.

Die Servicestelle „Jugend in Wien" hielt für Jugendliche ab 13 Jahren wieder ein breitgestreutes Freizeit- und Informationsangebot (von Pop-Konzerten, Theater, Kabarett und Sport-Workshops über Kinopremieren bis hin zu Infos sowie Tipps zur Berufswahl oder zu sozialem Engagement) bereit.

In dem unter derselben Bezeichnung erscheinenden Programmheft wurde jungen Menschen verstärkt auch Raum für neue Formen der Mitgestaltung eingeräumt. Im Rahmen der Aktion „Be Journalist" waren Jugendliche zu praktischer redaktioneller Tätigkeit eingeladen; bei „Create the JIW-Poster" konnten eigenständige grafische Entwürfe vorgelegt werden, wobei die besten Sujets im Jahr 1999 an öffentlichen Plätzen plakatiert werden sollen. Alles zusammengenommen wurden bei den Eigenveranstaltungen und Kooperationen über 600.000 Jugendliche gezählt.

In der 24. Saison des Bandwettbewerbs „pop-odrom" stellten 229 Gruppen bei 28 Einzelveranstaltungen ihr Können unter Beweis. Insgesamt über 7.500 BesucherInnen verfolgten den Wettbewerb, bei dem die Gruppe „RED SOCKS" aus der Steiermark Jury wie Publikum mit ihrer Darbietung am besten überzeugen konnte.

Die Broschüre „Familien-Tage" bot wieder einer großen Anzahl von interessierten Familien monatlich rund 400 Freizeitaktivitäten, wie Besichtigungen bzw. Führungen, Museumsaktivitäten, Kino- und Theatervorstellungen u.a.m., an.

Aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen wurde die Zielgruppe der Aktion von Kindern, Eltern und Großeltern auch auf Wohngemeinschaften ausgeweitet, wodurch eine größere Anzahl von Menschen, die ihre Freizeit mit Kindern verbringen wollen, erreicht werden konnte. Seit September 1998 wurden im Mittelteil der Broschüre auch Service-, Kinder- und Jugendeinrichtungen, Anlaufstellen für Kinder und Familien usw. vorgestellt; damit erzielte die Broschüre einen höheren Stellenwert im Servicebereich.

Zu diesen fest etablierten Aktivitäten zählten auch Sonderprojekte wie die bewährte Aktion „Wien - die bunte Stadt", bei der junge WienerInnen neuerlich dazu beitragen konnten, das Stadtbild durch verschiedene Flächenbemalungen bunter zu gestalten, oder Umweltaktionen, die z.B. wieder die gemeinsam mit dem Forstamt durchgeführte Aktion „Schulwald" umfassten, sowie die Aktion „miteinander", in deren Rahmen im Jahr 1998 13 eingereichte Projekte genehmigt werden konnten.

Die 11.675 JungbürgerInnen des Geburtsjahrgangs 1979 wurden im Berichtszeitraum anlässlich ihres „politischen Geburtstags" zu verschiedenen Veranstaltungen eingeladen. Bei dem Großereignis „Paradise City - Special Edition" am 11. September 1998 konnten 4.077 BesucherInnen verzeichnet werden, und beim glanzvollen „Ball der jungen WienerInnen" am 26. September feierten 2.559 JungbürgerInnen in den Festsälen des Rathauses.

Zusätzlich wurde das Event „Sport und Fun" auf dem Wiener Messegelände (Halle 32) von 2.600 jungen WienerInnen frequentiert.

Ebenfalls im Rahmen der JungbürgerInnen-Veranstaltungen fand am 18. Oktober die alljährliche Baumpflanzung, diesmal in Essling im Bereich des Himmelteichs, statt; sie stand anlässlich der EU-Präsidentschaft Österreichs unter dem Motto „Europawald 1998". Rund 6.000 Kinder und Jugendliche pflanzten Baumarten, die in den einzelnen EU-Ländern vorkommen, und lernten dadurch vieles über die unterschiedliche Vegetation in Europa.

Auch bei den „Schulaktionen" setzte die MA 13 - Landesjugendreferat im Berichtsjahr wieder viele ihrer bewährten Aktivitäten fort. So bot der in Zusammenarbeit mit dem Kuratorium „Österreichischer Jugendredewettbewerb" veranstaltete „Redewettbewerb" 105 TeilnehmerInnen die Möglichkeit, vor Publikum in freier Rede zu aktuellen Themen Stellung zu nehmen. Unter der Devise „Neues Sprachrohr" konnten die TeilnehmerInnen mit optischen und akustischen Hilfsmitteln einzeln oder in Kleingruppen ihre Meinung äußern. 1998 wurde zudem der Bundesredewettbewerb von der Stadt Wien ausgerichtet, wobei unter Einbeziehung des Österreichischen Bundesheers 58 Personen aus allen Bundesländern an sämtlichen Kategorien der Veranstaltung teilnahmen.

Im Rahmen diverser Aktionen - „Musik aktiv" (2.176 SchülerInnen aus 77 Schulen), „Bezirksjugendsingen" (33.221 Mitwirkende), „Chortage" (15 Chöre mit 423 TeilnehmerInnen) sowie beim „Schulspiel aktiv" (12 Gruppen mit 238 Mitwirkenden) - stellten die Wiener SchülerInnen ihre musisch-kreativen Talente unter Beweis.

Auch die „Berufsschülertage" fanden im Jahr 1998 wieder in Form von Podiumsdiskussionen in den Zentralberufsschulgebäuden statt. An den Veranstaltungen, die unter dem Motto „Jugend in der Warteschlange" standen, nah-

men MandatarInnen aller im Rathaus vertretenen Fraktionen teil.

Zum Thema „Ausbildungsmöglichkeiten für SchülerInnen" wurde in den Räumen des Stadtschulrats die „Bildungsinformationswoche 1998" abgehalten, bei der wie bereits im Jahr zuvor BeraterInnen aus allen weiterführenden Schultypen, dem Arbeitsmarktservice und anderen Beratungsstellen Auskünfte über Fortbildungsmöglichkeiten in der Stadt Wien erteilten. An vier Halbtagen wurden 4.347 Schullaufbahnberatungen vorgenommen.

Die mit Förderungsmitteln des Landesjugendreferats vom Verein „Wiener Jugendkreis" geführten Institutionen bzw. Außenbetriebe konnten generell ihre Tätigkeitsfelder stärker strukturieren, die bewährten Aktivitäten fortsetzen und in ihrem jeweils spezifischen Bereich auf die dort aktuellen Trends in erhöhtem Ausmaß eingehen.

Zu diesen Einrichtungen zählt die „Jugend-Info-Wien", die ihre Beratungstätigkeit in gewohntem Umfang beibehalten konnte. Im täglichen KundInnenkontakt wurden im Berichtsjahr über 43.600 Anfragen hinsichtlich der Bereiche Infos, Tickets, Beratung persönlich oder telefonisch beantwortet. Dabei stellte die Berufsberatung, die mit der Veranstaltungsreihe „Check it out - days" wieder vielen Jugendlichen Informationen zum Thema „Fortbildungswege" lieferte, einen Schwerpunkt dar.

Seit August gestaltete die Jugend-Info zudem 14-tägig eine halbstündige Radiosendung („Jugend-Info on air") auf dem neuen Privatsender „Radio Orange 94.0".

Im „Kosmos-Kino" wurden neuerlich Veranstaltungsreihen für SchülerInnen offeriert, die mit anschließenden Diskussionsgelegenheiten oft eine adäquate Möglichkeit boten, Kindern und Jugendlichen gesellschaftsrelevante Themen näher zu bringen. Die Übersiedlung ins „Opern-Kino", 1, Friedrichstraße 4, im Herbst 1998 brachte insofern Vorteile mit sich, als der neue Standort nicht nur mit einer zeitgemäßen Kinotechnik ausgestattet ist, sondern auch vielfältige neue Möglichkeiten bietet (zentrale Lage, angeschlossenes Café, behindertengerechte Ausstattung, Zielgruppengerechtigkeit). Trotz des dadurch kurzfristig eingeschränkten Programmangebots wies das Kinder- und Jugendfilmzentrum eine BesucherInnenzahl von 33.650 Personen bei 173 Einzelveranstaltungen auf.

Die „Spielebox Wien" konzentrierte ihre Bemühungen auf den weiteren Ausbau einer qualitätvollen Beratung und Betreuung von BesucherInnen im Bereich des vielfältigen Spieleangebots und auf den Sektor der geschlechtssensiblen Kinder- und Jugendaktivitäten, wobei durch Computerspiel-Workshops für Mädchen, Mädchenspielturniere sowie Rollenspielgruppen für Mädchen und Burschen optimale Entfaltungsmöglichkeiten für Kinder bzw. Jugendliche geschaffen werden konnten. Vermehrte Bildungsangebote in den Bereichen Lernspiele und Lernsoftware trugen darüber hinaus zur Förderung von Kindern mit Teilleistungsschwächen bei. Insgesamt wurden von den MitarbeiterInnen der Spielebox an 187 Aktionstagen 128 Aktionen veranstaltet, bei denen rund 25.000 BesucherInnen anwesend waren.

Zu den Arbeitsschwerpunkten des „Medienzentrums" gehörten im Berichtsjahr das „CDemowerk", eine häufig genutzte Möglichkeit für junge Bands, ihre erste CD zu produzieren, die Abhaltung von Radio-Workshops und Seminaren - was vor allem durch die Zusammenarbeit mit dem nichtkommerziellen Sender „Radio Orange 94.0" ermöglicht wurde -, etliche Fortbildungsveranstaltungen zur Benützung des Internets für Jugendliche und MultiplikatorInnen sowie der Versuch, Mädchen vermehrt für die angebotenen Workshops und Aktivitäten zu gewinnen.

Auch die „JugendleiterInnenschule", die sich als Fort- und Weiterbildungseinrichtung für in freizeitpädagogischen Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit tätige MitarbeiterInnen versteht, konnte 1998 wieder eine Fülle von Veranstaltungen für ehrenamtliche JugendarbeiterInnen der Stadt Wien sowie Studiengänge für LehrerInnen, SozialarbeiterInnen, PädagogInnen und AnimatorInnen anbieten. Ihr Programm wurde von rund 2.500 TeilnehmerInnen in Anspruch genommen. Das Spektrum reichte von allgemeinen Themen zur Jugendkultur über Seminare zur Persönlichkeitsentwicklung bis hin zu Bereichen der Spiel- und Erlebnispädagogik.

Im Förderungsbereich wurde von der MA 13 - Landesjugendreferat erneut eine Vielzahl von unterschiedlichsten Projekten und Organisationen unterstützt, die sich um ein attraktives, anspruchsvolles Freizeitangebot für Wiener Kinder und Jugendliche bemühten.

Größter Subventionsempfänger war der für die Führung und den Betrieb der kommunalen Jugendzentren in Wien zuständige „Verein Jugendzentren der Stadt Wien", der damit auch Objekterhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen in den von ihm betreuten Einrichtungen in die Wege leiten konnte. Für verschiedene bestehende bzw. neue Vorhaben erhielt der Verein weitere Mittel in der Höhe von S 144,155.000.

Dem Verein „Wiener Jugendkreis" wurden im Berichtszeitraum zur organisatorischen Unterstützung und finanziellen Abwicklung der vom Landesjugendreferat mitorganisierten Aktionen, Veranstaltungen und sonstigen Aktivitäten Förderungsbeiträge in der Gesamthöhe von S 59,650.000 zuerkannt.

Ergänzend dazu standen ihm Subventionsmittel im Ausmaß von S 5,765.000 zur Verfügung, wodurch zahlreiche Aktivitäten für Kinder, Jugendliche und Familien, wie z.B. die beschriebene „Young UniverCity Vienna '98" oder Workshops und Tagungen zum Bereich der Medienkultur, ermöglicht wurden. Für die Durchführung der JungbürgerInnen-Veranstaltungen 1998 erhielt der Verein eine Förderung in der Höhe von S 3,982.000, und für die Umsetzung des „Europäischen Freiwilligendienstes" wurde ihm ein Betrag von S 2,000.000 gewährt.

Die finanzielle Unterstützung der Aktivitäten der im Österreichischen Bundesjugendring vertretenen Wiener Landesverbände der Kinder- bzw. Jugendorganisationen sowie der Grünalternativen Jugend Wien und der Freiheitlichen Jugend belief sich auf S 5,500.000 (Basisförderung); die vom 1997 gegründeten Landesjugendbeirat beurteilten und von zahlreichen Jugendorganisationen gesondert eingereichten Projekte aus unterschiedlichsten Tätigkeitsfeldern wurden mit Projektförderungsmitteln in der Höhe von insgesamt S 500.000 subventioniert.

Für sonstige Jugendklubs und -zentren anderer Trägerorganisationen, darunter z.B. das „Zentrum Aichholzgasse"

oder der Club „Alpha", aber auch für kleinere Organisationen wie die „1. Wiener Kindergalerie Lalibela" oder den „Freizeitklub Wagenrad" konnten Subventionen in der Gesamthöhe von S 15,225.800 bereitgestellt werden.

Wie in den Vorjahren erhielten neue, modellhafte Einrichtungen mit sozio-kulturellem oder sozialpräventivem Charakter im Berichtsjahr ebenfalls wieder adäquate Unterstützungen; so wurden beispielsweise EU-geförderte mobile Jugendarbeitsprojekte der Vereine „Kids Company" und „Zeit!Raum", aber auch ein Adaptierungsvorhaben des „Christlichen Vereins Junger Menschen" mit Förderungsmitteln in der Höhe von zusammen S 16,422.545 bedacht.

Die Subvention 1998 für den Kultur- und Sportverein der Wiener Berufsschulen betrug S 4,700.000; damit wurde ihm die Erhaltung bzw. der Ausbau der im Interesse der Wiener Lehrlinge betriebenen Kommunikationszentren an Berufsschulen sowie die Gewährleistung seiner sonstigen bewährten Aktivitäten ermöglicht.

Im musikalischen Bereich ergingen Unterstützungen im Ausmaß von S 3,445.161 an spezielle Einrichtungen, die sich zum Ziel gesetzt haben, das musikalische Verständnis der Wiener Jugend zu vertiefen. Zu diesen zählen insbesondere der Verein „Musik der Jugend", der Verein für vorschulische und weiterführende Musikausbildung und der Verein der Freunde der Musiklehranstalten der Stadt Wien (mit seiner Aktion „Musik hören - Musik verstehen").

Wiener Städtische Büchereien

Bei den Wiener Städtischen Büchereien wurden im Berichtszeitraum 5,702.562 Entlehnvorgänge registriert; gegenüber 1996 (5,279.553) bedeutet das einen Anstieg der Lesefrequenz um 8 Prozent und gegenüber 1997 (5,309.500) eine Erhöhung um 7,4 Prozent.

Die Einnahmen bei den Benützungsgebühren sind - wegen der Gebührenerhöhung und der neuen Gebühren für AV-Medien - gegenüber 1996 (S 3,979.800) um 29,1 Prozent und gegenüber 1997 (S 4,133.133) um 25,2 Prozent auf S 5,182.736 gestiegen.

Die Kostenersätze für Mahnungen sind gegenüber 1996 (S 1,563.152) um 6,6 Prozent und gegenüber 1997 (S 1,684.260) um 8,9 Prozent auf S 1,834.420 gestiegen. Die Einnahmen aus Benützungsgebühren und Kostenersätzen für Mahnungen sind gegenüber 1996 (S 5,542.952) um 26,6 Prozent und gegenüber 1997 (S 5,817.393) um 20,6 Prozent auf S 7,017.156 gestiegen.

Die Subvention des Bundesministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten für den Ankauf von Büchern betrug S 1,400.000.

Zwei große Projekte konnten 1998 in Angriff genommen werden:

- Projekt „Neue Hauptbücherei und Zentralverwaltung": Die Hauptbücherei und die Zentralverwaltung sollen in ein neues Haus am Westgürtel im Bereich Urban-Loritz-Platz/Burggasse übersiedeln. Dazu wurde ein EU-weiter Architekturwettbewerb ausgeschrieben. Aus den von 121 TeilnehmerInnen eingereichten Plänen hat die Jury bei einem anonymen Auswahlverfahren zunächst zehn Entwürfe für eine zweite Wettbewerbsstufe und im Anschluss daran das Siegerprojekt des Wiener Architekten Mag. Arch. Ernst Mayr gekürt, das sich durch Originalität und hohe gestalterische Qualität auszeichnet. Die Planungsarbeiten werden vermutlich noch 1999 abgeschlossen sein; als möglicher Fertigstellungstermin für das Bauvorhaben gilt Ende 2001.
- Projekt „Neues EDV-System": Damit die Hauptbücherei, die 56 Zweigstellen sowie die zentrale Büchereiverwaltung den in der heutigen Gesellschaft an sie gestellten Anforderungen gerecht werden können, wurde um die Jahreswende 1997/1998 ein leistungsfähiges Bibliothekssystem öffentlich ausgeschrieben. Der Zuschlag an den Bestbieter erfolgte im Dezember 1998.

Für Penzing wurde bereits 1997 erreicht, dass auf dem Grundstück Hütteldorfer Straße/ Ameisbachzeile ein attraktives Büchereilokal als Bezirksbücherei errichtet wird. Die neue Zweigstelle wird die Medienbestände des zu kleinen Lokals 14, Hickelgasse 4 - 6, und des bereits seit längerem geschlossenen Lokals 14, Penzinger Straße 150 - 166, aufnehmen. Baubeginn war im Herbst 1998; die Lokalübergabe und die nachfolgende Einrichtung mit Büchereimobiliar werden für Sommer 1999 erwartet.

Die Bücherei in 2, Zirkusgasse 3, konnte 1998 renoviert werden. Gleichzeitig wurde die Einrichtung weitgehend erneuert, sodass für die LeserInnen nun ein sowohl von der Funktionalität als auch vom Ambiente her aufgewertetes Büchereilokal zur Verfügung steht.

Die Städtische Bücherei Nr. 25 im 23. Bezirk musste Mitte 1998 vom bisherigen Standort 23, Speisinger Straße 256, in die Dr.-Barilits-Gasse 2 - 4 übersiedeln. Das alte Lokal wird renoviert und anderweitig genutzt.

Die Zweigstelle 16, Schuhmeierplatz 17, wurde auf einen zeitgemäßen Standard gebracht.

Bei 13 Zweigstellen, die für die Integration in den EDV-Verbund der Wiener Städtischen Büchereien vorgesehen sind, war es erforderlich, noch vor der Umstellung entsprechende Computer-Theken zu erwerben. Die neuen Geschäftspulte sollen in punkto Beschaffenheit und Ergonomie ganz bestimmte Kriterien erfüllen (Höhe und Tiefe der Thekenelemente; Kabelkanäle bzw. Auslässe; Platz für die Einpassung von Geräten; aus Sicherheitsgründen sowie als Schutz vor unbefugten Zugriffen Verblendungen usw.), die für einen EDV-gestützten Ausleihbetrieb notwendig sind.

Durch den Ankauf eines zweiten Kastenwagens für die Zentrale ist eine erhebliche Verbesserung eingetreten. Die Buchauslieferung und die Buchtransporte (Ringleihe) innerhalb des Zweigstellennetzes lassen sich jetzt rascher und ökonomischer bewerkstelligen.

Die 1997 seitens des Lektorats durchgeführte deutliche Erweiterung des Titelangebots auf den Auswahllisten hat sich auch 1998 sehr bewährt: So wurden wiederum sechs Listen vom „Typ A" (Neuerscheinungen zur Bestandser-

weiterung) mit insgesamt 2.068 - fast ausschließlich neuen - Titeln zusammengestellt (wie gewohnt mit Exemplaren zur Ansicht), dazu sechs Listen vom „Typ B" (zur Ergänzung und Abrundung) mit zusammen 1.201 Titeln, die wesentlich der Bestandsergänzung und -abrundung sowie dem Auffüllen von durch Abnützung entstandenen Lücken dienen.

Etwa 2.000 Titel wurden vom Lektoratskollegium in sechs Verteilersitzungen an daran interessierte KollegInnen zur Beurteilung ausgegeben.

Ferner wählten die MitarbeiterInnen des Lektorats rund 730 Titel für Serienkäufe aus, das sind Titel, die ohne weitere Einflussnahme der Zweigstellen für bestimmte Büchereigrößen und -typen angekauft werden. Der Prozess der inhaltlichen Schwerpunktsetzung und Spezialisierung im Bestand einzelner Zweigstellen wurde dabei weitergeführt.

Grundlage aller oben erwähnten Ankaufsentscheidungen waren etwa 15.000 Bücher, die aus dem Fundus des aktuellen Angebots auf dem Buchmarkt (um die 400.000 Titel, davon rund 85.000 Neuerscheinungen) ausgewählt wurden.

Das Lektorat betreute daneben - in Unterstützung des Vereins der Freunde der Wiener Städtischen Büchereien - neuerlich die Redaktion der Rezensionszeitschrift „Neue Wiener Bücherbriefe", von der im Berichtsjahr sechs Nummern erschienen sind und die die Leserschaft sowie eine interessierte Öffentlichkeit über Neuzugänge im Bestand der Büchereien informiert.

Die Anzahl aller verfügbaren Medien betrug per Stand Dezember 1998 1,347.818 Exemplare (Bücher, Zeitschriften, CDs, Tonkassetten, CD-ROMs und Videos). 1998 konnten um S 17,999.948 Bücher und Zeitschriften angekauft werden, das bedeutet eine Steigerung von S 4,622.948 gegenüber dem Vorjahr. Für den Ankauf von audiovisuellen Medien stand ein Betrag von S 2,399.992 zur Verfügung. Dies bedeutet eine Steigerung um S 683.990 gegenüber 1997.

Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit wurden folgende PR-Materialien hergestellt: Plastik-Tragetaschen mit beidseitigem Werbeaufdruck der Büchereien (Bücherei-Logo usw.); Büchereifolder für die Haupt- und die Musikbücherei sowie für die Zweigstellen; zwei verschiedene Lesezeichen für Kleinkinder zum Anmalen; ein Aufkleber (Lesofanten-Motiv).

In Zusammenarbeit mit dem Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien konnten die nachstehenden Werbeaktionen durchgeführt werden: Inseratenkampagne in Tageszeitungen und Magazinen; Einschaltung auf der Umschlagrückseite im Falter-Führer „Kind in Wien"; Herstellung von Klebeetiketten und A2-Plakaten mit dem Motto „Kinder lesen gratis".

Mitinitiiert wurde zudem die Image-Kampagne „Von klein auf Lust auf Kultur" mit einer Pressekonferenz, Plakaten in Straßenbahnen und öffentlichen Kulturflächen, Postkarten (davon 60.000 im „direct mailing"-Verfahren), Diskussionsveranstaltungen und einem großen Abschlussfest im Rathaus.

Die einschlägige Tätigkeit des Referats bestand darüber hinaus in der Herstellung eines Lesezeichenheftes, das in 6 Einzel-Lesezeichen zerlegt werden kann: fünf mit animativen Comic-Strips, das Sechste als Einschreibformular.

Die größte Leseanimations- und Werbeveranstaltung für Kinder, das vom Verein der Freunde der Wiener Städtischen Büchereien organisierte „13. Lesofantenfest", fand in der Zeit vom 16. bis zum 27. November 1998 statt. In diesen zwei Wochen wurde ein vielseitiges Programm (Theater, Kinofilme, Musiktheater, Spielebox, Internet-Surfen, Zeitungsredaktion Kurier, Büchertische, ...) in vier Bezirken und vier Zweigstellen geboten. Als Werbemittel dienten ein 30-seitiges Programmheft, A1-Plakate sowie zwei verschiedene Postkarten. 13.000 BesucherInnen konnten gezählt werden.

Landesbildstelle

Seitens der Landesbildstelle Wien konnten im abgelaufenen Verwaltungsjahr sowohl einrichtungsmäßig als auch organisatorisch wesentliche Verbesserungen vorgenommen werden.

Der Kurssaal wurde in einen multimedialen Mehrzweckraum umgestaltet, sodass er sowohl für Audio- als auch für Videoprojekte und Schulungen genutzt werden kann. Zusätzlich wurde die Vernetzung der PCs vorgenommen, ein Server installiert und ein Telematikbüro eingerichtet, in dem die Homepage der Landesbildstelle betreut und in der Folge auch ein Subserver für das Bildungsnetz betrieben wird.

Im Filmreferat wurde ein neues Videostudio eingerichtet, das unter anderem einen digitalen Schnittbetrieb ermöglicht.

Im Fotobereich wurde ein spezielles Studio geschaffen, das nunmehr auch bessere Portrait- und Produktaufnahmen sowie Reproduktionen gewährleistet.

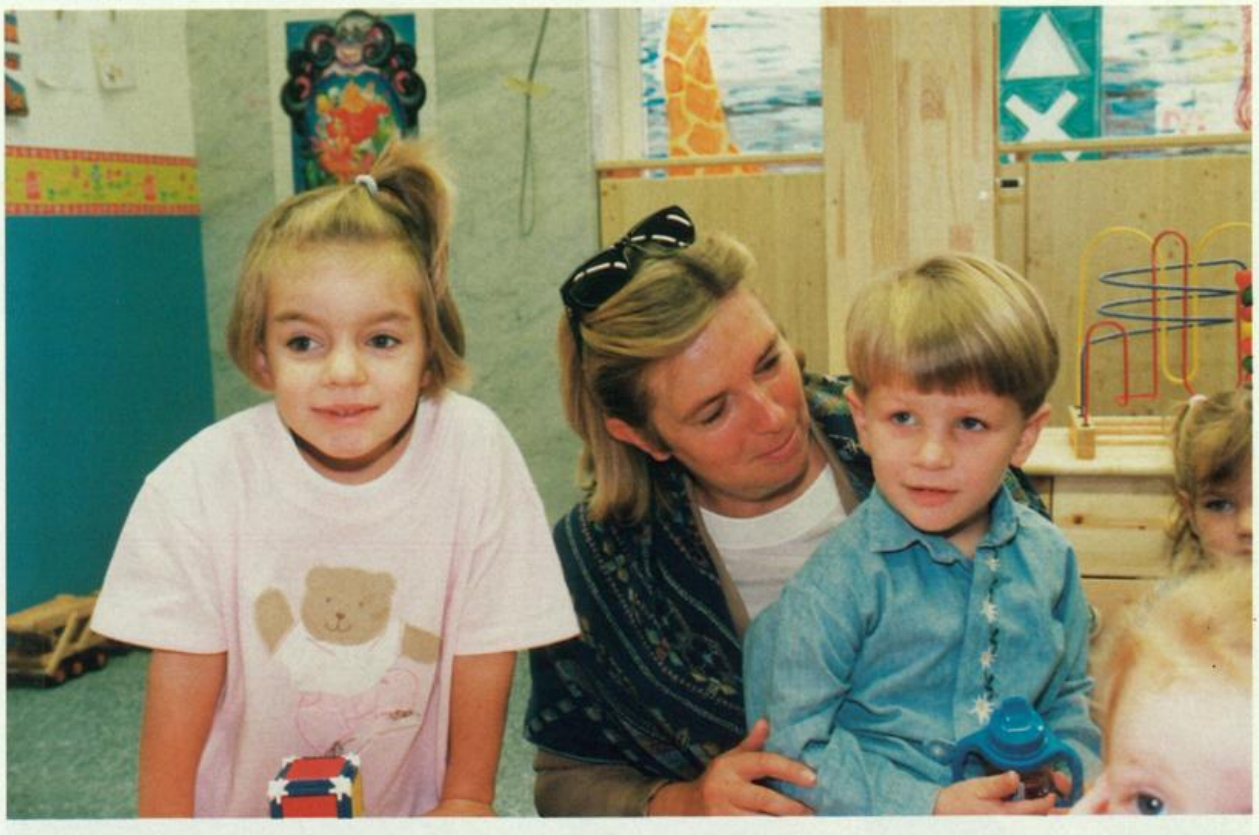
Fernerhin wurde eine neue Telefonzentrale installiert, die zusammen mit der elektronischen Post (E-Mail) eine verbesserte Kommunikation ermöglicht.

Der Einbau einer neuen Aufzugsanlage wird sowohl den MitarbeiterInnen als auch den Kunden eine Verbesserung bringen.

In der Film- und Videoproduktion konnte ein neuer Rekord an bearbeiteten Produktionen erreicht werden. Zu den 27 Produktionen kamen noch diverse Produktionsberatungen und Preisangemessenheitsprüfungen hinzu.

Folgende Produktionen wurden 1998 fertig gestellt bzw. bearbeitet:

- „Eleven": Ein 30-Minuten-Video über das Berufsbild Tanzpädagogik, das im Siemens-Forum eindrucksvoll prä-



Kinderbetreuung ist für Vizebürgermeisterin Grete Laska ein wichtiges Anliegen. Hier besuchte sie einen neuen, von insgesamt 19, Betriebskindergarten. Foto: Sterrer / Landesbildstelle

Die Vizebürgermeisterin und Stadträtin für Jugend, Soziales, Information und Sport Grete Laska präsentierte das Wiener Bildungsnetz „Jugend ans Netz", bei welchem bis zum Jahr 2000 die Klassen von 400 Wiener Pflichtschulen mit über 6000 PCs ausgestattet und durch ein eigenes Intranet miteinander vernetzt werden sollen. Foto: Blauensteiner / Landesbildstelle

Eine der zahlreichen Gangausstellungen Grete Laskas im Jahre 1998 war die der Sporthauptschule Wittelsbachstraße zum Thema „Kulturelle Begegnungen mit Afrika."
Foto: Katzler / Landesbildstelle

Sportstadträtin Grete Laska eröffnete im Messegelände einen Inline-Hockey-Platz.
Foto: Votava / PID

sentiert wurde.
- Aufführungen des Konservatoriums der Stadt Wien, aufgezeichnet in Sendequalität; 15 Stunden Theater bzw. Oper für den Studienbetrieb:
  - „Die Kolonie"/„Die lächerlichen Schwärmerinnen"
  - „Spitzen und Splitter aus gültigen Zeiten"
  - „Eisenbahn-Trilogie"
  - „Working"/„Partner"
  - „Im Weißen Rössl"
  - „Schwester Angelica"/„Die Kluge"
  - „Eine Nacht in Venedig"
  - „Kindersingen"
  - „Klassenabend I"
  - „Klassenabend II"
- „Redewettbewerb": Reportage über eine weiter oben angeführte Veranstaltung aus dem Wiener Rathaus
- „Umweltmanagement": Neue Filme aus der Umweltserie
- „Gefährliche Stoffe"
- „Der tapfere Theo": Eine Produktion über die Aufarbeitung von Kinderängsten durch Theater
- „Sommer in Wien": Zusammenschnitt einiger Events
- „13 Steps to Heaven": Ein Trailer über die Produktionen der Landesbildstelle („Grete Laskas Gang-Galerie")
- „Wienfluss-Sammelentlastungskanal - Bauabschnitt I": Dokumentation des Baugeschehens mit erstmaligem Einsatz von Unterwasserkameras
- „PreisträgerInnenvideo": 3 Videoclips und CDs mit Stars von morgen
- „Die U3 kommt nach Ottakring": Eine der aufwändigsten Produktionen der letzten Jahre. Durch die termingerechte Fertigstellung konnte der Film sowohl am Tag der Eröffnung vor Ort als auch im Fernsehen gezeigt werden. Die Premiere fand anlässlich einer Pressekonferenz von Frau amtsführender Stadträtin Mag. Ederer im „Opern-Kino" statt
- „Häuser zum Leben": Vorarbeiten zu zwei Filmen über die Wiener Pensionistenwohnhäuser
- „Filmfestival am Rathausplatz": Eine Produktion im Auftrag des Presse- und Informationsdienstes der Stadt Wien in Zusammenarbeit mit einer russischen Korrespondentin
- „Cliniclowns"
- „Bleib cool": Filme, die Kinder informieren und die Angst vor dem Spital nehmen sollen, u.a.m.

Die Fotoabteilung hatte im Berichtsjahr 1.907 Fotoaufträge zu erledigen, für die 2.162 Stunden Außendienst erforderlich waren. 28.906 Vergrößerungen wurden an die Auftraggeber geliefert.

Die Digitalisierung des Archivs wurde fortgesetzt, wobei 50 Wien-Ansichten in das Intra- und das Internet gestellt wurden.

Die Aufnahmearbeiten für ein Brunnenbuch der MA 31 sowie für die Bezirksdiareihen „Josefstadt" und „Floridsdorf" waren ebenfalls sehr aufwändig. Die Diareihe „Josefstadt" wurde im Bezirksmuseum in Anwesenheit von Frau Bezirksvorsteherin Kostal, Herrn Bezirksvorsteher-Stellvertreter Zima und Frau Bezirksschulinspektorin Kertelics mit großem Erfolg präsentiert und gleich an die SchuldirektorInnen ausgegeben.

Als herausragendste Ereignisse der Fotodokumentation für das Präsidialbüro können angeführt werden:

Begräbnis Falco; 500 Jahre Wiener Sängerknaben; 50 Jahre Israel mit Shimon Peres; Eintragung in das Goldene Buch der Stadt Wien: Ministerpräsident Hariri aus Libyen; Verleihung des Großen Goldenen Ehrenzeichens an Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll und des Goldenen Ehrenzeichens an Teddy Podgorski; Verleihung der Bürgerurkunde an Leonie Rysanek; internationales Blasmusikfest; Eröffnung der U3-West; Empfang der sozialdemokratischen Parteichefs in der EU; Nestroy-Ring an Susi Nicoletti und Louise Martini; Feierlichkeiten aus Anlass des 70. Geburtstags von Vizebürgermeister a. D. Hans Mayr.

Von den weiter unten erwähnten eigenen Veranstaltungen wurden die Verleihung des Wiener Schülerzeitungspreises 1998 und die Vorstellung des Schülerradios „Wiener RADIO-BANDe" sowie eine Lomografie-Ausstellung als Abschluss des Schülerwettbewerbs „Unsere Plätze", aber auch die im Rahmen von „Grete Laskas Gang-Galerie" präsentierte Leistungsschau „Foto - Video - Multimedia" fotografisch dokumentiert.

Der Medien- und Geräteverleih hatte im Schuljahr 1997/98 32.694 Medienentlehnungen und 1.634 Geräteentlehnungen zu verzeichnen.

Bei den Medienentlehnungen setzte sich die steigende Tendenz erfreulicherweise fort. So konnte wieder eine Steigerung von über 6 Prozent gegenüber dem Vorjahr erreicht werden. Der Medieneinkauf bestand 1998 aus insgesamt 138 Titeln, davon 123 Videokassetten, 6 Diareihen und 9 CD-ROMs. Schwerpunkte waren die Fächer Biologie und Umweltkunde, Geografie und Wirtschaftskunde, Geschichte und Sozialerziehung sowie Sachunterricht.

Im Geräteverleih lag der Schwerpunkt bei den Video- und Audiogeräten.

Im Bereich Telematik konnte das Online-Angebot für Wiener LehrerInnen mit einer völlig neu konzipierten und gestalteten Homepage erheblich erweitert werden. So gibt es bereits Internet-Spiele und digitalisierte Medien (Videosequenzen, Diareihen) abzurufen.

Mit zunehmender Bekanntheit und Akzeptanz des Wiener Bildungsservers stieg auch der Bedarf an Unterstützung

für eine qualifizierte Web-Präsenz der Wiener Schulen. Die Landesbildstelle ist bei der sachgerechten Erstellung von Homepages behilflich und administriert bzw. aktualisiert diese laufend auf dem Server. Zurzeit sind ungefähr 50 Schulen auf dem Bildungsserver mit ihrer Web-Site vertreten.

Der Medienkatalog wurde 1998 neu erstellt und teilweise umstrukturiert. Alle Schulen erhielten eine Neuauflage der Verzeichnisse, aber auch eine neue Version des Medienkatalogs auf Diskette (700 Kopien).

Die Hausvernetzung wurde geplant, ausgearbeitet und auch fertig gestellt. Als zentraler Punkt des Vernetzungskonzepts konnte abschließend auch ein hauseigener Server mit entsprechenden File-Services und Sicherungsmöglichkeiten eingerichtet und installiert werden.

Der regelmäßige Versand von Software für den Unterricht sowie die Herausgabe der Informationszeitschrift „LaBi-richt" gehörten zu den weiteren wieder wahrgenommenen Aufgaben.

Auf dem pädagogischen Sektor wurden im Berichtsjahr rund 300 Projektberatungen (Planungshilfen, teilweise Beratung vor Ort) durchgeführt und davon 65 Projekte intensiv betreut. Darüber hinaus erfolgte die Beratung von Schulen mit medialen Schwerpunkten auch hinsichtlich der Ausstattung und inhaltlicher Konzepte.

Neben dem Lomografiewettbewerb „Unsere Plätze" und der Organisation des Wiener Schülerzeitungspreises 1998 (Ausschreibung, Jurybetreuung, Präsentation) galt ein Hauptaugenmerk der Konzeption und Organisation der Schülerradioschiene „Wiener RADIO-BANDe" (monatliche Sendung im Ö1-Mittelwellenprojekt „1476" und seit November 1998 tägliche Sendeschiene auf „Radio Orange 94,0").

Monatliche Informationsveranstaltungen und Workshops in Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Institut wurden kontinuierlich durchgeführt.

Die Aktion „KIS - Kino für Schulklassen" wurde ebenfalls mit Erfolg fortgesetzt.

Im Wirtschaftsbereich stieg die Anzahl der zu bearbeitenden Einkäufe und Rechnungen gegenüber dem Vorjahr um 17 Prozent.

In zunehmendem Maß waren für die Verwaltung der Stadt Wien digitale Fotoapparate und Videokameras einzukaufen. Durch die elektronische Speicher- und Weiterverarbeitungsmöglichkeit des Bildmaterials ist eine direkte und kostengünstige Layoutierung in der Textverarbeitung möglich.

Die Einrichtung von Multimediaräumen für Schulungszwecke sowie Vorträge im Hoheitsbereich und in den Krankenanstalten stellten den Beginn für eine ganze Reihe von Projekten dieser Art dar. Zusätzlich wurden für einzelne Magistratsabteilungen Daten- und Videoprojektoren angekauft, die zunehmend statt Overheadprojektoren für multimediale Präsentationen eingesetzt werden.

Für die Wiener Pflichtschulen mussten je nach Unterrichtsschwerpunkt Fotolabore eingerichtet, Voraussetzungen für die Produktion von Schülerradiosendungen geschaffen und semiprofessionelle Tonanlagen getestet bzw. angekauft werden. Die Grundausstattung mit TV-Geräten, Videorecordern und Overheadprojektoren wurde im Auftrag der MA 56 fortgesetzt.

Aufgrund der 1998 verstärkt in Anspruch genommenen Möglichkeit einer fachlichen Beratung durch die Landesbildstelle ließ sich bei einzelnen Geräten eine magistratsinterne Standardisierung auf anerkannte Markenartikel erzielen. Neben einer kostengünstigen Beschaffung ist dadurch auch die Serviceleistung im Reparaturfall sichergestellt.

Musiklehranstalten der Stadt Wien

Das Konservatorium der Stadt Wien, die 17 Wiener Bezirksmusikschulen und die Kindersingschule, zusammengefasst in den Musiklehranstalten der Stadt Wien, konnten auch im Berichtsjahr ihre Position in der Wiener Kultur- und Bildungsszene behaupten bzw. weiter festigen und so ihrem bildungs- und kulturpolitischen Auftrag nachkommen. Durch die teilweise Einbeziehung des Konservatoriums in das Universitäts-Studiengesetz besteht in vielen Bereichen eine Gleichstellung zur Universität für Musik und darstellende Kunst, was den StudentInnen wie dem Institut gleichermaßen eine Vielzahl von Vorteilen bringt.

Die Schülerbewegung ergab mit Stichtag 31. Oktober 1998 folgendes Bild:

Konservatorium: 1.398 Studierende (nach Fächern), davon 413 Ausländer aus 49 Ländern. Die Musikschulen besuchten 4.394 SchülerInnen, die Kindersingschule 2.935. Die GesamtschülerInnenzahl der Musiklehranstalten betrug 8.727. Am Konservatorium wurden 86 Diplom- und 36 staatliche Lehrbefähigungsprüfungen sowie 18 Lehrgangsprüfungen in Ensembleleitung mit Erfolg abgelegt. Besonders erfreulich war die steigende Anzahl an musikinteressierten Kindern an der Kindersingschule.

Ein wesentlicher Bestandteil der Ausbildungsprogramme an den Musiklehranstalten sind die öffentlichen Veranstaltungen, in denen sich Studierende und SchülerInnen einem Publikum stellen müssen. Beim traditionellen Chor-Orchesterkonzert des Konservatoriums im Großen Musikvereinssaal traten Direktor Gerhard Track, Roland Batik und Prof. Reinhard Schwarz als Dirigenten vor das Publikum. Das „Festliche Singen" der Kindersingschule im Konzerthaus stand wieder unter der Leitung von Prof. Otto Partmann.

Verschiedenste Aktivitäten wie etwa die Abhaltung von Workshops für mehrere Abteilungen des Konservatoriums, unter anderem mit dem Chefdirigenten der Wiener Symphoniker, Vladimir Fedosejew, dem musikalischen Leiter der Tölzer Sängerknaben, Prof. Gerhard Schmidt-Gaden (Stimmbildung für Kinder), und dem Weltstar Michael Heltau (Chanson), ergänzten den praxisorientierten Unterricht.

In Zusammenarbeit mit dem Verein der Freunde der Musiklehranstalten der Stadt Wien haben Klangkörper, Ensembles und Abteilungen eine Vielzahl von Darbietungen für die Wiener Schuljugend im Rahmen der Aktion „Mu-

sik hören - Musik verstehen" bestritten.

Vom Veranstaltungsreferat des Konservatoriums wurden im Berichtsjahr 349 Konzerte und Aufführungen in den eigenen oder in repräsentativen angemieteten Konzertsälen organisiert. In diesen öffentlichen Vortragsabenden der einzelnen Klassen und Abteilungen, die im Lehrplan vorgeschrieben sind, wurden immer wieder sowohl der hohe Ausbildungsstand als auch die ausgezeichnete Qualität des gebotenen Unterrichts von SchülerInnen und Studierenden der Musiklehranstalten eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

Beträchtlichen Erfolg hatten die Inszenierungen der Schauspielabteilung „Die Kolonie" (Marivaux)/„Die lächerlichen Schwärmerinnen" (Molière), „Spitzen und Splitter aus gültigen Zeiten", eine Collage von Kabarettszenen, sowie die „Eisenbahn-Trilogie" (Turrini). Die Aufführungen „Working" (Schwartz)/„Partner" (Uwira) und „Im Weißen Rössl" (Benatzky) der Abteilung für musikalisches Unterhaltungstheater zeigten ebenso wie die der Opernabteilung mit „Schwester Angelica" (Puccini)/„Die Kluge" (Orff) und des Operettenlehrgangs mit „Eine Nacht in Venedig" (Strauß) einmal mehr die Vielseitigkeit und das hohe Ausbildungsniveau am Konservatorium. Für diese öffentlichen Aufführungen gab es Ermäßigungen von S 30 auf den Eintrittspreis für PensionistInnen, Jugendgruppen und StudentInnen.

Veranstaltungssäle und Unterrichtsräume des Konservatoriums wurden, wie etwa zur Abhaltung der Wiener Meisterkurse oder für einen Akkordeonwettbewerb des Verbands der Amateurmusiker und -vereine Österreichs (VAMÖ), gegen Entgelt zur Verfügung gestellt.

Modeschule Hetzendorf

Vom 18. bis zum 29. Juni 1998 fanden die alljährlichen, bereits zur Wiener Tradition gewordenen Modeschauen der Modeschule der Stadt Wien im Schlosspark Hetzendorf - wieder unter einem Zeltdach - statt.

Die Kollektion war diesmal besonders erfolgreich, was sich an dem außergewöhnlich großen BesucherInnenandrang ablesen ließ.

Im Jänner konnten in „Grete Laskas Gang-Galerie" Grafiken, Werkstücke und Modelle gezeigt werden. Und anlässlich einer Tagung der Marketingabteilung eines namhaften österreichischen Ladenbau- und Geschäftseinrichtungsherstellers wurde eine Modeschau präsentiert.

Von den Beteiligungen an verschiedenen Ausstellungen seien vor allem die Präsentation in einem eigenen Stand auf der Studien- und Berufsinformationsmesse im Frühjahr 1998 sowie bei „Sachen zum Tragen" im Museum für Volkskunde erwähnt. Exponate wurden zudem bei der „NÖ Landesausstellung" in Kirchstetten dargeboten.

Am Spittelberg erfolgte eine Verkaufsausstellung von SchülerInnenarbeiten im Rahmen des Weihnachtsmarkts.

Was die Mitwirkung an diversen zum Teil weltweit ausgeschriebenen Wettbewerben anbelangt, standen Beteiligungen an der IMOTA (Internationale Modetage Wien in der Orangerie Schönbrunn), an der MITTELMODA (in Gorizia/Italien) sowie am WFC (World Fashion Contest in Gifu/Japan) im Vordergrund.

Sehr erfolgreich gestaltete sich auch der schulinterne Wettbewerb „Krawatten", bei dem Anerkennungspreise der Stadt Wien vergeben wurden.

Abgesehen von derartigen Aktivitäten wurde die Homepage der Modeschule im World Wide Web grafisch komplett umgestaltet.

Die im Jahr 1997 begonnenen Restaurierungsarbeiten der Festräume konnten im Berichtsjahr weitergeführt werden. So wurde z.B. der Blaue Salon fertig gestellt. Zwei weitere (Spiegelgalerie, Gelber Salon) waren zu Jahresende praktisch vollendet.

Sicherheitsgründe machten die Erneuerung der Hauptstromzuleitung des Schlossgebäudes unumgänglich, was umfangreiche Arbeiten an Nebengebäuden und Freiflächen zur Folge hatte.

Die Arbeiten in der Schlosskirche wurden weitestgehend fertig gestellt; die Schäden an den Bildern erwiesen sich jedoch größer als angenommen, sodass die Anlieferung aus den Restaurationswerkstätten des Bundesdenkmalamts erst 1999 erfolgen wird.

Dank zusätzlich genehmigter Finanzmittel konnten im zweiten Halbjahr einige notwendige Investitionsvorhaben in den Maschinenpark der Schule realisiert werden. Insbesondere sei hier auf den Ankauf von 3 computergesteuerten Flachstrickmaschinen, eines Computergrafiksystems (6 Arbeitsplätze) und diverser Spezialnähmaschinen hingewiesen.

Mit den Anschaffungen gingen dafür notwendige umfangreiche Bau- und Installationsmaßnahmen einher. In diesem Zusammenhang genannt werden müssen hauptsächlich die Kompletterneuerung der Installation in der Strickklasse und die Kompletterneuerung eines LehrerInnenzimmers. Der diesbezügliche Gesamtaufwand betrug rund S 9,500.000, worin jedoch auch Zuschüsse aus dem Altstadterhaltungsfonds enthalten sind.

Die Anzahl der SchülerInnen an der Modeschule Hetzendorf betrug im Jänner ebenso wie im Dezember 142. Hiervon stammten 78 (55 Prozent) aus Wien, 34 (24 Prozent) aus den Bundesländern und 30 (21 Prozent) aus dem Ausland.

Sportamt

Zu den wesentlichen Aufgaben des Sportamtes gehören die Baumaßnahmen auf dem Sportsektor und der Betrieb von Sportstätten. Das Investitionsprogramm in den von der Wiener Stadthalle-KIBA Betriebs- und Veranstaltungsgesellschaft m.b.H. im Wege eines Geschäftsführungsauftrages betriebenen Sportanlagen der Stadt Wien wird weiterhin schrittweise verwirklicht. Die 1997 begonnene Generalsanierung des Ferry-Dusika-Hallenstadions wurde 1998 fortgesetzt. Außerdem wurde das Wiener Stadionbad ab 1. Jänner 1998 in die Verwaltung der Abteilung übernommen. In einigen Fällen baut die Stadt Wien nicht selber, sondern unterstützt durch Subventionen den Neu- oder Umbau von Sportanlagen. So wurden dem ASKÖ-Landesverband Wien, der UNION und dem ASVÖ namhafte Subventionen für den Ausbau ihrer Verbandssportanlagen zur Verfügung gestellt. Das 1991 begonnene Sanierungsprogramm, das in Zusammenarbeit mit dem Wiener Fußballverband ausgearbeitet wurde, um die Wiener Fußballplätze in einen zeitgemäßen Zustand zu bringen, wurde auch 1998 fortgesetzt. Die Sanierungsarbeiten umfassten je nach Notwendigkeit die Sanierung des Rasenspielfeldes, die Errichtung von Kunstrasenfeldern oder die Neuerrichtung von Kabinengebäuden. Insgesamt wurden bisher 36 Sportanlagen fertig gestellt.

Auf Wunsch berät die Abteilung auch die Wiener Sportorganisationen bei der Durchführung von Bauvorhaben. Seit dem Beitritt Wiens zum Österreichischen Institut für Schul- und Sportstättenbau ergibt sich die Möglichkeit, in eine umfangreiche Sportdokumentation Einsicht zu nehmen, sodass durch Vereinheitlichung und Systemisierung bei der Errichtung von Sportbauten die Voraussetzung für eine intensive Beratung geschaffen werden konnte.

Die Gremien der Wiener Landessportorganisation (Wiener Landessportrat, Landessportpräsidium, Wiener Landessportfachrat und Fachausschuss) stellen eine geeignete Plattform für alle zur Lösung der Probleme des Wiener Sports erforderlichen Beratungen dar. Der Wiener Landessportrat verteilt die Subventionsmittel für die Fachverbände und den Leistungssport. Aus Mitteln der Leistungssportförderung wurde allen Vereinen, deren Mannschaften an in mehreren Phasen ausgetragenen gesamtösterreichischen Meisterschaften der beiden obersten Spielklassen teilnahmen, ein bestimmter Prozentsatz der Fahrtkosten rückvergütet, nämlich S 800.000. Den Teilnehmern an Europacupbewerben wurde rund ein Drittel der Fahrtkosten ersetzt - S 200.000 -, wobei die Höhe der Entschädigungen je nach der Entfernung gestaffelt war. Für die Förderung der Tätigkeit von Verbandstrainern, Nachwuchssportlern und Verwaltungsförderung der Fachverbände wurden 1998 S 2,500.000 aufgewendet.

Die Abteilung betrieb im Jahre 1998 17 Jugendspielplätze und 14 öffentlich zugängliche Ball- und Kleinkinderspielplätze, die den städtischen Schulen, Kindergärten und Horten sowie privaten Jugend-, Turn- und Sportorganisationen zur Benützung überlassen wurden. Die 10 von der Stadt Wien verwalteten Sporthallen wurden den Dach- und Fachverbänden wochentags für Trainingszwecke und an Wochenenden für den Meisterschaftsbetrieb zur Verfügung gestellt. Weitere 8 Spielplätze und 109 Sportanlagen wurden Wiener Sportorganisationen zur Verfügung gestellt. Die Sportanlagen in 10, Triester Straße, 10, Laxenburger Straße - Heuberggstättenstraße, 10, Franz-Koci-Straße, 10, Eibesbrunnergasse 16, Kendlerstraße 38, 16, Roterdstraße und 20, Lorenz-Müller-Gasse, werden von der Abteilung selbst geführt, ebenso das neuerrichtete Kanu- und Ruderzentrum auf der Donauinsel. Seit 1966 verfügt die Stadt Wien über einen Schlepplift in 14, Mauerbachstraße 172 (Hohe Wand-Wiese), der von den Wintersportlern sehr gerne benützt wird. Aufgrund des großen Interesses am Langlaufsport wurden von der Stadt Wien bei Schneelage im Prater ab Ecke Hauptallee-Kaiserstraße, auf der Sofienalpe ab Parkplatz Hotel Sofienalpe, auf der Donauinsel abwärts der Steinspornbrücke, auf den Steinhofgründen ab dem Eingang in das Erholungsgebiet und im Donaupark ab dem Donauturm Langlaufloipen präpariert und der Bevölkerung zur Verfügung gestellt.

Die städtischen Turnsäle, Schwimmhallen, Sporthallen, sowie die von der Wiener Stadthalle-KIBA Betriebs- und Veranstaltungsgesellschaft m.b.H. verwalteten Trainings- und Wettkampfanlagen werden den Sportorganisationen im Ausmaß von 10.183 Stunden pro Woche zur Verfügung gestellt. Diese Organisationen werden bei der Errichtung von Baulichkeiten und der Durchführung von Sportveranstaltungen durch die Gewährung namhafter Subventionen unterstützt und erhalten weitere Beihilfen für die Durchführung von Erhaltungs- sowie für die zum Betrieb notwendigen Verwaltungsmaßnahmen.

Mit den Jugendsportaktionen „Sportplatz der offenen Tür", „Jugendeislaufaktion", „Fahrt zum Schnee", „Spielschwimmen", „Talent-Leistungsschwimmen", „Talent-Spezial" und „Talent-Turnen" wird der direkte Kontakt zur Wiener Jugend gesucht.

Sehr gut angenommen wurde die vor allem für Hausfrauen gedachte Aktion „Frau und Sport in Wien". Sie findet an Vormittagen und frühen Nachmittagen statt, und das Angebot reicht von Tennis, Squash, Schwimmen u.v.a.m. bis hin zur Selbstverteidigung. Für die Kinder wird eine eigene Betreuung angeboten. Diese Aktionen wurden in Zusammenarbeit mit diversen Sportverbänden durchgeführt.

Die benötigten Anlagen wurden von der Stadt Wien zur Verfügung gestellt, oder zu bestimmten Terminen vermietet. Weiters wurden die organisatorischen Arbeiten, wie Anmeldung und Einteilung der Teilnehmer, vorgenommen und die Tätigkeit der eingesetzten Mitarbeiter (Sportlehrer und -studenten sowie Verbandstrainer) überwacht.

Die Aufgaben und Tätigkeiten des Sportamtes umfassen eine breite Palette von Sportförderungsmaßnahmen direkter und indirekter Art und tragen beträchtlich zur Entwicklung des Wiener Sports bei.

Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien

Über das elektronische Informationsnetz (OTS) der Austria-Presseagentur (APA) gab die Rathaus-Korrespondenz 3.700 Meldungen durch. Die gedruckte Ausgabe der Rathaus-Korrespondenz (RK) mit einer Auflage von täglich rund 900 Stück umfasste 3.429 Seiten. Das Nachrichtenmaterial gliedert sich in Meldungen aus den Bereichen Kommunal- und Lokalgeschehen, Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Übermittelt wurden Nachrichten an sämtliche Wiener Tageszeitungen, an Hörfunk und Fernsehen, den Wiener Kabel Text, an Wochen- und Monatszeitungen sowie an andere Institutionen und Personen. Die Rathaus-Korrespondenz wird auf elektronischem Weg den Usern im Bereich der Stadt Wien zur Verfügung gestellt und trägt damit wesentlich zu einer Verbesserung des Informationsflusses innerhalb der Stadtverwaltung bei. Seit 1995 wird die RK ebenso wie Pressespiegel und Auslandspressespiegel mit Volltextsuche auch im Internet über die Wien Online-Homepage angeboten.

Für die aktuellen Lokalmeldungen der Rathaus-Korrespondenz ist die Stammredaktion zuständig. Der Dienst habende Redakteur der Rathaus-Korrespondenz ist werktags von 7.30 bis 19 Uhr erreichbar, samstags von 10 bis 17 Uhr; sonntags ist die Redaktion von 12 bis 17 Uhr besetzt. In der übrigen Zeit steht ein Anrufbeantworter zur Verfügung. Das Nachrichtenmaterial aus den Geschäftsbereichen der Stadt Wien wird vor allem von den PressereferentInnen des Bürgermeisters und der Amtsführenden Stadträte erstellt, über die ein Großteil der Kontakte zwischen Stadtverwaltung und Medien abläuft. Im Jahr 1998 wurden vom PID 299 Pressekonferenzen veranstaltet. Für diesen Zweck wurden jeweils Presseinformationen, fallweise aber auch Fotos, Zeichnungen und Pläne ausgearbeitet. Darüber hinaus wurden 656 Fototermine wahrgenommen. Das Pressegespräch des Bürgermeisters findet jeden Dienstag nach der Sitzung des Stadtsenats im Steinsaal des Wiener Rathauses statt. Zusätzlich waren 420 kommunal relevante Pressekonferenzen, die von den politischen Parteien und anderen Institutionen abgehalten wurden, von RedakteurInnen des PID wahrzunehmen. Zweiwöchentlich wurde eine Zusammenfassung der Meldungen der Rathaus-Korrespondenz erstellt. Diese „RK-intern" wurde in rund 2.300 Exemplaren vom PID gedruckt. Zu bestimmten Themen erschienen insgesamt 35 „RK-Spezial" mit ausführlichen Hintergrundinformationen, darunter wie folgt:

„Vor 45 Jahren in der RK - Jänner - Dezember 1953", „Wien personell und organisatorisch", „Wiener Kulturkalender 1998", „Wien auf dem Weg zur Klimamusterstadt", „Energie als Dienstleistung", „Wiener Lärmbericht 1997", „EU-Ratspräsidentschaft 1998", („The City of Vienna and the Austrian Presidency of the European Union 1998"), „1848 - Revolution in Wien - Eine Veranstaltungsreihe der Wiener Vorlesungen", „Verkehrswirksame Baustellen im Bundesstraßennetz und Gemeindehauptstraßennetz 1998", „Wahlservice: Ergebnisse der beiden Wahlgänge der Bundespräsidentenwahl 1992", „Das Europa-Symposion der Wiener Vorlesungen und der Ringturmgespräche - Europa neu denken", „Frauenbericht 1997", „Internationales Presseecho auf die Wiener Festwochen 1998", „Kommunal - International - Nachrichten aus Prag, Bratislava, Budapest und Ljubljana", „Der Wiener Integrationsfonds (WIF)", „Der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1999", „Organisationsanalyse im Magistrat der Stadt Wien", „Zwei Jahre ÖVP in der Wiener Stadtregierung".

Die Erstellung von EDV-gestützten Indizes der Rathaus-Korrespondenz wurde fortgesetzt. Derzeit liegen die Jahrgänge 1945 bis 1953 und 1985 bis 1998 vor.

Insgesamt wurden Periodika, Flugblätter und Presseinformationen in einer Auflagenhöhe von 6,500.000 Stück in der PID-eigenen Setzerei und Druckerei hergestellt.

Mit Beginn bzw. im Laufe des Jahres 1998 wurde der Pressespiegel, der elektronisch magistratsintern bzw. über Internet auch -extern mit Volltextsuche zur Verfügung gestellt wird, reformiert und den gestiegenen Bedürfnissen angepasst. Es werden die in Wien erscheinenden und vertriebenen Tageszeitungen ausgewertet, und zwar am Erscheinungstag „Kurier", „Die Presse", „Kronen Zeitung", „Der Standard", „Salzburger Nachrichten", „täglich Alles" und „Wirtschaftsblatt" sowie „Wiener Zeitung"; weiters jetzt ebenfalls bereits im Laufe des Erscheinungstages auch „profil", „Format", „Falter", „Die ganze Woche", „News", „Die Furche", „Neue Freie Zeitung", „Wiener", „Wienerin" und „trend". Die bisher beobachteten Bundesländer-Zeitungen wurden dagegen wegen des geringen Anteils spezifischer Wien-Berichte sowie wegen geringer Nachfrage aus dem Pressespiegel genommen, stehen aber bei Bedarf im Handarchiv des PID für den magistratsinternen Gebrauch zur Verfügung.

Die Beobachtung der audiovisuellen Medien für den Pressespiegel wurde der geänderten medialen Situation angepasst und umfasst nun folgende Sendungen: Treffpunkt Wien, Wien heute (Samstag, Sonn- und Feiertag Österreich heute), ZiB 19.30, ZiB 2, ZiB 3, Der Report sowie Wien 1 aktuell, Standard-Wirtschaft und WIENReport. Im ORF-Hörfunkbereich werden die Stadtjournale von Radio Wien um 12.30 und um 16.30 Uhr ausgewertet.

Mitgeschnitten - und bei Bedarf Interessenten für den Dienstgebrauch zur Verfügung gestellt - wurden u.a. die Sendungen „Morgenjournal", „Mittagsjournal", „Abendjournal", Ausschnitte aus dem „Wiener Stadtradio" (9 bis 19 Uhr), sowie „Die Kulturwoche", „Fremde Heimat", „Pressestunde", „Europa-Studio", „Schilling", „thema", „help-TV", „Vera", „Am Schauplatz", „Treffpunkt Kultur", „Der Report", „Konflikte", „Willkommen Österreich", „Seitenblicke", „Zur Sache", „Mini-ZiB" sowie „Menschen".

Ziel des Auslandspressespiegels ist es, über das Auffinden von Wien-Berichten in ausländischen Medien hinaus vor allem den interessierten Stellen im Magistrat Hintergrundberichte, internationale Trends und Neuheiten aus ihrem Arbeitsbereich anzubieten.

Das Angebot des Auslandspressespiegels umfasst die Auswertung von 36 Tageszeitungen aus Deutschland (Süddeutsche Zeitung, Die Welt am Sonntag, Die Welt, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, Han-

delsblatt, Berliner Zeitung, Berliner Morgenpost, Hamburger Morgenpost, taz, Frankfurter Neue Presse, Hamburger Abendblatt, Kölnische Rundschau, Main Post, Passauer Neue Presse, Stuttgarter Zeitung), der Schweiz (Neue Zürcher Zeitung), Frankreich (Le Monde, Liberation, Le Figaro), Spanien (El Pais), Belgien (Le Soir), Italien (Corriere della Sera), Großbritannien (The Times, The Guardian, Independent, Daily Mail), Irland (The Irish Times), Schottland (The Scotsman), Japan (Asahi Shimbun), Skandinavien (Politiken, Dagens Nyheter) und den USA (International Herald Tribune, The Financial Times, Wall Street Journal, The New York Times) sowie 15 Wochenzeitungen aus Deutschland (Die Zeit, Wirtschaftswoche, Woche, Focus, Spiegel, Der Journalist), der Schweiz (Weltwoche), Großbritannien (European, Observer), Tschechien (Prager Zeitung), Ungarn (Pester Lloyd) und den USA (Time, Newsweek, Economist, New Yorker).

Der Auslandspressespiegel wird täglich auf elektronischem Weg sowohl magistratsintern als auch über das Internet mit Volltextsuche und e-mail-Bestellmöglichkeit angeboten.

Mittels der jeder Kurzfassung nachgestellten Nummer kann jeder Artikel über e-mail oder Fax im Volltext kopiert bestellt werden.

Über Internet und IBS wurden von 1998 insgesamt aufbereiteten 12.684 Artikeln 12.122 auch in Originalkopie bestellt und zur Verfügung gestellt.

Im Handarchiv des PID wurden Zeitungsausschnitte und andere Publikationen von einem Beamten des Wiener Stadt- und Landesarchivs nach Schlagworten archiviert.

Mehr als eineinhalb Millionen Seitenzugriffe pro Monat: Das ist die stolze Bilanz von wien.online, des Webservices der Stadt Wien. Die Internet-Adresse http://www.magwien.gv.at/ hat sich seit dem Eintritt der Stadt Wien ins weltweite Netz zum Synonym für klare, übersichtliche, gut strukturierte Informationen im World Wide Web entwickelt und hat - wie aus ungezählten und positivem Medienecho Mails abzulesen - im In- und Ausland Anerkennung gefunden. Der Umfang dieses Dienstes hat sich seit dem Sommer 1995, als Wien den Schritt in dieses neue Medium unternahm, auf das Hundertfache vergrößert (wobei hier der umfangreiche aktuelle und Archivdienst der Rathaus-Korrespondenz mit rund 15.000 Seiten und der tägliche Pressespiegel noch gar nicht berücksichtigt sind). Die Zahl der Zugriffe auf die wien.online-Serversysteme ist auf mehr als das Zweitausendfache gestiegen. Mehr als 20 Datenbanken (von der Adressensuche über die Suche in den Beständen der städtischen Büchereien bis zum aktuellen Angebot an geförderten Wohnungen) runden das Angebot ab.

So ist für viele Internet-UserInnen der Klick auf die HomePage von wien.online bei der Suche nach Informationen schon zur Selbstverständlichkeit geworden, und auch die Zugriffe aus dem Ausland lassen darauf schließen, dass sich wien.online als Informationsmedium mit Dienstleistungen aus der ganzen Stadt gut etablieren konnte. wien.online versteht sich natürlich in erster Linie als elektronische Übersicht über die Dienstleistungen der Stadtverwaltung mit einem der Ziele, Behördenwege zu verkürzen oder überhaupt entbehrlich zu machen. Deshalb wird der Behördenführer - teilweise auch in Kooperation mit dem verwandten Dienst des Bundes - nachdrücklich ausgebaut, und wo immer es zweckmäßig und möglich ist, werden notwendige Formulare und andere Dienste (zum Beispiel CAD-Richtlinien und Berechnungsgrundlagen für das Bauwesen) direkt zum Downloaden im Internet angeboten. Wesentlicher Angelpunkt der Präsenz Wiens im World Wibe Web ist die elektronische Erreichbarkeit des jeweils zuständigen Ansprechpartners von jeder einzelnen wien.online-Seite aus.

Zum anderen sieht sich wien.online aber auch als Schaufenster zu vielen Dingen, die die Stadt Wien zu bieten hat. Deshalb sind viele hundert Links zu anderen Behörden, Institutionen und anderen relevanten HomePages eingerichtet, und es werden fast täglich mehr Links, die das elektronische Abbild der Stadt Wien abzurunden helfen.

Betrieb und Weiterentwicklung von wien.online sind ausdrücklich dezentral organisiert: Eine sehr kleine wien.online-Koordination beim Presse- und Informationsdienst konzipiert grafisches und strukturelles Erscheinungsbild sowie neue Inhalte und Weiterentwicklung des Dienstes, berät die einzelnen Fachdienststellen der Stadtverwaltung bei der Teilnahme an wien.online und ist auch für die Qualitätssicherung zuständig. Die Rechenzentren der MA 14, des Krankenanstaltenverbundes und verschiedener Spitäler, teilweise auch der Wiener Stadtwerke, sorgen für die technische Umsetzung. Die eigentlichen Inhalte werden größtenteils von den einzelnen Fachdienststellen produziert und gewartet, die dazu am besten in der Lage sind, weil sie die notwendigen Informationen aus erster Hand besitzen. Über die wien.online-Koordination werden diese Inhalte für die Veröffentlichung freigegeben und parallel dazu in geeigneter Form bekannt gemacht.

Das Jahr 1998 war eine wichtige Zäsur für wien.online: Nach umfangreichen Vorarbeiten und der Einbeziehung externer Usability- und Grafik-Experten erlebte der Wiener Webdienst ein umfassendes Relaunch, sowohl hinsichtlich des äußeren Erscheinungsbildes als auch hinsichtlich klarer und übersichtlicher Zugänge zu den Informationen. Neu ist auch eine vereinheitlichte Navigation und Suchmöglichkeit, die von jeder einzelnen wien.online-Seite aufgerufen werden kann. Die Realisierung dieses Vorhabens erforderte die teilweise automatisierte Umstellung aller zu dieser Zeit bestandenen Seiten sowie die Festlegung der neuen Standards in einem Handbuch, das allen Fachdienststellen, die in wien.online publizieren, zur Verfügung gestellt wird.

Schulungen zum Thema „Öffentlichkeitsarbeit": Mit 1. April 1998 nahmen österreichweit rund 50 Privatradiosender den Betrieb auf. Alleine in Wien gingen vier Sender mit diesem Stichtag on air. Zwei weitere folgten im Laufe des Jahres. Um den MitarbeiterInnen der Stadt Wien bzw. der Wiener Stadtwerke die Möglichkeit zu geben, sich rechtzeitig auf die neue Situation einzustellen, veranstaltete die Abteilung in Abstimmung mit der MD-Verwaltungsakademie im März 1998 zwölf eintägige Medienseminare. Dabei wurden insgesamt 124 MitarbeiterIn-

nen (Magistrat: 72, Stadtwerke: 50) umfassend über die Privatradioszene bzw. deren Arbeitsweise informiert. Außerdem gab es intensive Praxisübungen vor dem Mikrofon und vor der Kamera.

Im weiteren Jahresverlauf wurden in Zusammenarbeit mit der MD-Verwaltungsakademie fünf halbtägige Mediaseminare für 30 Mitarbeiter der Bürgerdienst-Außenstellen bzw. der neu gegründeten MA 20 - Fremdenrechtliche Angelegenheiten abgehalten. Der Schwerpunkt dabei: Praxisübungen.

Im Rahmen der Newcomerschulung der MD-VA hielt der PID insgesamt zehn Einführungsseminare zum Thema „Stadtmarketing" ab. Dabei wurden insgesamt 250 neue Magistratsmitarbeiter mit der Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Wien vertraut gemacht. Im Anschluss an diese Kurzeinführungen fanden Stadtrundfahrten statt.

Von „Wien aktuell", dem Journal für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, erschienen im Jahre 1998 21 Ausgaben mit je 24 Seiten.

Vom „Amtsblatt der Stadt Wien" erschienen in einer Auflage von rund 6.500 Stück 52 Nummern mit insgesamt 2.748 Seiten.

Vom „Landesgesetzblatt für Wien" wurden im Jahr 1998 insgesamt 63 Stück mit 314 Seiten herausgegeben.

„Unsere Wiener Hauswandzeitung" erschien im Jahr 1998 in zwölf verschiedenen Ausgaben.

Mit 1. Jänner 1998 wurden im Rahmen der Dezentralisierung die Aufgaben und Kompetenzen der Bezirke deutlich ausgeweitet. Unter diese Ausweitung fallen auch Tätigkeitsbereiche der Abteilung. Unter dem Titel „Öffentlichkeitsarbeit im Interesse des Bezirks" wurde 1998 im Presse- und Informationsdienst die Aufgabenstellung der erweiterten Dezentralisierung realisiert. Der Gesamtumfang der zu setzenden Werbemaßnahmen und PR-Strategien ist somit wesentlich erweitert und im Sinne der Information möglichst weiter Kreise der jeweiligen Bezirksbevölkerung zu zahlreichen bezirksrelevanten Themen durchzuführen.

Die Arbeitsgruppe für dezentrale Öffentlichkeitsarbeit in der Abteilung hat im Jahre 1998 neben zahlreichen Beratungsgesprächen und aufwändigen administrativen Vorarbeiten 91 Projekte durchgeführt.

Die Aufgabenstellung der „Öffentlichkeitsarbeit im Interesse des Bezirkes" umfasst folgende Bereiche der klassischen Werbung, Direktwerbung und Public relations:

- Redaktion, Herstellung und Druck von Printprodukten (z.B. Broschüre „Parks in Währing", Mailing „Gumpendorfer Straße", Folder „Nahversorgung")
- Herstellung und Verteilung von Flugblättern
- Schaltung von klassischen Inseratensujets und PR-Strecken (z.B. Vorstellung der Bezirksvorstehung und der Bezirksmandatare)
- Kooperation im Bereich Film, Funk, Fernsehen (z.B. Advent-Aktion „Antenne Wien")
- Ausrichten von Bürgerversammlungen
- Werbliche Maßnahmen für Informationsveranstaltungen und Vermittlung von Begleitprogrammen wie Moderatoren, Musikkapellen usw. (z.B. „Hernals lernt helfen", zahlreiche Parkeröffnungen)
- Bestellung des notwendigen Equipments für Informationsveranstaltungen inklusive Auf- und Abbau
- Ausrichten von Ausstellungen mit bezirksrelevanten Themenstellungen (z.B. „Kündigungsgrund Nichtarier", „Grüner Prater")
- Bereitstellung von Werbegaben

Im Bereich der „Öffentlichkeitsarbeit im Interesse des Bezirkes" liegt die Budgethoheit bei den Bezirken; daraus ergeben sich auch die Aufgabenstellungen der Voranschlagserstellung, des Rechnungsabschlusses, der Kreditgenehmigungen, der Vergabeanträge, der Kalkulationen, der Offerteinholungen, der Budget-Evidenz und eine Vielzahl allgemeiner Verwaltungstätigkeiten im Bereich der erweiterten Dezentralisierung.

Im Jahr 1998 wurden zahlreiche Veranstaltungen und Ausstellungen durch den Presse- und Informationsdienst organisiert und durchgeführt.

In den Bereich der Groß-Events fallen zum Beispiel das „Filmfestival auf dem Rathausplatz", der „Wiener Stadtsilvester", der „Empfang der Olympiasportler" und der „Kinderverkehrssicherheitstag", aber auch Veranstaltungsreihen wie die „Konsumententage 1998", das Bäder-Animationsprogramm „Club Nixe" oder die „Wiener Tierschutztage".

Darüber hinaus kann man, sowohl vom Aufwand als auch von den Budgetmitteln her, von 17 größeren und 30 Kleinveranstaltungen sprechen. Zur ersten Kategorie zählen zum Beispiel diverse Bäder-Jubiläumsfeste, die „Volleyball-EC-Gala" und die Festveranstaltung „125 Jahre Wiener Hochquellwasserleitung". In den Bereich der Kleinveranstaltungen fallen kleinere Ausstellungen wie „U1-die 3. Bauphase", „Medien im Krieg" und „Kinder im Krieg" ebenso wie diverse Schuleröffnungen (z.B. Aspernallee), Festakte (z.B. Lebensbaumkreis Himmelwiese) und Informationsstände im Rahmen von anderen Veranstaltungen (z.B. Wiener Hundetag).

1998 wurden u.a. zu folgenden Themen Broschüren und Folder sowie Plakate und/oder Kleber herausgegeben bzw. produziert:

„5. Wiener Faschingsumzug", „Eine Stadtverwaltung ins Jahr 2000-Berufsmesse", „Steig ein auf Wien", „Wenn Steine sprechen" (Deutsch und Englisch), „Hilfe für Suchtkranke und Prävention", „Leitfaden für die Wien-Aktion", „Filmfestival", „Revolution in Europa", „Viennalive", „Datenblätter für Geschäftsgruppen", „Kleingartenpreis der Stadt Wien", „Sichere Straßen für unsere Kids", „Lese-Freude für Freunde", „Event-Compass" (Neuauflage), „Die Wiener Staatsoper im Sommer", „Euro-Silvester 98/99".

Folgende Printprodukte wurden für andere Dienststellen produziert:

„Wohnungsanzeiger", „Wiener Wohnen - aktuell", „Treffpunkt Kanaldeckel" (Nachdruck), „Eltern werden - Eltern sein", „Benutzungsrecht rechtzeitig verlängern", „Freizeitparadies Donauinsel", „Lainzer Tiergarten", „Ich mag ELF", „Gemeinsam für weniger Mist", „Vergiss Rio. I foahr Radl in Wien", „Nationalpark Donauauen", „Naturlehrpfad Obere Lobau" (Neuauflage), „Essen und Trinken" (Neuauflage), „Club Nixe", „Viel Freude mit Hund, Katz & Co", „Wiener Umweltmeile", „125 Jahre Hochquellwasser", „Verbindungen mit Zukunft", „Lebensmittelberatung", „Junge WienerInnen für 14-Jährige", „Junge WienerInnen für 18-Jährige", „Auf den Spuren des dritten Mannes" (Deutsch, Englisch, Italienisch), „Kinderbedürfnisse", „Kindertelefon", „Befragung Gumpendorfer Straße", „Klimaschutz", „Planung und Zukunft", „Willkommen in der Krippe", „Was tun im Notfall?", „Kinder lesen gern", „Wir schau`n drauf", „Was tun, wenn die Sirenen heulen", „Dieses Auto hat die falschen Reifen", „Sabberlot...jetzt Schutzimpfen", „Zehn Tipps zur Verpackung", „Sicher fühle ich mich wohl in Wien", „Frauennotruf", „Soforthilfe für vergewaltigte Frauen und Mädchen", „Essstörungen", „Gesundheit hat ein Geschlecht", „Nehmen Sie uns beim Wort".

Stadteinfahrtstafeln wurden zu den nachstehenden Themen erstellt:

„Schani und Garten", „Servus in Europas Hauptstadt Wien", „Johann Strauß".

Im Jahr 1998 wurden vom Lager- und Versandbüro des Presse- und Informationsdienstes rund 73.000 Broschüren, Zeitschriften, Plakate und Bücher versandt. Diese Druckwerke wurden in erster Linie über „Unser Wien", Telefonanrufbeantworter und Internet bestellt.

Für die Veranstaltungen und Ausstellungen des Presse- und Informationsdienstes sowie für magistratsbezogene Aktionen erfolgte auch 1998 eine lagermäßige Betreuung mittels Ausgabe und Rücknahme des Veranstaltungsmaterials in den verschiedenen Lagern des PID.

Die Postwurfsendung „Unser Wien" erschien 1998 20-mal, wobei zu diversen Themen (zum Teil auf Kosten anderer MAs) wie „Fasching", „Müllproblematik", „Multimediaprojekte der Stadt Wien", „Alles rund ums Obst und Gemüse aus Wien", „Bundespräsidentenwahl", „Gentechnik", „Naturschutz", „Alles rund um Kind und Familie", „Klangbogen Wien", „Baden und Freizeit in Wien", „Tierschutz", „Sommer-Openair-Events", „Müllvermeidung", „Zukunft in Wien", „Zivilschutz", „Gesunde Stadt", „Winterdienst", „EU-Ratspräsidentschaft", „Frauen", „Jahreswechsel" Beilagen sowie zum Thema „Müllvermeidung", „Klimaschutz", „Bürgerdienst" jeweils Sonderhefte produziert wurden.

Bei 71 Gewinnspielen in der Zeitschrift „Unser Wien" wurden rund 173.000 Einsendungen gezählt.

Im Jahr 1998 wurden vom PID knapp über tausend Inserate und PR-Artikel in rund dreihundert Tages-, Wochen- und Monatszeitungen sowie in diversen unregelmäßig erscheinenden Publikationen veröffentlicht.

Durch diese Inserate wurden Service- bzw. Freizeiteinrichtungen der Stadt Wien beworben, sie thematisierten aber auch spezielle Anliegen diverser Ressorts wie Wirtschaft, Verkehr, Kultur, Frauenfragen, Planung u.a. Konkrete Ankündigungen erschienen zu den Großveranstaltungen „Filmfestival auf dem Rathausplatz", „Jahreswechsel 1998/99", „Bike-City", „Club Nixe" und zu den „Tierschutztagen". Informationskampagnen wurden unter anderem zu den Themenbereichen „Bundespräsidentenwahl", „Kanal", „Wasser", „Wiener Büchereien", „Frauennotruf", „EU-Ratspräsidentschaft", „Klima- und Naturschutz", „Impfen" und „Essstörungen" sowie zu einigen Aufgabenstellungen der MA 48 abgewickelt. Besonders hervorzuheben ist die während des gesamten Jahres durchgeführte Müllvermeidungskampagne der MA 48.

Für die allgemeine Personalsuche der Stadt Wien und fachspezifische Postenausschreibungen des Krankenanstaltenverbundes wurden gezielte Einzelinserate in Tageszeitungen und Fachmagazinen geschaltet.

Überdies wurde durch eine Reihe von Aktivitäten Wien-Imagewerbung in In- und Ausland betrieben. Besonders hervorzuheben wären die Veranstaltungen „Wiener Eistraum", die „Wien-Corner" im Rahmen der Kampagne „City Marketing", „Wien an der Seine" und Christmas in Vienna sowie die Wien-Beiträge in der Sendereihe „Hello Austria - Hello Vienna".

Wien im TV-Wetterpanorama - seit 15. Juli 1998 live vom Burgtheater. Als lebendige Kulturmetropole präsentiert sich die Bundes- und Landeshauptstadt Wien seit dem 15. Juli 1998 im Wetterpanorama, das täglich in ORF 2, 3sat und TW 1, dem neuen Tourismus- und Wetterkanal, ausgestrahlt wird.

Nach eingehender Prüfung hat der Presse- und Informationsdienst das Burgtheater als optimalen Standort für die Wiener Panoramakamera ausgewählt: Historische Bauten wie das Rathaus, das Parlament über die Ringstraße und den Volksgarten bis hin zur imperialen Hofburg werden in einem Rundschwenk erfasst. Die Live-Kamera gibt zudem Auskunft über die aktuelle Wettersituation (u.a. Temperatur, Luftfeuchtigkeit, Windgeschwindigkeit und -richtung) direkt vom Standort der Kamera.

Mehr als 4,4 Millionen Haushalte im deutschsprachigen Raum haben seit dem 15. Juli 1998 Gelegenheit, auch die Stadt Wien im Wetterpanorama zu sehen - terrestrisch, über Kabel oder via Satellit. Am Wetterpanorama beteiligen sich inzwischen mehr als 40 österreichische Gemeinden und Städte.

Das Wiener Filmbüro konnte auch 1998 wesentlich dazu beitragen, das Image der Bundeshauptstadt als Filmstadt zu fördern. Zahlreiche in- und ausländische Filmproduktionen nutzten das Service des Wiener Filmbüros speziell im Hinblick auf die Koordination der Dreharbeiten im Bereich der Wiener Stadtverwaltung.

430 Film- und Fernsehprojekte in- und ausländischer Produktionsfirmen und Fernsehstationen sowie der Filmakademie langten im Wiener Filmbüro ein. Dafür wurden Foto- und Drehgenehmigungen für über 450 Motive auf unbürokratischem, serviceorientiertem Weg erteilt. Im gesamten Stadtverwaltungsbereich wurden im vergangenen

Jahr 1.702 Motive eingereicht (MA 46 und Wiener Filmbüro).

Zu den nennenswertesten Fernsehproduktionen 1998 zählen: „Kommissar Rex", „Kaisermühlen Blues", „Medicopter 117", „Julia - die Bezirksrichterin", „Fever".

Erwähnenswerte Kinofilmproduktionen mit der Location Wien waren: „Drei Herren", „Die drei Posträuber", „Eine fast perfekte Hochzeit", „Nordrand".

Das Rundfahrtenbüro befasst sich mit der Abwicklung der Rundfahrten und Führungen „Modernes Wien". Im Jahre 1998 wurden 2.378 dieser mehrstündigen Touren und Fachführungen organisiert. Dabei konnten 77.204 Teilnehmer Wissenswertes über die Bundeshauptstadt Wien erfahren. Zur Hälfte handelt es sich bei den Gästen um SchülerInnen aus Wien und den übrigen Bundesländern. Im Zuge der Gruppenführungen für andere Interessierte wurden auch Sonder- und Fachführungen gestaltet. 92 Führungen wurden für Gäste aus dem Ausland fremdsprachig abgehalten. Im Rahmen der Aktion „Steig ein auf Wien" wurden 974 Einzelkarten für 10 Routen verkauft.

In das Aufgabengebiet des Referates Auslandsdienst fallen u.a. die Organisation der Wien-Bälle im Ausland, die im Auftrag der Stadt Wien von einer PR-Agentur eingerichteten Repräsentanzen in mittel/osteuropäischen Städten, die Betreuung der in Wien akkreditierten bzw. Wien besuchenden Auslandsjournalisten, der gesamte Themenkomplex Europa, der Übersetzungsdienst und die Betreuung von BesucherInnen bzw. die Organisation von diversen Fachbesuchergruppen.

In den Städten Praha, Bratislava, Budapest, Ljubljana, Zagreb, Beograd und Sarajevo bestehen Repräsentanzen. Diese Repräsentanzen sollen gute Kontakte zu den jeweiligen Stadtverwaltungen aufbauen, um allenfalls Projekte umzusetzen, aber auch Wien-PR vor Ort betreiben. Weiters wurden Besuchsdelegationen der jeweiligen Stadtverwaltungen betreut.

In großen Städten beteiligte sich der PID aus Imagegründen an einer Reihe von Wien-Bällen. In manchen Städten kam es zu einem gebündelten Auftreten mit Partnern: Wiener Wirtschaftsförderungsfonds, der Geschäftsgruppe Kultur und WIEN PRODUCTS (Schwerpunktdestinationen SD). Es wurde dadurch ein großes internationales Medienecho für Wien erzielt:

Mailand (24. 1., SD), New York (30.1.), Noordwijk/Den Haag (6.2., SD), Berlin (6.2.), München (6.2.), Ottawa (7.2.), Brüssel (13.2., SD), Athen (21.2.), Istanbul (28.2.), Hong Kong (8.5., SD), Peking (12.5., SD), Lissabon (6.6.), Prag (9.6., SD), Moskau (11.9., SD), Washington (26.9.), Boston (8.10., SD), Luxemburg (5.12.), Strassburg (5.12.), Zagreb (19.12.)

Neben diesen Imagemaßnahmen betreut der Auslandsdienst ein Wiener Radioprojekt, bei dem eine Kooperation mit Triest und Sarajevo sowie mit Radiostationen in Praha, Zagreb und Beograd angestrebt wird. Eine EU-Förderung für dieses Projekt ist dem Trägerverein Polycollege Stöbergasse gewährt worden.

Die Koordination der Aktivitäten der Stadt Wien anlässlich der EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 1998 wurde zum größten Teil vom Referat Auslandsdienst abgewickelt. Im Vorfeld des Gipfels wurden 35 internationale Journalisten nach Wien eingeladen, womit für Wien ein großes internationales Medienecho erzielt werden konnte. Weiters wurden EU-relevante Veranstaltungen der Stadt Wien (so z.B. die UCUE-Konferenz Anfang Oktober und das URBAN-Forum im November) medial betreut. Am EU-Gipfel selbst war die Stadt Wien durch einen eigenen Wien-Stand im Pressezentrum vertreten. Mit den Bundesdienststellen gab es in diesem Zusammenhang eine ausgezeichnete Zusammenarbeit.

Die Gesamtzahl der vom Übersetzungsdienst im Jahre 1998 bearbeiteten Geschäftsstücke (einschließlich Dokumentationen, Gesetzestexten und Konferenzunterlagen) sowie Dolmetsch- und Übersetzungsbeauftragungen betrug 2.125, wobei 38 Sprachbereiche vertreten waren. Die im Vergleich zum Vorjahr verminderte Anzahl ergab sich aus der Abgabe von Teilen des Übersetzungsmanagements an einzelne Abteilungen. Wie in den vergangenen Jahren sorgte der Übersetzungsdienst auch 1998 für Dolmetschleistungen bei Empfängen, Konferenzen, offiziellen Besuchen, Fachgesprächen usw.

Bürgerdienst

Der Bürgerdienst wurde 1998 in 268.567 Fällen von der Wiener Bevölkerung in Anspruch genommen, und zwar für Information, Beratung, zur Weiterleitung von Schadensmeldungen, und für Anliegen, die von „Kleinigkeiten" bis zu schwer wiegenden persönlichen Problemen reichen. Von diesen Bürgerkontakten entfielen 243.332, das sind rund 90 Prozent, auf Information und Beratung. Diese Hilfeleistungen konnten zumeist in Telefonaten oder persönlichen Gesprächen umgehend erledigt werden.

25.235-mal wurden Anliegen behandelt, die vom Bürgerdienst entgegengenommen, an die zuständigen Stellen weitergeleitet und bis zur Erledigung weiterverfolgt wurden. Bei diesen Anliegen handelte es sich vor allem um Probleme im Wohnbereich und um Probleme im Straßenbereich. 5.652 Fälle betrafen diverse Gebrechen, 4.734 Fälle Verunreinigungen im Straßen- und Wohnbereich, 2.487 Fälle Verkehrsprobleme, 1.425 Fälle verschiedene rechtliche Probleme. 1.528-mal wurden Straßenschäden gemeldet, 849 Meldungen betrafen in den Straßen abgestellte Fahrzeuge ohne Kennzeichen. Probleme betreffend Grünanlagen und Parks wurden 1.378-mal behandelt, Lärmprobleme 670-mal. Um Probleme mit Baustellen ging es in 531 Fällen, um Gerüche/Luftschadstoffe in 329 Fällen.

Die Stadtinformation verzeichnete 1998 122.613 Kundenkontakte:

79.054 Anfragen wurden telefonisch, 5.438 schriftlich gestellt, 38.121 Kunden wurden bei einem persönlichen Besuch in der Schmidt-Halle informiert.

9.791 Anrufe sind im Rahmen des „Telefon-Service" an Wochenenden und Feiertagen eingelangt. In 468 Führungen durch die Repräsentationsräume des Wiener Rathauses wurden 15.099 Personen (Schulklassen, Touristen und Gäste der Stadtverwaltung) die Geschichte des Hauses näher gebracht.

Auch die Betreuung der ausländischen Wien-Besucher wird immer umfangreicher und nimmt einen größeren Stellenwert als früher ein, daher wurden in den Sommermonaten Juli und August Ferialpraktikantinnen eingesetzt.

Sonderaktionen und Ausstellungen:

- Im Jänner konnte die Bevölkerung in den Rechnungsabschluss Einsicht nehmen. Wie alljährlich wurden kostenlose Zählkarten für eine große Faschingsveranstaltung ausgegeben.
- Während den Weihnachts-, Semester- und Sommerferien war der Ferienspielstand in der Stadtinformation untergebracht.
- Im Juni wurden kostenlose Zählkarten für das „Konzert der Nationen" im Rahmen des 19. Österreichischen Blasmusikfestes ausgegeben.
- Ein Probealarm aller Warn- und Alarmsysteme wurde am 3. Oktober durchgeführt. Unter Mithilfe der Bevölkerung wurden mit zusätzlich eingerichteten Telefonleitungen technische Probleme des Alarmsystems aufgezeigt.
- Anlässlich des 30-jährigen Bestehens veranstaltete die Stadtinformation am 10. Oktober in und rund um die neugestaltete Friedrich-Schmidt-Halle im Rathaus ein großes Familienfest. Dabei präsentierte sich die Stadtinformation im neuen Glanz und ihre MitarbeiterInnen in neuen schicken Dienstuniformen. Weiters wurde das Stadtinfo-Maskottchen „Theofil" und das neue Stadtinfo-Logo vorgestellt.
- Im November wurde der Entwurf zum Budgetvoranschlag zur Einsichtnahme in der Stadtinformation aufgelegt.
- Im November wurden kostenlose Zählkarten für das Finale des Seniorenquiz „Wer weiß gewinnt" ausgegeben.
- Vom 16. November bis 18. Dezember wurde die Ausstellung „Menschlichkeit kontra Schafott. Der Lebensweg der Helene Kafka - Schwester Maria Restituta" gezeitgt.
- Vom 9. bis 11. Dezember fand der Weihnachtsbasar des Österreichischen Hilfswerkes für Taubblinde und hochgradig Hör- und Sehbehinderte statt.

Die Friedrich-Schmidt-Halle wurde in der Zeit vom 29. Mai bis 11. September renoviert und umgestaltet. Während dieser Zeit war die Stadtinformation in Bürocontainern am Friedrich-Schmidt-Platz 1 an der Rückseite des Rathauses untergebracht.

Unter dem Motto „Wir sind immer dort, wo uns die Bürger brauchen" fungierten die drei Mobilbüros des Bürgerdienstes in Wohngebieten, an frequentierten Plätzen und bei Verkehrsknotenpunkten als mobile Anlaufstellen für Wünsche, Anliegen, Beschwerden und Informationen.

Zusätzlich zur eigentlichen Bürgerdiensttätigkeit wurden noch folgende Aktionen durchgeführt:

- „Rathausmänner unterwegs": In Zusammenarbeit mit dem mobilen Bürgerdienst der Magistratsdirektion - Hilfsmaßnahmen wurden Bezirke auf Missstände untersucht. Der mobile Bürgerdienst war in den Bezirken unterwegs und fahndete nach Unzukömmlichkeiten im Straßenbereich. Die Mobilbüros waren stationär im Einsatz und dienten als Anlaufstelle für Probleme im unmittelbaren Wohnbereich der Bürger. Schäden, die einer sofortigen Behebung bedurften, wurden per Funk an den mobilen Bürgerdienst zur Überprüfung übermittelt.
- Informationsveranstaltungen wurden in Zusammenarbeit mit dem Wiener Zivilschutzverband, insbesondere bei Schulen zur direkten Information von Schülern und Lehrern, durchgeführt, ebenso
- gemeinsame Informationsveranstaltungen mit der Servicestelle des Amtes für Jugend und Familie
- Teilnahme an Großveranstaltungen wie Donauinselfest, Feuerwehrfest, Global Village
- Teilnahme an Bezirksveranstaltungen
- Einsatz im Rahmen des Papstbesuches, Mithilfe bei der Organisation
- Information vor Ort über das EU-Projekt „URBAN"
- Information vor Ort über Baumfällungen an der Alten Donau
- Hilfeleistung bei Wohnhausbränden im 7. und 9. Bezirk
- Mithilfe bei Überprüfungen von LKW auf ihre Verkehrssicherheit vor Ort (auf der A 23).

Die Zentrale des Bürgerdienstes, die Außenstellen und die Mobilbüros wurden in 138.482 Fällen in Anspruch genommen. 2.812 Fälle entfielen auf die Bürgerdienstzentrale, 5.305 Fälle auf die Mobilbüros, 5.091 Fälle auf den Bürgerdienst für den 1. und 8. Bezirk, 7.320 Fälle auf den Bürgerdienst für den 2. und 20. Bezirk, 6.560 Fälle auf den Bürgerdienst für den 3. Bezirk, 6.819 Fälle auf den Bürgerdienst für den 4. und 5. Bezirk, 6.108 Fälle auf den Bürgerdienst für den 6. und 7. Bezirk, 7.167 Fälle auf den Bürgerdienst für den 9. Bezirk, 7.212 Fälle auf den Bürgerdienst für den 10. Bezirk, 4.697 Fälle auf den Bürgerdienst für den 11. Bezirk, 882 Fälle auf den Bürgerdienst für das Stadtentwicklungsgebiet Leberberg, 6.891 Fälle auf den Bürgerdienst für den 12. Bezirk, 8.723 Fälle auf den Bürgerdienst für den 13. und 14. Bezirk, 6.738 Fälle auf den Bürgerdienst für den 15. Bezirk, 5.941 Fälle auf den Bürgerdienst für den 16. Bezirk, 6.964 Fälle auf den Bürgerdienst für den 17. Bezirk, 6.843 Fälle auf den Bürgerdienst für den 18. Bezirk, 8.830 Fälle auf den Bürgerdienst für den 19. Bezirk, 9.450 Fälle auf den Bürgerdienst für

den 21. Bezirk, 1.551 Fälle auf den Bürgerdienst für das Stadtentwicklungsgebiet Brünner Straße, 10.365 Fälle auf den Bürgerdienst für den 22. Bezirk, 1.189 Fälle auf den Bürgerdienst Stadtentwicklungsgebiet Langobardenstraße, 5.024 Fälle auf den Bürgerdienst für den 23. Bezirk.

Mit Jahresende wurden die drei Bürgerdienststellen in den Stadtentwicklungsgebieten Wien 11, Leberberg, Wien 21, Brünner Straße, und Wien 22, Langobardenstraße, nach Erfüllung ihrer Funktion, für die dort Wohnenden während der Besiedelungsphase Auflaufstelle in unmittelbarer Nähe zu sein, geschlossen.

Im Bürger-Service-Zentrum Donaustadt wurden 1998 2.949 Anträge eingebracht, davon 1.351 auf Ausstellung eines Staatsbürgerschaftsnachweises und 1.164 auf Austritt aus einer Religionsgemeinschaft. Im Zusammenhang mit der Antragsentgegennahme wurden 4.523 Informations- und Beratungsgespräche geführt.

Städtische Schulverwaltung

Im Schuljahr 1997/98 wurden 369 öffentliche allgemein bildende Pflichtschulen mit 4.027 Klassen und 83.817 SchülerInnen geführt, und zwar 224 Volksschulen (2.373 Klassen und 52.498 SchülerInnen), 98 Hauptschulen (1.062 Klassen und 25.002 SchülerInnen), 41 Sonderschulen (492 Klassen und 4.221 SchülerInnen) und 6 Polytechnische Schulen (100 Klassen und 2.096 SchülerInnen).

In den 30 öffentlichen berufsbildenden Pflichtschulen wurden im Schuljahr 1997/98 732 Klassen mit 17.833 SchülerInnen, in den privaten Fachschulen der Stadt Wien 21 Klassen mit 560 SchülerInnen und in der Uhrmacherlehrwerkstätte der Stadt Wien 4 Klassen mit 40 SchülerInnen geführt.

Im Pädagogischen Institut der Stadt Wien wurden im Jahr 1998 44.631TeilnehmerInnen in 1.784 Veranstaltungen betreut.

Am 31. Dezember 1998 befanden sich 356 Gebäude in Verwaltung der Abteilung. Davon wurden 319 von allgemein bildenden Pflichtschulen, 17 von berufsbildenden Pflichtschulen, 3 von Fachschulen und ein Gebäude vom Pädagogischen Institut der Stadt Wien genutzt. 13 Gebäude dienten verschiedenen Zwecken und 3 Gebäude wurden dem Bund für Zwecke der allgemein bildenden höheren Schulen überlassen (Widmungsgebäude), in 23 teils städtischen, teils privaten Gebäuden waren für Zwecke der allgemein bildenden Pflichtschulen Räume gemietet.

Folgende Bauarbeiten für Neu-, Um- und Zubauten wurden 1998 durchgeführt:

Fertig gestellt wurden: ein Turnsaalzubau zur Volksschule 2, Aspernallee 5, ein 8-klassiger Zubau zur Volks- und Hauptschule 2, Kleine Sperlgasse 2a, sowie ein Turnsaalzubau, ein Dachgeschoßausbau in der Hauptschule 9, Glasergasse 8, ein 5-klassiger Zubau zur Volksschule 11, Wilhelm Kress Platz 32, sowie ein Gymnastikraumzubau, die Adaptierung des Traktes 12, Kobingergasse 7, für Volksschulzwecke, die Adaptierung des Gebäudes 20, Vorgartenstraße 50, zur Führung einer 9-klassigen Volksschule, die Aufstockung der Volksschule 20, Dietmayrgasse 3, sowie ein Gymnastikraumzubau, eine 12-klassige Hauptschule, ein Turnsaal und ein Gymnastikraum in 21, Rudolf-Schön-Weg 1/Peitlgasse, ein Turnsaalzubau zur Hauptsschule 21, Reisgasse 1, eine 9-klassige Volksschule mit Turnsaal in 22, Wagramer Straße 27, sowie ein 12-klassiger Zubau zur Hauptschule 23, Steinergasse 25.

In Bau befinden sich: ein 12-klassiger Zubau zur Hauptschule 10, Josef-Enslein-Platz 1 - 3, die Adaptierung des Gebäudes 11, Braunhubergasse 3 (Vordertrakt) für Volks- und Hauptschulzwecke, eine 9-klassige Volksschule und eine 12-klassige Polytechnische Schule mit 2 Turnsälen in 20, Stromstraße/Engerthstraße, eine 9-klassige Volksschule mit Turnsaal in 22, Donau City, eine 9-klassige Volksschule und eine 12-klassige Hauptschule mit 2 Turnsälen und einem Gymnastikraum in 22, Am Kaisermühlendamm, eine 13-klassige Volksschule in 22, Prandaugasse, mit Turnsaal sowie eine 12-klassige Hauptschule mit einem Turnsaal und einem Gymnastikraum in 23, Carlbergergasse.

Das Berufsschulgebäude 15, Kauergasse 3 - 5, wird für Hauptschulzwecke adaptiert. Die Volksschule 22, Asperner Heldenplatz 3, wird um 6 Klassen und einen Gymnastikraum erweitert. Für weitere 12 Schulneu- und -zubauten wurden Planungs- bzw. Bauvorbereitungsarbeiten geleistet. Insgesamt wurden für die angeführten Bauarbeiten 660 Millionen Schilling aufgewendet.

Schwerpunkt der Bautätigkeit für die nächsten fünf bis sechs Jahre wird die Generalsanierung bestehender Schulgebäude sein. Dafür sind Mittel in Höhe von maximal 1,4 Milliarden Schilling vorgesehen. Der entsprechende Beschluss des Gemeinderates erfolgte im Dezember 1998.

Im 1. Zentralberufsschulgebäude in 6, Mollardgasse 87, welches aus dem Jahre 1908 stammt, wurde in den Jahren 1988 bis 1994 ein umfangreiches Instandsetzungs- bzw. Modernisierungsprogramm vom Hochparterre bis zum Mansardengeschoß, ausgenommen der Gymnastikraumbereich im 4. Stock, zur schrittweisen Anpassung an die heutigen Anforderungen des Berufsschulunterrichtes durchgeführt und mit Kosten in der Höhe von rund 256 Millionen Schilling abgeschlossen. Im Jahre 1995 wurde mit der 2. Etappe der Generalmodernisierung begonnen. Bis Ende 1997 wurden für die Berufsschule für Sanitär- und Heizungstechnik die Räumlichkeiten des ehemaligen Gymnastikraumbereiches im 4. Stock für Schulzwecke (Laborräume) umgebaut, die Halle 2 als Werkstättenhalle adaptiert, rund zwei Drittel der Gänge im Tiefgeschoß instand gesetzt sowie mit den vorbereitenden baulichen Maßnahmen, wie Abbruch der Halle 3 und Herstellung eines begehbaren Kollektorganges, vor Errichtung einer Turnhalle und der entsprechenden Nebenräume begonnen.

Im Jahre 1998 wurde die Modernisierung mit der Errichtung des Turnhallenrohbaues, den Rohinstallationen, der Fertigstellung eines Großteiles der Turnhallennebenräume im Tiefgeschoß und der Teilausgestaltung der Halle mit einem Betrag von 22 Millionen Schilling fortgesetzt. Die Baukosten dafür belaufen sich voraussichtlich auf insgesamt 119,6 Millionen Schilling. Weiters wurde die Erneuerung der restlichen Dächer und der Gassenfassadenflächen an den Fronten Linke Wienzeile - Hornbostelgasse - Mollardgasse mit einem Betrag von 20 Millionen Schilling fortgesetzt. Die Baukosten dafür belaufen sich voraussichtlich auf insgesamt 30 Millionen Schilling.

Die Gesamtbaukosten der Instandsetzung und Modernisierung des 1. Zentralberufsschulgebäudes werden somit voraussichtlich 405,6 Millionen Schilling betragen.

Im 2. Zentralberufsschulgebäude in 15, Hütteldorfer Straße 7 - 17, wurden die Bauarbeiten für die Erweiterung und Modernisierung des Gebäudes im Jahre 1998 mit einem Betrag in der Höhe von 20 Millionen Schilling fortgesetzt. Die Gesamtkosten des Bauvorhabens werden voraussichtlich 423 Millionen Schilling betragen.

Im 3. Zentralberufsschulgebäude in 12, Längenfeldgasse 13 - 15, konnte in den Jahren 1992 bis 1998 der Neubau der Berufsschule für Bäcker und Konditoren, die Aufstockung des bestehenden Klassentraktes einschließlich der Generalmodernisierung des Gebäudes und des Festsaaltraktes, der Neubau der Volkshochschule und des Bezirksmuseums sowie die Modernisierung des Küchentraktes der Berufsschule für Gastgewerbe (Stiege 6) zur Gänze abgeschlossen werden. Weiters wurden die Planungsarbeiten für die Unterbringung einer Fleischerwerkstätte im Stammgebäude begonnen, da das Berufsschulexpositurgebäude in 3, Viehmarktgasse 3, durch die Schließung des Schlachthofes St. Marx für einen weiteren Schulbetrieb nicht mehr zweckmäßig ist. Die Gesamtbaukosten belaufen sich voraussichtlich auf rund 547 Millionen Schilling.

Die im Jahre 1997 begonnene Adaptierung des Schulgebäudes in 10, Kempelengasse 20, für die Berufsschule Einzelhandel IV wurde im Jahre 1998 mit einem Betrag von 28 Millionen Schilling fortgesetzt. Die Gesamtkosten des Bauvorhabens werden voraussichtlich 60 Millionen Schilling betragen.

Im Berufsschulgebäude in 14, Goldschlagstraße 137, wurde die im Jahre 1995 begonnene Instandsetzung und Modernisierung im Jahre 1998 mit einem Betrag von 25 Millionen Schilling fortgesetzt. Die Gesamtkosten des Bauvorhabens werden voraussichtlich rund 70 Millionen Schilling betragen.

Zur Abdeckung des zusätzlich erforderlichen Pflichtschulbedarfes im 15. Bezirk wird die derzeitige Berufsschule für Großhandel, 15, Kauergasse 3 - 5, in das zu adaptierende Berufsschulgebäude in Wien 16, Panikengasse 31, übersiedeln. Mit den dafür notwendigen Bauarbeiten wurde im Sommer 1998 mit einem Betrag von 5,5 Millionen Schilling begonnen. Die Gesamtbaukosten dafür werden voraussichtlich rund 8,2 Millionen Schilling betragen.

Das Fachschulgebäude 9, Hahngasse 35, wurde im Jahre 1997 an die Fernwärme angeschlossen, die Dacheindeckung und die Hoffenster erneuert, die Gassenfassade instand gesetzt, die Gangverteiler in allen Geschossen erneuert und die Steigleitung verstärkt sowie die Modernisierung der Lehrküche und des Hauswirtschaftsraumes im Erdgeschoß mit einem Gesamtbetrag von rund 11 Millionen Schilling durchgeführt.

Im Jahre 1998 wurde mit der weiteren Modernisierung des Gebäudes wie Errichtung eines Aufzugsrohbaues, Erneuerung der restlichen Waschtischstränge, Renovierung der Räume im 2. und 3. Stock sowie des Turnsaales (ohne Nebenräume) mit einem Betrag von rund 7,4 Millionen Schilling begonnen. Die Baukosten dafür belaufen sich voraussichtlich auf 22,5 Millionen Schilling.

Die Gesamtbaukosten der gesamten Renovierung des Fachschulgebäudes 9, Hahngasse 35, werden somit voraussichtlich 33,5 Millionen Schilling betragen.

Die Instandsetzung der für Zwecke der allgemein bildenden Pflichtschulen genutzten Schulgebäude erfolgte auch 1998 im Rahmen der Dezentralisierung über Bezirksbudgets. In Summe wurden von den Bezirken für Instandsetzungsarbeiten und laufende Erhaltungsarbeiten rund 310 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Mit diesen Mitteln wurden in 141 Schulen Modernisierungsarbeiten durchgeführt, in 12 die Dächer instand gesetzt, in 3 die Fassaden, in 17 die Fenster, in 6 die Fußböden, in 2 die Spielplätze, in 15 die Turnsäle und in 28 die WC-Anlagen.

In 6 Schulgebäuden wurden veraltete Heizanlagen umgebaut bzw. diese Schulen an das Fernwärmenetz angeschlossen.

Im Zuge des Ausbaues der Dezentralisierung fällt nun auch die Betriebsausstattung (Möbel, Reinigungsgeräte) der allgemein bildenden Pflichtschulen, ausgenommen der Spezialsonderschulen sowie Schulneu- und -zubauten, mit Beginn des Jahres 1998 in die Budgetkompetenz der Bezirke. Im Jahre 1998 wurden weitere 225 Klassen mit ÖNORM-gerechtem Mobiliar, 22 Schulen mit Garderobespinden für SchülerInnen zur Aufbewahrung der Kleidungsstücke, 4 Lehrerzimmer mit versperrbaren Lehrerkästchen, 206 Klassen mit Einbaumöbel und 2 Schulküchen ausgestattet.

Besonders wäre die Einrichtung der Schulneu- und -zubauten 11, Wilhelm-Kress-Platz 32, 20, Dietmayrgasse 3, 20, Vorgartenstraße 50, 21, Rudolf-Schön-Weg 1, 22, Wagramer Straße 27, und 23, Steinergasse 25, mit Schulmobiliar, Lehrmittel und Geräten in der Gesamthöhe von 72,958.000 S hervorzuheben.

Die Stadt Wien stellte den SchülerInnen der 4. Haupt- und Sonderschulklassen sowie den 4. Klassen der allgemein bildenden höheren Schulen die Broschüre „Die jungen WienerInnen" mit 17.100 Exemplaren im Wert von 249.000 S zur Verfügung. Für Klassenlesestoff, Gruppenlektüre sowie die Beschaffung von Büchern für die Lehrbücherei wurden 1,849.000 S aufgewendet. Im Jahre 1998 wurden für die allgemein bildenden Pflichtschulen Lehrmittel (Physik, Geographie, Biologie usw.), Werkzeuge, audiovisuelle Geräte und Musikinstrumente mit einem Kostenaufwand von 14,499.000 S angeschafft.

Um allen Wiener Schülerinnen und Schülern chancengleich den Umgang mit neuen Technologien zu ermöglichen, wird die Stadt Wien das Wiener Bildungsnetz errichten. Alle Kinder und Jugendlichen können so ohne Zugangsbarrieren, unabhängig von der jeweiligen wirtschaftlichen Situation ihrer Familie und pädagogisch angeleitet, mit den neuen Medien lernen. Als erster Schritt wurden 1998 alle Hauptschulen und Polytechnischen Schulen mit der entsprechenden Hard- und Software (EDV-Netze für den Unterricht) ausgestattet.

Insgesamt erwuchsen der Stadt Wien im Jahre 1998 für die Erhaltung der allgemein bildenden Pflichtschulen Kosten von 7.937,651.000 S. In diesem Betrag ist auch der Lehrerpersonalaufwand enthalten, der der Stadt Wien vom Bund zur Gänze refundiert wird.

Im Schuljahr 1997/98 wurde die Modernisierung der Einrichtung an Berufsschulen fortgesetzt. Besonders wäre die Einrichtung von Klassen- und Verwaltungsräumen für die Berufsschule für Friseure I mit einem Aufwand von 1,490.000 S hervorzuheben.

Insgesamt wurden 1998 für die Anschaffung von Maschinen, Geräten und Werkzeugen 16,754.000 S aufgewendet. Für den praktischen Unterricht im Jahre 1998 waren 9,788.000 S, für den theoretischen Unterricht 2,493.000 S erforderlich. Der Stadt Wien erwuchsen für die Erhaltung der Berufsschulen Gesamtkosten von 808,330.000 S. In diesem Betrag ist auch der Lehrerpersonalaufwand enthalten, von dem der Stadt Wien vom Bund auf Grund des Finanzausgleichsgesetzes 50 Prozent rückerstattet werden.

Für die von der Abteilung erhaltenen drei Fachschulen wurden 1998 insgesamt 1,524.000 S für die Betriebsausstattung aufgewendet. Der Gesamtaufwand für die Fachschulen der Stadt Wien betrug im Jahre 1998 rund 77 Millionen Schilling. Aufgrund einer Subventionsvereinbarung werden der Stadt Wien vom Bund 80 Prozent des Lehrerpersonalaufwandes (Aktivbezüge) refundiert.

Die Abteilung deckt auch den LehrerInnenbedarf für den theoretischen Unterricht an den Vorbereitungslehrgängen der Allgemeinen Krankenpflegeschulen der Stadt Wien.

Die ganztägige Betreuung an allgemein bildenden Pflichtschulen erfolgt in Form der „Ganztagsschule" (Unterricht und Freizeit verschränkt) oder der „Offenen Schule" (Unterricht und Freizeit in getrennter Abfolge).

Die Höhe des Betreuungsbeitrages für das Schuljahr 1997/98 wurde mit täglich 56 S festgesetzt, der allerdings - auf Grund einer sozialen Staffelung - erst ab einem monatlichen Familieneinkommen von 25.460 S in dieser Höhe zu entrichten ist.

Unter Ausnützung der in der Ganztagsschule gegebenen günstigeren Möglichkeiten der Stundenplangestaltung werden in Verbindung mit einem sinnvollen Wechsel von Unterrichts-, Lern- und Übungszeit einerseits und Freizeit andererseits im Wege einer effektiven Lernorganisation Unterrichts- und Arbeitsformen entwickelt und eingesetzt, die insgesamt eine Verbesserung der gesamten schulischen Bildungsarbeit bewirken und zu einer Steigerung der Bildungserfolge führen. In der Ganztagsschule werden bildungswirksame Phasen des weitgehend individualisierten Übens und Wiederholens so weit in die Unterrichtsarbeit einbezogen, dass sich schriftliche Hausübungen im herkömmlichen Sinne erübrigen. Eine tägliche Lern- und Übungsstunde gibt dem/der SchülerIn die Möglichkeit des individuellen Lernens und der Festigung des erarbeiteten Lehrstoffes unter der pädagogischen Leitung von LehrerInnen. Ein umfangreiches und vielfältiges Freizeitangebot bietet den SchülerInnen die Möglichkeit eines sinnvollen Freizeiterlebens. Dabei werden möglichst viele Bereiche der Persönlichkeit angesprochen und Gelegenheit zum aktiven Tun und schöpferischen Gestalten sowie zu gesundheitsfördernder, körperlicher Betätigung geboten. Der Schüler erhält dabei die Möglichkeit, eigene Entscheidungen zu treffen.

In der Regel beginnt die Schulzeit um 8.00 Uhr und endet um 16.00 Uhr, an manchen Standorten um 17.30 Uhr.

An folgenden Standorten sind ganztägig geführte Schulen eingerichtet:

Volksschulen

2, Aspernallee 5, 2, Wolfgang-Schmälzl-Gasse 13, 3, Kleistgasse 12, 3, Landstraßer Hauptstraße 146, 4, Phorusgasse 4, 5, Stolberggasse 53, 7, Zieglergasse 21, 8, Zeltgasse 7, 10, Carl-Prohaska-Platz 1, 10, Jagdgasse 23, 11, Fuchsröhrenstraße 23, 11, Svetelskystraße 4 - 6, 12, Am Schöpfwerk 27, 12, Rohrwassergasse 2 (VS I), 14, Diesterweggasse 30, 14, Hadersdorf Hauptstraße 70, 14, Hochsatzengasse 22 - 24, 14, Märzstraße 180, 15, Ortnergasse 4, 15, Reichsapfelgasse 30, 16, Grundsteingasse 56, 18, Köhlergasse 9, 20, Robert-Blum-Gasse 2, 20, Spielmanngasse 1, 20, Vorgartenstraße 50, 21, Christian-Bucher-Gasse 14, 21, Dopschstraße 25, 21, Hanreitergasse 2, 21, Irenäusgasse 2, 21, Schumpeterweg 3, 21, Zehdengasse 9, 22, Hammerfestweg 1, 22, Pastinakweg 10, 22, Viktor-Wittner-Gasse 50, 22, Wagramer Straße 27, 23, Anton-Baumgartner-Straße 44/I.

Hauptschulen

2, Kleine Sperlgasse 2a, 2, Max-Winter-Platz 2, 2, Wittelsbachstraße 6, 3, Kölblgasse 23, 7, Neustiftgasse 100, 9, Glasergasse 8, 10, Absberggasse 50, 10, Josef-Enslein-Platz 1-3, 11, Enkplatz 4/I, 11, Hasenleitengasse 7, 11, Svetelskystraße 4 - 6, 12, Hermann-Broch-Gasse 2, 12, Steinbauergasse 27, 13, Veitingergasse 9, 14, Hadersdorf Hauptstraße 80, 14, Kinkplatz 21/I, 15, Selzergasse 25, 16, Koppstraße 110/I, 16, Koppstraße 110/II, 16, Roterdstraße 1, 19, In der Krim 6, 21, Aderklaaer Straße 2, 21, Deublergasse 21, 21, Hanreitergasse 2, 21, Roda-Roda-Gasse 3, 21, Rudolf Schön-Weg 1, 22, Anton-Sattler-Gasse 93, 22, Eibengasse 58, 22, Simonsgasse 23.

Sonderschulen

2, Schwarzingergasse 4, 3, Landstraßer Hauptstraße 146, 3, Paulusgasse 9 - 11, 14, Kienmayergasse 41, 15, Zinckgasse 12 - 14, 17, Hernalser Hauptstraße 220 (ASO), 17, Hernalser Hauptstraße 220 (Sonderschule für körperbehinderte Kinder), 18, Währinger Straße 173 - 181 (VS), 18, Währinger Straße 173 - 181 (HS), 21, Herchenhahngasse 6, 22, Hammerfestweg 1, 22, Steinbrechergasse 6, 23, Kanitzgasse 8.

An jenen Schulstandorten, wo die räumliche oder personelle Situation eine ganztägige Schulform nicht oder nicht kurzfristig zulässt, sind durch den von der Stadt Wien beauftragten Verein „Wiener Kinder- und Jugendbetreuung" Lern- und Freizeitklubs eingerichtet. Diese werden in fünf Varianten angeboten: Betreuung von 12.00 bis 17.00 Uhr (Elternbeitrag S 630 pro Monat) ohne Essen/mit Essen (rund S 840 Essensbeitrag pro Monat), Betreuung von 14.00 bis 17.00 Uhr ohne Essen (Elternbeitrag S 420 pro Monat), Betreuung von 12.00 bis 17.00 Uhr tageweise (Elternbeitrag S 126 pro Wochentag/Monat) ohne Essen/mit Essen (Essensbeitrag pro Tag rund S 37). Die angeführten Elternbeiträge unterliegen einer sozialen Staffelung und sind erst ab einem monatlichen Familieneinkommen von S 25.831 in dieser Höhe zu entrichten. Lern- und Freizeitklubs sind an 36 Standorten eingerichtet.

An 173 Volks- und Sonderschulen wurde eine Frühaufsicht eingerichtet, damit die Kinder auch schon vor 7.45 Uhr zur Schule gebracht werden können, ohne dass sie den Gefahren des Verkehrs und der Witterung ausgesetzt sind. Im Rahmen der Frühaufsicht werden die Kinder von 7.15 bis 7.45 Uhr von LehrerInnen beaufsichtigt. An 95 Haupt- und Sonderschulen (sowie an Schulen mit Integrationsklassen) und an 6 Polytechnischen Schulen wurde eine Mittagsaufsicht eingerichtet, in deren Rahmen die SchülerInnen an den Schulen ein Mittagessen unter Aufsicht von LehrerInnen einnehmen und somit die Zeit bis zu einem allfälligen Nachmittagsunterricht überbrücken können.

Den Integrationsmaßnahmen zur Betreuung ausländischer Kinder liegt die Überlegung zugrunde, dass über den Weg der speziellen, zumeist additiven Förderung Deutschkenntnisse vermittelt werden, die eine effektive Teilnahme am Unterrichtsgeschehen gewährleisten sollen.

Die Betreuung der ausländischen Kinder im Sinne integrativer Maßnahmen an den Wiener Pflichtschulen erfolgt in vier Abstufungen.

Jene SchülerInnen, die schon über fundierte Deutschkenntnisse verfügen, erfahren im Rahmen der sprachlichen Förderkurse für SchülerInnen mit nichtdeutscher Muttersprache eine entsprechende Betreuung, in der die Verständigungs- und Ausdrucksfähigkeit gefördert wird. SchülerInnen, die mit großen Sprachschwierigkeiten zu kämpfen haben oder überhaupt keine Kenntnisse der deutschen Sprache aufweisen, werden durch eigens ausgebildete BegleitlehrerInnen betreut. Die BegleitlehrerInnen werden neben dem Klassenlehrer eingesetzt und betreuen die genannten SchülerInnen in eigenen Gruppen.

Das Projekt integrative Ausländerkinderbetreuung wird an Volks- und Sonderschulen durchgeführt, an denen sehr viele ausländische Kinder ohne Kenntnisse der deutschen Sprache die Schuleingangsphase (Grundstufe I, erste und zweite Volksschulklasse) besuchen. Es handelt sich hiebei um eine Intensivförderung, in der durch den Einsatz zweier LehrerInnen (KlassenlehrerIn und BegleitlehrerIn) im Rahmen des Klassenunterrichtes der Erwerb elementarer Kenntnisse der deutschen Sprache erleichtert wird.

Die Betreuung von SeiteneinsteigerInnen in der dritten und vierten Volksschulklasse sowie an Hauptschulen hat zum Ziel, SchülerInnen, die sich erst kurz in Österreich aufhalten und demzufolge der Unterrichtssprache nicht oder kaum mächtig sind, auf dem Weg intensiven, sprachlichen Lernens zu möglichst raschem Spracherwerb zu verhelfen. Hiezu werden die Kinder in eigenen Kursen zusammengefasst.

Auf Grund bundesgrundsatzgesetzlicher Vorgaben wurde mit der 13. Novelle zum Wiener Schulgesetz, LGBl. für Wien Nr. 33/1997, der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf im Bereich der fünften bis achten Schulstufe aufsteigend im Regelschulwesen eingeführt. Damit wurde die Weiterführung des integrativen Unterrichts im Regelschulwesen über die vierte Schulstufe hinaus ermöglicht. Grundanliegen der Bildung von Integrationsklassen an Volks- und Hauptschulen war es, die Ausgliederung physisch bzw. psychisch behinderter Kinder aus Wiener Volks- und Hauptschulen zu vermeiden. Dabei wird auf die sonderpädagogische Förderung der behinderten Kinder durch dafür ausgebildete SonderschullehrerInnen nicht verzichtet. Für jedes behinderte Kind ist daher eine individuelle Planung vorgesehen, der zu entnehmen ist, nach welchem Lehrplan bzw. welchen Lehrplänen es unterrichtet wird. Im Schuljahr 1997/98 wurden insgesamt 424 Integrationsklassen geführt, davon an Volksschulen 224, an Hauptschulen 179, an Sonderschulen 36 und an Polytechnischen Schulen 13.

Die „Integrative Betreuung verhaltensauffälliger SchülerInnen" hat sich zur Aufgabe gestellt, spezifische Wege zu finden, um Verhaltensauffälligkeiten abzubauen. Dabei kommt einer spezifischen Beratung in Verbindung mit verschiedenen Fördereinrichtungen sowie sozialpädagogisch-therapeutisch orientierten Angeboten wesentliche Bedeutung zu. Der Beratungslehrer nimmt innerhalb eines Bezirkes eine wesentliche Mittlerfunktion zwischen den Ämtern für Jugend und Familie, SchulpsychologInnen, SchulärztInnen, Erziehungsberatungsstellen, Kliniken, Elternhaus und Schule ein.

Bei diesen Gesprächen wird ein Betreuungsplan erstellt, der sich nach den jeweiligen Erfordernissen und Möglichkeiten richtet. Im Hinblick darauf, dass eine erziehungswirksame Veränderung der Umweltgegebenheiten des Schülers erzielt werden soll, muss das Programm alle beteiligten Personen und Institutionen erfassen. Die Betreuung der Kinder ist individuell vorgesehen, wobei jedoch mindestens einmal pro Woche eine Kontaktaufnahme stattfindet. Zusätzlich sind noch Förderklassen eingerichtet, die - bedingt durch die niedrigen Schülerzahlen (Durchschnitt

6 SchülerInnen pro Klasse) - ein intensives Eingehen auf die psychische Situation der Schülerpersönlichkeit mit der Zielsetzung einer baldigen Rückführung in die Stammklasse erlauben.

Das Projekt „Psychagogische Betreuung an Pflichtschulen" dient der Behandlung schulschwieriger Kinder, das sind SchülerInnen mit Lernstörungen, Leistungsstörungen und Teilleistungsstörungen sowie Verhaltensauffälligkeiten. Das Projekt wurde in Zusammenarbeit mit der Universitätsklinik für Kinder- und Jugendneuropsychiatrie entwickelt und wird in einer großen Zahl von Bezirken durchgeführt. LehrerInnen mit mindestens vierjähriger Unterrichtspraxis erhalten an der Universitätsklinik eine zweijährige Ausbildung zum/zur psychagogischen BetreuerIn. Die Ausbildung garantiert ein tiefen- und entwicklungspsychologisches Verständnis und vermittelt nicht nur tiefenpsychologische Kenntnisse, das Wissen um diagnostische Zuordnung und therapeutische Konsequenzen, Techniken zur Einzelfallhilfe, sondern auch die Beherrschung der Kriseninterventionstechniken und der assistierten Problemkonfrontation bei Kindern, Eltern und LehrerInnen. Nicht zuletzt werden die Kenntnisse über Arbeitstechniken der Verhaltensmodifikation, funktionell-therapeutische Übungen, Gruppentherapie sowie herkömmliche Beratungstechniken und fallbegleitende Führung vermittelt.

Die psychagogischen BetreuerInnen, die Pflichtschulen zugeteilt werden, beschäftigen sich ausschließlich mit der Betreuung verhaltensauffälliger SchülerInnen einer Schule oder eines Schulblockes, führen regelmäßig Beratungsgespräche mit Eltern, LehrerInnen sowie anderen mit den Kindern befassten Personen und arbeiten mit den betroffenen Institutionen, wie etwa dem Amt für Jugend und Familie, zusammen. Ziel dieser Arbeit ist es, Schwierigkeiten und deren Ursachen bei den Kindern möglichst rasch zu erkennen, geeignete Maßnahmen für ihren Abbau einzuleiten bzw. durch die Betreuung die Probleme schulschwieriger Kinder abzubauen. Die Betreuung erfolgt während der Unterrichtszeit, und zwar ein bis zwei Stunden einzeln und/oder in einer Kleingruppe. Sie umfasst insbesondere Aspekte der Gesprächs-, Spiel-, Bewegungs- und Musiktherapie. Außerdem hilft die/der psychagogische BetreuerIn bei Entscheidungen, die die Situation des Kindes erleichtern oder verändern. Bei der Betreuung handelt es sich nicht um eine Beratungsfunktion, sondern um eine Einzelfallhilfe, die darauf abgestimmt ist, nicht in medizinische und/oder soziale Bereiche einzudringen, sondern vielmehr den gesellschaftlichen und gesetzlichen Auftrag der Schule erfüllen zu helfen.

Im Wiener Pflichtschulwesen wurden im Schuljahr 1997/98 verschiedene Schulversuche durchgeführt. In Anbetracht der relativ großen Zahl und der verschiedenen Wertigkeit der einzelnen Vorhaben können an dieser Stelle nur die wesentlichsten Schulversuche eingehender dargestellt werden.

Der Schulversuch „Neue Grundschule" soll durch organisatorische und pädagogische Maßnahmen die Schwierigkeiten vieler Kinder beim Schulstart mildern, indem den SchülerInnen für das Durchlaufen der Grundstufe I zwei bis drei Jahre Zeit gegeben wird. Im Schulversuch kommt es zur Auflösung der üblichen Jahrgangsklassen. An deren Stelle werden heterogene Lerngruppen gebildet, wobei je zwei Lerngruppen von einem Lehrerteam (zwei Klassenführende, ein/eine VorschulklassenlehrerIn) betreut werden. Im Zuge des Durchlaufens der Grundstufe I wird auf jegliche Selektionsmaßnahmen (Rückstellung, Repetieren) verzichtet. Der Schulversuch sieht vor, dass aus den AbsolventInnen der Grundstufe I altershomogene Jahrgangsklassen gebildet werden. Der Schulversuch lief im Schuljahr 1997/98 an 19 Volksschulstandorten. Außerdem wurden ähnliche Schulversuche im Schuleingangsbereich an weiteren 82 Volksschulstandorten durchgeführt.

Beim Schulversuch „Integrativer Hausunterricht im Rahmen der Heilstättenschule" sollen schulpflichtige Wiener Kinder mit Tumoren und an Leukämie erkrankte Kinder - sie werden im Rahmen des Therapieverfahrens nur teilweise bei einem stationären Aufenthalt behandelt, teilweise erfolgt die Betreuung zu Hause - während des häuslichen Aufenthaltes im Rahmen der Gesamttherapie einen der Unterrichtserteilung an der Krankenanstalt vergleichbaren Unterricht erhalten. Der Unterricht dieser Kinder erfolgt entweder in Form eines Einzelunterrichtes oder durch Zusammenfassen von zwei oder drei SchülerInnen gleichen Krankheitsbildes in Form eines Hausunterrichtes. Die Zusammenfassung von zwei oder drei Patienten zu kleinen Lerngruppen setzt das Einverständnis der Eltern voraus. Der Hausunterricht schließt nahtlos an den Krankenhausunterricht an und ist Bestandteil der Betreuung im Rahmen der Heilstättenschule. Der Unterricht wird von speziell vorbereiteten LehrerInnen der Heilstättenschule erteilt.

Die politische und wirtschaftliche Entwicklung Europas fordert ein vermehrtes Ausmaß an Fremdsprachenkenntnissen, um in einer immer kleiner werdenden Welt persönliche und berufliche Kontakte zu Menschen mit anderer Muttersprache knüpfen zu können.

Im allgemein bildenden Pflichtschulbereich gibt es in Wien derzeit vier bilinguale Volksschulen und eine bilinguale Hauptschule.

Der Schulversuch „Europäische Mittelschule" Wien (EMS) an der Hauptschule 7, Neustiftgasse 98 - 100, ist eine Weiterentwicklung des Gesamtkonzeptes VIENNA BILINGUAL SCHOOLING (VBS) im Bereich der Mittelstufe.

Ausgehend von einer Schülerpopulation von multilingualen SchülerInnen (z.B. SchülerInnen mit Muttersprache Deutsch, Englisch, Slowakisch, Tschechisch, Ungarisch) soll ein Bildungsangebot sichergestellt werden, das einerseits den SchülerInnen eine dem österreichischen Lehrplan des Realgymnasiums bzw. den ungarischen, tschechischen und slowakischen Lehrplänen entsprechende Grundbildung gewährleistet, das andererseits aber auch Möglichkeiten bietet, Fertigkeiten in einer zweiten und dritten Sprache zu erwerben, die im Rahmen des herkömmlichen, schulischen Fremdsprachenunterrichts kaum vermittelt werden können.

Zusätzlich bietet diese Schulform eine einmalige Chance, bei SchülerInnen der oben genannten Länder ein tieferes Verständnis für ein europäisches, grenzübergreifendes Miteinanderleben und Arbeiten zu entwickeln.

Junge Menschen ohne Hauptschulabschluss haben in der derzeitigen Arbeitsmarktsituation wenig bis gar keine Chance auf einen Ausbildungsplatz. Angebote an Hauptschulabschlusskursen durch außerschulische Institutionen können schon jetzt nicht bedarfsdeckend erfolgen oder sind für die Betroffenen zu kostenintensiv. Daher wird im Rahmen des Nationalen Beschäftigungsplanes Jugendlichen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet und über keine Lehrstelle verfügen, ab dem Schuljahr 1997/98 an Wiener Pflichtschulen im Rahmen des Schulversuches „Maßnahmen der schulischen Nachqualifikation arbeitsloser Jugendlicher" die Möglichkeit geboten, einen Hauptschulabschlusslehrgang zu besuchen. Behinderten Jugendlichen werden im Rahmen dieses Schulversuches Berufsorientierungskurse angeboten.

An folgenden Standorten wurden im Schuljahr 1997/98 insgesamt 7 Kurse im Rahmen des Schulversuches „Maßnahmen der schulischen Nachqualifikation arbeitsloser Jugendlicher" geführt: HS 11, Pachmayergasse 6, HS 14, Lortzinggasse 2, ASO 16, Schinaglgasse 3 - 5, HS 16, Grundsteingasse 56, HS 16, Koppstraße 110/II und HS 20, Pöchlarnstraße 14.

Der Unterricht an den Wiener Berufsschulen wird in unterschiedlichen Organisationsformen angeboten:

Organisationsformen im Einzelnen:

Ein österreichisches Unikat gibt es im Elektro-Starkstrombereich für die ausbildenden Gewerbebetriebe mit dem Lehrberuf Elektroinstallateur, nämlich eine Wahlmöglichkeit aus drei verschiedenen Organisationsformen:

Berufsschule für Elektrotechnik I

Im ersten Semester des ersten Schuljahres: 1 Schultag, im zweiten Semester: 2 Schultage; im zweiten, dritten und vierten Schuljahr: je 1 Schultag. Diese Form wird überwiegend für den industriellen Bereich angeboten (vereinzelt auch im Gewerbe). Für den gewerblichen Bereich wird im ersten Schuljahr an 1 ½ Schultagen durchgehend (1. und 2. Semester) unterrichtet, im zweiten, dritten und vierten Schuljahr je 1 Schultag. Bei den Anlagenmonteuren im vierten Lehrjahr geblockter Unterricht.

Berufsschule für Elektrotechnik II

Generell geblockter Unterricht seit September 1996.

Berufsschule für Baugewerbe

Für die Berufe Maurer und Schalungsbauer, Isoliermonteur, Stuckateur und Trockenausbauer, Hafner, Pflasterer, Platten- und Fliesenleger, Brunnenmacher, Betonfertiger, Isoliermonteur, Schalungsbauer und Steinmetz: jeweils drei Blöcke pro Schuljahr (gesplitteter Lehrgang).

Berufsschule für Maler und Kunstgewerbe

Im Lehrberuf Maler und Anstreicher: gesplitteter Lehrgang. Die Schilderhersteller werden im zweiten Semester der dritten Klasse 2 x 2 Wochen unterrichtet.

Berufsschule für Sanitär- und Heizungstechnik

Gesplitteter Lehrgang.

Berufsschule für Spengler und Karosseure

Ab dem Schuljahr 1997/98 für den Lehrberuf „Blechschlosser, Spengler, Kupferschmied" geteilter Lehrgang (Blockunterricht). Seit dem 30. November 1998 wegen zu geringer Schülerzahlen wieder Jahresunterricht.

Berufsschule für Nachrichtentechnik

Ganzjähriger Unterricht. Allerdings werden auch Lehrplaninhalte (EDV- und Telekommunikation, Nachrichtenelektronik) der Berufsschulzeiterweiterung (120 Unterrichtseinheiten Laborunterricht) in geblockter Form unterrichtet.

Berufsschule für Chemie, Graphik und gestaltende Berufe

Der Unterricht im Gegenstand „Praktische Arbeit" erfolgt für die Lehrberufe Reprotechniker, Drucker, Druckvorstufentechniker und Fotograf in geblockter Form.

Berufsschule für Mechaniker und Optiker

Lehrgangsmäßiger Unterricht für den Lehrberuf Verpackungsmittelmechaniker.

Berufsschule für Gärtner und Floristen

Lehrgangsmäßiger Unterricht. Nur die Wiener Gärtnerlehrlinge im Jahresunterricht.

Berufsschule für Einzelhandel III

Lehrgangsmäßiger Unterricht für den Lehrberuf Reisebüroassistenten.

Berufsschule für Lebensmittel- und Textilbereich, Technische Zeichner und Zahntechniker

Lehrgänge für Textilmechaniker, Gerber, Kürschner, Hutmacher, Modist, Tierpfleger, Präparatoren und ab September 1997 für Schuhmacher und Orthopädieschuhmacher. Für den Lehrberuf Fleischer geblockter Unterricht im Gegenstand „Praktische Arbeit".

Berufsschule für Holzbearbeitung und Musikinstrumentenerzeuger

Lehrgänge für Musikinstrumentenerzeuger, Klaviermacher und Orgelbauer, Drechsler und Bildhauer.

Einzelhandelskaufmann, Waffen- und Munitionshändler:

1. Klassen: im 1. Semester an zwei Tagen zu je 8 Unterrichtseinheiten, im 2. Semester an zwei Tagen mit 8 bzw. 7 Unterrichtseinheiten. 2. und 3. Klassen: ganzjährig ein Tag mit 8 Unterrichtseinheiten.

Alle anderen Handelsberufe:

Der weltberühmte Pianist Jörg Demus erhielt für seine Verdienste um das Land Wien von Kulturstadtrat Dr. Peter Marboe das Goldene Ehrenzeichen.
Foto: Blauensteiner / Landesbildstelle

Stadtrat Dr. Peter Marboe traf beim Bezirkskultur-Dialog im Café Tachles in der Leopoldstadt auch den Schauspieler Herbert Fux.
Foto: Votava / PID

Dizzy Gillespie und Stadtrat Dr. Marboe im „Jazzland" bei der Vorstellung von „Jazz in action". Foto: Brunner

Die Stiegenanlage in Wien 6, Kaunitzgasse / Eggerthgasse wurde in „Viktor-Matejka-Stiege" benannt.

Foto: Votava / PID

Ganzjährig an zwei Schultagen (Halbtagen) mit je 6 Unterrichtseinheiten.

Alle anderen Lehrberufe:

Zumeist:

1. Klassen:	1. Semester:	1 Schultag mit 9 Unterrichtseinheiten
	2. Semester:	2 Schultage mit 9 Unterrichtseinheiten
2., 3. und 4. Klasse:	ganzjährig	1 Schultag mit 9 Unterrichtseinheiten
oder		
1. Klassen:	ganzjährig	1 ½ Schultage
2., 3. und 4. Klasse:	ganzjährig	1 Schultag mit 9 Unterrichtseinheiten.

Das Ziel der Verfachlichung wurde in Wien vollkommen erreicht. In den meisten Lehrberufen bestehen eigene Fachklassen, in etlichen Lehrberufen wurden in den fachtheoretischen Gegenständen Gruppenteilungen eingerichtet. Darüber hinaus werden Lehrlinge aus mehreren Bundesländern, die in Splitterberufen ausgebildet werden, aufgrund von Vereinbarungen mit den einzelnen Landesregierungen in Lehrgängen unterrichtet, die in acht bis zwölf Wochen den Lehrstoff eines Jahres vermitteln. Wien betreute im Schuljahr 1997/98 insgesamt 62 Lehrgangsklassen mit SchülerInnen der oben zitierten Lehrberufe. Anderseits besuchten rund 1 Prozent der Wiener Lehrlinge, unter anderem Büchsenmacher und Vulkaniseure, Lehrgänge in anderen Bundesländern.

Im Oktober 1998 bekannten sich rund 23 Prozent der BerufsschülerInnen zu einer nicht-deutschen Muttersprache. Die Beherrschung der Unterrichtssprache ist jedoch gegenüber den letzten Jahren wieder deutlich angestiegen. In jenen Klassen, wo es noch sprachliche Probleme gibt, wird dieses Manko mittels eines Schulversuches ausgeglichen.

Im Sinne der Fortsetzung von Integrationsmaßnahmen für behinderte Lehrlinge werden Schulversuche in 30 Klassen geführt.

Weitere Schulversuche beschäftigen sich mit der qualitativen Anhebung der fachlichen Ausbildung von BerufsschülerInnen. So zum Beispiel im Bereich der Fotovoltaik, der Optiker, Graphiker und der Fremdsprachen. Die Erprobung neuer Fachrichtungen, wie z.B. an der Berufsschule für Büro-, Industrie- und Speditionskaufleute („Bankkaufmann") oder an der Berufsschule für Einzelhandel IV („Einzelhandelskaufmann - Fachrichtung EDV") hat sich als erfolgreich erwiesen, sodass diese einheitlich als Lehrberufe verordnet wurden.

An der Berufsschule für Verwaltungsberufe wird ein Schulversuch für Lehrlinge im Lehrberuf „Bürokaufmann" durchgeführt, der die Ausweitung und Neueinführung von Pflichtgegenständen beinhaltet, um den durch den vermehrten Einsatz der EDV im Verwaltungsbereich geänderten Anforderungen Rechnung zu tragen. In diesem Schulversuch wird die Unterrichtszeit von 9 auf 14 Unterrichtseinheiten pro Woche, das sind somit 560 Jahreswochenstunden pro Schulstufe, ausgeweitet. Darüber hinaus wird in 2 Klassen im Gegenstand „Wirtschaftskunde mit Schriftverkehr" Englisch als Arbeitssprache verwendet.

Die Ausstattung der Wiener Berufsschulen mit Funktionsräumen und die weitere bauliche Erneuerung machen es möglich, dass die Wiener BerufsschülerInnen auch ein vermehrtes Angebot an Freigegenständen erhalten. Im Angebot befinden sich Fremdsprachen (Englisch, Französisch, Spanisch und Italienisch), Kurzschrift und Religion sowie Unverbindliche Übungen (Leibesübungen).

Mit 1. Dezember 1997 wurden 300 Lehrlinge der besonderen selbständigen Ausbildungseinrichtung „Jugend am Werk" aufgenommen. Unter dem Arbeitstitel „Lehrlingsstiftung" wurde in Zusammenarbeit mit Jugend am Werk und AMS Jugendliche ein Weg gefunden, lehrstellensuchenden Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu garantieren. Die Aktion wurde fortgesetzt und in den Nationalen Aktionsplan für Beschäftigung aufgenommen, sodass mit 16. November 1998 weitere rund 700 Jugendliche einen Ausbildungs- und Schulplatz erhielten.

Die Teilnahme an EU - Projekten wurde zu einem fixen Bestandteil der Arbeit an den berufsbildenden Pflichtschulen. Sowohl der SchülerInnenaustausch, in Übereinstimmung mit den Lehrbetrieben, als auch der Erfahrungsaustausch von LehrerInnen und DirektorInnen wird in den nächsten Jahren eine Fortsetzung finden.

Das pädagogische Konzept der Wiener Berufsschulen ist darauf ausgerichtet, durch Bereitstellen optimaler Lernbedingungen und durch eine bestmögliche LehrerInnenaus- und -fortbildung die im § 46 Schulorganisationsgesetz festgelegten Aufgaben der Berufsschule zu erfüllen. Ein vielfältiges Freizeitprogramm bietet das Schulgemeindereferat in Zusammenarbeit mit dem Kultur- und Sportverein der Wiener Berufsschulen. Sportveranstaltungen, Kulturveranstaltungen, Sprach- und Bildungsreisen, Lernhilfen usw. sollen den über den schulischen Bereich hinausgehenden Teil der Erziehungsarbeit an den Wiener Berufsschulen unterstützen.

Die Fachschulen der Stadt Wien für wirtschaftliche Berufe sind in erster Linie mittlere berufsbildende Schulen mit einer fundierten praktischen Ausbildung für Großhaushalte und Fremdenverkehrsbetriebe sowie für kaufmännische Berufe. Als zweite Ausbildungsmöglichkeit wird eine einjährige Haushaltungsschule, die das 9. Schuljahr ersetzt, angeboten.

Die Fachschule für wirtschaftliche Berufe in 9, Hahngasse 35, führt den Ausbildungsschwerpunkt Ernährungs- und Betriebswirtschaft.

Die Fachschule für wirtschaftliche Berufe in 12, Dörfelstraße 1, führt die Ausbildungszweige zweite Lebende Fremdsprache (Französisch) sowie Gesundheit und Soziales.

An der Fachschule für Mode und Bekleidungstechnik wird seit dem Schuljahr 1995/96 der Ausbildungsschwer-

punkt Modedesign geführt. Im Kernbereich wird neben allgemein bildenden Fächern unter anderem Betriebswirtschaft, Wirtschaftsinformatik und Textverarbeitung unterrichtet. Im Gegenstand Werkstätte wird je nach Ausbildungsschwerpunkt differenziert unterrichtet. Es kann zwischen vier Ausbildungsschwerpunkten gewählt werden.

Das Pädagogische Institut (PI) der Stadt Wien ist eine von der Stadt Wien erhaltene Privatschule mit Öffentlichkeitsrecht und dient der Fort- und Weiterbildung der LehrerInnen an allgemein bildenden Pflichtschulen und an allgemein bildenden höheren Schulen sowie der KindergärtnerInnen und HorterzieherInnen. Ferner beschäftigt sich das Pädagogische Institut der Stadt Wien mit pädagogischer Tatsachenforschung, welche die Aufgaben der Schulforschung und Schulentwicklung wahrnimmt. Weitere Einrichtungen: Projektzentrum, Netzwerkstatt, MitweltBüro, ein Gesundheitsförderungszentrum, eine Studienbücherei (Pädagogische Zentralbücherei) und das ICE (Internet Center for Education).

Das PI arbeitet mit Universitäten, anderen Pädagogischen Instituten, der Stadt Wien, der Arbeiterkammer, der Industriellenvereinigung, der Bundeswirtschaftskammer, dem Österreichischen Gewerkschaftsbund, dem Österreichischen Informationsdienst für Entwicklungspolitik (OIE), Einrichtungen der Kindergartenpädagogik, den Pädagogischen Akademien und anderen Instituten der Erwachsenenbildung zusammen.

Schwerpunkte lagen in der aktiven Auseinandersetzung mit den Problemen unserer Gesellschaft: Integration, Suchtprävention, Umgang mit Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache, Hilfen bei Verhaltensauffälligkeiten, Schul-, Organisations-, Persönlichkeitsentwicklung u.a.m. Gleichzeitig wurde Hauptaugenmerk auf neue Lehr- und Lernformen, auf lebensbegleitendes Lernen, auf das Jahr der Menschenrechte und die EU-Präsidentschaft gelegt.

Der Bücherzuwachs der Pädagogischen Zentralbücherei betrug im Zeitraum 1. Jänner bis 31. Dezember 1998 890 Bände, wodurch der Bücherbestand Ende 1998 auf rund 194.400 Bände (Bücher und gebundene Zeitschriften) anwuchs. Im Lesesaal liegen 137 Zeitschriften auf. Im Jahr 1998 wurden 8.931 Besucher gezählt. Davon entlehnten 4.269 Personen 26.040 Bücher und Zeitschriften. Der Lesesaal wurde von 2.596 LeserInnen besucht, die 12.814 Bücher und Zeitschriften benutzten. Die gesamte Buchbewegung umfasste somit 38.584 Bände.

Insgesamt waren in der Zentrale der Abteilung und an den angeführten Einrichtungen im Jahr 1998 1.582 städtische Bedienstete beschäftigt.